

TEXTE 36/2017

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3715 11 103 0
UBA-FB 002479

Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten – empirische Befragungen, dialogische Auswertungen, Synthese praxistauglicher Empfehlungen zu Beteiligungsprozessen

von

Jascha Rohr, Hanna Ehlert, Benjamin Möller, Sonja Hörster, Marie Hoppe
Institut für Partizipatives Gestalten, Oldenburg

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
info@umweltbundesamt.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Institut für Partizipatives Gestalten
Moltkestraße 6a
26122 Oldenburg

Abschlussdatum:

März 2017

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien,
Ressourcenschonung
Martina Eick

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4359

Dessau-Roßlau, Mai 2017

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3715 11 103 0 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Der vorliegende Forschungsbericht beschäftigt sich mit dem Thema der Inklusion in informellen Beteiligungsverfahren. Das Ziel hierbei ist es, Handlungsempfehlungen für eine Optimierung von Beteiligungsverfahren vor allem in Hinsicht auf Inklusionsaspekte zu formulieren. Es wird untersucht, aus welchen Gründen Menschen nicht partizipieren und welche Möglichkeiten es gibt, nicht erreichte Gruppen – die (vermeintlich) exkludierten Milieus – stärker zu beteiligen. Die Bearbeitung des Themenkomplexes erfolgt mittels einer Literaturrecherche, einer qualitativen Datenerhebung wie auch einer kollaborativen Auswertungs- und Entwicklungskonferenz mit weiteren Beteiligungsexpertinnen und -experten.

Für das Vorhaben wird anhand der aus der Literaturrecherche gewonnen Erkenntnisse einerseits davon ausgegangen, dass es soziostrukturelle, individualistische und verfahrensbezogene Beweggründe für die Nicht-Teilnahme an Beteiligungsverfahren gibt, und dass andererseits die Rolle der beteiligten Akteure durch die Intention des Verfahrens festgelegt wird.

Als relevantes Ergebnis kann festgehalten werden, dass entscheidende Impulse für Inklusion ein tiefes Feldverständnis bedürfen inklusive eines hohen Intentions- und Akteursbewusstseins auf Seiten der Verantwortlichen und Durchführenden von Beteiligungsverfahren.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts sollen zu einer weiteren Auseinandersetzung mit der aktuellen Beteiligungskultur anregen. Die ersten Ansätze dazu bietet das im Zuge des Projektes entstandene Webtool, welches in Zukunft Verantwortliche bei der Auseinandersetzung mit Beteiligungsverfahren als auch der Verfahrenskonzeption unterstützen kann.

Abstract

The present research report addresses the issue of inclusion in informal participation procedures. Its aim is to present recommended actions for the optimization of participation procedures, especially with regard to aspects of inclusion. The study examines root causes of nonparticipation as well as opportunities for greater inclusion into participation procedures of groups not normally reached, i.e. the (supposedly) excluded social groups. The study addresses the topic by way of a literature review, a qualitative data survey, and a collaborative evaluation and development conference involving other experts on participation.

Based on the results of the literature review, the project's approach rests upon the following premises: (a) there are socio-structural, individualistic and procedure-related motives for nonparticipation in participation procedures, and (b) the procedure's intention determines the role of participating actors.

A relevant finding of the study was that the critical impetus for inclusion requires a deep understanding of the field, including high levels of intention awareness and actor awareness on the part of those who are responsible for and those who implement participation procedures.

The results of this research project are to encourage further discourse on the current participation culture. The webtool created as part of the project offers initial approaches to this end. It is designed to support decision-makers in dealing with participation procedures going forward, and also in procedural design.

Weitere Mitwirkende und Danksagung

Forschungsbericht:

Lektorat:	Mio Hamann
Grafik und Abbildungen:	Barbara Schubert
Übersetzung Kurzbeschreibung und Abstract:	Ute Bohnsack

Zusätzlich haben Susanne Loop, Matthias Schwan, Anja Ronge-Pohl und Verena Honkomp-Wilkens kontinuierlich in unterschiedlichen Bereichen mitgewirkt: Unterstützung bei der Durchführung und Auswertung der Fachkonferenz, Erstellung der Webtoolinhalte, beim Korrigieren und Überarbeiten der Berichtsinhalte.

Webtool:

Digitale Umsetzung des Webtools: Medienagentur Sinnwerkstatt

Wir bedanken uns bei unserer Projektpartnerin, der Sinnwerkstatt, für die kreative und agile Zusammenarbeit bei der Entwicklung und für die professionelle Umsetzung des Webtools.

Danksagung

Bedanken möchten wir uns bei allen Interviewteilnehmerinnen und –teilnehmern, ohne deren Offenheit und Mitwirkung dieses Projekt nicht hätte durchgeführt werden können. Gleichmaßen großer Dank gilt den Teilnehmenden der Fachkonferenz, durch deren Expertise wir eine hilfreiche Zwischenevaluation erhalten haben und deren Erfahrungen sich zu einem großen Teil in den Inhalten des Webtools niedergeschlagen haben.

Zusätzlich bedanken wir uns bei Martina Eick vom Umweltbundesamt für zahlreiche Hilfestellung und Anregungen sowie der kompetenten Beantwortung unserer ebenfalls zahlreichen Nachfragen.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis.....	10
Abkürzungsverzeichnis	10
Zusammenfassung	11
Summary.....	14
Vorwort	17
1 Einführung	22
1.1 Hintergrund.....	22
1.2 Zielsetzung und Leitfragen	23
1.3 Methodisches Vorgehen	23
1.4 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	25
1.4.1 Die Rolle informeller Beteiligungsverfahren im politischen System. Begriffsbestimmung und -verständnis	25
1.4.2 Der Inklusionsbegriff im Diskurs: Begriffsbestimmung und -verständnis	26
1.5 Konzeptionelle Grundlagen.....	27
1.5.1 Die verschiedenen Beteiligungsqualitäten.....	27
1.5.2 Methoden, Formate, Verfahren, Prozesse	30
1.5.3 Verfahrensleiwand	31
1.5.4 Mustersprachen – Muster des Gelingens.....	33
2 Stand der Forschung.....	36
2.1 Methodisches Vorgehen der Literatursichtung.....	36
2.2 Beteiligungsdiskurse	36
2.2.1 Das Beteiligungsbias – praktische Intuition und empirische Evidenz	37
2.3 Intentionen zu beteiligen: Bedeutungen von Inklusivität	38
2.3.1 Legitimität durch Repräsentativität	39
2.3.2 Qualität durch Multiperspektivität.....	39
2.3.3 Empowerment durch Erfahrung von Selbstwirksamkeit.....	40
2.3.4 Verwirklichung eines demokratischen Selbstverständnisses durch Egalität	41
2.4 Erklärungsansätze für Nicht-Beteiligung	41
2.4.1 „Weil sie nicht können“: soziostrukturelle Erklärungsmodelle	42
2.4.2 „Weil sie nicht wollen“: individualistische Erklärungsmodelle.....	42
2.4.3 „Weil sie nicht gefragt werden“: verfahrensbezogene Erklärungsmodelle	43
2.5 Zusammenfassung der Erkenntnisse	43
2.5.1 Modifiziertes Inklusionsverständnis: vier Intentionen der Beteiligung	44
2.5.2 Klassifizierung der Gründe für Nicht-Beteiligung	45
2.6 Arbeitsthesen	47
2.7 Zwischenfazit	47
2.7.1 Reflexion und offene Fragen.....	47
2.7.2 Beteiligungsleiwand 1.0	48
3 Empirische Befragung	52
3.1 Methodisches Vorgehen bei der empirischen Befragung	52
3.1.1 Auswahl und Beschreibung der Fallbeispiele	53

3.1.2	Auswahl der Interviewpartnerinnen und –partner	57
3.1.3	Entwicklung der Interviewleitfäden.....	58
3.1.4	Durchführung der Interviews.....	60
3.1.5	Auswertung	62
3.2	Ergebnisse	64
3.2.1	Das Verhältnis zwischen Inklusionsverständnis und Intentionsbewusstsein und dessen Auswirkung auf das Beteiligungsverfahren.....	64
3.2.2	Individuelle Gründe für Nicht-Beteiligung.....	66
3.2.3	Verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten für inklusive Bürgerbeteiligung	69
3.3	Zwischenfazit	75
3.3.1	Reflexion und offene Fragen.....	75
3.3.2	Beteiligungsleinwand 2.0	75
4	Fachkonferenz.....	79
4.1	Methodisches Konzept und Ausgestaltung	79
4.2	Tagesordnung	80
4.3	Zusammensetzung der Teilnehmenden	80
4.4	Durchführung.....	81
4.4.1	Erfahrungsaustausch und dialogische Auswertung.....	81
4.4.2	Kollaborative Entwicklungsarbeit.....	82
4.4.3	Zusammenführung der Ergebnisse	83
4.5	Ergebnisse	83
4.5.1	Erfolgsfaktoren für Inklusion.....	83
4.5.2	Muster des Gelingens und Evaluation der Beteiligungsleinwand	84
4.6	Zwischenfazit	85
4.6.1	Reflexion und offene Fragen.....	85
4.6.2	Beteiligungsleinwand 3.0	85
5	Webtool mit Impulsen zur Gestaltung inklusiver Beteiligungsverfahren: www.gut-beteiligt.de	90
5.1	Methodisches Vorgehen bei der Entwicklung.....	90
5.2	Erarbeitung und Konzeption	91
5.2.1	Überblick über existierende Plattformen	91
5.2.2	Erarbeitung der Zielgruppe	92
5.2.3	Synthese der gewonnenen Ergebnisse	93
5.3	Aufbau, Ausgestaltung und Funktion.....	94
5.4	Generatives Tool – Möglichkeiten zur Weiterentwicklung.....	97
6	Fazit.....	98
7	Ausblick.....	102
	Quellenverzeichnis	103
	Anhang.....	107
7.1	Literaturrecherche	107
7.2	Empirische Befragung.....	113
7.2.1	Interviewleitfaden – Verantwortliche	113
7.2.2	Interviewleitfaden – Nicht-Beteiligte	115
7.2.3	Einzelfalldarstellung Nicht-Beteiligung.....	116
7.2.4	Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung (Nicht-Beteiligte).....	119
7.2.5	Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung (Verantwortliche).....	122

7.3 Fachkonferenz	126
7.3.1 Werkstatt I – Auswertungsfragen	126
7.3.2 Ergebnis Werkstatt I – Projektanalysen anhand der Beteiligungsleinwände.....	127
7.3.3 Erkenntnisse Werkstatt I.....	130
7.3.4 Ergebnis Werkstatt II – Muster des Gelingens.....	131
7.4 Webtool	139
7.4.1 Fragen- und Antwortmöglichkeiten der Vorabfrage	139
7.4.2 Muster des Gelingens	143
7.4.3 Formate.....	155
21st Century Town Hall Meeting.....	156
Adhocracy	157
Appreciative Inquiry.....	158
Bar Camp	159
Bürgergutachten/Planungszelle	161
Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt	162
Bürgerrat (engl. Wisdom Council).....	163
Charette	165
Citizens Jury	166
Deliberative Polling	167
Demokratiewerkstatt	169
Diskursive Bürgerversammlung.....	170
Fix my Street.....	172
Gemeinsinnwerkstatt.....	174
Kommunaler Planungsworkshop	175
Kompetenzwerkstatt	177
Konfliktlösungskonferenz.....	178
Konsensuskonferenz/Bürgerkonferenz.....	179
Local Issue Forum	181
Mediation	182
National Issue Forum	183
Open Space.....	184
Perspektivenwerkstatt	186
Planning for Real.....	187
Planungswerkstatt.....	189
Zukunftskonferenz	190
Zukunftswerkstatt	191

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Forschungsdesign	24
Abbildung 2: Unterschiedliche Stufenmodelle	28
Abbildung 3: Verschiedene Beteiligungsmodi mit unterschiedlicher Wirkung	29
Abbildung 4: Verfahrenseinwand – Methodisches Konzept IPG	32
Abbildung 5: Muster als Gestaltungswerkzeug – Theoretisches Konstrukt	34
Abbildung 6: Exkludierenden Faktoren entgegenwirken	41
Abbildung 7: Modifiziertes Inklusionsverständnis.....	44
Abbildung 8: Zentrale Gründe für Nicht-Beteiligung	45
Abbildung 9: Beteiligungseinwand 1.0.....	48
Abbildung 10: Auswertungskategorien und entsprechende Indikatoren	62
Abbildung 11: Einzelfalldarstellung im Zuge der Auswertung.....	64
Abbildung 12: Gesamtdarstellung der erhobenen Gründe für Nicht-Beteiligung	69
Abbildung 13: Vorbereitung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung.....	70
Abbildung 14: Durchführung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung.....	72
Abbildung 15: Nachbereitung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung	74
Abbildung 16: Beteiligungseinwand 2.0.....	76
Abbildung 17: Werkstatt II - beispielhaft ausgefüllte Musterkarte	83
Abbildung 18: Beteiligungseinwand 3.0.....	87
Abbildung 19: Beteiligungseinwand als Webtoolgrundlage (Ausschnitt) - Screenshot	94
Abbildung 20: Einführung zu Entstehung, Aufbau und Funktionsweise des Webtools - Screenshot.....	95
Abbildung 21: Ausschnitt aus Vorabfrage - Screenshot	95
Abbildung 22: Muster des Gelingens - Screenshot	96
Abbildung 23: Wechselwirkungen innerhalb einer Kultur der Teilhabe	100

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschreibung der Leinwandkategorien - Verfahrensleinwand	33
Tabelle 2: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungsleinwand 1.0	49
Tabelle 3: Informationen zum Beteiligungsprojekt Masterplan Offenbach.....	54
Tabelle 4: Informationen zum Beteiligungsprojekt BürgermitWirkung Wolfsburg.....	55
Tabelle 5: Informationen zum Beteiligungsprojekt Energiewende der Hansestadt Kyritz	57
Tabelle 6: Intention der empirischen Befragung nach Zielgruppe aufgegliedert.....	57
Tabelle 7: Übersicht durchgeführte Interviews - Stadt Offenbach	61
Tabelle 8: Übersicht durchgeführte Interviews - Stadt Wolfsburg.....	61
Tabelle 9: Übersicht durchgeführte Interviews - Hansestadt Kyritz	61
Tabelle 10: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungleinwand 2.0.....	77
Tabelle 11: Auf der Fachkonferenz analysierte Beteiligungsprojekte	81
Tabelle 12: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungsleinwand 3.0	87

Abkürzungsverzeichnis

IAPP	International Association of Public Participation
IPG	Institut für Partizipatives Gestalten
OECD	Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
UBA	Umweltbundesamt

Zusammenfassung

Das Forschungsprojekt „Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten – empirische Befragungen, dialogische Auswertungen, Synthese praxistauglicher Empfehlungen zu Beteiligungsprozessen“, untersuchte die Frage, aus welchen Gründen Menschen nicht an informellen Beteiligungsverfahren teilnehmen und welche Möglichkeiten es gibt, nicht erreichte Gruppen stärker zu beteiligen. Das Projekt wurde im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) im Zeitraum von Oktober 2015 bis März 2017 durch das Institut für Partizipatives Gestalten (IPG) durchgeführt.

Maßgeblich für das Projekt ist zum einen eine vermehrt konstatierte politische Entfremdung im Verhältnis zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern sowie ein wachsendes Unverständnis mit einer daraus resultierenden Frustration auf allen Seiten. Informelle Beteiligungsverfahren, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, haben in den letzten Jahren an Selbstverständlichkeit gewonnen. Während ein quantitativer Anstieg der Beteiligung zu verzeichnen ist, ist damit allerdings noch nichts über die Qualität dieser Verfahren gesagt. Innerhalb dieses Spannungsfeldes steht entsprechend im Zentrum der Forschung, wie informelle Beteiligungsverfahren inklusiver gestaltet und vor diesem Hintergrund optimiert werden können. Denn neben Transparenz, Effizienz und Empowerment wird das Thema Inklusion häufig als zentrales Qualitätsmerkmal herausgestellt. Repräsentativität oder zumindest Heterogenität der Teilnehmenden sind demnach von Bedeutung für die Qualität eines Verfahrens. Jedoch wird bei Beteiligungsverfahren von einer Dominanz bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausgegangen: Die ‚üblichen Verdächtigen‘ – das stereotype Vorurteil besagt, es sind in der Mehrzahl weiße, gebildete Männer über 50 – hätten insgesamt mehr Einfluss auf die Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens als andere, z.B. bildungsferne oder sozial schwächere Gruppen, die sich tendenziell weniger beteiligen.

In der vorliegenden Untersuchung, die nicht die Aufgabe verfolgt, das vermutete Beteiligungsbias empirisch zu validieren, sollen die individuellen Beweggründe, sich von Beteiligungsverfahren fernzuhalten, eingehend analysiert werden. Denn erst wenn relevante Exklusionsfaktoren erfasst worden sind, kann dem Beteiligungsbias entgegenwirkt werden.

Da es noch keine belastbaren theoretischen Annahmen oder empirischen Ergebnisse zum Untersuchungsgegenstand gibt, handelt es sich um eine explorative Arbeit mit deduktivem Vorgehen. Der gesamte Forschungs- und Entwicklungsprozess wurde in einzelne Arbeitsschritte gegliedert, die sich in zwei Arbeitsphasen, Analyse und Konzeption, unterteilen. Durch die Erforschung subjektiver Gründe für Nicht-Beteiligung einerseits und die Konzeption praxistauglicher Empfehlungen andererseits ist der Übergang von Forschung zu Entwicklung fließend. Die Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Untersuchung sollen Verantwortliche bei Konzeption und Durchführung unterstützen und so zur Qualitätssteigerung von Beteiligungsverfahren beitragen.

Nach einer Darstellung des Hintergrunds, der Zielsetzung und einer grundlegenden Begriffsbestimmung im ersten Kapitel wird das zentrale Analyse- und Entwicklungswerkzeug des Vorgehens erklärt: Anhand der ‚Beteiligungsleinwand‘ – auf der zentrale Elemente und Stellschrauben von Beteiligungsverfahren aufgeführt sind, die Verantwortliche und Organisierende bei der Konzeption, Durchführung und Auswertung von Beteiligungsverfahren beachten können – werden die Erkenntnisgewinne nach jedem Arbeitsschritt im Zuge der Forschung aufgezeigt.

Das zweite Kapitel stellt anschließend den aktuellen Stand der Forschung vor. Als ein zentrales Ergebnis der Literaturanalyse steht am Ende ein modifiziertes Inklusionsverständnis, das statt des normativen Postulats ‚alle müssen beteiligt werden‘ die Intention eines Verfahrens in den Vordergrund stellt. Es wurden vier mögliche Absichten, aus denen heraus man beteiligen kann, aus der Literatur abgeleitet: (1) Legitimität, (2) Qualität, (3) Empowerment oder (4) Demokratie, die jeweils Intention eines Verfahrens sein können. Entsprechend gibt es Inklusionsprinzipien, die diesen Inten-

tionen zugeordnet werden: (1) Repräsentativität, (2) Perspektivenvielfalt, (3) besondere Berücksichtigung und (4) Chancengleichheit. Die vier genannten Inklusionsprinzipien werden in einem dritten Schritt mit den Kriterien zur Auswahl der Teilnehmenden in Beziehung gesetzt: (1) soziodemographischer Querschnitt, (2) Expertise/Betroffenheit, (3) spezielle oder benachteiligte Gruppen sowie (4) offener Zugang.

Das Verständnis einer ‚umfassenden Inklusion‘ wurde im Laufe des Forschungsprozesses weiterentwickelt und operationalisiert. Denn aus dem modifizierten Inklusionsverständnis ergibt sich, dass die Intention eines Verfahrens die Zusammensetzung der Teilnehmenden, wer also aus welchen Gründen partizipieren soll, bestimmt. Dieses Inklusionsverständnis ist Vorhabensverantwortlichen und Prozessbegleitenden oft nicht bewusst, wie sich in den anschließenden Analyseschritten herausgestellt hat.

Hinsichtlich der Gründe für Nicht-Beteiligung sind in der Literatur allgemein drei Gründe genannt, warum Menschen sich nicht beteiligen: (1) aufgrund fehlender Ressourcen können sie nicht – die soziostrukturelle Begründung, (2) aus mangelndem Interesse wollen sie nicht – die individualistische Begründung oder (3) aufgrund mangelnder Zugänge sowie fehlender Möglichkeiten, also konkreten verfahrensbezogener Exklusionsfaktoren, wurden sie nicht gefragt – die verfahrensbezogene Begründung. Die Gründe für Nicht-Beteiligung sind diesen drei Erklärungsansätzen nach sowohl akteurs- als auch verfahrensbezogen geprägt.

Die aus der Theorie erhobenen Gründe für Nicht-Beteiligung von vermeintlich exkludierten Milieus beruhen größtenteils auf Annahmen und Mutmaßungen. Die Frage nach den individuellen Gründen blieb bisher weitestgehend unbeantwortet. Anhand einer qualitativen Datenerhebung mittels leitfadengestützter Interviews mit Nicht-Partizipateuren wurden deshalb die individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung erhoben und differenziert aufgeschlüsselt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen dazu, die Vielfalt an Begründungen für Nicht-Beteiligung aufzudecken und Optionen für die Aktivierung und Einbindung vermeintlich exkludierter Milieus auszumachen. Wir gehen davon aus, dass die Beteiligungswahrscheinlichkeit von Akteuren wesentlich durch ihre soziostrukturelle Disposition bestimmt wird. Deshalb wurde im weiteren Verlauf untersucht, welche Zusammenhänge zwischen der Disposition und den Gründen für Nicht-Beteiligung existieren, also ob und wie soziostrukturelle, individualistische und verfahrensbezogene Begründungen ineinander greifen.

Aus der Auswertung der Interviews mit Nicht-Beteiligten lässt sich als Ergebnis eine diverse Erklärungsstruktur für Nicht-Beteiligung ableiten. Aus den Interviews mit Verantwortlichen (darunter Vorhabensträgerinnen und Vorhabensträger, Durchführende und Prozessbegleitende) von Beteiligungsverfahren zeigt sich, dass ihnen das Verhältnis zwischen Inklusionsverständnis und Intentionsbewusstsein (wer also aus welchen Gründen partizipieren soll) nicht immer deutlich ist. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es zum Abbau individueller Hindernisse für Partizipation zunächst einer Klärung der Intention und einer anschließenden Akteursanalyse bedarf, in der die Nicht-Beteiligten stärker als Individuen mit unterschiedlichen Teilhabebedürfnissen in den Mittelpunkt gerückt werden. Für eine inklusive Beteiligung ist demnach ein hohes Intentions- und Akteursbewusstsein auf Seiten der Verfahrensverantwortlichen nötig.

In der Literatur wurde vermehrt eine akteurszentrierte, soziostrukturelle Sichtweise hinsichtlich beteiligungsferner Gruppen ausgemacht. Bezüglich relevanter Möglichkeiten der Inklusionssteigerung wird festgehalten, dass unmittelbar beeinflussbare Ansätze innerhalb der Verfahrensausgestaltung liegen. Bei einer anschließenden Gesamtanalyse der erhobenen individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung zeigte sich anhand von abstrahierbaren Überschneidungen, welche Möglichkeiten auf Verfahrensseite existieren, um Beteiligungshemmnissen entgegenzuwirken. Es stellte sich heraus, dass sich Stellschrauben vor allem in Bezug auf die Aktivierung und hier vor allem auf eine persönliche und vertrauensvolle Kommunikationsstrategie beziehen. Es ist eine Frage der Haltung, dem Verfah-

ren, den Teilnehmenden und dem Kontext gegenüber, wie inklusiv eine Beteiligung gelingen kann. Denn in Bezug auf das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Verantwortlichen herrscht oft ein großes Misstrauen.

Um die Ergebnisse nach der Analyse des Forschungsstands und den Ergebnissen aus den Interviews weiterzuentwickeln, wurde eine Fachkonferenz (Kapitel 4) mit weiteren Beteiligungsexpertinnen und -experten im Herbst 2016 durchgeführt. Im Zuge einer dialogischen Auswertung und kollaborativen Entwicklungsarbeit wurden die zuvor erarbeiteten Resultate weiterentwickelt, um diese als Basis für die anschließende konzeptionelle Arbeit zu verwenden. Schwerpunkte der Fachkonferenz waren Erfolgsfaktoren für inklusive Beteiligung zu erarbeiten und daraus Muster des Gelingens als konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Die aus Theorie und Praxis erhobenen entscheidenden Impulse für Inklusion lassen sich zusammenfassend als ‚weiche Faktoren‘, wie Haltung und Kommunikation, sowohl der Beteiligung als auch den Teilnehmenden gegenüber, beschreiben. Zusätzlich braucht es ein Verständnis für das Feld, innerhalb dessen das Verfahren durchgeführt wird. Dies entwickelt sich in der Auseinandersetzung mit dem Prozess, also dem Bewussten und Unbewussten, das in das Verfahren hineinwirkt und das gesamte räumliche, zeitliche und gedankliche Umfeld, in dem das Verfahren stattfindet. Wird der Prozess in die Planung und Umsetzung miteinbezogen, kann z.B. eine Offenheit gegenüber Entwicklungen innerhalb des Verfahrens entstehen, die auch Konflikte konstruktiv miteinbeziehen kann.

Nach mehreren Entwicklungsstadien ging am Ende des Forschungsprozesses eine Beteiligungsleinwand hervor, die aus empirischer Befragung und kollaborativer Auswertung wichtige Veränderungsimpulse bekam und alle relevanten Forschungsergebnisse aufgenommen hat: Auf der finalen Beteiligungsleinwand gibt es drei Hauptkategorien für die Konzeption eines Verfahrens. An erster Stelle steht die Feldanalyse. Diese beinhaltet die Ausgangslage, bestehend aus der Vorgeschichte, den Intentionen und Rahmenbedingungen für das Verfahren. Im zweiten Schritt innerhalb der Feldanalyse geht es um die Akteure und die Akteurskonstellationen (Verantwortliche und Teilnehmenden). Der zweite Teil der Beteiligungsleinwand betrifft die Verfahrensgestaltung. Hier geht es um Kommunikation (Haltung, Aktivierungsmöglichkeiten und Ansprache), um die Struktur und Organisation (Ort, Zeit und Verfahrensstruktur) und schließlich die Veranstaltungskonzeption (Durchführung und Formate). Der dritte Teil der Leinwand widmet sich der Kultivierung des Verfahrens, auf dem die Art der Auf- und Nachbereitung festgehalten wird und die Umsetzung und Verstetigung der Ergebnisse.

Die aus der Analyse gewonnenen Qualitätskriterien für Beteiligungsverfahren sowie Strategien für Inklusion wurden in Form von Mustern des Gelingens in einem Webtool (Kapitel 6) so aufbereitet, dass sie als Handlungsempfehlungen für Praktizierende fungieren können. Die zuvor vorgestellte Matrixstruktur stellt die Grundlagen für die Entwicklung des Webtools, das in Zusammenarbeit mit der Medienagentur Sinnwerkstatt umgesetzt worden ist. Die Daten aus Literaturrecherche, empirischer Befragung und dialogischer Auswertung wurden hierfür kombiniert, verdichtet und anschließend zu konkreten Lösungsmustern ausgearbeitet. Integriert in das Webtool unterstützen sie die Verantwortlichen und Durchführenden eines Beteiligungsverfahrens. In dem jeweiligen Kontext können dank des verwendeten Mustersprachenansatzes individuelle Gestaltungsansätze gefunden werden. Sie stellen relevante Anhaltspunkte für die Konzipierung von Beteiligungsverfahren zur Verfügung, um in einem inklusiven Sinne Beteiligungsverfahren wirksam gestalten zu können. Damit das umfangreiche bestehende und auch zukünftige Erfahrungswissen zum Thema Qualität und Inklusion in Beteiligungsverfahren weiterentwickelt werden kann, ist das Tool als partizipativ lernend konzipiert. Dank des modularen Aufbaus kann es sich kontinuierlich – sowohl in Hinsicht auf die Quantität als auch die Qualität der enthaltenen Informationen – weiterentwickeln.

Summary

The research project on “Impetus for citizen participation, primarily with reference to aspects of inclusion – empirical surveys, dialogical evaluations, synthesis of practicable recommendations for participation procedures” examined the root causes of nonparticipation in informal participation procedures as well as opportunities for greater inclusion into participation procedures of groups not normally reached. The project was conducted by the Institute for Participatory Design (IPG) on behalf of the Federal German Environment Agency (UBA) from October 2015 to March 2017.

In commissioning the project, UBA took into consideration the increasingly noted political alienation in the relationship between citizens and the policy arena as well as a growing lack of understanding and resultant frustration on the part of all involved. While informal participation procedures are not prescribed by law, in recent years they have increasingly been conducted as a matter of course. While there has been a quantitative increase in participation, this is not an indication of these procedures’ quality. Given that in addition to transparency, efficiency and empowerment, inclusion is often highlighted as a core quality, the research project manoeuvres the tense landscape of quality v. quantity by focusing on the more inclusive design of informal participation procedures as well as on their optimization. Representativeness, or at least heterogeneity, of participants is considered important for the quality of a procedure. However, participation procedures start from the assumption that certain societal groups tend to dominate: The “usual suspects”, i.e. the stereotypical white educated males over 50 years of age, are said to have a greater influence overall on the results of a participation procedure than other groups, e.g. educationally disadvantaged or socially weaker groups that tend to participate less in such procedures.

The present study does not set out to empirically validate the suspected participation bias. Instead, its aim is to carry out an in-depth analysis of the individual motives of nonparticipation in participation procedures, as the participation bias can only be addressed once relevant exclusion factors are known.

Given that there are as yet no reliable theoretical assumptions or empirical results with regard to this subject, this work is explorative, taking a deductive approach. The overall research and development process was subdivided into individual work steps, which were assigned to two work phases, i.e. analyses and conception. There is a smooth transition between research and development, given that the project explored the subjective reasons for nonparticipation while also developing practicable recommendations for participation procedures. The results of and knowledge gained as part of this study can support those responsible in their conception and implementation of participation procedures and thus increase the procedures’ quality.

The first chapter presents the context to the study, its aims and objectives, and principal definitions, followed by a description of the key analyses and development tools used in approaching this study: A “participation canvas” – which lists key elements and leverage points of participation procedures as well as their interactions, and which organisers and those responsible can take into account in their conception, implementation and evaluation of participation procedures – is used to present the knowledge gained in each of the work steps as part of the research project.

The second chapter outlines the current state of research. A key result of the literature review is a modified understanding of inclusion which brings to the fore the intention of a procedure rather than the normative demand that “everybody must participate”. Four possible intentions for engaging actor participation were derived from the literature: The aim of a participation procedure may be (1) legitimacy, (2) quality, (3) empowerment, or (4) democracy. Similarly, there are principles of inclusion that can be assigned to these intentions: (1) Representativeness, (2) diversity of perspectives, (3) special consideration, and (4) equal opportunities. In a third step, these principles of inclusion were cor-

related with the criteria for selecting participants: (1) Sociodemographic cross-section, (2) expertise/affectedness, (3) special or disadvantaged groups, and (4) open access.

In the course of the research process, the understanding of “comprehensive inclusion” was advanced and operationalized, as the modified understanding of inclusion shows that the intention of a procedure determines the composition of participants, i.e. who should participate for what reason. In subsequent steps of the analysis, it became obvious that those responsible for developments as well as those who accompany the process are often not aware of this understanding of inclusion.

With regard to causes of nonparticipation by people, the literature primarily references three reasons: (1) Socio-structural reasons, i.e. they can not participate due to lack of resources, (2) individualistic reasons, i.e. they do not want to participate due to a lack of interest, or (3) procedure-related reasons, i.e. concrete procedure-related exclusion factors – lack of access and lack of opportunities – resulted in them not being asked to participate. The approaches to explaining nonparticipation thus cite both actor-related and procedure-related reasons.

The theory-derived reasons for nonparticipation of supposedly excluded groups are largely based on assumptions and conjecture. The question of personal individual reasons has thus far remained largely unanswered. A qualitative data survey using semistructured interviews with nonparticipants was undertaken in order to identify and categorize in detail the individual reasons for nonparticipation. The knowledge thus gained was used to elucidate the diverse range of reasons for nonparticipation and to identify options for activating and involving supposedly excluded groups. We assume that the actors’ probability of participation is essentially determined by their socio-structural disposition. Therefore, in the further course of the project, we examined the interconnections between disposition and reasons for nonparticipation, i.e. whether or not and the extent to which socio-structural, individualistic and procedure-related reasons may be intertwined.

The evaluation of the interviews with nonparticipants has shown that the reasons for nonparticipation are diverse. Our interviews with those responsible for participation procedures (including project developers as well as persons conducting or accompanying the process) have shown that they do not always have a clear understanding of the relationship between their understanding of inclusion and their awareness of intent (i.e. who should participate for what reason). This leads us to conclude that in order to break down individual barriers to participation, there must first be a clarification of intent followed by an actor analysis that places a greater emphasis on non-participants as individuals with different levels of desire for involvement. Inclusive participation thus requires high levels of intention awareness and actor awareness on the part of those in charge of the procedures.

In the literature, we noted an increasingly actor-centred, socio-structural perspective with regard to groups that are distant from participation. As regards relevant opportunities to increase inclusion, we can state that procedural design offers immediate such controls. A subsequent overall analysis of the reasons for nonparticipation as identified by the survey, using abstracted intersections, exposed the opportunities on the procedural side that can be used to break down barriers to participation. It became evident that leverage points exist, in particular, in the area of activation and, in that context, especially with regard to a personal and trusting communications strategy. It is a matter of attitude towards the procedure, the participants and the context, as there is often a great deal of distrust between citizens and decision-makers.

In the autumn of 2016, a specialist conference (Chapter 4) involving other experts on participation was held with a view to further developing the results following on from the analysis of the state of research and building on the interview results. In the course of a dialogical evaluation and collaborative development work, the earlier project results were advanced with a view to utilizing them as a basis for subsequent conceptual work. The conference’s focus was on the development of success

factors for inclusive participation and on deriving from these factors success patterns to be used as concrete recommended actions.

The crucial impetus for inclusion identified from theory and practice can be summarized as “soft factors”, such as attitude or communication, both of the participation procedure and in terms of the factors encountered by the participants. In addition, there must be an understanding of the field within which the procedure is being implemented. This understanding evolves as part of the engagement with the process, i.e. the conscious and the subconscious, which influence the procedure as well as the entire spatial, temporal and intellectual environment in which the procedure takes place. Where the process is integrated into planning and implementation, it is possible, for example, to generate an openness towards developments within the procedure that also allows for conflicts to be constructively integrated.

At the end of the research process stood a participation canvas which had gone through several developmental stages; it had received important change-inducing impetus from the empirical survey and the collaborative evaluation and it integrated all relevant research outcomes: The final participation canvas contains three main categories for the conception of a procedure. The first category is the field analysis. This contains the starting situation, consisting of the antecedents, intentions and framework conditions of the procedure. In a second step, the field analysis deals with the actors and actor constellations (participants and those responsible). The second part of the participation canvas concerns procedural design. It addresses communication (attitudes, options for activation, and outreach), structure and organization (location, timing and structure of the procedure), and finally the concept for the event (implementation and formats). The third part of the canvas deals with the cultivation of the procedure, recording the manner in which results are processed and followed up on, and with the implementation and consolidation of the results.

The quality criteria for participation procedures derived from the analysis and the strategies for inclusion were developed into a webtool (Chapter 6) where they are presented in the form of patterns of success and serve as recommended actions for practitioners. The matrix structure presented earlier forms the basis for the development of the webtool, which was implemented in collaboration with the sinnwerkstatt media agency. To this end, the data derived from the literature review, the empirical survey and the dialogical evaluation were combined, condensed and developed into concrete solution patterns. They were integrated into the webtool and support those responsible for and those implementing participation procedures. Thanks to the pattern language approach used, individual design approaches can be found for a given context. They offer relevant pointers for the conceptual design of participation procedures, allowing for designing participation procedures that are effective in terms of their inclusiveness. The tool was designed to be participatorily learning, so as to allow for the further development of the extensive existing and future experiential knowledge on the issue of quality and inclusion in participation procedures. Thanks to its modular design, it can continuously be enlarged and developed, in terms of both the quantity and quality of information it contains.

Vorwort

Die politische Landschaft verändert sich momentan in beängstigender Geschwindigkeit auf eine Weise, die noch vor Kurzem kaum denkbar war. Als dieses Forschungsprojekt im Oktober 2015 startete, waren zwar schon Anzeichen populistischer Tendenzen in der politischen Debatte spürbar, aber die Erschütterungen, die insbesondere durch den ‚Brexit‘, die Wahl Donald Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten und allgemein durch das Erstarken einer autoritären, populistischen „rechten Internationalen“ (Ahr et al., 25.05.2016) ausgelöst wurden, waren in dieser Form für uns, die wir dieses Forschungsprojekt begannen, nicht vorstellbar.¹

Das Interesse dieser Untersuchung ist es, die Inklusion von bisher nicht oder wenig beteiligten Menschen in informellen Beteiligungsverfahren zu erhöhen. Hinter diesem Interesse steht neben den fachlichen Fragen, die von Beteiligungspraktiker*innen² gestellt werden, die politische Hoffnung, unsere liberale, weltoffene Gesellschaft möge immer mehr Beteiligung ermöglichen, um sich auf diese Weise gegen autoritäre und populistische Tendenzen zu immunisieren.

Beteiligungsverfahren sollen mehr Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft mit unterschiedlichen Hintergründen zu einer immer größeren Zahl an Themen in eine produktive, demokratische Auseinandersetzung bringen, so das Kalkül. Dieses Kalkül beruht auf der politischen Vision, dass durch mehr gesellschaftliche Teilhabe eine offenere, freiere und damit bessere Gesellschaft entsteht. Mündige Bürger*innen können sich mit einer solchen Gesellschaft zufriedenstellend identifizieren und ihren eigenen Beitrag leisten. Diese Logik erschließt sich wie eine immer weiter aufwärts führende Spirale: „Wir leben in einer offenen demokratischen Gesellschaft, die progressive Formen von Governance und Beteiligung ermöglicht. Das führt wiederum zu mehr gesellschaftlicher und politischer Teilhabe für alle Menschen und zum Erlernen demokratischer Praktiken. Daraus ergibt sich mehr Zufriedenheit mit unserem politischen System, was wiederum zu einer erhöhten Stabilität und Resilienz der Gesellschaft führt mit der Konsequenz einer weiteren Öffnung und Liberalisierung unseres Systems. Als Folge daraus entwickeln sich erneut mehr Toleranz, Mitbestimmung, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit und so entstehen wieder neue, offenere Formen von Beteiligung und politischer und gesellschaftlicher Teilhabe.“

Nach den Erfahrungen insbesondere der letzten Monate muss an dieser politischen Logik zumindest gezweifelt werden. Nun sehen wir konkret, dass die Spirale durchaus auch nach unten führen kann hin zu mehr Intoleranz, Exklusion, Restriktion und Autoritarismus. Theoretisch war uns diese Möglichkeit immer klar. Die Geschwindigkeit und Radikalität der Umkehr jedoch hat uns, die wir parallel zu den Ereignissen mit diesem Forschungsprojekt beschäftigt waren, überrascht und animiert, den Forschungsgegenstand „Inklusion in Beteiligungsverfahren“ in dem in diesem Vorwort diskutierten größeren politischen Kontext zu verstehen.

So ist es z.B. besonders irritierend, dass ausgerechnet die autoritären populistischen Bewegungen lauthals nach mehr Bürger*innenbeteiligung rufen. Sie führen Formen der Beteiligung als Hilfsmittel in der Auseinandersetzung mit den etablierten politischen Eliten sowie mit liberalen und progressiven politischen Haltungen an. Alles, was Politikroutinen stören kann, ist willkommen. Das Narrativ dieser Gruppen lautet in etwa wie folgt: Es werde mehr Bürger*innenbeteiligung benötigt, damit die

¹ Und das trotz des Wissens um Erich Fromms Studien zum Autoritären Charakter (Berliner Arbeiter- und Angestellten-erhebung) und des zahlreich formulierten Allgemeinplatzes, dass Demokratie täglich neu erstritten werden muss. (siehe Fromm et al., 1980)

² Wir wählen im Vorwort die *-Schreibweise, um möglichst viele Subjektpositionen wie männlich, weiblich, trans- und interident und diejenigen miteinzubeziehen, die sich nicht einer dieser Kategorien zuordnen. Das * sorgt zudem für eine leichtere Lesbarkeit. Es wird als Offenheit gegenüber denjenigen verstanden, die nicht immer selbstverständlich mitgedacht werden und ist in diesem Sinne inklusiv gemeint.

Meinung der zunehmend marginalisierten (das heißt in ihrem Sinne, also eine weiße, christliche, nationale, traditionell familienorientierte, heterosexuelle) Mehrheit gegen die vermuteten herrschenden (intellektuellen, urbanen, liberalen, transkulturellen) Lebensstile verteidigt werden könne. Ausgerechnet ein Referendum als formales Beteiligungsinstrument fortschrittlicher demokratischer Systeme führte in Großbritannien dazu, dass sich reaktionäre, ab- und ausgrenzende Haltungen durchzusetzen vermochten.

Die Kritik, direkte Demokratie fördere eher rückwärts gewandte politische Haltungen, ist nicht neu und ein Grund dafür, dass diese Plebiszite nur mit hohen Hürden in Deutschland möglich sind. Nicht umsonst schreibt uns das Grundgesetz eine repräsentative Demokratie vor, die in ihrer Konstruktion auch darauf angelegt ist, Schutz vor Populismus zu bieten. 2009 bekamen diese Argumente mit der Schweizer Abstimmung über das Verbot von Minaretten starken Zulauf. Seit dem ‚Brexit‘-Referendum werden sie wieder verstärkt gegen Formen direkter Demokratie hervorgebracht. Es gibt aber immer auch die Gegenseite, die Bürger*innenentscheide langfristig als Gegenmittel zu Populismus begreift und als Möglichkeit, die Kluft zwischen Politik und Bürger*innenschaft zu schließen (dts Nachrichtenagentur, 01.01.2017). Zivilgesellschaftliche Organisationen wie ‚Mehr Demokratie e.V.‘ treten daher nicht nur für mehr Bürger*innenentscheide ein, sondern entwickeln auch faire und meinungsbildende Verfahren um diese Bürger*innenentscheide herum.

Fest steht, dass Bürger*innenbeteiligung zunehmend von Bürger*innen und ihren Institutionen als Mittel entdeckt wird, sei es, um legitime Interessen vernehmbar anzumelden, sei es, um Dialoge zu ermöglichen oder gute politische und planerische Lösungen herbeizuführen oder schließlich, um einen politischen Kampf im Sinne partikularer Interessen zu führen. Aber genau diese Grundhaltungen und Intentionen, aus denen jeweils Beteiligung eingefordert wird, machen am Ende den wichtigen Unterschied aus: dient Beteiligung nur dem Zweck, eigene Interessen gegen die politischen Interessen der jeweils Anderen und (vermeintlich) Herrschenden durchzusetzen, von denen man sich nicht mehr vertreten, gehört, geschützt oder ernst genommen fühlt? Oder dient Beteiligung stattdessen der Intention, gemeinsame Lösungen zu finden und alle Stimmen hörbar werden zu lassen, marginalisierte Positionen in einen Dialog einzubringen und gegenseitiges Verständnis zu erzeugen? Ob Beteiligung vermittelnd und gestaltend wirkt oder Populismus fördert, hängt anscheinend zu einem großen Teil an der ursprünglichen Intention, nämlich den Zielsetzungen und Haltungen der Bürger*innen dienlich zu sein, die Beteiligung einfordern und auch daran teilnehmen. Bürger*innen, so kann gesagt werden, sind also nicht gleich Bürger*innen und Beteiligung ist nicht gleich Beteiligung.

Gleiches lässt sich auch über Politik und Verwaltung sagen, die Beteiligungsverfahren zunehmend als Mittel ihrer administrativen, planerischen und politischen Arbeit entdecken und dementsprechend beauftragen. Auch hier gibt es unterschiedliche Grundhaltungen. Viele Beteiligungsverfahren entstehen aus einem echten Bedürfnis nach multiperspektivischem Austausch und gemeinsamer Problemlösung. Daraus entstehen wirklich gelungene, offene und transparente informelle Beteiligungsverfahren, die von Politik und Verwaltung bewusst eingesetzt werden, um konstruktive Auseinandersetzung zu ermöglichen, gemeinsames Verständnis zu erzeugen und sich damit auch in ihrem eigenen Handeln und Entscheiden abzusichern. Hier verstehen sich die Initiator*innen häufig selbst als Lernende, die ihre Arbeit verbessern und im Sinne guter Führung ein partnerschaftliches Miteinander erzeugen wollen. Der Effekt solcher Verfahren ist häufig eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

In unserer langjährigen praktischen Arbeit am Institut für Partizipatives Gestalten (IPG) sehen wir aber auch nicht ohne Sorge, dass mit einer zunehmenden Anzahl an informellen Beteiligungsverfahren auch deren Instrumentalisierung zunimmt. Dabei entwickeln sich zunehmend auch pathogene Formen der Partizipation wie beispielsweise:

„Particitainment“ (Selle, 2011): Bürger*innen werden mit PR- und Kommunikationsveranstaltungen bespielt. „Statt substanzieller Diskurse im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie wird eine Bürgerbeteiligung inszeniert, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert, ohne dies einlösen zu können“ (Selle, 2011, S. 3).

„Partizipationismus“³: Partizipativer Aktionismus zeigt sich dadurch, dass Beteiligung immer dann erhalten muss, wenn ein Mangel an Mut, Ideen, Führung oder strategischer Planung vorhanden ist, aber eigentlich keine reellen Möglichkeiten der Teilhabe bestehen. Partizipationsveranstaltungen lenken dann vom Versagen der Verantwortlichen ab und deligieren Verantwortung für schwierige Themen an die Bürger*innenschaft.

„Partipulation“: Informelle Partizipation wird gezielt eingesetzt, um eine höhere Zustimmung zu bereits beschlossenen und oft kontroversen Vorhaben zu erreichen. Eine andere Möglichkeit ist die Scheinentcheidung, die für die Wahl zwischen eng beieinander liegenden Optionen benutzt wird. Echte Alternativen werden bewusst ausgeblendet und deren Entwicklung blockiert.

Neben diesem bewussten Missbrauch von Partizipation gibt es ebenfalls Beteiligungsverfahren, die qualitativ schlecht vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet sind und darum Enttäuschung und Ärger hinterlassen. Das hängt auch damit zusammen, dass es für informelle Verfahren keine Qualitätsstandards und nur wenige seriöse Ausbildungs- und Beratungsangebote gibt oder diese nicht wahrgenommen werden. Oftmals gibt es sowohl auf Auftraggeber*innen- als auch auf Auftragnehmer*innenseite nur wenig Wissen und Erfahrung, was sich auch in der Art und Weise von Ausschreibungen und Angeboten niederschlägt. Markus Miessen beschreibt in seinem Essay „Alptraum Partizipation“ zudem diverse Problematiken und Kritikpunkte partizipativer Verfahren. So kritisiert er unter anderem, dass in vielen Beteiligungsverfahren ein „Mittelklassekonsens“ produziert werde (Miessen, 2012, S. 80), statt echte Konflikte und damit kritisch-produktive Kollaboration zuzulassen (ebd., S. 84), die demokratischer und fachlich fruchtbarer seien als pädagogische Methodik.

Partizipationsverfahren spiegeln die Haltungen und Intentionen, die bei den Initiator*innen aus Politik und Verwaltung vorherrschen, und sind unterschwellig in der Bevölkerung wahrnehmbar. Sind die Bürger*innen bloß Wahlvolk, manipulierbare Masse, notwendiges Übel, lästige Verhinderer reibungsvoller Planungsabläufe oder sind sie stattdessen Schutzbefohlene, Ideengeber*innen, Mitgestalter*innen, Partner*innen auf Augenhöhe? Diese Grundhaltungen sind nicht trivial, sondern bestimmend dafür, was Beteiligung im konkreten Fall leisten kann. Ebenso wie Partizipation eine wertvolle Methode darstellen kann, um das Vertrauen der Bürger*innenschaft zu gewinnen, so kann sie auch Vertrauen auf Jahre – manchmal für immer – zerstören. Partizipation kann bürgerliches Engagement, Vertrauen und Glaubwürdigkeit erhöhen, aber auch zu einer Abwendung von demokratischen Institutionen, Enttäuschung und Zynismus führen.

Die vorhersagbare Reaktion auf fehlende, manipulative und schlechte Partizipation sind dann die allbekannten Klischees wie `die da oben machen eh, was sie wollen`, `man sieht ja, was dabei herauskommt`, `das bringt ja eh nichts`. Paaren sich diese Klischees mit einem stereotypen öffentlichen Verständnis von Politik, nach dem sich politische Eliten um große abstrakte Fragen wie die sogenannten ‚Bankenrettung‘, ‚Griechenlandrettung‘ oder ‚Flüchtlingskrise‘ kümmern, nicht aber konkrete Antworten und Lösungen für die alltäglichen Probleme der Bevölkerung bieten, ergibt sich eine brenzlige Mischung aus Ängsten, Wut, Abgrenzung, Zynismus und Hass, die ein idealer Nährboden für Populismus sind.

³ Partizipationismus und Partipulation sind ‚Amalgamierungen‘, also Wortschöpfungen, die aus zwei Worten zusammengesmolzen werden und die hier analog zum Particitainment (bestehend aus Partizipation und Entertainment) nach Selle (2011) abgeleitet sind (‚Partizipationismus‘ aus Partizipation und Aktionismus bzw. ‚Partipulation‘ aus Partizipation und Manipulation). Vgl. auch (Paust, 2016).

Nicht zuletzt muss auch konstatiert werden, dass engagierte Bürger*innen in den letzten Jahren nicht gelobt und in ihrem Engagement bekräftigt, sondern häufig als ‚Wutbürger‘ verdammt wurden⁴. Wenn Donald Trump nun seinen Wähler*innen bestätigt: „Ihr Leute wart böse, gewalttätig. Ihr habt geschrien: 'Wo ist die Mauer? Wir wollen die Mauer!' Ihr habt geschrien: 'Knast! Knast! Sperrt sie ein!' Ihr seid durchgedreht. Ihr wart fies und gemein und böse – und ihr wolltet gewinnen, stimmt's?“ (n-tv.de, 17.12.2016), dann gibt das genau Zeugnis dieser Stimmung, nach der Wut und Aggressivität die letzten Mittel einer – in ihrer Selbstwahrnehmung entmachteten – Bevölkerungsschicht sind. Diese Wut ist nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und Deutschland derzeit spürbar und wird voraussichtlich eine Rolle bei den kommenden Wahlen insbesondere in Frankreich und Deutschland spielen.

Es gibt aber auch die andere Seite, die leider häufig leiser und weniger wahrnehmbar ist: Denn gute informelle Beteiligungsverfahren haben in den letzten Jahren zugenommen, insbesondere auf der Ebene kleinerer lokaler Einheiten. Und hier werden durchaus gute bis sehr gute Erfahrungen gemacht. In unserer Arbeit erleben wir Bürger*innen als interessiert, engagiert, kompetent und verantwortungsbewusst und häufig innovativer, mutiger und unternehmerischer als die Entscheider*innen, die ihnen in Politik und Verwaltung gegenüber sitzen. Wir haben in den letzten Jahren gezielt mit unterrepräsentierten Gruppen gearbeitet: Menschen aus ländlichen Regionen oder sozialen Brennpunktvierteln, Menschen mit geringem Bildungs- und Einkommensniveau, Menschen mit Behinderungen. Das hat uns, unabhängig von der politischen Großwetterlage, gezeigt, dass überall dort, wo Politik und Verwaltung eine offene und transparente Intention formulieren, wo den Menschen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben und reale Gestaltungsmacht übertragen wird, wo in einem professionell begleiteten Prozess die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, daraus nicht Wut, Ärger und Zynismus erwachsen, sondern Mut, Vertrauen und echtes zivilgesellschaftliches Engagement.

Gute Beteiligung, so sind wir überzeugt, ist umso wichtiger, je schwieriger die politische Situation ist. Die offene Auseinandersetzung mag inhaltlich ein Risiko sein, weshalb gerade auch von Seiten der Verantwortlichen vorsichtiger und kontrollierender agiert wird, als es angemessen wäre.⁵ Gesellschaftlich ist sie jedoch immer ein Zugewinn.

Der Inklusion kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Je nach Intention, das zeigt diese Studie, bedeutet Inklusion dabei etwas Unterschiedliches. Allgemein kann gesagt werden, dass gelingende Inklusion bei Beteiligungsprozessen dazu beiträgt, bessere Ergebnisse, höhere Zufriedenheit und ein tieferes gegenseitiges Verständnis entstehen zu lassen, weil mehr Perspektiven, mehr Erfahrungen und (Alltags-) Expertisen zusammenfließen. Daraus resultiert dann in Folge eine höhere Akzeptanz der Ergebnisse. Um aber alle Menschen zu erreichen, die für einen gelingenden Prozess notwendig und erwünscht sind, müssen wichtige Bedingungen erfüllt sein: eine klare und kommunizierte Intention, transparente und nachvollziehbare Rahmenbedingungen, eine positive kooperative Grundhaltung, eine solide und dem Kontext angemessene Methodik sowie professionelle Vorbereitung, Durchführung und Verstetigung der Ergebnisse.

Beteiligung ist nicht zwangsläufig ein Weg hin zu offeneren demokratischeren Gesellschaften. Es gibt wahrscheinlich auch keinen Automatismus zwischen mehr Beteiligung und höherer gesellschaftlicher Zufriedenheit. Es kommt stattdessen darauf an, welche Form der Beteiligung wir durchführen

⁴ Das bürgerliche Milieu, das gegen Stuttgart 21 demonstrierte, wäre in einem transparenten, offenen Planungsverfahren sicherlich ein kritischer, konstruktiver Partner gewesen und ist erst durch die Ignoranz und Intransparenz des Verfahrens zu Recht wütend geworden.

⁵ Es ist verständlich, dass man Auseinandersetzung mit hoher Brisanz und Konfliktpotential gerne steuern möchte, aber genau das führt zum gegenteiligen Effekt: Teilnehmende fühlen sich manipuliert und gelenkt.

und wie wir sie gestalten. Wie jedes demokratische Verfahren sind auch informelle Beteiligungsverfahren nicht vor Missbrauch aus verschiedenen Richtungen gefeit und können dann in Misstrauen umkippen. Der verantwortungsvolle Umgang mit Partizipation bedingt sich gegenseitig und lässt Vertrauen und Transparenz wachsen.

Partizipation ist kein Accessoire, keine Planungsphase 0⁶, kein ‚Abholen‘ der Bürger*innen, kein Legitimationsgenerator und schon gar kein Bonbon für gutes, bürgerschaftliches Benehmen. Nicht nur Menschen müssen beteiligt werden, sondern es gilt Hürden abzubauen und neue Möglichkeiten zu schaffen, damit sich Menschen selbständig beteiligen und sich dadurch politische Prozesse aneignen können. Partizipation ist Beziehungsarbeit. Partizipation ist kontinuierliches gemeinsames Bemühen um Verständnis, Ausgleich und gute Lösungen. Partizipation ist eine anspruchsvolle demokratische, reflexive Praxis und muss mit innerer Überzeugung und einer prozessoffenen Haltung betrieben werden. Inklusion ist dabei genauso wie Transparenz und Diversität ein notwendiges Kriterium für das Gelingen des Verfahrens. In diesem Sinne schaffen inklusive Beteiligungsverfahren Vertrauen in die demokratischen Akteur*innen, Prozesse und Institutionen. Dann sind sie auch ein essentieller Baustein politischer Kultur in Gesellschaften und damit ein wirkungsvolles Werkzeug gegen Populismus, Autoritarismus und Exklusion.

Die aktuelle politische Lage hat, neben den fachlichen Fragen, unseren Blick auf den größeren Sinnzusammenhang dieses Forschungsgegenstandes geöffnet. Die Auseinandersetzung mit Partizipation ist wichtig. Ein professionelles Herangehen an Partizipation ist notwendig. Inklusion ist dabei ein Schlüssel von vielen zum Gelingen von Partizipation. Entsprechend erfreulich ist es, dass über die Forschung hinaus auch Entwicklung ein Teil des Projektes war. Die konkreten, handlungsorientierten Erkenntnisse unserer Forschung sind in ein Webtool eingeflossen, das mit der Veröffentlichung der Studie online als Betaversion zur Verfügung gestellt wird. Das Tool soll Praktiker*innen aus Politik, Verwaltung und Beratung sowohl mit geringer als auch größerer Erfahrung dabei helfen, bessere, inklusivere Beteiligungsverfahren zu konzeptionieren und durchzuführen sowie sich mit der Thematik Bürger*innenbeteiligung auseinanderzusetzen und sich dabei der eigenen Intentionen und Haltungen bewusst zu werden. Wir möchten hiermit sowohl einen praktischen als auch gesellschaftlichen Beitrag leisten.

⁶ Die Planungsphase 0 hat es in den letzten Jahren zu einer fragwürdigen Aufmerksamkeit gebracht. Sie ist inspiriert von den Leistungsphasen in der Architektur und propagiert Beteiligung als Vorstufe zu diesen Leistungsphasen. Nach diesem Verständnis werden die Wünsche der Bürger*innen gesammelt und ihre Vorstellungen abgefragt, um den klassischen Planungsprozess vorzubereiten, den die Expert*innen im konventionellen Verständnis weiterführen. Partizipation ist dann eher ein vorgeschalteter Abgleich als ein demokratischer Prozess. Demgegenüber steht die Haltung, dass Partizipation einen Planungsprozess kontinuierlich flankiert und die Planung konstruktiv, kritisch und engagiert in allen Phasen ergänzt und verbessert.

1 Einführung

1.1 Hintergrund

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern⁷ im Vorfeld oder im Verlauf öffentlicher Planungen und Vorhaben hat in den letzten Jahren an Selbstverständlichkeit gewonnen. Vielerorts erarbeiten Kommunen Leitfäden und Handbücher zur Bürgerbeteiligung. Bei Stadt- und Dorfentwicklungsplanungen sowie Infrastrukturprojekten sind zumindest Informationsveranstaltungen vorgesehen, häufig als Dialogverfahren. Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist spätestens seit dem viel zitierten ‚Stuttgart 21‘ geradezu eine normative Verpflichtung geworden, sowohl für Kommunen als auch in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger (Haß et al., 2014, S. 2, Klages, 2014). In diesem Feld der informellen Öffentlichkeitsbeteiligung kommen zahlreiche Formate und Methoden zum Einsatz, häufig begleitet durch externe Moderation, die Bürgerinnen und Bürger einerseits sowie Kommunen und Vorhabenträger andererseits miteinander in einen Dialog bringen sollen (für eine umfassende Übersicht siehe: Alcántara et al., 2014).

Während ein quantitativer Anstieg der Beteiligung zu verzeichnen ist, ist damit allerdings noch nichts über die Qualität dieser Verfahren gesagt (vgl. Dienel & Furhmann, 2014, S. 22). Die Forschung zur Qualität von Beteiligungsverfahren und -prozessen steckt noch in den Anfängen. Systematische Evaluationen von Verfahren sind ebenso die Ausnahme wie einheitliche Kriterien zur Bewertung. Ausnahmen sind z.B. das Projekt ‚DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess‘, das 2014 in einem „transdisziplinären Versuch eine breit angelegte Systematisierung von Partizipationsformen“ (Alcántara et al., 2014, S. VI) untersuchte.

Neben Transparenz, Effizienz und Empowerment wird das Thema Inklusion häufig als zentrale Qualitätsdimension identifiziert (vgl. Alcántara et al., 2014, S. 28). Repräsentativität oder zumindest Heterogenität der Teilnehmenden sind demnach von Bedeutung für die Qualität eines Verfahrens. Viele Praktizierende berichten allerdings von der Erfahrung, dass es bei Beteiligungsverfahren eine Dominanz bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gibt: „Da kommen doch immer nur die Gleichen“ (Selle, 2005, S. 474). Diese auch in der Literatur beschriebene Beteiligungsbias besagt, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen⁸ insgesamt mehr Einfluss auf die Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens hätten als andere, die sich tendenziell weniger beteiligten (vgl. Kersting et al., 2008, S. 42, Kuder & Ritzi, 2013).

Da informelle Partizipationsverfahren in der Regel freiwillig sind und nur selten nach soziodemographischen Daten gefragt wird, ist diese Annahme aus der Praxis schwer zu belegen. Die themennahe Sozialforschung und Forschung zu politischer Beteiligung erlauben zwar Rückschlüsse auf tendenziell beteiligungsferne Milieus. Zu den Gründen der Nicht-Beteiligung sowie zu Möglichkeiten der Inklusion bei informellen Beteiligungsverfahren gibt es bisher jedoch mehr Spekulationen als erforschte Aussagen. An dieses Desiderat knüpft die vorliegende Untersuchung „Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten“ an und untersucht die Gründe für Nicht-Beteiligung.

⁷ Wir verwenden in diesem Text in der Regel weibliche und männliche Formen, teilweise ausschließlich weibliche oder männliche. Wie oft üblich sind in diesem Text bei ausschließlich männlichen Formen auch Frauen, Trans*- und Inter*-Personen mitgemeint. Das gleiche gilt auch bei der Verwendung weiblicher Formen, es sei denn, es wird ausdrücklich von Frauen oder Männern gesprochen.

⁸ Das stereotype Vorurteil spricht von in der Mehrzahl weißen, gebildeten Männern über 50 Jahren, die sich beteiligen.

1.2 Zielsetzung und Leitfragen

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Herausforderungen hinsichtlich einer Beteiligungspraxis steht im Zentrum dieses Berichts die Frage, wie informelle Beteiligungsverfahren inklusiver gestaltet werden können. Es geht also darum, wie Beteiligungsverfahren in Bezug auf Inklusionsaspekte qualitativ optimiert werden können.

Zur Annäherung an den Untersuchungsgegenstand werden sowohl die Gründe für das vermutete Beteiligungsbias als auch Möglichkeiten, diesem entgegenzuwirken empirisch untersucht. Die empirische Überprüfung des Beteiligungsbias wird aufgrund der zuvor beschriebenen Problemstellung dabei nicht explizit verfolgt. Daraus ergeben sich zwei zentrale Leitfragen:

- ▶ Worin liegen Gründe für Nicht-Beteiligung?
- ▶ Welche Möglichkeiten gibt es, vielfach nicht erreichte Gruppen für Beteiligung zu gewinnen?

Ziel der Forschung ist es, anhand der Ergebnisse Impulse und konkrete Handlungsempfehlungen für die Optimierung von Beteiligungsverfahren vor allem in Hinsicht auf Inklusionsaspekte zu geben. Parallel wurde deshalb ein internetbasiertes Tool entwickelt, welches die gewonnenen Erkenntnisse in Erfolgsfaktoren in Form von ‚Mustern des Gelingens‘ für eine qualitativ hochwertige Beteiligung übersetzt und als Empfehlungen für Verantwortliche von Beteiligungsprojekten zur Verfügung stellt.

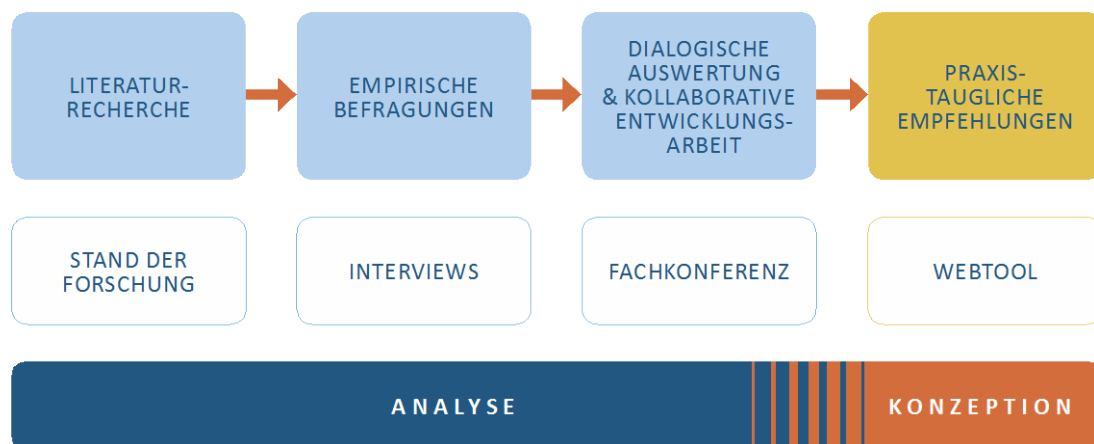
1.3 Methodisches Vorgehen

Beabsichtigt war, das Feld subjektiver Gründe für Nicht-Beteiligung zu erkunden und zu systematisieren, um daraufhin Möglichkeiten zur Optimierung abzuleiten. Es wurde ein exploratives Vorgehen gewählt, welches üblicherweise zum Einsatz kommt, wenn noch keine belastbaren theoretischen Annahmen oder empirischen Ergebnisse zu einem Untersuchungsgegenstand existieren (Kaiser, 2014, S. 29). Für die subjektiven Gründe von Nicht-Beteiligung liegen noch keine belastbaren Ergebnisse oder Daten vor.⁹ Im Sinne eines deduktiven Vorgehens dienen die in der Literatur und der Praxis vorhandenen zahlreichen Vermutungen über die Gründe für Nicht-Beteiligung als Grundlage für die Arbeitsthese dieser Untersuchung.

Der gesamte Forschungs- und Entwicklungsprozess wurde in einzelne Arbeitsschritte gegliedert, die sich in zwei Arbeitsphasen – Analyse und Konzeption – unterteilen lassen. Die einzelnen Arbeitsschritte orientierten sich an den in der Leistungsbeschreibung des Auftraggebers formulierten Arbeitspaketen (vgl. Umweltbundesamt, 2015). Durch die Erforschung subjektiver Gründe für Nicht-Beteiligung einerseits und die Konzeption praxistauglicher Empfehlungen andererseits ist der Übergang von Forschung zu Entwicklung fließend.

⁹ Mit Ausnahme der Studie „Betroffen aber nicht aktiv“ (Haß et al., 2014) liegen kaum qualitative Daten zu subjektiven Gründen von Nicht-Beteiligung vor, die auf Grundlage einer Befragung von Nicht-Partizipateuren erhoben wurden.

Abbildung 1: Forschungsdesign



Quelle: IPG

In der **analytischen Phase** wurden drei aufeinander aufbauende Schritte unternommen. Der dritte Schritt bildete einen Übergang in die Entwicklungsphase.

1. **Literaturrecherche:** Um den aktuellen Stand der Forschung darzulegen und wesentliche (Nicht-) Beteiligungsdiskurse unterschiedlicher Disziplinen zu eruieren, wurde das Spektrum der theoretischen und anwendungsorientierten Beteiligungsliteratur sowie Literatur zu Inklusion und Exklusion ausgewertet. Die Ergebnisse dieser literaturbasierten Annahmen zum Untersuchungsgegenstand wurden als Arbeitsthesen formuliert. Diese waren grundlegend für die Ausgestaltung der folgenden Analyseschritte und wurden innerhalb dieser überprüft.
2. **Empirische Befragungen:** Mit der Durchführung leitfadengestützter Interviews – konzipiert auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Literatur – mit zwei unterschiedlichen Zielgruppen (Nicht-Beteiligte und Verantwortliche des Beteiligungsprojektes) wurden subjektive Gründe für Nicht-Beteiligung erfasst, die über (externe) Vermutungen hinausgehen. Neben der Erfassung der Bandbreite an Begründungen für Nicht-Beteiligung wurden zusätzlich Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung „vermeintlich exkludierter Milieus“ (Umweltbundesamt, 2015, S. 3) von den interviewten Personen entwickelt.
3. **Dialogische Auswertung und kollaborative Entwicklungsarbeit mit Beteiligungsexpertinnen:** Innerhalb einer Fachkonferenz wurden die aus den vorherigen Arbeitsschritten gewonnenen Ergebnisse evaluiert und weiterentwickelt. Durch die Analyse eigener Beteiligungsprojekte durch die Teilnehmenden wurde das Erfahrungswissen zunächst abstrahiert und anschließend in Handlungsempfehlungen transferiert. Erfolgsfaktoren für eine inklusive Beteiligung wurden kollaborativ entwickelt und als praktische Empfehlungen in Form von Mustern des Gelingens festgehalten.

An die drei Analyseschritte knüpfte die **konzeptionelle Phase** an:

4. **Praxistaugliche Empfehlungen für ein Webtool:** Die aus der Analyse gewonnenen Qualitätskriterien für Beteiligungsverfahren sowie Strategien für Inklusion wurden in Form von Mustern des Gelingens für ein Webtool so aufbereitet, dass sie als Handlungsempfehlungen für Praktizierende fungieren können. Die Daten aus Literaturrecherche, empirischer Befragung und dialogischer Auswertung wurden hierfür kombiniert, verdichtet und anschließend zu Lösungsmustern ausgearbeitet. Integriert in das Webtool unterstützen sie die Verantwortlichen bei der Planung eines Beteiligungsverfahrens im jeweiligen Vorhabenskontext. Die individuellen Gestaltungsan-

sätze des Tools bieten auf diese Weise relevante Anhaltspunkte für die Konzipierung von Beteiligungsverfahren.

Die Matrixstruktur der Beteiligungsleinwand, wie sie in Kapitel 1.5.3 vorgestellt wird, diene als zentrales Forschungs- und Entwicklungswerkzeug beim Vorgehen. Nach jedem Arbeitsschritt entwickelte sich die Beteiligungsleinwand entsprechend des Erkenntnisgewinns weiter. Die unterschiedlichen Erkenntnisstadien wurden nach jedem abgeschlossenen Arbeitsschritt durch die Weiterentwicklung der Beteiligungsleinwand im Text beschrieben. Gleichzeitig entwickelte sich die Beteiligungsleinwand innerhalb der Forschung als methodisches Werkzeug weiter. Sie bildet in ihrer Endfassung (Beteiligungsleinwand 3.0) die Basis für das Webtool.

Wir verfolgten damit einen Forschungsansatz, der auf Konzepten und Theorien von Situierung, Generativität und Reflexivität basiert. Demnach sind Wissensansprüche in erster Linie dann gerechtfertigt, wenn sie in Bezug auf die jeweilige Situierung formuliert werden, d.h. in diesem Fall, wenn die Einbindung in einen inhaltlichen und diskursiven Kontext einschließlich seiner Narrative bewusst reflektiert ist.¹⁰ Wissen, welches seine Verortung nicht offenlegt und dadurch einen Standpunkt für sich in Anspruch nimmt, der außerhalb der Geschichte (und damit auch der Geschichten liegt, in die das Wissen eingebunden ist) liegt, ist Haraway zufolge „wahrhaft phantastisch, verzerrt und deshalb irrational“ (Haraway et al., 1995, S. 87). Von generativer Forschung wird dann gesprochen, wenn Entscheidungsoptionen innerhalb eines Forschungsprozesses transparent und nachvollziehbar aufgezeigt und aus der wechselseitigen Abstimmung von Methodik, Interpretation und Erkenntnis in Einklang gebracht werden. Ein solches Vorgehen impliziert eine reflexive Praxis, innerhalb derer die eigenen Annahmen und Modelle kritisch hinterfragt und gegebenenfalls an den jeweils erreichten Erkenntnisstand angepasst werden (vgl. Moldaschl, 2000). Aus diesem Verständnis heraus legten wir großen Wert auf eine transparente und detaillierte Beschreibung des Forschungs- und Entwicklungsprozesses. Es wurden deskriptive und narrative Elemente aufgezeigt, welche die jeweilige Kontextualität der eigenen Wissensproduktion verdeutlichen.

Konkret orientiert sich der Aufbau des vorliegenden Berichts daher an den einzelnen Arbeitsschritten des Forschungsdesigns. Zu Beginn eines jeden Kapitels findet sich eine detaillierte Beschreibung der Zielsetzung und des methodischen Vorgehens innerhalb des Arbeitsschrittes. Daran schließt sich die Vorstellung der gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse an. Jedes Kapitel schließt mit einem Zwischenfazit über den jeweiligen Erkenntnisgewinn. Hier findet sich eine Reflexion zu den durchgeführten Arbeitsschritten und offene Fragen sowie der jeweilige Erkenntnisgewinn – aufgezeigt an der Weiterentwicklung der Beteiligungsleinwand.

1.4 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes

1.4.1 Die Rolle informeller Beteiligungsverfahren im politischen System. Begriffsbestimmung und -verständnis

Unsere Forschung konzentrierte sich auf das Feld organisierter und strukturierter informeller Partizipationsprozesse, also solche Beteiligungsmodi, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind. Es handelt sich um Verfahren, die oft, aber nicht immer von kommunaler Seite freiwillig initiiert werden, um Meinungsbilder oder Ideen von Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten. Die Spanne der Tiefe und Intensität der Beteiligung reicht dabei von monologischen Unterrichtungen (informative Beteiligung)

¹⁰ „Ich argumentiere für Politiken und Epistemologien der Lokalisierung, Positionierung und Situierung, bei denen Partialität und nicht Universalität die Bedingung dafür ist, rationale Ansprüche auf Wissen vernehmbar anzumelden“ (Haraway et al., 1995, S. 89).

über dialogorientierten Austausch (deliberative Beteiligung und Mediation) bis zu dem Angebot einer gemeinsamen Gestaltung von Entwürfen und Plänen (kollaborative Beteiligung). Die Beteiligungstiefe verschiedener Verfahren wird im anschließenden Kapitel genauer beschrieben.

Nicht Gegenstand dieser Untersuchung waren formelle Formen politischer Partizipation (beispielsweise Wahlen) und informelle politische Aktionen (beispielsweise Demonstrationen und Boykotte). Ebenso wenig ging es um die aus sozialpädagogischen und soziologischen Diskursen bekannte ‚soziale Partizipation‘, die eine allgemeine Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen zum Inhalt hat.

Überschneidungen und Ähnlichkeiten politischer, sozialer und der hier untersuchten informellen Partizipation sind offensichtlich: Die Teilnahme an einem informellen Beteiligungsverfahren bei einem Infrastrukturprojekt z.B. kann zweifelsohne politisch motiviert sein, und die Einbindung sozial schwacher Gruppen in den Partizipationsprozess einer Quartiersentwicklung kann zu einer größeren gesellschaftliche Teilhabe beitragen. Politisch sind informelle Beteiligungsverfahren zudem meist schon dadurch, dass sie im Vorfeld politischer Entscheidungen durchgeführt werden und somit als Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung gelten können (Gabriel & Völkl, 2008, S. 270). Mit der Beschränkung auf informelle Partizipation ist keinesfalls eine Abgrenzung von den Bedeutungsdimensionen politischer und gesellschaftlicher Partizipation intendiert. Vielmehr gelten die informellen Beteiligungsprozesse hier als ein eigentümlicher Modus des Beteiligens und Beteiligt-Werdens, der politischen und der sozialen Teilhabe. Was die häufig von kommunaler oder allgemein öffentlicher Seite initiierten informellen Beteiligungsverfahren besonders macht, ist ihre unklare Rolle im institutionellen Gefüge des politischen Systems. Formal betrachtet können durch freiwillig durchgeführte Verfahren keinerlei rechtsverbindliche Entscheidungen gefällt werden, auch wenn dies oft suggeriert wird. Politische Entscheidungen können in der jetzigen Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie nur durch demokratisch legitimierte Instanzen wie Stadtverordnetenversammlungen getroffen werden (Vetter et al., 2015, S. 231). Was ist also die Rolle von informellen Beteiligungsprozessen im politischen System? Warum betreiben Kommunen einen erheblichen finanziellen und zeitlichen Aufwand für solche Verfahren?

Informelle Beteiligungsverfahren können eingesetzt werden, um erstens eine breite Akzeptanz für (strittige) Vorhaben zu schaffen, um zweitens Empfehlungen zu einem konkreten Vorgehen zu generieren oder auch, um drittens eine Entscheidung vorzulagern, die dann durch ein demokratisch legitimiertes Gremium übernommen werden kann. Die Rolle und Funktion einer informellen Beteiligung wird demnach durch die Initiiierenden bzw. Vorhabensverantwortlichen dem Verfahren zugewiesen und hängt entscheidend von den Intentionen dieser ab (siehe hierzu Kapitel 2.5.1).

1.4.2 Der Inklusionsbegriff im Diskurs: Begriffsbestimmung und -verständnis

Innerhalb des Forschungsprozesses führte der Begriff Inklusion zu Irritationen. Im Vorfeld der Fachkonferenz „Inklusion in Beteiligungsverfahren“ gab es beispielsweise nach einer Klärung des Begriffs Abmeldungen von Interessierten, da der Inklusionsbegriff aufgrund seiner Entstehungsgeschichte¹¹ eine ausschließliche Verknüpfung zu Menschen mit Behinderungen hervorrief, die nicht in erster Linie Gegenstand der Fachkonferenz war.

Auch findet der Inklusionsbegriff in wissenschaftlichen Diskursen unterschiedliche Verwendung. In der Ungleichheitsforschung existiert beispielsweise ein normativer Inklusionsbegriff, der sich auf

¹¹ Anfang der 1970er Jahre setzten sich in den Vereinigten Staaten und ab den 1980er Jahren auch in Deutschland Menschen mit Behinderungen und Unterstützende für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe ein (Independent Living Bewegung bzw. Selbstbestimmt Leben). Dies war mit ausschlaggebend für die Entstehung des Inklusionsbegriffs (Kornherr, 2008, S. 19).

gesellschaftliche Teilhabe bezieht und den Gegenpart zur gesellschaftlichen Exklusion bildet. Martin Kronauer beschreibt Inklusion als ein Überwinden von exkludierenden gesellschaftlichen Verhältnissen (Kronauer, 2010, S. 56). Der Begriff der Integration gehe von einem Gesellschaftsbild aus, in das man sich einfügen müsse. Im Gegensatz dazu fände Inklusion schon im Vorfeld statt, d.h. dass exkludierende gesellschaftliche Verhältnisse überwunden werden sollten.

Der Begriff Inklusion (aus dem Lateinischen ‚inclusio‘) bedeutet ‚Einschließung‘ oder ‚Einschluss‘. Auf den Menschen bezogen bedeutet Inklusion die selbstverständliche Zugehörigkeit und uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft – so auch in Beteiligungsverfahren. Er bezieht sich in dieser Untersuchung jedoch nicht nur auf Menschen mit Behinderungen, sondern auf all diejenigen, die mit Beteiligungsverfahren erreicht werden sollen. Denn „für die erfolgreiche Durchführung von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen ist es wichtig, dass idealerweise alle betroffenen Bevölkerungsgruppen teilnehmen, so dass möglichst alle unterschiedlichen Meinungen in dem Prozess vertreten sind (umfassende Inklusion)“ (Umweltbundesamt, 2015, S. 1).

Die in der Leistungsbeschreibung für diese Forschung formulierte Bedeutung einer umfassenden Inklusion wurde im Laufe des Forschungsprozesses weiterentwickelt und operationalisiert, da es unterschiedliche Auffassungen davon gibt, wer wann und auf welche Weise inkludiert werden soll. Hierbei muss beachtet werden, dass jedes Beteiligungsverfahren einen exklusiven Charakter hat.¹² Entsprechend des im weiteren Verlauf erarbeiteten modifizierten Inklusionsverständnisses setzt sich die ideale Teilnehmendenschaft nicht lediglich aus den betroffenen Bevölkerungsgruppen zusammen; vielmehr ist sie abhängig von der Intention des Vorhabens. Eine umfassende Inklusion ist dementsprechend durch die jeweilige Beteiligungsentention charakterisiert (siehe Kapitel 2.5.1).

1.5 Konzeptionelle Grundlagen

Dieser Bericht stützt sich in zentralen konzeptionellen Aspekten auf das theoretische und methodische Verständnis von Partizipation, wie es am Institut für Partizipatives Gestalten (IPG) umgesetzt wird. Die Grundlagen fußen auf Erfahrungen der praktischen und theoretischen Arbeit mit Partizipationsprozessen der letzten 16 Jahre, die unsere Haltungen und Begriffsbestimmungen zum Thema Partizipation geformt haben. Um die im Forschungsbericht von uns verwendeten begrifflichen Ein- und Zuordnungen zu erleichtern, werden wichtige Begriffe kurz vorgestellt.

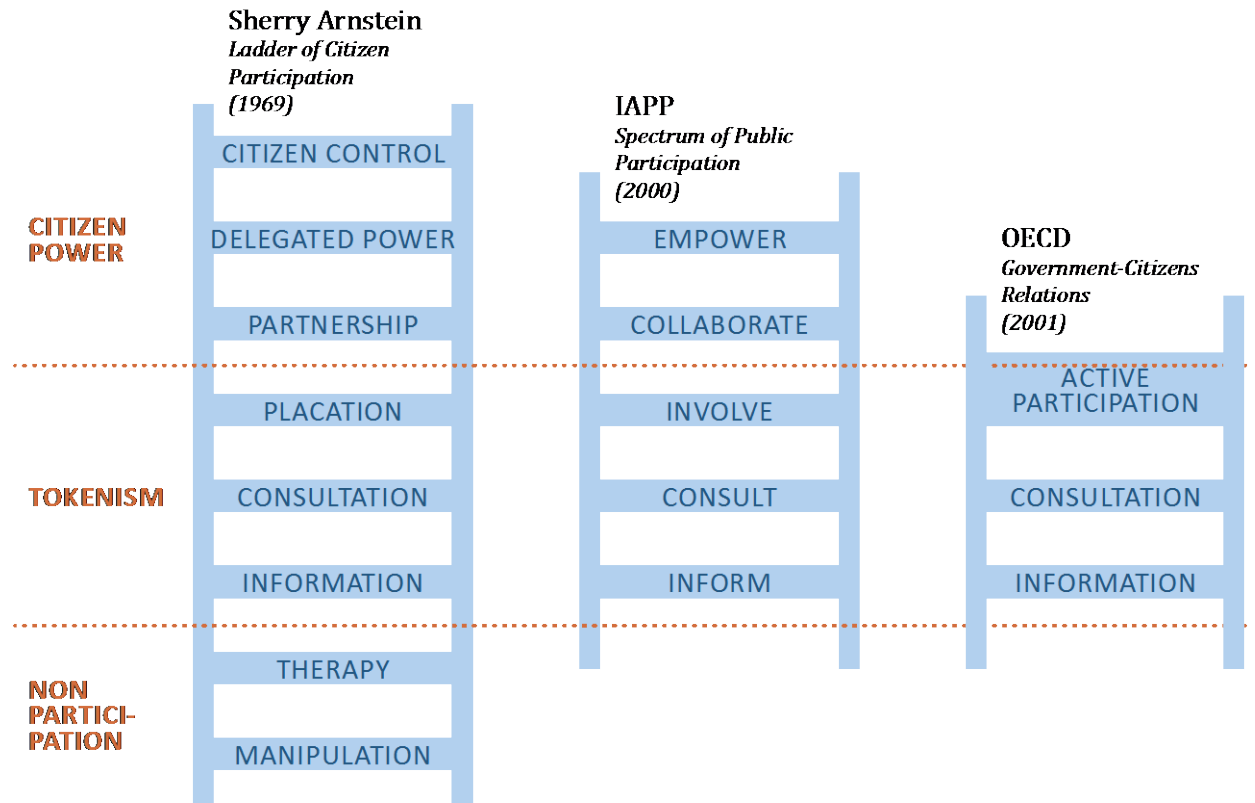
1.5.1 Die verschiedenen Beteiligungsqualitäten

1969 verfasste Sherry R. Arnstein einen grundlegenden und bis heute gültigen Text zu Partizipation. „A Ladder of Citizen Participation“ (Arnstein, 1969) beschreibt aufeinander aufbauende Stufen und Qualitäten von Teilhabe. Abbildung 2 zeigt, dass ähnliche Stufenmodelle Eingang in Institutionen wie der International Association of Public Participation (IAPP) und der Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) gefunden haben. Deutlich wird an diesen Erklärungsmodellen, dass Beteiligung unterschiedliche Qualitäten annehmen kann, die als Beteiligungsstufen oder Beteiligungstiefe beschrieben werden können.

¹² Das kommt z.B. durch eine begrenzte Zahl von Teilnehmenden, eingeschränkte Zugangsmöglichkeit, mangelnde Informationen, die Art und Weise der Veranstaltungsausgestaltung usw. zustande.

Arnstein verbindet einen emanzipatorischen Anspruch mit der jeweiligen Qualität von Partizipation, während die Stufenmodelle von IAPP und OECD auch ausschließlich methodisch oder strukturell verstanden werden können.

Abbildung 2: Unterschiedliche Stufenmodelle



Quelle: überarbeitete Darstellung IPG nach Prieto-Martín, P. (2010)

Informativ, deliberativ, kollaborativ

Am Institut für Partizipatives Gestalten verwenden wir eine dreistufige Kategorisierung, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Partizipation zu verdeutlichen. Wir unterscheiden dabei zwischen informativer, deliberativer und kollaborativer Partizipation. Die drei Stufen beinhalten jeweils unterschiedliche methodische Arbeitsweisen, die in einem Verfahren angewendet werden. Abbildung 3 veranschaulicht die verschiedenen Arbeitsmodi und ihre Wirkungsmöglichkeiten.

Abbildung 3: Verschiedene Beteiligungsmodi mit unterschiedlicher Wirkung



Quelle: IPG

Von einer informativen Beteiligung (Stufe 1) sprechen wir, wenn ausschließlich über Sachverhalte informiert wird. Dabei gibt es für die Beteiligten die Möglichkeit, auf Informationen mit Abstimmungen, Eingaben oder Fragen und Antworten zu reagieren. Bei informativen Veranstaltungen sind die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Beteiligten gering. Als Formate werden zum Beispiel Bürgerversammlungen, Anhörungen oder öffentliche Ausschusssitzungen genutzt. Methodisch zeichnet sich informative Beteiligung durch Vorträge, Präsentationen, hin und wieder auch Führungen aus.

Deliberative Beteiligung (Stufe 2) setzt auf eine vertiefte Kommunikation der Teilnehmenden: Diskussionen, Redeveranstaltungen, Meinungsbildung und öffentliche Diskurse prägen diese Form der Beteiligung. Zu deliberativen Verfahren gehört, wie bei informativen Verfahren, ein transparenter Informationsfluss. Dem kommunikativen Austausch der Beteiligten wird aber eine entscheidende Bedeutung beigemessen und die Beteiligten verfügen über mehr Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als in rein informativen Beteiligungsverfahren. Formate und Methoden für deliberative Beteiligung sind der Runde Tisch, das World Café, Bürgerparlamente, Town Hall Meetings, Debatten und viele andere. Die Mehrzahl der durchgeführten Beteiligungsverfahren sind informativ oder deliberativ ausgerichtet.

Kollaborative Verfahren (Stufe 3) zeichnen sich durch eine aktive Zusammenarbeit aller Teilnehmenden aus. Sie können Arbeitsmethoden beinhalten, die auch von Fachleuten, z.B. in der Architektur, im Design oder in der Entwicklung genutzt werden. Sie gehen über den Austausch von Informationen, Meinungsäußerungen und eine ausschließlich gesprächsorientierte Auseinandersetzung hinaus. Stattdessen führen die Teilnehmenden methodische Arbeitsschritte analog zu den Tätigkeiten professioneller Entwickler und Gestalter durch. Sie analysieren, vermessen, recherchieren, interviewen, entwerfen und entwickeln Maßnahmen, Projekte oder Planungen. Auf diese Weise kann sich eine hohe Identifikation der Teilnehmenden mit den Ergebnissen entwickeln, die durch die eigene Gestaltung und Auseinandersetzung entsteht. Formate für kollaborative Beteiligungen sind z.B. Zukunfts- oder Planungswerkstätten, Innovation Camps oder Design Thinking Workshops.

Wir verstehen die Beteiligungsarten nicht als einander ausschließende Arbeitsweisen, sondern als aufeinander aufbauende Vertiefungsmöglichkeiten der Partizipation. Deliberative Verfahren beinhalten immer auch informative Elemente. Kollaborative Verfahren enthalten gleichfalls informative und

deliberative Elemente. Der Grad der Teilhabe und damit auch der Aneignung des jeweiligen Gegenstands durch die Teilnehmenden nimmt von Stufe zu Stufe zu. Ebenso wächst das Verständnis für die am Ende getroffene Entscheidung durch die eigene intensive Auseinandersetzung mit der Thematik von Stufe zu Stufe.

Entscheidungs- und Gestaltungsmacht

Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie sieht im Allgemeinen nicht vor, dass Entscheidungsmacht außerhalb von Wahlen an die Bürgerinnen delegiert wird. Und auch in Wahlen wird nur über Delegierte entschieden. Inhaltliche Entscheidungen dagegen treffen die Parlamente. Das heißt, in informellen Partizipationsverfahren werden grundsätzlich keine Entscheidungen getroffen, die eine zwingende Umsetzung durch politische Entscheidungen automatisch nach sich ziehen. Das ist sowohl Bürgern als auch Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung nicht immer deutlich. Es bestehen zwar eingeschränkte Möglichkeiten, Entscheidungsmacht in informelle Verfahren zu delegieren.¹³ Eine tatsächliche Übertragung von Entscheidungsmacht gibt es innerhalb unseres politischen Systems jedoch nur in Referenden, für die formale Hürden existieren.

Trotzdem können Beteiligungsverfahren eine große Macht entwickeln. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der Gestaltungsmacht (Rohr, 2013, S. 36ff). Diejenigen, die in der Lage sind, gute realisierbare und anschlussfähige Konzepte, Pläne, Empfehlungen und Projekte zu erarbeiten, verfügen meist über eine größere Macht gegenüber denjenigen, die solche Konzepte nicht entwickelt haben oder vorlegen können. Die Entwicklung guter Lösungen kann daher auch Parlamente und gesetzliche Vertreterinnen und -vertreter in ihrem Entscheidungsverhalten maßgeblich beeinflussen.

1.5.2 Methoden, Formate, Verfahren, Prozesse

Kommt es zur methodischen und technischen Umsetzung von Partizipation, sehen sich Praktikerinnen und Theoretiker mit den Begriffen Prozess, Verfahren, Format und Methode konfrontiert, ohne dass es eine klare Verwendung dieser Begriffe gibt. Für eine einheitliche Begriffsverwendung werden in diesem Bericht die Definitionen des IPG zu Grunde gelegt.

Methoden sind die kleinsten Einheiten eines Verfahrens. Sie beschreiben ‚den Weg zu etwas hin‘ (abgeleitet aus dem Griechischen ‚methodos‘). Eine Methode ist damit die Art und Weise, wie ein einzelner Schritt innerhalb eines Verfahrens durchgeführt wird. Beispiele für Methoden sind Brainstorming, Interviews, Gruppengespräche, Prototyping, Bestandsaufnahme und viele mehr.

Ein **Format** ist die nächstgrößere Einheit und besteht in der Regel aus einer Sequenz von Methoden. Ein Beispiel für eine Methodensequenz kann ein Einführungsvortrag, eine Analyse, eine Gruppenarbeit und eine abschließende Präsentation sein. Ähnlich wie Formate im Radio und im Fernsehen folgen diese einer gewissen inneren Logik und Stringenz, um von einer Ausgangslage, z.B. einer Fragestellung, zu einem Ergebnis, z.B. Empfehlungen an die Politik, zu gelangen. Bekannte Formate sind dieser Definition nach z.B. World Café, Open Space, Zukunftswerkstatt, Townhall Meeting.¹⁴ Formate sind – eingebettet in eine oder mehrere Veranstaltungen – Teil eines Verfahrens.

Ein **Verfahren** ist ein strukturierter und geplanter Ablauf zur Bearbeitung eines Themas oder einer Aufgabe. Es gibt formelle Verfahren, z.B. ein Planfeststellungsverfahren, das genau definierten und gesetzlich festgelegten Schritten folgt. In diesem Bericht stehen die informellen Verfahren im Vorder-

¹³ Zum Beispiel durch eine vorhergehende Selbstverpflichtung eines Parlaments, sich an die Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens zu binden.

¹⁴ Entgegen der hier verwendeten Definition des IPG werden diese Formate häufig auch als Methoden, Verfahren oder Prozesse beschrieben.

grund, in denen die Beteiligung organisiert wird. Im Unterschied zu einzelnen Formaten beinhalten Verfahren alle notwendigen Schritte zur Durchführung einer Beteiligung. Das fängt bei ersten Gesprächen, politischen Beschlüssen, der Ausschreibung und der Konzeption der Beteiligung an und entwickelt sich über die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation über die Durchführung der gewählten Beteiligungsformate hin zur Dokumentation, Evaluation und im Idealfall zu einer Implementierung der entwickelten Lösungen. Innerhalb eines Verfahrens können mehrere logisch aufeinander folgende Veranstaltungsformate durchgeführt werden, wie beispielsweise eine Bürgerversammlung, eine Analyse- oder Entwicklungswerkstatt und eine abschließende Bürgerversammlung.

Den **Prozess** definieren wir in Abgrenzung zum Verfahren als Metaebene. Nicht nur das Verfahren ist Teil des Prozesses, sondern der gesamte Kontext sichtbarer und unsichtbarer Einflüsse¹⁵, innerhalb deren das Verfahren durchgeführt wird. Der Prozess ist weder planbar noch steuerbar und entsprechend unabhängig von der Struktur eines Verfahrens. Ein Prozess beginnt meist vor der Entwicklung und Durchführung eines Verfahrens und geht häufig weit darüber hinaus. Damit ein Verfahren gut gelingen kann, muss mit der Dynamik eines Prozesses statt gegen sie gearbeitet werden.¹⁶

Dieser Bericht untersucht in erster Linie die Ebene der Verfahren und fragt nach Möglichkeiten besserer Praxis bezüglich der Inklusion unterschiedlicher Teilnehmender. Dabei liegt der Blick vor allem auf den Faktoren, die das Verfahren direkt bestimmen und den Handlungsoptionen innerhalb der Verfahrensgestaltung. Bezüge zur jeweils übergeordneten Ebene (für den Prozess kann das z.B. in Bezug auf die Vorgeschichte und Haltungen der Akteure wichtig sein) als auch zu der untergeordneten Ebene (z.B. zu den im Verfahren verwendeten Formaten) werden dabei immer wieder gezogen, um die Interdependenzen zwischen den Ebenen zu verdeutlichen.

1.5.3 Verfahrensleinwand

Die im Zuge des Forschungsprojektes verwendete und weiterentwickelte Verfahrensleinwand (Abbildung 4) ist inspiriert durch das Business Model Canvas nach Alexander Osterwalder, das der „Beschreibung, Visualisierung, Bewertung und Veränderung von Geschäftsmodellen“ (Osterwalder & Pigneur, 2011, S. 16) dient. Die am IPG schon vor dem Forschungsprojekt entwickelte Verfahrensleinwand wird dazu eingesetzt, in offenen Workshop-Formaten mit Vorhabenträgerinnen stimmige Beteiligungsverfahren zu konzipieren. Sie fungiert somit auch als Werkzeug für die Betrachtung und Entwicklung eines Beteiligungsverfahrens in seiner Gesamtheit. Die Verfahrensleinwand ordnet die Verfahrensarchitektur in die Oberkategorien Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung mit jeweilig untergeordneten Kategorien. Innerhalb der Workshop-Arbeit für Beteiligungsprojekte am IPG werden die einzelnen Kategorien durch Leitfragen bearbeitet. Kurzerklärungen zu den einzelnen Kategorien sowie die Leitfragen sind in Tabelle 1 beschrieben.

Sowohl für die Planung als auch zur Erforschung partizipativer Projekte hat sich die Verfahrensleinwand dank ihrer Funktionalität als zentrales Analyse- und Entwicklungswerkzeug erwiesen. Deshalb

¹⁵ Unter den sichtbaren und unsichtbaren Einflüssen verstehen wir insbesondere Themen aus der Vorgeschichte, die Geschichte selbst, atmosphärische, gruppenpsychologische und politische Einflüsse, Rahmenbedingungen und offene Spielräume, Konfliktkonstellationen und vieles mehr. Die Summe dieser dynamischen Einflüsse bezeichnen wir als Feld.

¹⁶ So war es beispielsweise wichtig, in den von uns durchgeführten Bürgerwerkstätten zum Beteiligungsverfahren der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt „Neue Mitte – Alte Liebe“ in Berlin die teilweise jahrzehntelangen Diskurse um die Gestaltung des Platzes zwischen Fernsehturm und Spree sowie die wechselvolle und politisch motivierte Gestaltungsgeschichte dieses Ortes wahrzunehmen und zu thematisieren, gleichzeitig aber nach Wegen zu suchen, um mit planerischen und kollaborativen Mitteln diese Konfliklinien aufbrechen und neue Gestaltungs- und Handlungsoptionen öffnen zu können.

wird sie im Zuge des Forschungsprojektes eingesetzt und stellt die Grundlage für die später entwickelte Beteiligungsleinwand dar. Denn die Faktoren, die die Qualität und Inklusion eines Beteiligungsverfahrens beeinflussen, ergeben ein vielschichtiges und komplexes Bild, das sich anhand der Matrixstruktur einer Leinwand visualisieren lässt. Eine Darstellung wie die Beteiligungsleinwand macht es möglich, die zentralen Elemente und Stellschrauben von Beteiligungsverfahren und ihren Wechselwirkungen aufzuführen, welche die Initiiierenden und Verantwortlichen bei der Konzeption und Durchführung als auch bei der Auswertung von Beteiligungsverfahren beachten müssen. Die Darstellungsform umfasst alle für das Forschungsvorhaben zum Tragen kommenden Analysekategorien im Kontext ihres Einflusses auf und ihre Beeinflussbarkeit durch das Verfahrensdesign.

Im Laufe des Forschungsprojektes wurde die Leinwand entsprechend unserer Erkenntnisse generativ weiterentwickelt. Der jeweilige Entwicklungsstand wird nach jedem Kapitel aufgezeigt.

Abbildung 4: Verfahrensleinwand – Methodisches Konzept IPG

Verfahrensleinwand methodisches Konzept IPG					
VORBEREITUNG		DURCHFÜHRUNG			NACHBEREITUNG
Intention	Akteure	Ansprache	Zeiten	Methodensequenz	Aufbereitung und Evaluation
Ergebnisse			Orte		Umsetzung und Verstetigung

Quelle: IPG

Tabelle 1: Beschreibung der Leinwandkategorien - Verfahrensleinwand

Haupt-kategorie	Kategorie	Erklärung und Leitfragen
Vorbereitung	Intention	Diese Kategorie klärt, mit welchem intentionalen Verständnis die Durchführenden ein Beteiligungsverfahren initiieren. Leitfragen hierfür können sein: Was waren die Beweggründe und welche Intention verfolgt das Verfahren? Und mögliche Antworten: gute Lösungen entwickeln, Meinungen bilden oder Menschen/Gruppen stärken.
	Ergebnisse	Leitfragen: Welche Ergebnisse sollen durch das Beteiligungsverfahren erzielt werden? Handelt es sich z.B. um eine Planung, um ein Konzept oder um einen Entscheidungsprozess?
	Akteure	In dieser Kategorie werden alle Einzelakteurinnen und Akteursgruppen festgehalten, deren Beteiligung für die erfolgreiche Durchführung des Verfahrens notwendig und wünschenswert ist.
Durchführung	Ansprache	Alle angestrebten Akteure bedürfen einer auf sie abgestimmten Ansprache und Motivation. In dieser Kategorie wird festgelegt, welche Art der Ansprache erfolgen soll, damit sie zur Beteiligung anregt.
	Zeiten	Jedes Verfahren hat einen zeitlichen Rahmen. Darüber hinaus ist es wichtig festzulegen, wie häufig, zu welchen Zeiten und wie lange verschiedene Veranstaltungen, Formate und weitere Treffen stattfinden. In dieser Kategorie werden diese zeitlichen Faktoren festgehalten.
	Orte	Diese Kategorie beschreibt die Orte und Räume, an und in denen die Formate des Verfahrens stattfinden sollen, damit eine optimale Durchführung des Verfahrens geregelt ist. Durch die Auswahl wird z.B. Rücksicht auf etwaige räumliche Hindernisse wie die Erreichbarkeit genommen.
	Methoden-sequenz	Jedes Format innerhalb des Verfahrens besteht aus einer Sequenz aufeinanderfolgender Methoden. Sie werden in dieser Kategorie abgebildet und nach Möglichkeit schon in der richtigen Reihenfolge angeordnet.
	Aufbereitung und Evaluation	Jedes Verfahren benötigt eine Aufbereitung der Ergebnisse und eine abschließende Evaluation. Dies kann auf verschiedene Weise geschehen, die in dieser Kategorie festgehalten wird.
Nachbereitung	Umsetzung und Verstetigung	Die meisten Verfahren enden nach ihrer Durchführung. Mit dieser Kategorie wird zum Ausdruck gebracht, dass es sinnvoll ist, Umsetzung und Verstetigung als Teil des Verfahrens zu betrachten und von Anfang an entsprechende Schritte zu planen.

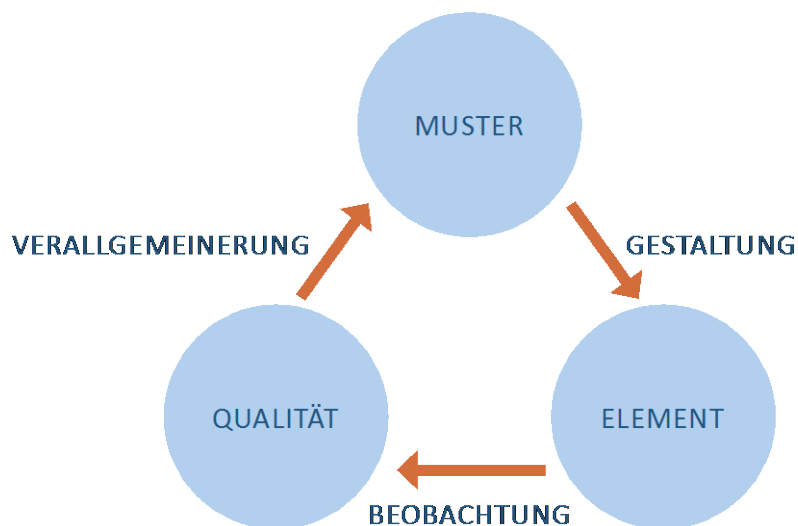
1.5.4 Mustersprachen – Muster des Gelingens

Wir haben uns entschieden, die in diesem Forschungsprojekt entstehenden Impulse als Muster des Gelingens in Form einer Mustersprache aufzubereiten. Der Ansatz der Mustersprachen wurde vom Mathematiker und Architekten Christopher Alexander entwickelt (Alexander, 1995). Alexander ging der Frage nach, wie es möglich sei, qualitativ hochwertige, nachhaltige Entwurfslösungen in der Ar-

chitektur zu entwickeln, die individuelle Lösungen für ein spezifisches Problem in einem gegebenen Kontext vorschlagen. Diese Frage stellt sich auch bei der Gestaltung von Beteiligungsverfahren. Alexander beschäftigte sich mit der Struktur und Übertragbarkeit von Mustern. Muster entstehen durch die Verallgemeinerung aus einer empirischen Beobachtung abstrahierter Qualitäten. Das heißt, vorhandene gelungene Entwurfslösungen werden abstrahiert, um die den Lösungen innewohnenden Qualitäten zu beschreiben. Ein Beispiel für ein Muster ist das Muster ‚Haupteingänge‘ (Alexander, 1995, S. 582). Bei Haupteingängen handelt es sich um gelungene Entwurfslösungen, wenn sie eine gute Lage in Bezug auf Haus und Straße sowie eine gute, d.h. funktionale oder ästhetische Form haben. Aus einer Reihe von Mustern, also verallgemeinerten Qualitäten, ergibt sich die Mustersprache. Einzelne Muster können wie Vokabeln einer Sprache genutzt werden, um neue, stimmige Entwürfe für komplexe Projekte zusammenzustellen. Die Besonderheit des Ansatzes besteht darin, dass immer neue, individuelle Gestaltungslösungen gefunden werden, die sich optimal am Kontext des jeweiligen Projekts orientieren. Alexander stellt den Mustersprachenansatz daher als Gegenmodell zur modularen Planung¹⁷ dar, welche die exakt gleichen Lösungen unabhängig vom jeweiligen Kontext reproduziert.

Das Konzept der Mustersprachen ist mittlerweile weit über die Architektur hinaus bekannt. Erfolgreiche Mustersprachen sind für unterschiedliche Bereiche und Themenfelder wie Architektur, Bildung, Informationstechnologie und Politik entwickelt worden. Vielfach werden Mustersprachen als Best-Practice-Sammlungen verstanden und verwendet. Sie sind aber mehr als das: Sie sind sowohl Analyse- als auch Entwicklungswerkzeug und Planungsmethodik, die in Design, Planung und Projektentwicklung Entscheidungen unterstützen. Die folgende Abbildung zeigt das theoretische Konstrukt hinter dem Mustersprachenansatz.

Abbildung 5: Muster als Gestaltungswerkzeug – Theoretisches Konstrukt



Quelle: IPG

Da ein Muster die Beschreibung eines verallgemeinerten Entwurfsansatzes ist, wird es immer in der gleichen Struktur beschrieben: So beinhaltet ein Muster einen Titel, eine Visualisierung, eine Prob-

¹⁷ Modulare Planung denkt in Modulen, also einzelnen Teilen. Im Gegensatz zur Auffindung von Mustern geht es bei der Entwicklung von Modulen um eine Vereinfachung, ein Herunterbrechen von komplexen Formen in der Art eines wiederholbaren Baukastensystems.

lembeschreibung, eine Diskussion des Kontextes, in dem dieses Problem auftreten kann, sowie mögliche Varianten und eine Lösungsbeschreibung als Empfehlung und Handlungsanweisung an die Planerin oder den Planer.

Für dieses Projekt, angefangen von der Fachkonferenz bis zur Konzeption und Umsetzung des Webtools, verwendeten wir eine vereinfachte Form einer Mustersprache, um die in der Forschung entstandenen Impulse so aufzuarbeiten, dass sie als Handlungsempfehlungen für Praktizierende fungieren konnten. Ziel dieser Mustersprache ist es nicht, Standardisierungen oder einfache, auf jeden Kontext anwendbare Rezepte zu entwickeln, sondern Unterstützung dabei zu geben, dass für jedes Beteiligungsprojekt in seinem jeweiligen Kontext individuelle Lösungen gefunden werden können. Wir nennen diese Handlungsempfehlungen Muster des Gelingens. Sie sind der Ausgangspunkt einer Mustersprache für die Gestaltung inklusiver Beteiligungsverfahren.

2 Stand der Forschung

Zu Beginn der Forschung sollte eine breite Recherche zum Thema Inklusion und Exklusion in Partizipationsverfahren aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen erfolgen, um den aktuellen Stand der Forschung auszumachen. Daraus wurden Arbeitsthesen zu „Inklusionserfordernissen in Beteiligungsverfahren sowie mögliche Ansatzpunkte zu Inklusions- und Engagementsteigerungen“ (Umweltbundesamt, 2015, S. 3) formuliert, die Annahmen aus der Literatur in Bezug auf die Leitfragen des Vorhabens widerspiegeln. Sie dienten anschließend als Grundlage für die Konzeption der Interviews und der Fachkonferenz.

Im Sinne des Vorhabens wurde die theoretische und anwendungsorientierte Literatur unter folgenden Gesichtspunkten untersucht:

- ▶ Präzisierung des Inklusionsverständnisses und -anspruchs in Bezug auf Beteiligungsverfahren,
- ▶ Identifizierung und Differenzierung vermeintlich nicht beteiligter oder sich nicht beteiligender Menschen bzw. Gruppen, den „vermeintlich exkludierten Milieus“ (Umweltbundesamt, 2015),
- ▶ Eruierung eines differenzierten Verständnisses von Beweggründen für oder gegen Beteiligung sowie Ansätze, diesen entgegenzuwirken.

2.1 Methodisches Vorgehen der Literatursichtung

Das Spektrum wissenschaftlicher und praktischer Beteiligungsliteratur sowie themenverwandter Sozialforschung wurde unter dem Gesichtspunkt ausgewertet, wichtige Kernpunkte zu den Begriffen Inklusion und Beteiligung in den verschiedenen Diskursen herauszuarbeiten. In einem ersten Arbeitsschritt wurde dafür der Annahme eines Beteiligungsbias nachgegangen. Erfahrungen aus der Praxis zum Beteiligungsbias wurden mit der feldverwandten Sozialforschung daraufhin abgeglichen, welche sozialen Gruppen zur Nicht-Beteiligung neigen. Dieses Vorgehen ermöglichte eine erste Erschließung des Feldes der Nicht-Beteiligung.

Weiterhin wurde die Beteiligungsliteratur hinsichtlich unterschiedlicher Inklusionsverständnisse und -ansprüche, vermuteter Gründe für Nicht-Beteiligung und Ansätzen zur Inklusionssteigerung gesichtet. Die im wissenschaftlichen und praktischen Diskurs ausgemachten Gründe für Inklusion und für Nicht-Beteiligung wurden aufgearbeitet und systematisiert. Im Anschluss wird ein Überblick über die unterschiedlichen Beteiligungsdiskurse sowie die gewonnenen Erkenntnisse gegeben.

2.2 Beteiligungsdiskurse

In der Literatur zu politischer und informeller Beteiligung finden sich im Regelfall auch Aussagen zur Inklusivität bzw. Repräsentativität. Empirisch valide Untersuchungen konzentrieren sich dabei vermehrt auf formelle und konventionelle Formen politischer Beteiligung. Das Feld der informellen Beteiligungsverfahren ist hingegen empirisch nur wenig erschlossen. Dies liegt vor allem daran, dass aufgrund der Freiwilligkeit der Teilnahme häufig keine soziodemographischen Daten erhoben werden, die eine solche Untersuchung ermöglichen würden. Eine Annäherung an das Thema Inklusion in der informellen Öffentlichkeitsbeteiligung kann durch die Annahme der Übertragbarkeit der Ergebnisse feldverwandter Sozialforschung geschehen und durch die Erfahrungen von Praktikerinnen unterstützt werden.

Das Feld der informellen Bürgerbeteiligung berührt eine ganze Reihe wissenschaftlicher Disziplinen mit jeweils eigenen Diskursen. So wird in der Politikwissenschaft bzw. in der Beteiligungsforschung (z.B. Dienel et al., 2014, Steinbrecher, 2009) die informelle Beteiligung als eine von vielen politi-

schen Aktivitäten untersucht. Die Soziologie sieht informelle Beteiligung als ein Element sozialer Ein- und Ausgrenzung an und nimmt spezifische gesellschaftliche Gruppen in den Blick (z.B. Tremmel & Rutsche, 2016). Auch in der Pädagogik kommt das Thema zum Tragen, z. B. in den Bereichen staatsbürgerlicher Bildung oder Selbstwirksamkeitserfahrungen. Darüber hinaus werden auch praktische Diskurse geführt, von Planenden und Moderierenden (z.B. im Netzwerk Bürgerbeteiligung), ebenso wie auf Verwaltungsebene (z. B. in Prozessen zur Entwicklung kommunaler Beteiligungsleitlinien).

Diese Diskurse greifen informelle Beteiligungsverfahren aus unterschiedlichen Perspektiven auf und betrachten daher auch den Inklusionsaspekt in der Bürgerbeteiligung sehr unterschiedlich. Für die vorliegende Untersuchung ist diese Vielfalt von Vorteil, denn sie erlaubt die Differenzierung verschiedener Bedeutungsdimensionen von Inklusion in Beteiligungsverfahren.

2.2.1 Das Beteiligungsbias – praktische Intuition und empirische Evidenz

In der Literatur zur informellen Beteiligung ist eine möglichst breite Beteiligung eine zentrale Forderung. Im selben Zuge wird häufig die Vermutung geäußert, dass eben diese breite Beteiligung in der Regel nicht erreicht wird. Der Verdacht einer verzerrten Beteiligung gründet sich einerseits auf praktische Erfahrungen und andererseits auf empirisch belastbare Erkenntnisse aus der Untersuchung formeller oder genuin politischer Beteiligung. Erfahrungswissen und feldverwandte Forschung legen nahe, dass es eine Beteiligungsverzerrung gibt, bei der die Mittelschicht deutlich überrepräsentiert ist.

Lietzmann (2014, S. 97) spricht auch von einem „Mittelschichtenbias, also der überwiegenden Teilnahme der Mittelschichten, die wir von Bürgerinitiativen und politischen Wahlen signifikant kennen.“ Die Vermutung liegt also nahe, dass Beteiligungsangebote bereits engagierte Bürgerinnen und Bürger besonders erreichen, nicht aber diejenigen, die sich eher wenig beteiligen und deren Ansichten in Partizipationsverfahren deshalb nicht vertreten werden.

Ähnlich diagnostizieren Kersting et al. (2008, S. 43) jenseits konventioneller (formeller) Beteiligung „deutlich verzerrte Altersstrukturen“ sowie eine erhöhte Aktivität „in Bezug auf das Einkommen und den Bildungsstand [...] bessergestellte Eliten“. Ergänzt wird diese Diagnose durch die Feststellung einer allgemein rückläufigen politischen Beteiligung. Dies impliziert, dass Meinungen derjenigen, die sich in informellen Verfahren beteiligen, ein umso stärkeres Gewicht haben.

Eine empirisch fundierte Darstellung soziostruktureller Faktoren findet sich bei Steinbrecher (2009). Diese Untersuchung bezieht sich allerdings nicht in erster Linie auf informelle Beteiligungsverfahren, sondern legt den Schwerpunkt auf verschiedene Formen der formellen politischen Beteiligung. In seiner Analyse kommt Steinbrecher zu dem Ergebnis, dass politisch Inaktive überdurchschnittlich oft weiblich, schlechter gebildet, politisch desinteressiert und sozial wenig eingebunden sind (Steinbrecher, 2009, S. 181f.). Steinbrecher bestätigt damit indirekt die These des Mittelschichtenbias in der informellen Beteiligung.

Mit einer qualitativ entwickelten Beteiligungstypologie kommen Frankenberger et al. (2015) zu vergleichbaren Ergebnissen bezüglich formeller politischer Beteiligung in Baden-Württemberg. Demnach hatte mehr als ein Drittel der Befragten überhaupt keinen Zugang zur politischen Beteiligung (ebd., 2015, S. 161). Die Einschätzung der Selbstwirksamkeit durch politische Beteiligung zeigte sich bei Menschen mit höherem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen als signifikant höher (ebd., 2015, S. 170).

Eine weitere Perspektive, die zwar allgemeiner gefasst ist, aber Rückschlüsse auf informelle Beteiligung zulässt, ist die Forschung zu ‚schwachen Interessen‘, also Gruppen „die über wenige Ressourcen verfügen und aus strukturellen Gründen politisch schwer organisierbar sind“ (Clement et al., 2010, S. 7). Diese Gruppen werden über strukturelle Asymmetrien konstituiert, und politische Inak-

tivität ist eines der kennzeichnenden Merkmale dieser Gruppe. Als ‚schwache Interessen‘ gelten unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen (Mikuszies et al., 2010).

Einen milieubasierten Zugang zu Beteiligung und Engagement haben Gutknecht et al. (2013) auf Grundlage der Sinus-Milieus gewählt, die soziale Positionen (ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital) und Werteorientierungen miteinander verbinden. Die so gebildeten Milieus sind somit soziodemographisch und soziokulturell konstituiert. Die Ergebnisse der Befragungen decken sich mit jenen der bereits genannten Untersuchungen: Konservative und liberale Intellektuelle, die bürgerliche Mitte und damit bildungs- und einkommensstarke Milieus sind in Beteiligungsverfahren deutlich überrepräsentiert. Prekäre, Experimentalistinnen und Konsum-Hedonisten, also Milieus mit geringem sozialem Status sind deutlich unterrepräsentiert (Gutknecht et al., 2013, S. 198). Bemerkenswert an dieser milieubasierten Betrachtung ist die Erkenntnis, dass die vertikale Achse der sozialen Stratifikation (die gesellschaftliche Position eines Milieus, die soziostrukturelle Dimension) offensichtlich größeren Einfluss auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit hat als die horizontale Achse (die soziokulturelle Dimension). Die Differenzierung der Milieus auf der horizontalen Achse bringt allerdings Erkenntnisse hinsichtlich milieuspezifisch bevorzugter Beteiligungsformate. So beteiligen sich Konservativ-Etablierte weit überdurchschnittlich an moderierten städtischen Planungsverfahren, während Liberal-Intellektuelle eher zu Bürgerbefragungen und -initiativen tendieren (Gutknecht et al., 2013, S. 203).

Gemeinsam ist diesen Ansätzen eine akteurszentrierte, soziostrukturelle Sichtweise. Beteiligungsferne Gruppen werden über soziodemographische Merkmale wie Herkunft, Geschlecht, Alter oder Bildungsgrad beziehungsweise gesellschaftliche Milieus definiert. Der allgemeine Konsens in der Literatur ist, dass niedrige formale Bildungsabschlüsse, geringes Einkommen, kulturelle Differenz zum vorherrschenden Mainstream sowie besondere Teilhabebedürfnisse wie etwa körperliche oder psychische Beeinträchtigungen die Beteiligungswahrscheinlichkeit verringern. Etwas weniger eindeutig sind geschlechtsspezifische Unterschiede.

Die Unterrepräsentation dieser Bevölkerungsgruppen ist dabei vor allem unter Legitimations- und Demokratieaspekten problematisch. „Denn politisch bereits aktive Segmente (Männer, Gebildete, Mittelschicht), ressourcen- und organisationsstarke Gruppen sowie Basis-Eliten übernehmen auch partizipative Verfahren. Sie haben Zeit, Geld und Know-How, um sich an den entsprechenden Prozessen zu beteiligen und damit die Berücksichtigung ihrer Präferenzen sicher zu stellen“ (Geißel, 2008, S. 29). Dieser Argumentation zufolge verstärken Beteiligungsangebote die Dominanz hegemonialer gesellschaftlicher Gruppen, anstatt sie zu verringern.

Zur Messung des Ausmaßes der Verzerrung ziehen Thewes et al. (2014) dabei zwei Faktoren heran: die Meinungsdifferenz zwischen Beteiligten und Nicht-Beteiligten sowie den Anteil Nicht-Beteiligter. Legitimatisierend problematisch sind aus dieser Perspektive solche Beteiligungsverfahren, bei denen eine hohe Meinungsdifferenz mit einem hohen Anteil Nicht-Beteiligter zusammenfällt. Dies bedeutet, dass relevante Meinungen im Verfahren nicht vertreten waren und die Ergebnisse demnach stark verzerrt sind (ebd., S. 3).

2.3 Intentionen zu beteiligen: Bedeutungen von Inklusivität

Aus den diversen Perspektiven unterschiedlicher Beteiligungsdiskurse kristallisieren sich vier idealtypische Intentionen von Beteiligungsverfahren heraus, die wiederum jeweils eigene Inklusionsansprüche und -verständnisse mit sich bringen.

Das Thema Inklusion in Beteiligungsverfahren entlang differenzierbarer Beteiligungsintentionen zu untersuchen, ist dahingehend zielführend, dass die Frage der Inklusion wesentlich präziser gestellt

werden kann. Aus dem zunächst normativen Postulat der Inklusion ergeben sich weitergehende Fragen danach, wer, wie, woran und warum beteiligt werden soll. Aus den unterschiedlichen Diskursen der mit Beteiligungsverfahren befassten Disziplinen und Professionen lassen sich auf diese Fragen ganz unterschiedliche Antworten finden, die große Auswirkungen auf das weitere Verständnis der Inklusionsanforderungen haben.

2.3.1 Legitimität durch Repräsentativität

Ein auf den ersten Blick wesentlicher Grund dafür, öffentlichen Vorhaben ein (informelles) Beteiligungsverfahren voranzustellen, ist der Wunsch von Politik oder Verwaltung, Akzeptanz für das fragliche Vorhaben zu generieren (Lietzmann, 2014, S. 79) oder Verfahrensergebnissen eine größere Geltungsmacht zu verleihen (Sarcinelli, 2011, S. 164, Gutknecht et al., 2013, S. 155). Durch frühzeitige und bestenfalls transparente Kommunikation über die Pläne, durch das Angebot an Betroffene und Interessierte, ihre Meinungen und Anregungen vorzubringen und durch die Möglichkeit, Widerspruch und Widerstände bereits im Vorfeld zu identifizieren, kann eine Verwaltung die Akzeptanz für ihr Vorhaben erhöhen und dem sogenannten ‚Wutbürger‘-Phänomen begegnen (Vetter et al., 2015, S. 224).

Eine Sorge, die seitens der Organisierenden dabei mitschwingen kann, ist, in einem solchen Verfahren organisierten Interessengruppen oder starken Partikularinteressen zu viel Gewicht beizumessen (Klages, 2014, S. 130). Ein Weg mit diesem Bedenken hinsichtlich verzerrter Ergebnisse und dahingehender Kritik umzugehen, ist der Versuch, mit dem Teilnehmendenfeld ein möglichst genaues soziodemographisches Abbild der jeweiligen Bevölkerung abzubilden (Alcántara et al., 2014, S. 12).

Der Wunsch nach Akzeptanz ist demnach eine mögliche Intention für ein Beteiligungsverfahren. Inklusion definiert sich dabei über soziodemographische Repräsentativität, also einen Querschnitt der jeweils betroffenen Bevölkerung. Merkmale wie Alter, Herkunft, Geschlecht oder Bildungsstand gilt es bei dieser Intention im Teilnehmendenfeld möglichst adäquat abzubilden.

2.3.2 Qualität durch Multiperspektivität

Eine zweite mögliche Intention zur Durchführung eines Beteiligungsverfahrens besteht in dem Wunsch, durch die Einbeziehung von Bürgerinnen die Qualität von Planungsergebnissen zu erhöhen (Kersting, 2008, S. 14, Alcántara et al., 2014, S. 118). Dahinter steht die Idee, dass ein konstruktives und kreatives Beteiligungsverfahren, das alle relevanten Perspektiven zusammenbringt und eine gegebene Problemstellung somit aus vielen Blickwinkeln beleuchtet, bessere Ergebnisse hervorbringt als monologisches Verwaltungshandeln. Auch die Beteiligung von Bürgerinnen als Träger praktischer Expertise und spezifischen Wissens fällt hierunter (Hebestreit, 2013, S. 60).

Die Teilnehmenden treten in diesem Fall weniger als Repräsentantinnen soziodemographischer Merkmale auf, sondern sind vornehmlich als Ideengebende und Alltagsexperten, als kreatives Potenzial gefragt. Die Heterogenität des Teilnehmendenfeldes hat dann die Funktion, aus unterschiedlichen Formen der Betroffenheit von der jeweiligen Planung (z.B. als Anwohner, Gewerbetreibende, Nutzerinnen u.v.m.) eine Lösung zu finden, die all diese Betroffenheiten berücksichtigt.

Inklusion definiert sich hier über Betroffenheit und Expertise: Im Beteiligungsverfahren soll sicher gestellt sein, dass alle relevanten Perspektiven vertreten sind. Bei der Planung eines kleinen Nachbarschaftsparks mit Spielplatz kann das beispielsweise bedeuten, dass Eltern, Kinder, Mitarbeiterinnen des Grünflächenamtes, die Urban-Gardening-Initiative und Spaziergänger mit ihren jeweiligen Bedürfnissen teilnehmen. Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft oder Bildungsstand sind dabei jedoch zweitrangig.

2.3.3 Empowerment durch Erfahrung von Selbstwirksamkeit

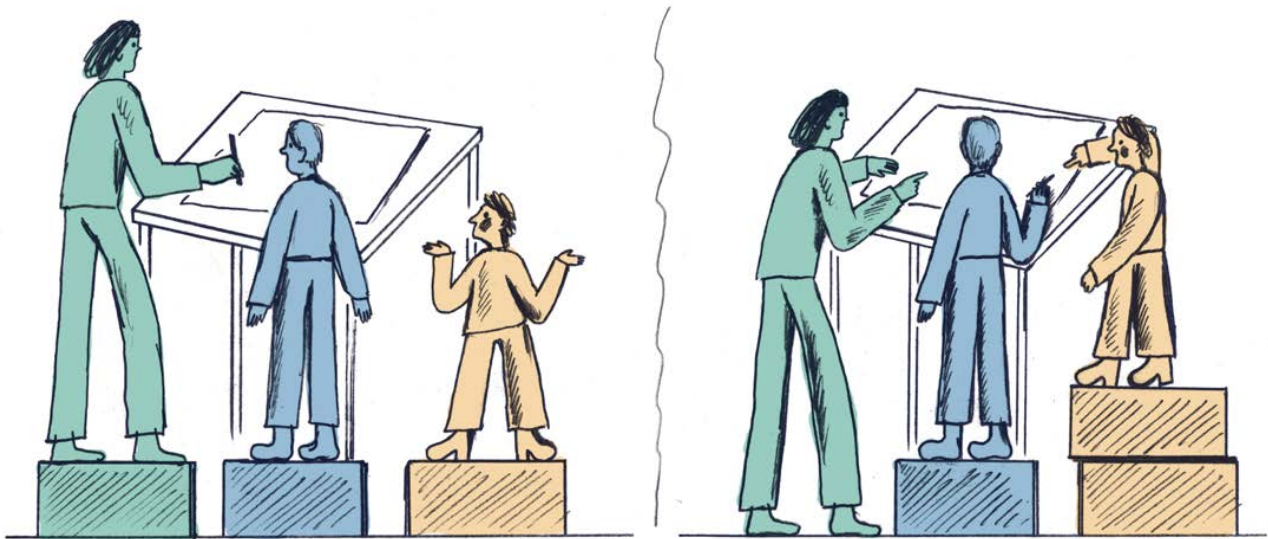
Eine dritte Intention zu beteiligen besteht darin, benachteiligte Gruppen zu aktivieren und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen (Empowerment). Beteiligt wird hier nicht der Ergebnisse oder deren Legitimation wegen, sondern um der Akteure und ihrer individuellen Entwicklung willen (Bischoff et al., 2007, S. 163).

Häufig kommt diese Intention bei Projekten zur Entwicklung benachteiligter Quartiere zum Tragen: „In diesen segregierten Räumen der Stadt leben Menschen, die geringe Teilhabe-Chancen haben und in Beteiligungsprozessen schwer erreicht werden“ (Gohde-Ahrens, 2013, S. 2). Mit Förderprogrammen, beispielsweise der ‚Sozialen Stadt‘¹⁸, sollen diese Menschen für die Mitarbeit an der Quartiersentwicklung gewonnen werden. Im Diskurs um die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen findet sich ebenfalls oft die Intention, durch Förderung oder spezielle Berücksichtigung in Beteiligungsprozessen eine aktivierende Wirkung zu erzielen (Rohrmann et al., 2015, S. 24).

Auch wenn es hinsichtlich der Methoden der Förderung und der gezielten Beteiligung widersprüchliche Ansichten gibt – so kann die Beteiligungsarbeit mit besonderen Zielgruppen beispielsweise auch als Verstärkung bestehender Stigmatisierungen verstanden werden – definiert sich Inklusion jedoch aus der Intention des Empowerments vornehmlich über die Beteiligung und Aktivierung besonders benachteiligter Gruppen und Milieus (Gohde-Ahrens, 2013, S. 2). Ein Beteiligungsverfahren hat dann nicht vornehmlich die Legitimation oder die Qualität der Ergebnisse im Blick, sondern ist auf die Weiterentwicklung der Teilnehmenden durch Selbstwirksamkeitserfahrungen gerichtet. Inklusion bedeutet dann nicht, repräsentative Querschnitte der Bevölkerung zu beteiligen, sondern ausdrücklich benachteiligte oder beteiligungsferne Gruppen anzusprechen. So soll unabhängig von gesellschaftlichen Verhältnissen oder personellen Merkmalen ein Zugang zu Beteiligungsverfahren geschaffen und exkludierenden Faktoren entgegengewirkt werden. Dies kann bedeuten, dass verschiedene Menschen oder Gruppierungen unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten und vielfältige Unterstützung benötigen, um an einem Beteiligungsverfahren teilnehmen zu können bzw. um während einer Beteiligungsveranstaltung ihre Anliegen einzubringen wie in Abbildung 6 veranschaulicht wird.

¹⁸ „Mit dem Städtebauförderungsprogramm ‚Soziale Stadt‘ unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile.“ (Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2015)

Abbildung 6: Exkludierenden Faktoren entgegenwirken



Quelle: IPG, umgesetzt von Lasse Wandschneider

2.3.4 Verwirklichung eines demokratischen Selbstverständnisses durch Egalität

Die vierte Beteiligungsintention ist etwas abstrakter und lässt sich als normativer Anspruch zur Vertiefung demokratischer Beteiligung durch informelle Verfahren einordnen. Hierunter fallen Absichten zur fundierten Meinungsbildung, zur Verwirklichung demokratischer Werte wie Gleichheit oder zur Belebung der demokratischen Kultur im Sinne eines gesellschaftlichen Selbstverständnisses (Nanz & Fritsche, 2012, S. 125).

Analog zu politischen Wahlen ist die Teilnehmendenschaft nicht im Voraus bestimmt und definiert sich nicht über besondere Merkmale. Gleiche Zugangschancen und damit möglichst große Barrierefreiheit sollen allen Menschen gleichermaßen eine Mitwirkung ermöglichen (Steinbrecher, 2009, S. 51). Wie bei Wahlen bleibt die Teilnahme jedoch auch hier freiwillig und ist durch die selbst getroffene Entscheidung teilzunehmen geprägt.

Dementsprechend bedeutet Inklusion gemäß dieser Intention vor allem, einen diskriminierungsfreien Zugang zu schaffen. Die Teilnehmendenschaft ist damit zumindest potenziell repräsentativ.

2.4 Erklärungsansätze für Nicht-Beteiligung

„Ganz allgemein werden in der Literatur drei Gründe genannt, warum sich viele Menschen nicht oder wenig an Politik beteiligen: (1) Weil sie nicht können, das heißt, es fehlen Ressourcen. (2) Weil sie nicht wollen, entweder aus mangelndem politischen Interesse oder fehlender Überzeugung, etwas bewirken zu können. (3) Weil sie nicht gefragt werden: Es fehlt ihnen an Möglichkeiten, Institutionen und de[m] Zugang zu politisch aktiven Menschen“ (Alcántara et al., 2014, S. 16).

Entlang dieser drei Gründe wird in der Literatur eine ganze Reihe von Erklärungsmodellen herangezogen, welche die Gründe für Nicht-Beteiligung aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Dabei herrschen drei wesentliche Strömungen vor: soziostrukturelle, individualistische und verfahrensbezogene Erklärungsversuche.

2.4.1 „Weil sie nicht können“: soziostrukturelle Erklärungsmodelle

Soziostrukturelle Erklärungsmuster für Nicht-Beteiligung sind in der Literatur am stärksten vertreten und beziehen sich auf soziologische und philosophische Theorien von Inklusion und Exklusion. In teils sehr unterschiedlichen Schattierungen wird die These vertreten, dass gesellschaftliche Bedingungen die Beteiligungswahrscheinlichkeit bestimmter sozialer Gruppen verringern. Analytisch lassen sich dabei zwei wesentliche Perspektiven unterscheiden, die aber durchaus zusammenspielen.

Ressourcenbasierte Erklärungsansätze finden Gründe für Nicht-Beteiligung vor allem in der (mangelnden) Ausstattung von Gruppen mit sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital. Armut, geringe Bildung und mangelnde soziale Integration definieren für gesellschaftliche Gruppen eine „relative Benachteiligung in der politischen Interessenkonkurrenz, die aus einer Minderausstattung mit den für die Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit notwendigen sozialen Eigenschaften resultiert“ (von Winter & Willems, 2000, S. 14). Diese asymmetrische soziale Disposition erzeugt wiederum auf verschiedenen Ebenen Beteiligungshemmnisse für die Betroffenen: von Ohnmachtsgefühlen und -erfahrungen über politisches Desinteresse und Apathie, gesellschaftliche Zuschreibungen und Marginalisierungen bis zu der Feststellung, „andere Sorgen“ zu haben, als an Beteiligungsverfahren teilzunehmen (Selle, 2011, S. 8).

Hegemoniebasierte Erklärungsansätze nehmen ihren Ausgang zwar auch bei strukturellen Asymmetrien, erklären Nicht-Beteiligung allerdings vornehmlich kulturalistisch: Beteiligungsverfahren finden demnach in einem ganz bestimmten Komplex von Werten und Normen statt, die denen der hegemonialen gesellschaftlichen Gruppen entsprechen. Ein rationales, deliberatives Diskussionsverständnis bevorzugt so jene Interaktionsformen, die denen der sozial besser gestellten Gruppen entsprechen. Menschen, denen es an Erfahrungen und Kompetenzen mit diesen Interaktionsformen (rationale, ‚entkörperlichte‘ Argumentationen) mangelt, finden wesentlich schwerer einen Zugang als solche, die diese Formen habituell erlernt haben (Munsch, 2013, S. 4). Wichtig ist dabei, dass es bei den mangelnden Fähigkeiten und Kompetenzen nicht um individualisierende Erklärungen geht, sondern die strukturelle Benachteiligung als Begründung herangezogen wird (ebd., S. 7).

Empirisch belegt wird diese Perspektive beispielsweise durch den Milieuansatz, der soziostrukturelle und soziokulturelle Bedingungen in Form der Milieus miteinander verbindet. Eine habituelle Hegemonie elitärer Milieus und dem gesellschaftlichen Mainstream drückt sich dadurch aus, dass sich besonders experimentelle und prekäre Milieus bei denen, die sich engagieren, nicht willkommen fühlen (Gutknecht et al., 2013, S. 240f.).

2.4.2 „Weil sie nicht wollen“: individualistische Erklärungsmodelle

Einen individualistischen Zugang zur Nicht-Beteiligung bietet die Studie „Betroffen, aber nicht aktiv?“ (Haß et al., 2014): Die Autoren führten qualitative Interviews mit Nicht-Beteiligten aus verschiedenen Beteiligungsverfahren und wählten dabei einen akteurszentrierten Ansatz zur Bestimmung von Nicht-Beteiligung. Aus den geführten Interviews destilliert die Studie fünf wesentliche Gründe für Nicht-Beteiligung bei Menschen, die von einem Beteiligungsverfahren tatsächlich betroffen sind. Demnach gibt es erstens Lebensphasen, in denen nach eigener Einschätzung der Betroffenen die Kompetenz (Jugend) oder die Berechtigung (Alter) fehlt, sich bei Zukunftsfragen einzubringen. Zweitens ist ein normativer Anspruch zur Beteiligung zwar internalisiert, Nicht-Beteiligung wird aber durch privates Engagement und Verpflichtungen gerechtfertigt oder mit eigener Faulheit begründet. Drittens spielt ein subjektives Gefühl von Machtlosigkeit eine Rolle (dazu auch milieuspezifisch: Gutknecht et al., 2013, S. 241). Viertens wird Überforderung durch die Komplexität der Thematik angeführt. Fünftens und letztens wird Engagement an zivilgesellschaftliche Akteure delegiert (Haß et al., 2014).

Eher biographische Begründungsmuster liefern Frankenberger et al. (2015). Demnach sind neben der Sozialisation in einem politischen Elternhaus vor allem biographische Schlüsselerlebnisse entscheidend für soziales und politisches Engagement (ebd., S. 181).

2.4.3 „Weil sie nicht gefragt werden“: verfahrensbezogene Erklärungsmodelle

Gründe für Nicht-Beteiligung können auch im Beteiligungsverfahren selbst liegen. So kann es sein, dass aus unterschiedlichen Gründen kein Zugang gefunden wird, obwohl eine generelle Bereitschaft vorhanden ist. Dazu zählen unter anderem die Rahmenbedingungen eines Beteiligungsverfahrens: begrenzte Anzahl der Teilnehmenden; die Art der Kommunikation (Auswahl und Einladung der Teilnehmenden), die je nach Medium nur bestimmte Zielgruppen erreicht; Zeiten, die Menschen aufgrund beruflicher oder familiärer Verpflichtungen ausschließen sowie eine Methodenauswahl, die beispielsweise manche Personen abhalten, sich einzubringen, weil sie nicht vor einer größeren Gruppe sprechen möchten. Bei Online-Verfahren kommen die Notwendigkeit eines Internetzugangs und Nutzungskompetenzen hinzu (Thewes et al., 2014, S. 32).

Weitere verfahrensbezogene Nicht-Beteiligungsfaktoren hängen mit der Qualität und der Ausgestaltung der Verfahren zusammen. Dies ist dann gegeben, wenn Beteiligungsverfahren mit anderen Engagementmöglichkeiten konkurrieren. Besonders bereits aktive Menschen haben nur ein begrenztes Zeitbudget und sind in andere zeitintensive Aktivitäten eingebunden. Beteiligungsverfahren sind zuweilen einfach nicht attraktiv genug, um vorhandene Engagementpotenziale zu mobilisieren (Klages, 2014, S. 127, sowie Klages, 2007, S. 12).

Schlechte Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren können ein weiterer Grund für Nicht-Beteiligung sein. Wer einmal festgestellt hat, dass seine Stimme kein Gewicht hatte, seine Interessen nicht gehört oder in der Umsetzung ignoriert wurden, wird zukünftig eine höhere Hürde zur erneuten Teilnahme haben (Nanz & Fritsche, 2012, S. 131). Ähnlich können auch das Verhältnis von Aufwand und Nutzen bzw. die erwartete (geringe) Wirksamkeit Gründe für eine Nicht-Teilnahme sein (Selle, 2005, S. 482).

Auch das Thema oder der Gegenstand eines Beteiligungsverfahrens spielt eine Rolle: „Hat die kommunale Planung, hat die örtliche Politik Themen zu verhandeln (und aus eigener Macht zu entscheiden), die die Lebenslage zum Beispiel der marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen wirklich betreffen?“ (Selle, 2011, S. 8). Die Teilnahme an einem Beteiligungsverfahren ist demnach auch an die Relevanz für das eigene Lebensumfeld gekoppelt.

2.5 Zusammenfassung der Erkenntnisse

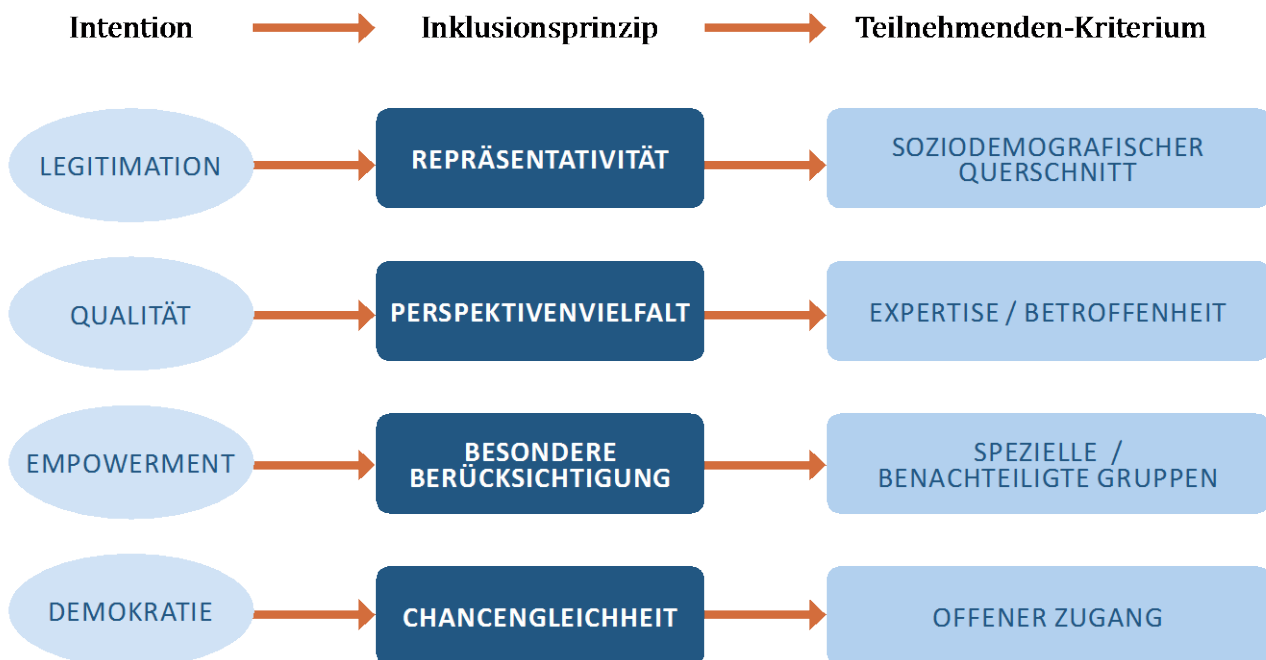
Die Literatur wurde unter den in der Zielsetzung genannten Gesichtspunkten analysiert. Demnach ist das Beteiligungsbias bei informellen Verfahren nach aktuellem Stand der Forschung nicht empirisch belegbar. Aufgrund fehlender Erhebung von soziodemographischen Daten bei Beteiligungsverfahren mangelt es an einer validen empirischen Überprüfung. Abgeleitet von den praktischen Vermutungen und theoretischen Untersuchungen aus der Literatur ist das Beteiligungsbias als Annahme jedoch weiterhin grundlegend für diese Untersuchung.

Desweiteren haben sich folgende neue Erkenntnisse zum Inklusionsverständnis und zu Faktoren, die die Teilhabewahrscheinlichkeit mindern, anhand der Analyse ergeben.

2.5.1 Modifiziertes Inklusionsverständnis: vier Intentionen der Beteiligung

Das normative Postulat ‚alle müssen beteiligt werden‘ – bezüglich der Teilnahme eines repräsentativen soziodemographischen Querschnitts – gerät durch ein modifiziertes Inklusionsverständnis für Beteiligung in den Hintergrund. Das aus der Metaanalyse neu entstandene Inklusionsverständnis wird in der nachstehenden Infotafel veranschaulicht. Sie zeigt eine Kombination von Intention, dem dazugehörigen Inklusionsprinzip und dem jeweiligen Kriterium für die Teilnahme. Der entscheidende Fokus liegt hier auf der Intention. Die Differenzierung anhand der vier unterschiedlichen Intentionen (Legitimation, Qualität, Empowerment, Demokratie) erlaubt ein klareres Verständnis der Fragestellung, wie Inklusion in der Beteiligung verstanden und anschließend verbessert werden kann. Ausgehend von der Frage, mit welcher Intention beteiligt wird, lässt sich nun präziser herausstellen, welches Verständnis von Inklusion zugrunde liegt und wer beteiligt werden sollte. Je klarer die Intention eines Beteiligungsverfahrens ist, desto deutlicher wird demnach auch, wie eine ideale Zusammensetzung der Teilnehmenden aussehen und anhand welcher Kriterien dies beurteilt werden kann.

Abbildung 7: Modifiziertes Inklusionsverständnis



Quelle: IPG

Die vier Intentionen der Beteiligung sind in Reinform vermutlich selten anzutreffen. Wahrscheinlicher ist es, dass mehrere Intentionen zusammenspielen, dass sich die Verantwortlichen von Beteiligungsverfahren nicht immer vollständig über ihre Intention im Klaren sind oder dass zusätzlich externe Erwartungen (z.B. von Fördermittelgebern oder der Öffentlichkeit) eine Rolle spielen.

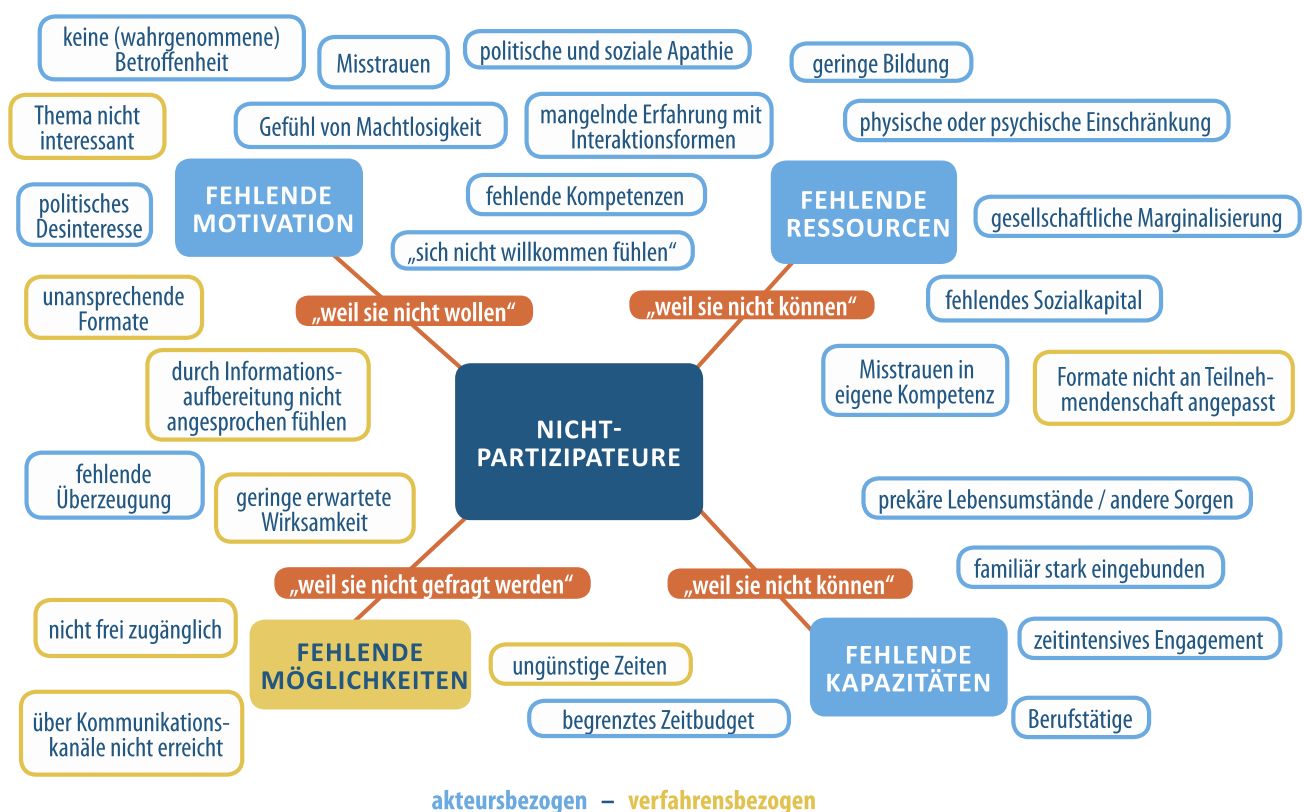
Durch das modifizierte Inklusionsverständnis wird das Beteiligungsbias – in Bezug auf einen soziodemographischen Querschnitt – zum Teil relativiert. Vor allem dann, wenn es eine Argumentation gegen Beteiligung darstellt. Auch wenn ‚nicht alle‘ beteiligt wurden, haben die Ergebnisse eine Berechtigung, wenn die im Sinne der Intention gewünschte Zusammensetzung der Teilnehmenden erreicht wurde.

2.5.2 Klassifizierung der Gründe für Nicht-Beteiligung

Um zu beantworten, wie die Inklusivität von Teilnahmeverfahren erhöht werden kann, müssen zunächst entscheidende Faktoren für Exklusion festgestellt und benannt werden. In der Literatur wird vornehmlich eine akteurszentrierte, soziostrukturelle Sichtweise hinsichtlich beteiligungsferner Gruppen eingenommen. Nach dem jetzigen Forschungsstand muss davon ausgegangen werden, dass spezielle soziodemographische Merkmale (niedrige formale Bildungsabschlüsse, geringes Einkommen, kulturelle Differenz zum vorherrschenden Mainstream) und besondere Teilhabebedürfnisse durch physische oder psychische Beeinträchtigungen die Teilhabewahrscheinlichkeit mindern.

In der folgenden Abbildung werden aus der Literatur erhobene Gründe für Nicht-Beteiligung aufgezeigt, die sich an vier Überpunkten festmachen lassen: (1) Kein Interesse an einer Teilnahme durch fehlende Motivation, also ‚weil sie nicht wollen‘. (2) Keine Möglichkeiten teilzunehmen durch fehlende Informationen (keine Kenntnis über das Verfahren) oder weitere Faktoren der Ausgestaltung: ‚weil sie nicht gefragt werden‘; hier handelt es sich um konkrete verfahrensbezogene Exklusionsfaktoren. (3) Keine Teilnahme aufgrund fehlender Kapazitäten. Die Nicht-Beteiligten haben nicht teilgenommen, weil sie durch anderweitige Einbindung verhindert waren, also ‚weil sie nicht konnten‘, und (4) Menschen mit ‚schwachen Interessen‘, die aufgrund fehlender Ressourcen nicht teilnahmen, hier ebenfalls ‚weil sie nicht konnten‘.

Abbildung 8: Zentrale Gründe für Nicht-Beteiligung



Quelle: IPG

Anhand dieser vier Oberkategorien lassen sich eine Reihe unterschiedlicher Begründungen einordnen, die je nach Erklärungsansatz farblich in der Abbildung markiert sind. Denn die in der Literatur beschriebenen Gründe für Nicht-Beteiligung können zusammenfassend dargestellt unter zwei Klassifizierungen festgehalten werden: akteursbezogene (soziostrukturelle und individualistische) und ver-

fahrensbezogene Erklärungsansätze. Demnach finden sich unterschiedliche Begründungsdimensionen für Nicht-Beteiligung.

► **Akteursbezogene Erklärungsansätze:**

Soziostrukturelle Erklärungen, die eine Beteiligung erschweren, sind lange bekannt. Trotzdem sind sie durch Beteiligungsverfahren nicht leicht zu beeinflussen. Vielmehr formulieren sie allgemeine gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die weniger über das Beteiligungsverfahren selbst als durch die Politik und die gesellschaftliche Öffentlichkeit adressiert werden können. Besonders bei ressourcenorientierten Erklärungen kommt hinzu, dass ein Bild der Nicht-Beteiligten gezeichnet wird, dass sich auf Defizite konzentriert, auf ein Abweichen von der Norm nach unten. Hieraus leiten sich Forderungen nach Empowerment und besonderer Unterstützung ab, aber auch allgemeinere Interessen und Bedürfnisse nach dem Abbau sozialer Ungleichheiten. Weniger defizitorientiert sind hegemoniebasierte Erklärungsmodelle: Diese erklären geringe Beteiligung auch durch strukturelle Benachteiligung, betonen jedoch, dass das Abweichen von der Norm kein Defizit ist, sondern Potenziale anders gelagert sind und in den hegemonialen Formaten nicht zur Geltung kommen.

Individualistische Erklärungsansätze nehmen dagegen nicht Gruppen oder Milieus, sondern konkrete Akteure in den Blick. Aus dieser Perspektive sind Motivation, Anlass oder Betroffenheit für den einzelnen Menschen von Bedeutung. Letztlich ist es immer eine Person mit subjektiven Gründen, die sich für oder gegen die Teilnahme an einem Beteiligungsverfahren entscheidet. Dieser Erklärungsansatz schließt nicht aus, dass soziostrukturelle Rahmenbedingungen individuelle Entscheidungen beeinflussen, interessiert sich jedoch stärker für subjektive Gründe.

► **Verfahrensbezogenen Erklärungsansätze:**

Verfahrensbezogene Erklärungsansätze nehmen Bezug auf konkrete Exklusionsfaktoren. Abhängig von den Rahmenbedingungen und der Gestaltung eines Beteiligungsverfahrens werden mit festgelegten Zeiten, Orten, Kommunikationsmedien oder Anzahl an Plätzen für Teilnehmende exkludierende Tatsachen geschaffen, die Teilen der Bevölkerung die Teilnahme erschweren.

Die farbliche Markierung in Abbildung 8 gibt erste Anhaltspunkte dafür, dass die Begründungsmuster nicht für sich alleine stehend betrachtet werden können. Die verfahrensbezogenen Begründungen können individuelle Hemmnisse adressieren und sie teilweise auffangen, aber teilweise auch verstärken. Kein Interesse an einer Teilnahme kann beispielsweise durch wenig ansprechende Veranstaltungen oder auch bereits im Voraus durch eine wenig ansprechende Aufbereitung des Informationsmaterials verstärkt werden. Auch Formate, die nicht an die Teilnehmerschaft angepasst sind, verstärken eine geringe Teilhabewahrscheinlichkeit von Menschen mit ‚schwachen Interessen‘. Organisierende eines Beteiligungsverfahrens haben auf einige dieser Faktoren unmittelbaren Einfluss – z.B. durch die Auswahl und Planung geeigneter Veranstaltungsorte und -zeiten, die Art der Ansprache und Einladung oder die angewendeten Formate und Methoden. Neben diesen verfahrensseitigen Einflussmöglichkeiten zur Inklusionssteigerung haben sie jedoch auf andere Faktoren nur begrenzten Einfluss – hier sind vor allem soziostrukturelle Hemmnisse zu nennen, die im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens bestenfalls abgemildert und nur indirekt adressiert werden können, indem Gruppen speziell angesprochen oder sprachliche und physische Barrieren gering gehalten werden. Die Ursachen der in der Forschung konstatierten soziostrukturell bedingten Beteiligungsapathie können dementsprechend durch ein Beteiligungsverfahren selbst kaum behoben werden.

2.6 Arbeitsthesen

Um die Frage nach Möglichkeiten zur Optimierung von Beteiligungsverfahren unter Inklusionsaspekten beantworten zu können, dienen folgende aus der Literatur abgeleitete Arbeitsthesen als richtungsweisend für die weitere Untersuchung, indem sie die Forschungsfrage präzisieren. Sie bauen auf den vorangestellten Prämissen auf, welche sich aus den in Kapitel 2.5 dargestellten Erkenntnissen aus der Aufarbeitung Forschungsstandes ergeben haben. Das erarbeitete modifizierte Inklusionsverständnis bietet die Grundlage für die erste Prämisse. Die aus der Literatur zusammengetragenden Gründe für Nicht-Beteiligung und deren Klassifizierungen ergeben die Prämisse 2.

Prämisse 1: Die Intention eines Beteiligungsverfahrens bestimmt die Auswahl derjenigen, die sich beteiligen sollen.

- ▶ Arbeitsthese 1: Vorhabensverantwortlichen ist oft nicht bewusst, dass die Intention eines Verfahrens über die Zusammensetzung der Teilnehmenden bestimmt.

Prämisse 2: Die Gründe für Nicht-Beteiligung sind vielschichtig. Sie können sowohl soziostrukturell, als auch individualistisch und verfahrensbezogen sein.

- ▶ Arbeitsthese 2: Nicht-Beteiligte haben spezifische subjektive Gründe für Nicht-Beteiligung, die vielfach auf soziostrukturelle Dispositionen zurückzuführen sind.
- ▶ Arbeitsthese 3: Die Verantwortlichen suchen Beweggründe für Nicht-Beteiligung oft in verfahrensbezogenen Ursachen. Die Nicht-Beteiligten geben hingegen akteursbezogene Gründe an.

Fehlendes Intentionsbewusstsein und das damit verbundene mangelnde Inklusionsverständnis, die Verfahrensorientiertheit der Planenden sowie die Vielschichtigkeit der Gründe für Nicht-Beteiligung können dazu führen, dass für ein Vorhaben relevante Menschen nicht explizit angesprochen werden bzw. sich nicht beteiligen können oder wollen.

2.7 Zwischenfazit

2.7.1 Reflexion und offene Fragen

Die Literatur bietet grundlegende Erklärungen zur In- und Exklusion in Beteiligungsverfahren. Die aus der Theorie erhobenen Gründe für Nicht-Beteiligung von vermeintlich exkludierten Milieus beruhen jedoch größtenteils auf Annahmen und Mutmaßungen. Aufgrund der lediglich geringen empirischen Forschung zur Erhebung von individuellen Gründen für die Nicht-Teilnahme bleibt die Frage nach den subjektiven Gründen nach dem ersten Analyseschritt weiterhin offen.

In der Literatur wird vermehrt eine akteurszentrierte, soziostrukturelle Sichtweise hinsichtlich beteiligungsferner Gruppen eingenommen. Bezüglich relevanter Möglichkeiten der Inklusionssteigerung hat sich gezeigt, dass unmittelbar beeinflussbare Ansätze innerhalb der Verfahrensausgestaltung liegen. Die Relevanz des Themas, die Art der Ansprache und die Teilnehmendenauswahl, Zeiten und Orte, Beteiligungsmethoden sowie Erfahrungen und Erwartungen bezüglich der Umsetzung beeinflussen die Beteiligungswahrscheinlichkeit verfahrensseitig – sie können sowohl Beteiligungshemmnisse als auch –promotoren sein. Sie sind von der Gestaltung des Verfahrens abhängig und können als Instrumente der Inklusionssteigerung eingesetzt werden. Es stellt sich die Frage, ob und wie ver-

fahrensseitige Einflussmöglichkeiten den Gründen für Nicht-Beteiligung entgegenwirken können. In der weiteren Untersuchung sollten deshalb beteiligungsfördernde Maßnahmen innerhalb der Verfahrensgestaltung untersucht werden. Dafür müssen zunächst sowohl die verfahrens- als auch die akteursbezogenen Erklärungsansätze für Nicht-Beteiligung anhand einer empirischen Befragung überprüft werden. Mit Hilfe von qualitativen Interviews mit Nicht-Beteiligten werden deshalb die Gründe für Nicht-Beteiligung erhoben und differenziert aufgeschlüsselt.

Als Basis für die Konzeption der Interviews dienen sowohl die formulierten Arbeitsthemen als auch die anschließend vorgestellte Beteiligungsleiwand. Denn die anhand der Ergebnisse der Literaturrecherche weiterentwickelte Verfahrensleiwand gibt erste Antworten auf die im vorherigen Abschnitt formulierte Frage nach den verfahrensseitigen Möglichkeiten zur Inklusionssteigerung. Mittels einer Einordnung der aus den Interviews extrahierten subjektiven Gründe für Nicht-Beteiligung entlang ihrer Kategorien kann untersucht werden, welche der Kategorien hinsichtlich der Inklusionsaspekte besonders relevant sind, wo also Optionen zur Verfahrensgestaltung liegen.

2.7.2 Beteiligungsleiwand 1.0

Ziel bei der Erstellung der Beteiligungsleiwand war es, ein adäquates Abbild aller in der Literatur genannten Einflussgrößen innerhalb der vorhandenen Matrixstruktur abzubilden. Auf dieser Basis wurde die ursprüngliche Verfahrensleiwand zur Beteiligungsleiwand 1.0 weiterentwickelt.

Abbildung 9: Beteiligungsleiwand 1.0

Beteiligungsleiwand 1.0					
VORBEREITUNG		DURCHFÜHRUNG			NACHBEREITUNG
Vorbereitung	Akteure	Aktivierung	Rahmenbedingungen	Veranstaltung	Weiteres Vorgehen
01 Intention	04 Initiierende / Beteiligende	06 Auswahl	09 Zeiten	11 Methoden	12 Aufbereitung und Evaluation
02 Ergebnisse		07 Ansprache / Einladung			
	05 Beteiligte		10 Orte		13 Umsetzung und Verstetigung
03 Themen		08 Anreize			

Quelle: IPG

Es hat sich gezeigt, dass die ursprüngliche Verfahrensleinwand schon wichtige Aspekte bezüglich der Konzipierung von Beteiligungsverfahren beinhaltet, aber noch vervollständigt werden musste. Einige der Kategorien wurden in den jeweiligen Spalten neu zueinander in Beziehung gestellt.

Die erste Hauptkategorie (Vorbereitung) bezieht sich auf die vor einem Beteiligungsverfahren liegenden Grundinformationen und -entscheidungen. Dabei soll die allgemeine Ausrichtung des Verfahrens ermittelt werden. Welche Intentionen werden mit dem Verfahren verfolgt, welche Art von Ergebnissen soll erzielt werden und welche Themen werden verhandelt? In den Vorprozess gehört auch das Feld der Akteure. Es gliedert sich in die Initiiierenden/Beteiligenden auf der einen Seite – Politik, Verwaltung, Bürgerinitiativen, Moderation sowie die Beteiligten auf der anderen Seite – die (potenziellen) Teilnehmenden, deren Rolle und Funktion.

Das eigentliche Verfahren (Durchführung) gliedert sich in drei Spaltenkategorien: das Einladungsmanagement, damit sind die Auswahl und Ansprache der zu Beteiligenden gemeint sowie mögliche Anreize zur Teilnahme. Es werden zusätzlich die Veranstaltungszeiten und -orte vermerkt sowie die Methoden und Techniken, die im Verfahren verwendet werden sollen.

In der dritten Hauptkategorie (Nachbereitung) werden die Dokumentation und die Evaluation der Ergebnisse in den Blick genommen und die Umsetzung beziehungsweise der Einfluss des Verfahrens auf das weitere (politische) Handeln beschrieben.

Wer woran auf welche Weise beteiligt werden sollte, definiert sich ausgehend von der Problemstellung über die Verantwortlichen des Verfahrens; deren Intention bestimmt die Rolle und Funktion der Beteiligten (als repräsentativer Querschnitt, als Betroffene, etc.). Die Verantwortlichen sind wiederum nicht vollständig frei in ihrer Verfahrensgestaltung, da begrenzte Ressourcen oder externe Erwartungen den Spielraum einschränken.

Tabelle 2: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungsleinwand 1.0

Hauptkategorie	Spalte	Kategorie	Erklärung
Vorbereitung	Vorbereitung	01 Intention	Insbesondere diese Kategorie hat durch die Literatursichtung eine inhaltliche Konkretisierung erfahren. Hier sind nun explizit die vier Intentionen zu Beteiligen mit ihren jeweiligen Implikationen auf das Inklusionsprinzip und das Teilnehmendenkriterium gemeint.
		02 Ergebnisse	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		03 Themen	Es ist deutlich geworden, dass es für den weiteren Forschungsprozess sinnvoll ist, die jeweils behandelten Themen eines Verfahrens genau zu definieren. Dies spielte auch eine Rolle bei der Auswahl der Beteiligungsprojekte für die empirische Befragung.
	Akteure	04 Initiiierende / Beteiligende	Mit der Weiterentwicklung der Leinwand unterscheiden wir jetzt zwischen Akteuren, die initiiierend und beteiligend aktiv sind, und den Akteurinnen, die beteiligt werden sollen oder sich beteiligen. In der Literatur wird diese Unterscheidung sehr stark thematisiert und wurde entsprechend in die Matrix der Leinwand aufgenommen. Unter Initiiierende / Beteiligende zählen alle Akteure, die bei der Konzeption, Einladung und Durchführung maß-

			geblich bestimmend sind, wie z.B. Fachbeiräte aus der Politik, Verwaltung, Moderation oder Bürgerinitiativen.
		05 Beteiligte	Die Kategorie der Beteiligten enthält nun alle Akteure, die zur erfolgreichen Durchführung des Prozesses notwendig oder wünschenswert sind, also alle (potenziellen) Teilnehmenden in ihren Rollen und Funktionen.
Durchführung	Aktivierung	06 Auswahl	Die Spalte der Aktivierung beinhaltet jetzt drei Kategorien unter besonderer Berücksichtigung der Inklusionsthematik: die Aktivierung mit den Kategorien Auswahl, Ansprache/Einladung und Anreize. Die Kategorie Auswahl betrifft alle Möglichkeiten, gewünschte Teilnehmende auszuwählen und zu definieren, z.B. über Zufallsauswahl oder durch festgelegte Kriterien, wie Bewohnerinnen eines Stadtteils, Menschen im Alter von...bis etc.
		07 Ansprache / Einladung	Ebenfalls ist im Rahmen der Recherche deutlich geworden, wie entscheidend die Form der Ansprache und Einladung für eine gelungene Inklusion von Beteiligungsprozessen ist. Hierunter fallen aufsuchende Ansprache, öffentliche Einladung, persönliche Einladung, Einladung über Social Media etc.
		08 Anreize	Immer wieder wird in der Literatur darauf aufmerksam gemacht, dass verschiedene Anreize bzw. das Ausgleichen von Hindernissen zur Teilnahme anregen können. Dazu zählen Angebote für Kinder (damit Eltern teilnehmen können), Freistellung von der Arbeit (damit Arbeitnehmerinnen teilnehmen können), Übernahme von Kosten (damit Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten teilnehmen können) etc.
	Rahmenbedingungen	09 Zeiten	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		10 Orte	Diese Kategorie wurde beibehalten.
	Veranstaltung	11 Methoden	Diese Kategorie wurde beibehalten, es hat lediglich eine Umbenennung von Methodensequenz zu Methoden stattgefunden. Eine adäquate methodische Auswahl wichtig für jedes Verfahren ist wichtig für den Aspekt der Inklusion, spielt aber keine ausschließliche Rolle.
Nachbereitung	Weiteres Vorgehen	12 Aufbereitung und Evaluation	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		13 Umsetzung und Verstärkung	Diese Kategorie wurde beibehalten.

3 Empirische Befragung

In diesem Arbeitsschritt ging es darum, vermeintlich und tatsächlich exkludierte Milieus aufzusuchen, um persönliche Begründungsstrukturen für Nicht-Beteiligung sowie Stellschrauben für Inklusion feststellen zu können. Zusätzlich sollten auch die Sichtweisen der jeweiligen Initiierenden einbezogen werden, damit ein umfassendes Bild entstehen konnte.

In Hinblick auf die Arbeitsthemen liegt das Erkenntnisinteresse bei den Interviews besonders in folgenden Punkten:

- ▶ Das Inklusionsverständnis und das Intentionsbewusstsein der Verantwortlichen erfassen, um auszumachen, ob ein fehlendes Bewusstsein dazu führt, dass nicht akteurspezifisch geplant wurde.
- ▶ Die individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung herauszukristallisieren und zu differenzieren.
- ▶ Aufdecken, welche verfahrensseitigen Einflussmöglichkeiten für inklusivere Bürgerbeteiligung ausschlaggebend sind, die eine größere Beteiligung ermöglichen.

Die aus den Interviews gewonnenen Erklärungen für Nicht-Beteiligung und Einflussmöglichkeiten für die Verfahrensgestaltung wurden anschließend auf der Fachkonferenz vorgestellt und dienten hier als Grundlage, um mit den anwesenden Fach- und Alltagsexpertinnen und -experten weitere Möglichkeiten für eine erfolgreiche Inklusion in Beteiligungsverfahren zu erarbeiten.

3.1 Methodisches Vorgehen bei der empirischen Befragung

Im Sinne des Erkenntnisinteresses haben wir einen qualitativen Ansatz gewählt, dessen Stärke ein ergebnisoffener Charakter und das Verstehen und gegebenenfalls Entdecken von neuen und unerwarteten Zusammenhängen ist. Um herauszufinden, welche Gruppen sich tendenziell weniger beteiligen, welche subjektiven Gründe dafür vorliegen und welche Aktivierungsmöglichkeiten es gibt, wurden qualitative Interviews in zwei unterschiedlichen Zielgruppen geführt – Vorhabensverantwortliche und Nicht-Beteiligte des Verfahrens. Dafür wurden zunächst aus der Vielzahl an in Deutschland durchgeführten Beteiligungsprojekten drei Fallbeispiele ausgewählt, die ein hinreichend breites thematisches, geographisches und raumstrukturelles Spektrum abdecken. Es wurden problemzentrierte, leitfadengestützte Interviews auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Literatur konzipiert. Insgesamt wurden 22 qualitative Gruppen- und Einzelinterviews mit insgesamt 48 Interviewpartnerinnen und -partnern durchgeführt.

Die Auswertung der leitfadengestützten Interviews erfolgte mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse.

- ▶ Um das Inklusionsverständnis der Verantwortlichen zu erfassen, wurden Interviewinhalte hinsichtlich der Intention sowie der angestrebten Zusammensetzung der Teilnehmenden extrahiert. Es wurde herausgearbeitet, ob bei den Verantwortlichen ein Intentionsbewusstsein vorhanden ist und ob es sich mit dem aus der Literatur erarbeiteten Inklusionsverständnis deckt.
- ▶ Um die Gründe für Nicht-Beteiligung zu systematisieren und differenziert aufzuschlüsseln, wurden innerhalb der Auswertung alle für die Zielsetzung relevanten Informationen aus den Interviews extrahiert. Sie wurden anschließend den Auswertungskategorien verfahrens- und akteursbezogen anhand erschlossener Indikatoren zugeordnet.

Eine detaillierte Beschreibung des methodischen Vorgehens innerhalb der einzelnen Arbeitsschritte wird nachstehend erläutert.

3.1.1 Auswahl und Beschreibung der Fallbeispiele

Die ausgewählten Fallbeispiele sollten ein hinreichend breites thematisches, geographisches und raumstrukturelles Spektrum abdecken. Daher wurden Projekte in drei Kategorien eingeteilt. Diese Kategorien waren ‚lokale Einheit‘ (urbaner oder ländlicher Raum), ‚Verteilung in Deutschland‘ (Norden, Süden, Osten und Westen der Republik) sowie ‚thematischer Schwerpunkt‘ (planerisch, z.B. Stadtplanung, oder konzeptuell, z.B. Schul- oder Leitlinienentwicklung)). Weitere Auswahlkriterien, die erfüllt sein sollten, waren Projekte, die nicht zu weit in der Vergangenheit lagen, ein gut dokumentiertes Beteiligungsverfahren und die Bereitschaft der entsprechenden Verwaltungen, an der Studie teilzunehmen. Es sollten On- und Offline-Verfahren oder Kombinationen daraus sowie unterschiedliche Auswahl- und Einladungsmethoden enthalten sein. Die unterschiedlichen Verfahren können als exemplarisches Beispiel betrachtet werden, sowohl hinsichtlich der empfundenen Relevanz des Themas als auch der Auswahl- und Einladungsmethoden.

Nach Sichtung unterschiedlicher Beteiligungsprojekte und einer Recherche anhand der genannten Klassifizierungen wurden drei Fallbeispiele als Untersuchungsgegenstand ausgewählt:

1. **Masterplan Offenbach** (Stadtentwicklung)
Kategorien: urban, Süddeutschland, planerisch
2. **BürgermitWirkung**, Wolfsburg (Erarbeitung von Beteiligungsleitlinien)
Kategorien: urban, Westdeutschland, konzeptionell
3. Beteiligungsverfahren zur **Energiewende** der Hansestadt Kyritz,
Kategorien: ländlich, Nordostdeutschland, konzeptionell

Die drei Beteiligungsverfahren werden nachstehend anhand einiger wichtiger Merkmale skizziert.

Masterplan Offenbach

Der Masterplan Offenbach erstellte ein Konzept für die zukünftige Stadtentwicklung von Offenbach am Main. Er offeriert darin Impulse und Richtlinien für die Stadtentwicklung der kommenden 15 Jahre (bis 2030).

Ziel des Masterplanes war es, die Stadt als Wirtschaftsstandort zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern. Ein besonderes Anliegen bestand darin, Offenbach am Main für alle Bevölkerungsgruppen, Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv zu gestalten. Die dafür notwendige Finanzierung (über Einkommens- und Gewerbesteuer) sollte über den Ausbau von Wohngebieten und die Ansiedlung von Gewerbe im Stadtbereich erreicht werden.

Zentral für die Entwicklung des Masterplanes war ein umfangreiches Beteiligungsverfahren von Vertreterinnen und Vertretern aus der Stadtbevölkerung. Damit sollte gewährleistet werden, dass der Masterplan von einer breiten Mehrheit getragen wird und zukunftsfähig ist. Besonders wichtig war für die Beteiligung, auch Menschen mit Migrationshintergrund in den Planungsprozess einzubinden und ihre Interessen im Masterplan widerzuspiegeln.

Tabelle 3: Informationen zum Beteiligungsprojekt Masterplan Offenbach

	Informationen zum Beteiligungsverfahren
Thematik	Entwicklung eines Masterplans für die Stadt Offenbach
Zeitraum	Oktober 2012 – Februar 2016 Das Verfahren zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern war von März 2015 bis Dezember 2015 Teil des Masterplanprozesses.
Initiiert von	Die politische Trägerschaft des Masterplanes Offenbach liegt bei dem Oberbürgermeister der Stadt. Die zuständigen Verwaltungen sind das Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften sowie das Amt für Stadtplanung, Verkehrs- und Baumanagement, das die Projektleitung innehält. Beauftragt, gesteuert und finanziert wurde der Masterplan gemeinsam und gleichberechtigt von der Stadt Offenbach am Main und dem Verein Offenbach offensively e.V..
Durchgeführt von	An der Erarbeitung des Masterplanes waren mehrere Akteurinnen und Akteure beteiligt: Eine Lenkungsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Stadtverwaltung Offenbachs und dem Verein Offenbach e.V. zusammensetzte, begleitete den Prozess. Sie wurde von einer Koordinierungsgruppe unterstützt. Externe Expertinnen und Experten begleiteten die Planung der Zukunftsstrategie. Ein Moderationsbüro organisierte den Masterplanprozess und dessen Öffentlichkeitsbegleitung. Involviert wurde auch ein Stadtplanungsbüro, das den Stadtentwicklungsplan erarbeitete. Es beteiligte sich außerdem ein Kommunikationsbüro, das den Prozess kommunikativ betreute und zielgruppenorientierte Botschaften öffentlich wirksam kommunizierte. In Detail-Gruppen engagierten sich Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Bürgerschaft. Dort wurden über die Themen Wohnen und Wirtschaft diskutiert.
Anzahl der Veranstaltungen	10 Veranstaltungen
Anzahl Teilnehmende	Die Anzahl der Teilnehmenden variierte zwischen 15 und 350 Personen. Die Gruppengröße war von den Veranstaltungsformaten und Einladungen bzw. Auswahlverfahren abhängig. Bei der öffentlichen Auftakt- und Abschlussveranstaltung wurden jeweils 350 Teilnehmende gezählt. In Detailgruppen oder kleineren Gesprächsrunden waren 15 - 20 Personen beteiligt. Auch mittelgroße Veranstaltungen mit 80-200 Personen wurden durchgeführt.
Verwendete Formate und Methoden	Gesprächsrunden, öffentliche Auftakt- und Abschlussveranstaltungen, Workshops, Impulsvorträge, fachlicher Input, Podiumsdiskussionen, Aktivierung und Austausch, offener Austausch im Plenum und an Pinnwänden, Visualisierung mit Graphic Recording, Design Thinking, World Café, Präsentation der Zwischenergebnisse, Befragung mit Fragebogen, moderierte Gruppendiskussionen
Einladungs- und Aktivierungskanäle	Persönliche und öffentliche Einladungen; Plakate und Flyer; Projektnewsletter; Berichterstattung online; Sonderbeilagen zum Masterplan, die an alle Offenbacher Haushalte verteilt wurden; Berichterstattungen in der Presse, im Internet und in lokalen, bekannten Magazinen (z.B. BestOF, Mut & Liebe,

Offenbacher Wirtschaft); Berichterstattung im Radio; Nutzung des Sozialen Netzwerks Facebook; Aufruf zur Beteiligung und Teilnahme am Bewerbungsverfahren über Presse und Internet; Videodokumentationen der Auftakt- und Ergebnisveranstaltungen; Informationsstände auf öffentlichen Plätzen und Stadtfesten (z.B. Mainuferfest und Kulturfest der Nationen); Online Beteiligung, Onlinebefragung zu Wohnen, Wirtschaft, Zukunft; Wahl verschiedener Sprachen auf Werbematerialien, z.B. Flyer und Plakate auf türkisch oder in Jugendsprache; Schulen und Kulturvereine sowie Gemeindehäuser

Quelle: Wenn in der Tabelle nicht anders angegeben, sind die Informationen den Vorabfragebögen entnommen.

BürgermitWirkung Wolfsburg

BürgermitWirkung bezeichnet ein Konzept, das kommunale Leitlinien für die informelle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wolfsburg entwarf. Vertreterinnen und Vertreter aus Stadtverwaltung, Politik und der Wolfsburger Bürgerschaft erarbeiteten von 2011 bis 2014 diese Leitlinien.

Die Mitwirkung von Personen aus der Bürgerschaft hat die Stadt Wolfsburg als wichtigen Beitrag für eine bürgerfreundliche und zukunftsfähige Stadt angesehen (vgl. Bürgerbüro mitWIRKUNG, o.D.).

Zu den Zielen des Konzeptes gehörte es, Möglichkeiten für Wolfsburgerinnen und Wolfsburger zur Mitwirkung bei der Stadtgestaltung zu eröffnen. Dafür galt es „feste Strukturen und einen verbindlichen Rahmen [...] zu etablieren und somit für mehr Transparenz und Verlässlichkeit für alle Beteiligten zu sorgen“ (Stadt Wolfsburg, o.D.).

Um dem Meinungsbild der lokalen Bürgerschaft stärkeres Gewicht zu verleihen, sollten Wolfsburgerinnen und Wolfsburger in politische Prozesse und Organe einbezogen werden. Sie konnten an städtischen Entwicklungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben und eigene Vorschläge, Ideen und Vorbehalte einbringen (vgl. Bürgerbüro mitWIRKUNG, o.D.).

Der Beteiligungsprozess wurde möglichst umfassend und vielfältig entworfen und verfolgte den Anspruch, ein diverses Publikum zu erreichen. Auch Kinder und Jugendliche konnten bei der Erarbeitung des Konzeptentwurfes aktiv werden. Eine differenzierte Methodenwahl in verschiedenen Veranstaltungsformaten begleitete diesen Anspruch (vgl. Bürgerbüro mitWIRKUNG, o.D.).

Tabelle 4: Informationen zum Beteiligungsprojekt BürgermitWirkung Wolfsburg

	Informationen zum Beteiligungsverfahren
Thematik	Entwicklung kommunaler Leitlinien für Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen
Zeitraum	Februar 2011 bis Oktober 2014
Initiiert von	Die Trägerschaft des Projektes liegt bei dem Rat der Stadt Wolfsburg, der die politische Verantwortung innehält. Zuständige aus der Verwaltung ist die Stadtbaurätin Monika Thomas.
Durchgeführt von	Durchgeführt wurde das Projekt in diversen Veranstaltungen in Kooperation von Vertretenden der lokalen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. Das Berliner Institut Nexus sowie ein Stadtentwicklungsbüro begleiteten das Projekt als externe Moderatoren und Moderatorinnen.

Anzahl der Veranstaltungen	12 Veranstaltungen
Anzahl Teilnehmende	Die Anzahl der Teilnehmenden variierte bei den einzelnen Veranstaltungen. Je nach Thema, Format und Einladungen waren zwischen 20 und 200 Personen anwesend. In kleineren Veranstaltungen wie z.B. Foren für Bürgerinnen und Bürger lag die Zahl der Teilnehmenden bei 20 bis 30 Personen. An größeren und öffentlichen Veranstaltungen wie z.B. einem Bürgermeeting nahmen bis zu 200 Personen teil.
Verwendete Formate und Methoden	Verwaltungsforum, Bürgerforum, Kinderforum, Jugendforum, Arbeitskreissitzungen, Bürgermeetings, Online Beteiligung, praxisbezogene Arbeiten, Visualisierungen, Input-Vortrag, Plenum, Gruppendiskussion, Podiumsdiskussionen, Ergebnisvorstellungen, Mitwirkstationen, Improvisationstheater
Einladungs- und Aktivierungskanäle	Zufallsauswahl, persönliche Anschreiben an Bürgerinnen und Bürger durch den Oberbürgermeister für verschiedene Foren; persönliche Ansprache bekannter Personen für Arbeitskreise; offene Einladungen über Presse, Internet, Soziale Medien; Werbekampagnen für öffentliche Veranstaltungen; allgemeine Informationen über Presse, Internet, Soziale Medien, Großplakatierungen, Kinofilme; Werbematerialien (z.B. Blöcke, Kugelschreiber, Flyer), Erstellung und Verbreitung des Labels ‚mitWirkung‘ für Identifikation mit der Wolfsburger Beteiligungskultur, dazu weitere Slogans wie ‚Wir müssen reden!‘

Quelle: Wenn in der Tabelle nicht anders angegeben, sind die Informationen den Vorabfragebögen entnommen.

Energiewende Kyritz

Von 2011 bis 2015 widmete sich die Stadtverwaltung der Hansestadt Kyritz dem regionalen Klimaschutz. In verschiedenen Veranstaltungen und Projektschritten wurde ein Klimaschutzkonzept für die Stadt entwickelt. Dabei ging es um erneuerbare Energien, Energieeffizienz und die Selbstversorgung mit Wärme und Strom. Kern des Entwicklungsprozesses stellte die enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Vertreterinnen und Vertretern der städtischen Bürgerschaft dar.

Mehrere Teilprojekte setzten sich mit verschiedenen Themen des Klimaschutzes auseinander: In einer Bürgerwerkstatt im Dezember 2012 wurden Maßnahmen für den Klimaschutz entwickelt. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die Einstellung einer Klimaschutzbeauftragten und der Ausbau des ÖPNV thematisiert. Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit Möglichkeiten zur Weiterentwicklung erneuerbarer Energien wie Windkraft und Biomassenanlagen. Weitere Themen waren die Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz der Hansestadt Kyritz einzurichten und pädagogische Bildungsangebote anzubieten, um beispielsweise Kinder für die Relevanz regionaler Landwirtschaft zu sensibilisieren. (vgl. Impuls - Agentur für angewandte Utopien, 2012)

Bei LANDOnline (Transnationales Netzwerk für Erneuerbare Energien und Speichertechnologien in den Regionen) handelt es sich um ein weiteres Projekt im Klimaschutzprogramm der Hansestadt Kyritz (vgl. Kyritz, o.D.). Besonderes Augenmerk wurde auf den überregionalen und internationalen Austausch von Bürgerinnen und Bürger aus den Kommunen verschiedener europäischer Länder gelegt. Ihre Vertreterinnen und Vertreter traten miteinander in Kontakt, um über ihre Klimaschutzpraxis zu sprechen und dabei im transnationalen Erfahrungsaustausch voneinander zu lernen.

Tabelle 5: Informationen zum Beteiligungsprojekt Energiewende der Hansestadt Kyritz

	Informationen zum Beteiligungsverfahren
Thematik	Gestaltung der Energiewende
Zeitraum	März 2011 – September 2015
Initiiert von	Initiiert wurden die Veranstaltungen rund um den regionalen Klimaschutz von der Stadt Kyritz. Sie beauftragte ein Ingenieurbüro, um ein Klimaschutzkonzept für die Stadt zu erstellen.
Durchgeführt von	Durchgeführt und begleitet wurden die Veranstaltungen zum Klimaschutz u.a. von dem beauftragten Ingenieurbüro, kommunalen sogenannten Klimastellen aus Berlin und Brandenburg und von Impuls, Agentur für angewandte Utopien.
Anzahl der Veranstaltungen	27 Veranstaltungen (vgl. Kyritz, o.D.)
Anzahl Teilnehmende	Die Anzahl der Teilnehmenden variierte je nach Veranstaltung. Thematik, Vermittlungs- und Einladungskanäle entschieden über die Anzahl der Teilnehmenden, die zwischen fünf und 20 Personen lag. Häufig waren zwischen 10 und 15 Teilnehmende vertreten.
Verwendete Formate und Methoden	Austausch mit Stadtverwaltungen und beauftragten Firmen, Arbeit in Initiativgruppen, Bürgerwerkstatt, Konferenzen, Tagungen und Fachworkshops, Vorträge und Informationsveranstaltungen sowie Versammlungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Exkursionen (vgl. Kyritz, o.D.)
Einladungs- und Aktivierungskanäle	Regelmäßiges Veranstaltungsformat „Markt der regionalen Möglichkeiten“ (vgl. Impuls - Agentur für angewandte Utopien, 2012); Versenden allgemeiner Einladungstexte (vgl. Kyritz, o.D.) Öffentlichkeitsarbeit über Website: Veröffentlichung von Dokumenten auf der Website, z.B. Protokolle, Einladungstexte, Präsentationen (vgl. Kyritz, o.D.); Präsentationen bei Veranstaltungen zur Visualisierung der Projekte; Nachbereitung von Veranstaltungen durch Informationsschreiben, Filmvorführung „Die vierte Revolution – Energy Autonomy“

Quelle: Wenn in der Tabelle nicht anders angegeben, sind die Informationen den Vorabfragebögen entnommen.

3.1.2 Auswahl der Interviewpartnerinnen und –partner

Für die empirischen Befragungen wurden zwei unterschiedliche Zielgruppen auf Grundlage verschiedener Intentionen ausgemacht:

Tabelle 6: Intention der empirischen Befragung nach Zielgruppe aufgegliedert

Zielgruppe	Intention der Befragung
Verantwortliche des Beteiligungsprojektes, darunter initierende und durchführende	► Inklusionsverständnis und Intentionsbewusstsein ausmachen ► Gruppen identifizieren, die beteiligt werden sollten, aber

Verantwortliche sowie externe Prozessbegleitende	dennoch bei Veranstaltungen unterrepräsentiert waren ► Vorgehen und Haltung im durchgeführten Verfahren beleuchten und reflektieren: auf inhaltlicher sowie didaktischer bzw. kommunikativer Ebene, besonders (vermeintlich) schwer erreichbaren Gruppen gegenüber ► Verbesserungsvorschläge in Hinblick auf eine inklusivere Beteiligung erarbeiten
Nicht-Beteiligte am jeweiligen Verfahren	► anhand der persönlichen Stellungnahme subjektive Gründe für die Nicht-Beteiligung identifizieren ► Einbettung ins soziale Gefüge erfassen ► Stellschrauben und Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung für eine inklusivere Beteiligung ausmachen

Die Projektverantwortlichen können als Expertinnen des eigenen Projektes angesehen werden, die externen Prozessbegleiterinnen unter ihnen als erfahrene Beteiligungsexperten. Bei ihnen kann Expertinnenwissen abgerufen werden, wohingegen bei den Nicht-Beteiligten subjektive Motive und die Einbettung ins soziale Gefüge eine bestimmende Rolle spielen.

Die Zielgruppe der Projektverantwortlichen war im Vergleich zu der zweiten Gruppe „vermeintlich exkludierter Milieus“ (Umweltbundesamt, 2015, S. 3) durch ihre Rolle im Vorhaben leicht auszumachen. Wie aber findet und aktiviert man diejenigen, von denen in Theorie und Praxis vermutet wird, dass sie sich nicht beteiligen? Zur Gewinnung von Interviewpartnerinnen und -partnern der Zielgruppe der Nicht-Beteiligten wurden die zu berücksichtigenden Kriterien der Samplestruktur zunächst anhand der theoretischen Vorüberlegungen zu schwer aktivierbaren Gruppen in Bürgerbeteiligungsverfahren eingegrenzt. Durch Rücksprache mit den Verantwortlichen des zu untersuchenden Fallbeispiels sind diese auf spezifische Gruppen beschränkt und angepasst worden. Ziel der Vorabfragebögen, Vorgespräche und schließlich der Interviewdurchführung mit den Projektverantwortlichen war es, herauszufinden, welche Gruppen explizit an dem Verfahren beteiligt werden sollten und bei welchen es trotz dieser Absicht nicht zu einer Beteiligung gekommen ist. Anhand der Vorüberlegungen und der gewonnenen Aussagen lässt sich die Zusammensetzung der erwünschten, aber unbeteiligten Gruppen folgendermaßen abbilden:

- Migranten und Migrantinnen
- Menschen unter 30 Jahren
- Menschen mit geringer Bildung („Bildungsferne“)
- Bewohner und Bewohnerinnen bestimmter Stadtteile, die im öffentlichen Bewusstsein negativ konnotiert sind („sozialer Brennpunkt“, subjektiv wahrgenommene oder tatsächliche Segregation von der Gesellschaft/Gemeinde)

3.1.3 Entwicklung der Interviewleitfäden

Durch den Einsatz eines Interviewleitfadens sollte die Vergleichbarkeit der erhobenen Daten und eine sinnvolle Strukturierung der Interviews sichergestellt werden. Dieser diente während der Befragung als Orientierung, gewährleistete jedoch auch die nötige Flexibilität in der Interviewsituation. Individuelle Bedeutungsmuster und latente Sinnkonstruktionen konnten so erfasst und persönliche Relevanzen wahrgenommen werden (vgl. Flick, 2011, S. 210).

Die Übersetzung der Forschungsfrage in den konkreten Erhebungskontext passierte anhand der Erstellung der Leitfäden. Innerhalb der Interviews wurde offen nach Gründen für Nicht-Beteiligung gefragt, die in der anschließenden Auswertung extrahiert und differenziert wurden.

Aufgrund der divergierenden Interview-Intentionen (Tabelle 6) für die zwei Zielgruppen wurden sich im Aufbau ähnelnde aber im Detail unterschiedliche Leitfäden entwickelt.

Für die Projektverantwortlichen basierte der Leitfragebogen auf vier Themenblöcken:

1. Bürgerbeteiligung generell: Kenntnisstand und Erfahrungen, Haltung, Einschätzung zu Vor- und Nachteilen
2. Reflexion über das durchgeführte Beteiligungsverfahren: Intention und Intentionsbewusstsein, Auswertung der einzelnen Konzeptions- und Durchführungsschritte
3. Einschätzung zum Feld Nicht-Beteiligung im Verfahren: Inklusionsverständnis, gewünschte, aber nicht beteiligte Gruppen, vermutete Gründe für Nicht-Beteiligung
4. Verbesserungsvorschläge anhand einer verbalen kollaborativen Entwurfsarbeit: Verbesserung der einzelnen Durchführungsschritte im Nachhinein, teilweise Kreation eines idealen Beteiligungsprojektes anhand der Kategorien der Beteiligungsleinwand

In den Interviews mit den Verantwortlichen wurden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Während der Frageblock (1) nach einer generellen Einschätzung des Interviewpartners zu Bürgerbeteiligung im Allgemeinen fragte, standen anschließend Fragen zu dem jeweiligen Beteiligungsverfahren im Mittelpunkt (2). Zur Beantwortung der Leitfragen des Forschungsvorhabens wurden im weiteren Verlauf des Leitfadens mit Fragen zur Einschätzung der Nicht-Beteiligung (3) abgedeckt. Die abschließenden Fragen zu möglichen Verbesserungen (4) zielen auf den konzeptionellen Teil des Vorhabens ab.

Die Interviews mit den Nicht-Beteiligten verfolgten die Absicht, persönliche Aussagen zu erhalten, die über die Unkenntnis des stattgefundenen Beteiligungsprozesses hinausgingen. Der Leitfaden für die Zielgruppe der Nicht-Beteiligten setzte sich folgendermaßen zusammen:

1. Profil des Interviewpartners: Politisches Interesse und Einstellung zur Politik, Ausübung eines eventuellen ehrenamtlichen Engagements, soziales Umfeld, Einbettung im sozialen Gefüge
2. Bürgerbeteiligung generell: Kenntnis und Verständnis des Begriffs, Vorstellungen über Beteiligungsveranstaltungen, gegebenenfalls persönliche Erfahrungen, Einschätzung zu Vor- und Nachteilen hinsichtlich der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern
3. Nicht-Beteiligung am durchgeführten Verfahren: Kenntnis des Projektes, eigene Gründe für Nicht-Teilnahme
4. Verbesserungsvorschläge anhand einer verbalen kollaborativen Entwurfsarbeit: Motivationssteigernde Faktoren zur Teilnahme; teilweise Konzeption eines eigenen Beteiligungsverfahrens anhand der Kategorien der Beteiligungsleinwand (fiktives ideales Beteiligungsverfahren)

Innerhalb der Interviews mit den Nicht-Beteiligten wurden Fragen gestellt, die eine Einschätzung zur Position im soziostrukturellen Gefüge zulassen (1). Eine Einschätzung in dieser Hinsicht ist für die Beantwortung der Arbeitsthemen und damit auch der Forschungsfrage von zentraler Bedeutung. Wie auch bei den Verantwortlichen wurde mit den Fragen zu Bürgerbeteiligung im Allgemeinen (2) versucht, eine generelle Einstellung der Interviewten zu Beteiligungsverfahren zu erfassen. Der Fragekomplex zu den Gründen der Nicht-Beteiligung für das konkret untersuchte Beteiligungsbeispiel (3) zielte auf die Ermittlung der subjektiven Gründe für Nicht-Beteiligung ab. Mit der Frage nach Verbesserungsvorschlägen (4) war es – wie bei den Verantwortlichen – das Ziel, herauszufinden, wie eine

Beteiligung ermöglicht werden kann. Damit leitet dieser Bereich zu der anschließenden Entwicklung von Erfolgsfaktoren für Inklusion in Beteiligungsverfahren über.

3.1.4 Durchführung der Interviews

Wurde zuvor die Zielgruppe der Nicht-Beteiligten zwar festgelegt, war das tatsächlich untersuchte Sample weiterhin stark randomisiert, da es von der Gesprächsbereitschaft der Angesprochenen abhing. Deshalb wurde hauptsächlich mit aufsuchenden, spontan stattfindenden Gruppen- und Einzelinterviews als Erhebungsinstrument gearbeitet, um ein voraussehbares Beteiligungshemmnis (schwierige Aktivierung durch mangelnde Interviewbereitschaft) von Anfang an zu vermeiden.¹⁹ Potenzielle Interviewpartnerinnen und -partner wurden einerseits durch unmittelbare Ansprache im öffentlichen Raum und andererseits durch vereinbarte Termine in zielgruppenspezifischen Institutionen (z.B. Jugendzentren, Stadtteilbüros, Mehrgenerationenhäusern) erreicht. Interviews wurden an allen Orten zunächst mit den Prozessverantwortlichen sowie den zum Teil einbezogenen externen Prozessbegleiterinnen und -begleitern durchgeführt, um eine fundierte inhaltliche Grundlage für die darauffolgenden Gesprächsverabredungen mit Nicht-Beteiligten zu erhalten.

Die Gruppen wurden innerhalb ihres Umfeldes (Alltags – und Arbeitswelt bzw. Wohnumfeld) aufgesucht, um eine bessere Einschätzung der zu erhebenden Merkmalsdimensionen zu ermöglichen. Die aufsuchende und persönliche Ansprache und Interviewdurchführung im Lebens- und Arbeitsumfeld sollte zusätzlich den Zugang zu den Interviewpartnern erleichtern und die Interviewatmosphäre so angenehm und vertrauensvoll wie möglich gestalten. Die Nähe zum Untersuchungsgegenstand - subjektive Gründe für Nicht-Beteiligung identifizieren - sollte durch ein Eintauchen ins Feld²⁰ (Wolff, 2009) eine mögliche Einschätzung der Gesprächspartner und -partnerinnen und deren Alltagswelt gewährleisten.

Um die tatsächlichen individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung herauszufinden, wurde der Gesprächsverlauf während der Interviewsituation nur minimal gesteuert, „denn je stärker die Befragten in den Modus des Erzählens geraten, desto stärker sind sie genötigt, dem präsentierten Inhalt eine eigene Struktur und Form zu geben, die die innere Verbindung der präsentierten Inhalte und die Haltung des Sprechers dazu sichtbar werden lässt“ (Strübing, 2013, S. 94). Die Befragten wurden darin unterstützt, ihre für die Thematik relevanten Sichtweisen, Einschätzungen und Erfahrungen einzubringen.

Die Interviews wurden im Falle einer Einwilligung aufgezeichnet und im Anschluss für die Auswertung transkribiert. Die soziodemographischen Daten der Interviewpartnerinnen und -partner wurden am Gesprächsende anonymisiert erhoben. Durch das unmittelbare Anfertigen eines Kontextprotokolls wurden zusätzlich Informationen zum Zustandekommen des Interviews, Ort, Zeit, Situation und Verlauf sowie relevant erscheinende Eindrücke zu den Gesprächspartnerinnen und -partnern und den Interviewumständen festgehalten. Die Dokumente wurden später im Auswertungsprozess berücksichtigt und lieferten vor allem in Hinblick auf die Einschätzung zur Einbettung im sozialen Gefüge wichtige Daten und Hinweise.

¹⁹ In der Leistungsbeschreibung des Umweltbundesamtes war das Analyseinstrument der Fokusgruppe vorgesehen (Umweltbundesamt, 2015, S. 3). Diese Form einer moderierten Gruppendiskussion erschien nicht sinnvoll, da es einer sehr hohen Aktivierung bedarf, um die Interviewpartnerinnen und -partner zu der Teilnahme eines Interviewtermins zu bewegen.

²⁰ Als Feld bezeichnen wir das räumliche Korrespondent zum Prozess. Ein Feld ist der Kontext aller das Verfahren beeinflussenden sichtbaren und unsichtbaren Faktoren. Als ‚Eintauchen ins Feld‘ verstehen wir die Methodik, die es ermöglicht, ein assoziatives und dennoch möglichst konkretes Verständnis dieses gesamten Kontextes zu entwickeln, indem eine Auseinandersetzung mit den das Feld konstituierenden Faktoren stattfindet.

Je nach Interviewsituation und individuellen Präferenzen haben Einzel- oder Gruppengespräche stattgefunden. Informationen zu den einzelnen Interviews lassen sich den folgenden Übersichten (nach Fallbeispielen sortiert) entnehmen:

Tabelle 7: Übersicht durchgeführte Interviews - Stadt Offenbach

	Zielgruppe	Anzahl Interviewpartner/-partnerinnen	Ansprache	Interviewform	Dauer Interview in hh:mm	Aufnahme
1	Nicht-Beteiligte	6	verabredet	persönlich	30:00	Nein
2	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	12:58	Ja
3	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	15:00	Nein
4	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	20:00	Nein
5	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	20:00	Nein
6	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	20:00	Nein
7	Nicht-Beteiligte	2	verabredet und spontan	persönlich	19:51	Ja
8	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	5:33	Ja
9	Verantwortliche	2	verabredet	persönlich	1:15:40	Ja

Tabelle 8: Übersicht durchgeführte Interviews - Stadt Wolfsburg

	Zielgruppe	Anzahl Interviewpartner/-partnerinnen	Ansprache	Interviewform	Dauer Interview in hh:mm	Aufnahme
1	Nicht-Beteiligte	3	verabredet	persönlich	50:00	Ja
2	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	9:30	Ja
3	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	15:00	Nein
4	Nicht-Beteiligte	1	aufsuchend	persönlich	10:00	Nein
5	Nicht-Beteiligte	2	aufsuchend	persönlich	30:00	Nein
6	Verantwortliche und Prozessbegleitende	3	verabredet	persönlich	1:16:44	Ja
7	Prozessbegleitende	1	verabredet	Videotelefonie	1:09:24	Ja

Tabelle 9: Übersicht durchgeführte Interviews - Hansestadt Kyritz

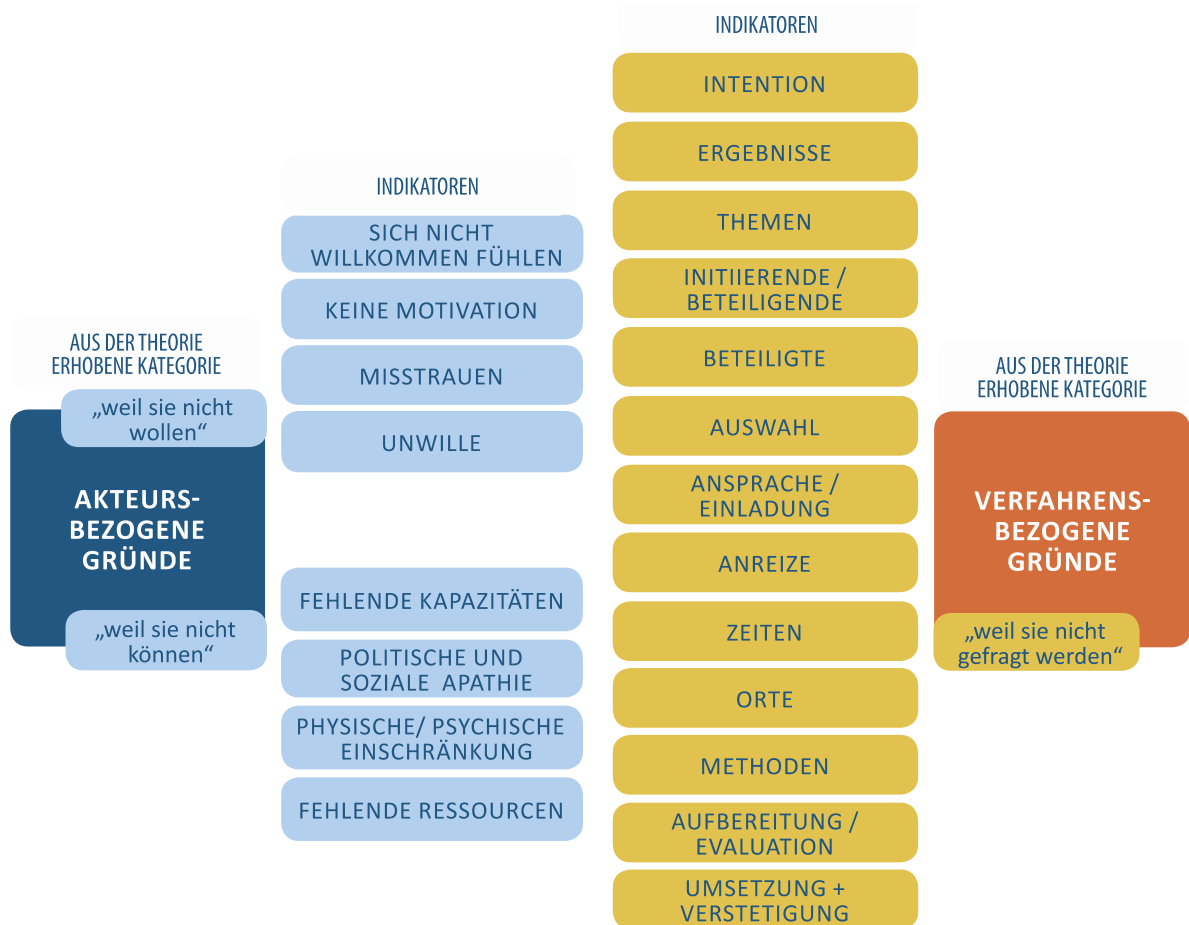
	Zielgruppe	Anzahl Interviewpartner/-partnerinnen	Ansprache	Interviewform	Dauer Interview in hh:mm	Aufnahme
1	Nicht-Beteiligte	7	aufsuchend	persönlich	25:00	Ja
2	Nicht-Beteiligte	4	aufsuchend	persönlich	20:00	Ja

3	Nicht-Beteiligte	3	aufsuchend	persönlich	7:00	Nein
4	Nicht-Beteiligte	2	aufsuchend	persönlich	20:00	Nein
5	Prozessbegleitende	1	verabredet	Videotelefonie	1:02:29	Ja
6	Verantwortliche	3	verabredet	persönlich	1:15:00	Ja

3.1.5 Auswertung

Die Auswertung der leitfadengestützten Interviews erfolgte mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse. Hinsichtlich der Prämisse 2, die besagt, dass die Gründe für Nicht-Beteiligung vielschichtig sind, stellt das aus der Theorie deduktiv abgeleitete Kategoriensystem – hier die beiden Klassifizierungen für Nicht-Beteiligung (akteurs- und verfahrensbezogen, vgl. Kapitel 2.5.2) – das zentrale Instrumentarium der qualitativen Inhaltsanalyse dar (Mayring & Fenzl, 2014, S. 543). Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Auswertungskategorien inklusive der entsprechenden Indikatoren.

Abbildung 10: Auswertungskategorien und entsprechende Indikatoren



Quelle: IPG

Die soziostrukturellen Faktoren beeinflussen die individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung, wie im Kapitel 2 festgestellt, weshalb sie gemeinsam unter der Kategorie ‚akteursbezogen‘ gefasst wurden. Die individualistischen Erklärungsmuster sind somit Ausdruck soziostruktureller Dispositionen und entwickeln sich in Abhängigkeit zu diesen. Die individuelle Motivation, Anlass, Betroffenheit etc. sind eingebettet in die Selbstwahrnehmung der eigenen gesellschaftlichen Position, Rolle, Bedeutung und Wirkmächtigkeit. Die Kategorie ‚verfahrensbezogene Gründe‘ enthält Faktoren, die bei der Gestaltung der Verfahren eine Rolle für die Inklusion spielen.

Innerhalb der qualitativen Inhaltsanalyse wurden relevante Informationen aus den Interviews extrahiert und den einzelnen Kategorien zugewiesen. Die gesammelten Informationen wurden zunächst als Einzelfallbetrachtung (1) aufbereitet und anschließend fallübergreifend in den Blick genommen (2).

1. Zur Überprüfung der Arbeitsthese, dass individuelle Gründe für Nicht-Beteiligung vielfach auf soziostrukturelle Dispositionen zurückzuführen sind, wurden zunächst die individuellen Begründungskomplexe der Interviewpartnerinnen und -partner herausgearbeitet. Eine Verknüpfung der Informationen aus den Kontextprotokollen mit den soziodemographischen Daten und relevanter Auszüge aus den Interviews gaben über die ausschlaggebenden Beteiligungshemmnisse der jeweiligen Person Aufschluss. Anhand dieser Informationen wurde untersucht, welche Zusammenhänge zwischen der soziostrukturellen Disposition und den Gründen für Nicht-Beteiligung maßgeblich sind, also wie soziostrukturelle, individualistische und verfahrensbezogene Begründungen miteinander verschränkt sind. In dem Interviewbeispiel in Abbildung 11 wurden die erhobenen Gründe einer Person nach den Indikatoren ausgewertet (farblich nach den Auswertungskategorien gekennzeichnet) und durch die individuellen Begründungen ergänzt. Daraus abgeleitet folgte eine Einschätzung zur Aktivierbarkeit durch verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten – anhand der Stellung der Pfeile (niedrig, mittel, hoch) veranschaulicht. In der Spalte ganz rechts werden die jeweiligen Kategorien der Beteiligungsleinwand aufgezeigt, in welcher sich für den konkreten Grund Möglichkeiten zur Optimierung anbieten. Alle beteiligungshemmenden Merkmale wurden auf diese Weise festgehalten. Weitere Einzelfalldarstellungen befinden sich im Anhang 7.2.3.

Abbildung 11: Einzelfalldarstellung im Zuge der Auswertung

MISSTRAUEN, WUT, SICH ALLEINE GELASSEN FÜHLEN, SICH SELBER ZU HELFEN WISSEN, EIGENE PARALLELWELT (OF1-3)

soziodemographische Daten: 32 Jahre, männlich, Migrant, niedriger Bildungsabschluss, verheiratet, keine Kinder

Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: wirkt sehr lebendig, lebendiger Ausdruck der durch Gestikulieren beim Gespräch unterstrichen wurde



Quelle: IPG

- Um herauszuarbeiten, welche Möglichkeiten zur Inklusion durch die Verfahrensseite existieren, wurden in der anschließenden vergleichenden Analyse der Einzelfallbetrachtungen objektivierbare Überschneidungen und Häufungen festgehalten (Abbildung 12).

Anschließend wurden aus den Interviews mit den Nicht-Beteiligten sowie mit den Verantwortlichen Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung extrahiert. Diese verfahrensbezogenen Informationen wurden zunächst anhand der Kategorien der Leinwand tabellarisch zusammengefasst und anschließend zusammen mit den erhobenen Daten der Nicht-Beteiligten in einem Gesamtüberblick (Abbildung 13, 14 und 15) festgehalten.

Bei der Auswertung der Interviews mit den Verantwortlichen ging es darüber hinaus darum, das konkrete Inklusionsverständnis zu erfassen. Dafür war unter anderem die Verbindung zwischen Intentionsbewusstsein und der Einschätzung, welche Gruppen für das Vorhaben beteiligt werden sollten, ausschlaggebend.

3.2 Ergebnisse

3.2.1 Das Verhältnis zwischen Inklusionsverständnis und Intentionsbewusstsein und dessen Auswirkung auf das Beteiligungsverfahren

Verantwortliche der untersuchten Beteiligungsverfahren wollten u.a. Transparenz herstellen, inhaltliche Klärungen für einzelne Themen vorantreiben und qualitativ hochwertige Ergebnisse durch Bür-

gerexpertise erzielen sowie insgesamt ‚die Bürger mitnehmen‘. Inwieweit sie sich darüber im Klaren waren, dass die Intention des Verfahrens die Auswahl der Teilnehmenden mitbestimmen sollten, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Es gibt aber ein Bewusstsein darüber, dass die Intention(en) eine Rolle spielen. Welche Faktoren jedoch auf welche Weise im Verfahren wirksam wurden, scheint nicht immer ganz deutlich gewesen zu sein.

In Offenbach wurde aus einer unklaren Intention heraus am Ende die gewünschte Zielgruppe erreicht, die das Verfahren sinnvoll mitgestalten konnte: In dem Verfahren wurde die von außen empfohlene Vorgabe umgesetzt, Migrantinnen und Migranten einzuladen mit der (unausgesprochenen) Absicht, Gruppen außerhalb der Mittelschicht für das Beteiligungsverfahren zu gewinnen. Im Interview wird berichtet, „die Zielgruppe, die wir erreicht haben, waren zwar Bürger mit Migrationshintergrund, aber gebildet - Unternehmer, Journalisten, Fotografen, also doch bürgerliche Mitte und [...] obere Mittelschicht“ (OF2-1, 2016). Bestimmend war hier der Gedanke, dass es gut für ein Verfahren ist, unterschiedliche Gruppen – wie z.B. Migrantinnen und Migranten – anzusprechen, ohne aber explizit zu benennen, aus welchem Grund diese Gruppe beteiligt werden soll. Zusätzlich wurde den Verantwortlichen deutlich, dass bestimmte Merkmale von Gruppen nicht automatisch zu Inklusion führt: „Die Mitglieder dieser Gruppe wollten gar nicht auf den Migrationshintergrund reduziert werden. Die sind einfach gleichberechtigt und das war auch eine Erkenntnis, die wir daraus gewonnen haben, dass man sich auch nicht immer auf dieses Wort fokussieren darf.“ (ebd) Hinsichtlich der einzuladenden Teilnehmenden war vor allem die Thematik (den Ort als Wirtschaftsstandort zu stärken) ausschlaggebend. Neben der allgemeinen Ansprache über vielseitige Kommunikationskanäle wurden deshalb explizit Gewerbetreibende der Stadt angesprochen und eingeladen, sich an der Erarbeitung einer „gemeinsame[n] Vision für das Offenbach von morgen“ (ebd) zu beteiligen. Die Verantwortlichen wollten explizit „keinen 0-8-15 Prozess, sondern einen, der, ja, die Leute nochmal anders mitnimmt. Weil ich denke, wir waren uns auch bewusst, dass die Bevölkerung in Offenbach einfach so heterogen ist, dass man da neue Wege gehen muss“ (ebd). Verfahrensbezogene Faktoren und eine Ergebnisorientiertheit war hier maßgeblich für die Planung mit der zusätzlichen Idee, Empowerment könne nicht schaden, ohne dies für den Gesamtprozess genauer fassbar zu machen und zu begründen. Das ist kein Fehler, wie an dieser Stelle betont werden soll. Es schöpft nur nicht die Möglichkeiten aus, die bei einer Analyse der Intentionen in Verbindung mit dem Verständnis, wer für den Prozess aus welchen Gründen wichtig ist und dem daraus resultierenden Inklusionsverständnis entstehen kann.

In Kyritz, dem zweiten Fallbeispiel, wurde mit der begleitenden Agentur eine Akteursanalyse im Vorfeld durchgeführt. Diese Analyse führte zu der Entscheidung, für das Verfahren Expertinnen und Anwohner aus betroffenen Stadtteilen zur Beteiligung einzuladen. Um möglichst viele wichtige Akteure aufzufinden, haben sich Verantwortliche bei der Planung von möglichen Teilnehmenden weiterempfehlen lassen und konnten auf diese Weise auf das Wissen innerhalb der Region zurückgreifen. „Da sind wir so rumgetingelt und haben uns von denen auch weiterempfehlen lassen und, also, oder haben Termine gemacht per E-Mail oder angerufen im Vorhinein, bevor wir hingefahren sind und haben dann gefragt: Und wen würden Sie uns noch empfehlen?“ (KR2-2-1, 2016). Deutlich wird bei diesem Beispiel, dass es nicht notwendig ist, alle Informationen schon im Vorfeld kennen zu müssen, sondern dass es sich im Verlauf aus der konkreten Planung ergeben kann, wenn die Verantwortlichen bereit sind, sich aktiv auf den Prozess durch eine Feldanalyse einzulassen: „Zu sehen, auf was für eine Resonanz das stößt, um zu sehen, das am Ende ein umfangreicher Maßnahmenkatalog, Vorschläge in dem Konzept stehen. Um zu sehen, welche stoßen denn auf besonderes Interesse in der Bürgerschaft? Worauf springen die an? Wo gibt es Potential, wo dann auch Verbände, Vereine, Einzelpersonen mitziehen?“ (ebd). Inklusion marginalisierter Gruppen spielte hier eine untergeordnete Rolle, da die Auswahlkriterien entweder Vertrautheit und Expertise mit dem Thema oder aber Betroffenheit durch Zugehörigkeit zu bestimmten Stadtteil entscheidender waren. Daraus kann geschlossen werden, dass bei dem Beteiligungsverfahren in Kyritz die Hauptintention ‚Qualität‘

war und dementsprechend die Akteursorientierung durch eine aufsuchende Ansprache der Alltagsexpertinnen gehandhabt wurde.

In Wolfsburg schließlich war erklärtes Ziel für das Beteiligungsverfahren, Verwaltung und Bevölkerung stärker in Kontakt zueinander zu bringen, um so eine bürgerfreundlichere Stadt zu entwickeln. Die Intention der Verantwortlichen bestand darin, qualitativ hochwertige Ergebnisse, die umsetzbar sind und zum Empowerment von Bürgerinnen und Bürgern beitragen, zu erreichen. Neben einer Einladung über unterschiedliche Kommunikationskanäle für diverse Veranstaltungen wurden für die veranstalteten Bürgerforen die Teilnehmenden per Zufallsauswahl eingeladen. Den Verantwortlichen war bei dieser Form der Auswahl bewusst, dass sie vermehrt bereits engagierte Menschen aktivieren würde. Aus diesem Grund gab es zusätzlich persönliche Telefongespräche im Vorfeld. Es wurde Mut zugesprochen und zu einer Teilnahme motiviert („wir haben manchmal bis zu einer halben Stunde mit jemandem telefoniert und deutlich gemacht, natürlich wissen Sie das und natürlich haben Sie eine Meinung zu bestimmten Themen“ (WOB2-1, 2016)). Durch diese Ansprache wurde nicht ausschließlich der ‚Beteiligungsadel‘ erreicht („wie die Leute aufgetreten sind, gesprochen haben, das war jetzt kein Beteiligungsadel“ (ebd.)), sondern es konnten Menschen unterschiedlicher sozialer Hintergründe einbezogen werden. Ein Interviewter entwickelt zum Ende des Gesprächs ein wirkmächtiges Bild, das verdeutlicht, wie Inklusion in Abstimmung mit den Intentionen für das Verfahren gelingen kann: „Also, alle in ein Boot ist für mich Quatsch. Wenn alle sozusagen kapieren, dass sie für sich erst mal ganz originär für ihre Interessenlagen und dann vielleicht für ihr Gemeinwohl rudern, dann ist [das] schick. Und das tut aber jeder mit seiner Arm- und Ruderlänge und auch in seiner Bootsgröße. Und das ist, glaube ich, das Bild vielleicht – keine Ahnung, ob es schön ist. Weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall alle in ihr Boot, finde ich, ist deutlich besser als alle in ein Boot.“ (ebd.)

3.2.2 Individuelle Gründe für Nicht-Beteiligung

Um unterschiedliche Dimensionen von Nicht-Beteiligung aufzuzeigen, wurde in der Auswertung für jede interviewte Person herausgearbeitet, welche Beteiligungshemmnisse für die jeweilige Person ausschlaggebend waren. Die Gründe „keine Zeit“ oder „keine Kenntnis“ wurden oftmals in einer ersten Reaktion als Grund für Nicht-Beteiligung geäußert. Durch weiteres Nachfragen konnten diese im Laufe des Gesprächs differenziert werden. Um zentrale Hinderungsgründe ausmachen zu können, wurde beispielsweise Informations- und Werbematerial für das Projekt gezeigt und über das Verfahren berichtet. Es folgte die Frage, ob sie teilgenommen hätten, wenn diese Informationen im Vorfeld bekannt gewesen wären. Oft wurde die Frage verneint. Sie gab jedoch den Anlass, über die Verbreitung und Art der Informationen sowie auch das Beteiligungsverfahren an sich ins Gespräch zu kommen.

Als Ergebnis der Einzelbetrachtung der Interviewpartner und –partnerinnen lässt sich eine vielseitige Erklärungsstruktur für Nicht-Beteiligung ableiten. Exemplarisch sind einige dieser Einzelfalldarstellungen im Anhang 7.2.3 enthalten.

Die häufigsten Gründe für Nicht-Beteiligung waren „keine Kenntnis über das Verfahren“ (aufgrund unzureichender Informationen und mangelnder Vermittlung) und ein immenses Misstrauen in das Verfahren, in dessen Wirksamkeit und gegenüber den Initiierenden und Verantwortlichen. Dieses Misstrauen äußert sich in mehreren kategorischen Zusammenhängen. Vielfach besteht ein großes Misstrauen generell ‚gegen die da oben‘, also gegenüber Politik, Verwaltung und öffentlichen Institutionen im Allgemeinen. Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen werden als Verkörperung einer Rolle ohne Bezug zur Realität einfacher Bürgerinnen und Bürger gesehen: „Man muss erstmal selber drei Tage hungern.“ (OF1-3, 2016), „Denen geht es gut.“ (OF1-3, 2016)). Sie interessierten sich nicht für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger: „Die interessieren sich nicht für uns.“ (KR1-4A, 2016), „Die juckt das nicht.“ (OF1-3, 2016)) und Entscheidungsträger und Initiierende beachte-

ten die öffentliche Meinung nicht: „Ich wurde noch nie von denen nach meiner Meinung gefragt“ (KR1-1, 2016), „Eine Entscheidung soll so, wird über unseren Kopf [getroffen], sowieso“ (ebd.). Aus diesen Aussagen wird verständlich, dass mehrfach in nur eine scheinbar ernstgemeinte Bürgerbeteiligung unterstellt wird: „Die sagen zwar alle Demokratie, aber im Grunde genommen haben bloß die was zu sagen, die oben sitzen“ (KR1-1, 2016). Die dahinterliegende Absicht sei vor allem Ausdruck eines Eigeninteresses: „Vor einer Wahl machen die das, um sich beliebt zu machen“ (OF1-1, 2016).

Zusätzlich wird Verwaltung und Politik teilweise Inkompetenz durch uneffektives Arbeiten, „viele wird gemacht, aber nichts wird fertig“ (WOB1-5, 2016) und langwierige Prozesse attestiert: „Und wenn ich da jetzt, es ist ja mein privates Grundstück, wenn ich da jetzt erst einen Antrag bei der Stadt..., das würde wahrscheinlich zwei Jahre dauern, bis irgendeiner von der Stadt [reagiert]“ (OF1-2, 2016). Der fehlende Glaube an die Wirksamkeit eines Verfahrens führte bei einigen der Interviewten zu Unwillen an informellen Beteiligungsverfahren teilzunehmen, die von staatlichen Institutionen in Auftrag gegeben werden. Stattdessen gibt es das Bild, es sei besser, selber die Dinge in die Hand zu nehmen: „Ich glaube, ich mach hier mehr in meinem Kleinen, beweg da mehr, als wenn ich mich da jetzt hinsetze und in irgendeinem Gremium mitmache, wo dann nichts Konkretes passiert“ (OF1-2, 2016).

Das alles mündet in einen Pessimismus gegenüber den erwarteten Ergebnissen („unmöglich“ (OF1-4, 2016), „kann man versuchen, aber es wird noch schlechter“ (OF1-4, 2016)) und der Umsetzung der Ergebnisse. Es besteht kein Vertrauen in einen verantwortlichen Umgang der Politik mit den Ergebnissen („verschwindet in Schublade“ (OF1-1, 2016), „aber trotzdem dann je nachdem zu entscheiden, wie sie es gerne wollen“ (WOB1-5, 2016)). Ebenso wenig gibt es ein großes Vertrauen in eine Kontinuität der Prozesse in der Politik: „Bei Bürgermeisterwechsel wird nichts eingehalten“ (OF1-1, 2016).

Negative Vorerfahrungen mit Politik und Beteiligungsverfahren prägen die Beteiligungswahrscheinlichkeit unmittelbar und tragen tendenziell zu einer Deaktivierung bei. Negativ belastete biografische Schlüsselmomente („Eigentlich mehr raushalten. Raushalten ist besser. Denn wenn die mich alle sehen, da wird man ja um die Ecke gebracht“ (KR1-2, 2016), „Jemand wollte was sagen, kann man was sagen, aber ... ohne Strafe, aber ich bleibe besser ruhig.“ (WOB1-2, 2016)) und politische Überforderung („Jetzt muss man so viele wählen, da weiß man gar nicht, wen man da wählen soll.“ (KR1-2, 2016)) führen zu politischer Apathie („Ich liebe die Politik nicht“ (WOB1-3, 2016), „Solange nur kein Krieg ausbricht, ist alles gut“ (ebd.)).

Zu dem generellen Misstrauen kommt erschwerend hinzu, dass bestimmte Vorurteile gegenüber Beteiligungsveranstaltungen und den zum Tragen kommenden Formaten existieren („langweilig“ (OF1-4, 2016), „wenig Eigeninitiative“ (ebd.), „Frontalveranstaltung“ (ebd.)), die zum Teil auf negativen Vorstellungen beruhen oder aus negativen Erfahrungen resultieren. Bei manchen gab es keinerlei Vorstellungen über Bürgerbeteiligung und den dazugehörigen Veranstaltungen. Exklusionsfaktoren sind auch darin zu sehen, dass bestimmte Formate und Methoden speziellen Teilhabebedürfnissen nicht gerecht werden: „Die haben das ja meistens halt auch über Versammlungen, wo man halt hingehen musste, gemacht, und sowas fällt mir halt persönlich immer sehr schwer, zu einer Versammlung halt hinzugehen“ (WOB1-1, 2016). Zu Ausschlüssen kann es entsprechend außer sprachlichen Barrieren auch durch soziale Ängste oder physische Einschränkungen kommen.

Hinsichtlich des Hinderungsgrunds im Vorfeld nichts über ein Verfahren mitbekommen zu haben wurde während der Interviews deutlich, dass trotz unterschiedlicher Kommunikationswege in der Ansprache die Informationen über das Verfahren nicht alle gewünschten Zielgruppen erreichte: „Wie soll es dann mich erreichen? Ich meine, hier hängen nicht Plakate, hier hängt nichts über den Masterplan.“ (OF1-7, 2016) Ein letzter entscheidender Faktor für Nicht-Beteiligung ist die fehlende Betroffenheit für die eigene Person. Diese führt zu einem mangelnden Interesse an einer Teilnahme an

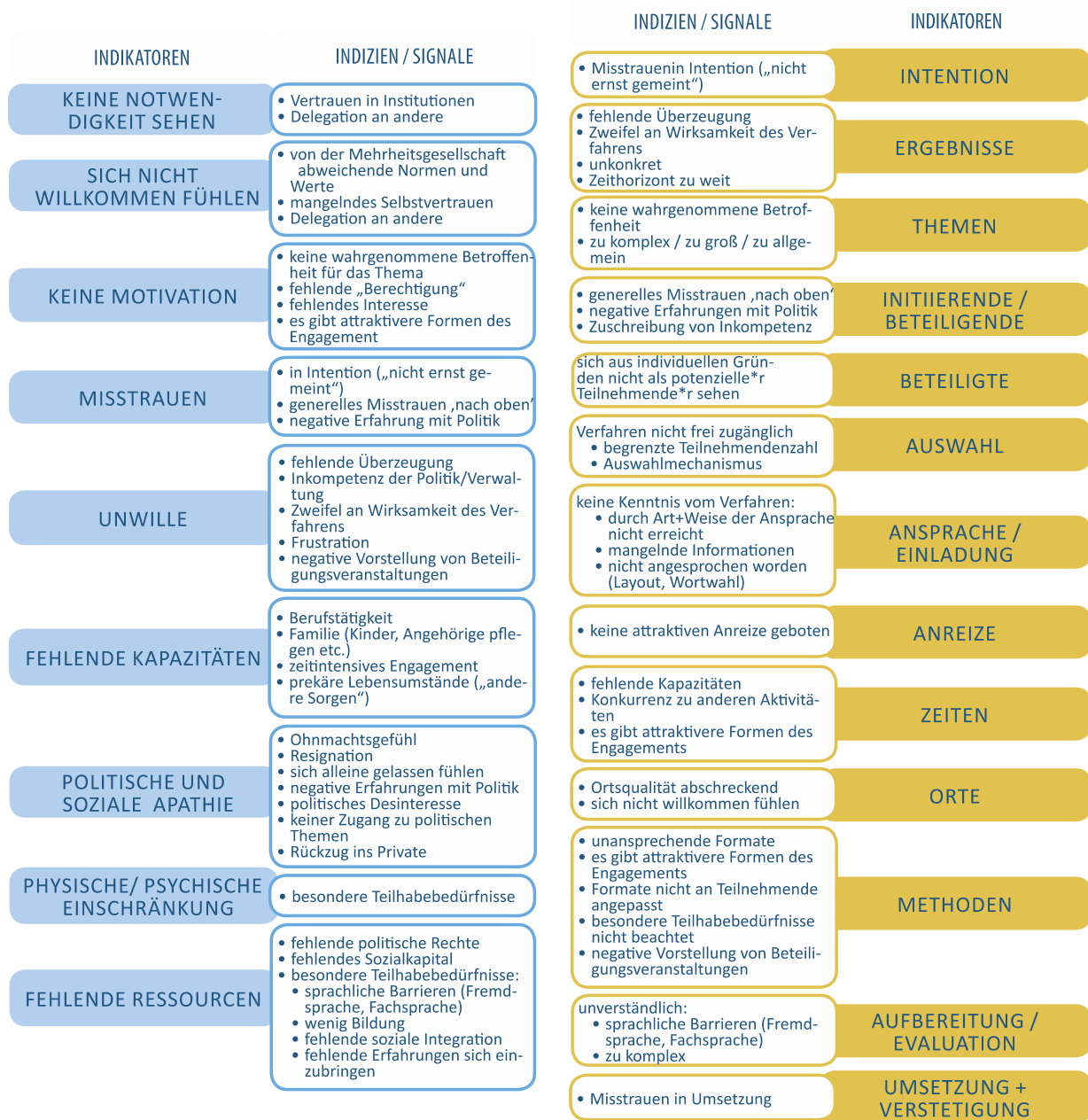
Beteiligungsverfahren. Vielfach wird jedoch auch keine Betroffenheit bei Nicht-Beteiligten wahrgenommen, obwohl eine tatsächliche Betroffenheit durch das Thema vorhanden ist. Das kann beispielsweise mit einer sehr komplexen und großräumigen angelegten Thematik zusammenhängen (z.B. haben sich von dem Masterplan nur wenige Interviewpartnerinnen und –partner direkt betroffen gefühlt) oder in einem wenig greifbaren und teilweise nicht verständlichem Thema begründet liegen. Der Inhalt des Informationsmaterials war nicht für alle leicht erfassbar, so war z.B. der Begriff ‚Bürgerbeteiligung‘ für viele Interviewpartnerinnen und –partner unverständlich, der Begriff ‚Masterplan‘ lud eher zum ironischen Assoziieren ein („Plan kenn ich, und Master, das ist dann so Star Wars, oder?“ (OF1-3, 2016)). Auch die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung haben kein oder nur wenig Interesse geweckt aufgrund einer wenig ansprechenden Sprache, die z.T. als überfordernd empfunden wurde.

Nicht-Beteiligte sehen sich aus unterschiedlichen Gründen nicht als potenziell vorgesehene Teilnehmende. Das kann zum einen daran liegen, dass keine Betroffenheit vorliegt oder zum anderen an Misstrauen, Unwillen oder dem Gefühl, nicht willkommen bzw. nicht wirklich gemeint zu sein.

Um einen Gesamtüberblick über die unterschiedlichen Begründungen für Nicht-Beteiligung zu erhalten, wurden in Abbildung 12 wichtige Hemmnisse (abstrahiert und zusammenfassend) dargestellt. Sie zeigt die Auswertungskategorien und die zugehörigen Indikatoren. Hinzugefügt wurden in dieser Abbildung weitere Indizien, welche zusammenfassend die aus dem Interviewmaterial extrahierten Beweggründe, sich nicht zu beteiligen, aufzeigen.

Abweichend von der schematischen Darstellung in der Abbildung zeigten sich in den Interviews weitere unterschiedliche Verflechtungen zwischen akteurs- und verfahrensbedingten Hemmnissen: so finden sich die Indizien und teilweise auch die Indikatoren teils auf der linken Seite der Abbildung (akteursbezogen), teils auch auf der rechten Seite (verfahrensbezogen) wieder. Es bestätigte die in Kapitel 2 genannte Vermutung, dass sich Begründungsmuster nicht klar nach akteurs- und verfahrensbezogenen Mustern trennen lassen, sondern sich vielmehr direkt aufeinander beziehen, komplementieren und bedingen. So ist beispielsweise der Indikator ‚fehlende Kapazitäten‘ auf der Seite der akteursbedingten Gründe gleichzeitig ein Indiz des Indikators ‚Zeit‘ auf der Seite der verfahrensbedingten Gründe. Übersetzt bedeutet dies z.B., dass fehlende zeitliche Kapazitäten, bedingt durch Beruf, Familie oder zeitintensives Ehrenamt, die Teilnahmewahrscheinlichkeit mindern. Andererseits kann verfahrensseitig darauf reagiert werden, in dem z.B. besonders günstige Zeiten angeboten werden, oder die Teilnehmenden von anderen Aktivitäten befreit werden (z.B. durch die Freistellung von der Arbeit oder durch das Angebot einer Kinderbetreuung). Diese wechselseitige Bezogenheit von akteursbezogenen Gründen der Nicht-Beteiligung einerseits und verfahrensbezogenen Gestaltungsmöglichkeiten andererseits bietet erst die Grundlage für eine mögliche Optimierung der Inklusion durch die Verfahrensgestaltung.

Abbildung 12: Gesamtdarstellung der erhobenen Gründe für Nicht-Beteiligung



Quelle: IPG

3.2.3 Verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten für inklusive Bürgerbeteiligung

In der Reflexion des vorangegangenen Kapitels stellte sich die Frage, ob und wie verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten den individuellen Gründen für Nicht-Beteiligung entgegenwirken können. Entsprechend der diversen Beteiligungshemmnissen sind auch die verfahrensbezogenen Möglichkeiten entsprechend differenziert. Die potenziellen Teilnehmenden besitzen unterschiedliche individuelle Aktivierungspotenziale, die je nach individuellen Hemmfaktoren für eine Beteiligung durch unterschiedliche verfahrensseitige Möglichkeiten beeinflusst werden können. Zuvor hatte sich gezeigt, in welchen Kategorien der Leinwand relevante Gestaltungsmöglichkeiten dafür vorhanden sind.

Am Ende der Interviews ging es um konkrete Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung der Nicht-Beteiligten. Anhand der Fragen, wie ein idealer Beteiligungsprozess aussehen müsste, damit

sich die Interviewten beteiligen bzw. zu welchen Anliegen sie ein eigenes Beteiligungsverfahren auf welche Weise gestalten würden, wurden inklusionssteigernde Faktoren von Seiten der Nicht-Beteiligten entwickelt.

Die Verantwortlichen hingegen wurden nach Verbesserungsvorschlägen zu den durchgeführten Verfahren befragt und danach, welche Faktoren für einen idealen Prozess in Bezug auf Inklusion ausschlaggebend wären. Auf Grundlage der eingefügten Abbildungen werden die erhobenen verfahrensseitigen Möglichkeiten zur Beteiligungssteigerung für inklusivere Bürgerbeteiligung mit den Stufen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung im Folgenden aufgezeigt. In den Abbildungen befinden sich neben den Indikatoren (Kategorien der Beteiligungsleinwand) und den zusammengefassten Gründen für Nicht-Beteiligung in der jeweiligen Kategorie, die zusammengefassten erhobenen Antworten nach der befragten Zielgruppe aufgeschlüsselt. Unter jeder Abbildung wird auf die Abbildungsinhalte näher eingegangen und relevante Zitate werden aufgeführt. Eine vollständige tabellarische Übersicht der erhobenen Daten befindet sich im Anhang 0 und 7.2.5.

Abbildung 13: Vorbereitung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung

INDIKATOREN	NICHT-BETEILIGTE	VERANTWORTLICHE
INTENTION	akzeptierte Intentionen: - hohe Qualität der Ergebnisse - finanzielle Vorteile - weniger schlechte Nebeneffekte - Identifikation mit den Planungsinhalten - hohe Zufriedenheit mit Ergebnissen - Zusammenhalt in der Stadt stärken	- Gute Lösungen & Qualität der Ergebnisse - Kollektive Gestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit - Engagement fördern - Mitnehmen - Umbaumaßnahmen finanziell möglich machen - kollektive Selbstwirksamkeit, Selbstempowerment - Haltungsänderung - Verständnis, Akzeptanz - Legitimität - Demokratisches Selbstverständnis - Verbesserung des Verhältnisses von Verwaltung und Bürgern
ERGEBNISSE	- garantierte Umsetzung des Bevölkerungswillens - Beteiligung bereits in Planungsphase 0	- Offener Prozess: gemeinsames Gestalten und Entwickeln - Bürgernah - Nicht zum individuellen Vorteil - Kompromissbereitschaft - Haltungsänderung in der Verwaltung - Wirksame Ergebnisse
THEMEN	wahrgenommene Betroffenheit (direkt, indirekt, lokal etc.) ist für Teilnahme ausschlaggebend: Thema kleinräumig und konkret ansetzen	Betroffenheit ist ausschlaggebend: - kleines, abgegrenztes Thema/Raum - lokale Themen, direktes Lebensumfeld betreffen - Bürgerbeteiligung nur, wo nötig und möglich
INITIIERENDE / BETEILIGENDE	„die da oben“ müssen zuhören	- Transparenz & Ehrlichkeit - Zugeständnisse & Eigeninitiative zulassen - Grenzen deutlich machen, Spielräume aufzeigen - Verankerung von Professionalität - Kultur des „Wollens“ - Dialogfähigkeit - unabhängige Institution für Durchführung - Transparenz hinsichtlich Ressourcenverfügbarkeit
BETEILIGTE	- alle Betroffenen (direkt, indirekt, lokal etc.) und Interessengruppen (bspw. später Nutzende) - Stellvertreterinnen - auch wütende Menschen/unbequeme Meinungen einbeziehen	- Bewusstsein für Betroffenheit schaffen - auch Menschen bewegen, die nicht zu klassischen Beteiligungsangeboten gehen - Belange möglichst vieler einbeziehen - themenabhängige Teilnehmerschaft - Dialogfähigkeit zwischen Beteiligten und Beteiligten

Quelle: IPG

Eine ernstgemeinte **Intention** der Vorhabensträger steht zentral dem Misstrauen der Nicht-Beteiligten gegenüber. Für die Nicht-Beteiligten sind motivierende Intentionen für eine Teilnahme unter anderem das Erzielen von qualitativ hochwertigen Ergebnissen, mit der sich alle Seiten identifizieren können und die für Zufriedenheit sorgt (Wirksamkeit/Sinnhaftigkeit der Teilnahme). Im besten Fall wird durch Bürgerbeteiligung außerdem der Zusammenhalt in der jeweiligen Gemeinschaft gestärkt. Dadurch können gegebenenfalls Bürgerinnen und Bürger als mögliche Umsetzende oder sogar finanziell Unterstützende gewonnen werden. Die befragten Verantwortlichen sehen an dieser Stelle ebenfalls Potenzial. Insgesamt könnte ihrer Meinung nach die Beteiligung aller relevanten Gruppen zu einer Verbesserung des Verhältnisses von Bürgern und Verwaltung auf längere Sicht führen. Haltungsänderungen auf beiden Seiten könnten ebenfalls durch Bürgerbeteiligung erreicht werden. Auf Seiten der Bevölkerung würde durch kollektive Selbstwirksamkeitserfahrungen („kollektive Gestaltung der eigenen Lebenswelt“) und Selbstempowerment, die Erkenntnis, was Engagement erreichen kann, befördert. Auf Seiten der Verantwortlichen liegt der Gewinn hinsichtlich des Erkennens der im besten Falle erzielten qualitativ hochwertigen Ergebnisse. Zusätzlich können politische Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden, Bürger und Bürgerinnen bei der Entscheidungsfindung mitgenommen und die Legitimität von getroffenen Entscheidungen gestärkt werden. Derartige Intentionen, werden sie richtig kommuniziert und angesprochen, bauen Misstrauen auf allen Seiten ab.

Dem Unwillen zur Teilnahme durch fehlende Überzeugung kann begegnet werden, indem die Wirksamkeit eines Verfahrens die Erwartungshaltung der Teilnehmenden berücksichtigt. Eine transparente Kommunikation über die Art der zu erzielenden **Ergebnisse** ist in dieser Hinsicht förderlich. Zusätzlich sollten die Ergebnisse aus Sicht der Nicht-Beteiligten konkret und verständlich sein. Anders gesagt: um bürgernah zu sein, müssen Ergebnisse leicht greifbar, verständlich, zügig umsetzbar und das Verfahren ergebnisoffen sein. Ein offener Prozess sowie ein gemeinsames Gestalten und Entwickeln von Beginn an kann die empfundene und erfahrene Wirksamkeit eines Verfahrens erheblich stärken und zu einer Teilnahme motivieren.

Ebenso darf die **Thematik** nicht zu komplex, zu allgemein und zu großräumig sein, da sich gezeigt hat, dass eine tatsächlich wahrgenommene Betroffenheit für alle Interviewpartnerinnen und –partner hinsichtlich einer Beteiligung ausschlaggebend ist.²¹ Lokale Themen erreichen dies leichter als abstrakte. Eine, wie sie oft formuliert wird, gefühlte Betroffenheit ist vor allem dafür entscheidend, damit sich **Nicht-Beteiligte** als potenzielle Teilnehmende gemeint wissen. Das Thema sollte eine Relevanz für alle Teilnehmenden darstellen. Eine direkte Betroffenheit durch persönliche - bei eigenen Kindern beispielsweise die Spielplatzgestaltung -, berufliche, z.B. für Gewerbetreibende die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt oder lokale Anbindung wie eine quartiersbezogene Parkentwicklung wird erheblich leichter als ein Thema, das die eigene Lebenswelt betrifft, wahrgenommen als es bei Themen der Fall ist, bei denen die Betroffenheit indirekt besteht oder als indirekt wahrgenommen wird. Auch aus Sicht der Verantwortlichen soll sich die Teilnehmendenschaft aus themenabhängig bestimmten Gruppen zusammensetzen. Vor allem sollten Menschen zur Teilnahme bewegt werden, die sich üblicherweise nicht an konventionellen Formaten beteiligen: „Dass man da halt in verschie-

²¹ In einem Interview gab es die Idee, eine Beteiligung für ein Schwimmbad durchzuführen: “Wir haben das und das Grundstück. So viele Quadratmeter. Genau, diese Informationen müssen halt schon gleich am Anfang mit reinfließen. Weil sonst sagt einer nur, wir wollen ein Schwimmbad bauen. Ja, wo wollen sie es denn bauen, oder sonst irgendwas? - ist doch gar kein Platz zu sehen. Und dann haben die Leute auch mehr Interesse dran mitzuwirken.[...] Ich gehe selten ins Schwimmbad, ja, aber ich würde eher hingehen, weil ich dann ein bisschen stolz auf mich bin. Genau, weil ich mir gedacht habe, das ist ein Schwimmbad, das haben wir Bürger gemacht, also entschieden, und dann würde ich schon regelmäßig hingehen.” (WOB1-1).

dene Ortsteile geht und sagt, hier wir laden ein. Kommt doch hin zu unserer Informationsveranstaltung. Dass halt da...man wesentlich mehr Chancen..., als wenn man sagt, hier komm ins Rathaus, zu diesem einen bestimmten Zeitpunkt." (WOB1-1). Sollten bestimmte Interessengruppen oder Personen nicht teilnehmen können oder wollen, können auch bevollmächtigte Stellvertreterinnen für die Belange der Nicht-Teilnehmenden eintreten.

Zusätzlich betonten die Verantwortlichen vor dem Hintergrund eines quantitativen Anstiegs an Beteiligungsverfahren, dass ein Beteiligungsverfahren nur durchgeführt werden sollte, wenn es nötig und möglich sei, denn zu viel Beteiligung könne überfordern und zum Verdruss führen.

Abbildung 14: Durchführung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung

INDIKATOREN	NICHT-BETEILIGTE	VERANTWORTLICHE
AUSWAHL	• Sozialraumanalyse • Selbstselektion nach Interesse	• durch Zufallsauswahl Vielfalt zulassen • intensive Felderkundung
ANSPRACHE / EINLADUNG	• persönliche und aufsuchende Ansprache • positiv animierende Ansprache • über unterschiedliche Kommunikationskanäle ansprechen • verständliche Aufbereitung von Informationsmaterialien	• persönliche Ansprache (Beziehung aufbauen) • Multiplikatorinnen und Mittler • frühzeitige Bewusstseins-schaffung eigener Betroffenheit • aktivierende Einbeziehung indirekt Betroffener
ANREIZE	• Kinderbetreuung • Verpflegung + Unterhaltung • Selbstwirksamkeitserfahrung	• persönlicher Wissensgewinn • Gastgebermentalität • Kinderbetreuung • Aufwandsentschädigung als Anerkennung und Ermöglichung
ZEITEN	• Kinderbetreuung • rechtzeitige Ankündigung • unterschiedliche Veranstaltungen zu verschiedenen Zeiten	• Kinderbetreuung
ORTE	• gut erreichbar und leicht zugänglich • in unterschiedlichen Ortsteilen	• ausgefallene Orte • praktische, lebensnahe Lokalitäten (z. B. Gaststätte) • am Ort des Geschehens / Raumbezug
METHODEN	• zuhören und gehört werden • an Lebenswelt der Teilnehmenden anpassen • Hilfestellung geben (Übersetzung etc.) • Moderatorinnen und Mediatoren • Geschichte, Kultur, Musik, Religion mit einbeziehen • Flexibilität gewährleisten	• milieuspezifische Gestaltung • vielfältig • Interaktion • grafisch und haptisch Arbeiten, Kunst integrieren • Partikularinteressen in den Griff bekommen • Sicherstellen, dass alle Gehör finden • Kleingruppenarbeit • Professionalität • aufsuchende Formate

Quelle: IPG

Es wurde deutlich, dass die Art der Kommunikation eine entscheidende Rolle bei der Aktivierung von Nicht-Beteiligten spielt. Die verwendete Ansprache ist prägend für eine gelungene Kommunikation. Dies bezieht sich sowohl auf das Layout als auch auf den Sprachduktus. Es wird deutlich, dass die

Ansprache sehr genau an den Sprachgebrauch der Gruppe angepasst werden muss, um eine Nicht-Beteiligung zu vermeiden.

Das bedeutet, dass die **Ansprache** im Layout, in der Wahl der Kommunikationskanäle und in der Ausdrucksweise entsprechend gestaltet werden muss. Inhalte sollten nicht zu komplex formuliert werden, sondern im Sinne kleiner Themenkomplexe entwickelt werden. Bei einer indirekten Betroffenheit, die von unterschiedlichen Bürgerinnen und Bürgern nicht selbstverständlicherweise wahrgenommen wird, kann durch eine intensiviertere Form der Ansprache eine Betroffenheit bewusst gemacht und dadurch ein Interesse geweckt werden. Dazu wurde beispielsweise die persönliche Ansprache in den Interviews mehrmals als Wunsch formuliert: aufsuchend auf der Straße oder im Privaten, „klingeln bei Nachbarn“, über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Mitmachen motivieren, über Institutionen wie Vereine oder sozialen Einrichtungen Einzelne ansprechen, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig es ist, die eigenen Belange einzubringen. Auch öffentlich gezeigte Präsenz und zu informieren („Informationstand an öffentlichen Plätzen“) kann motivierend wirken. Dabei geht es immer darum, Menschen zum Mitmachen „positiv zu animieren“ und ihnen Mut zuzusprechen und Vertrauen entgegenzubringen. Auf unpersönlichere Kommunikationsarten gab es von den Nicht-Beteiligten nur minimale oder keine Reaktionen. Hier wurde vor allem Mehrsprachigkeit und konkrete und verständliche Angaben der Werbung für Beteiligung angesprochen sowie akteursspezifische Kommunikationskanäle hervorgehoben, bei Jugendliche etwa mittels einer Whatsapp-Gruppe.

Idealerweise wird schon bei der ersten Ansprache zum Verfahren der Umgang mit Ergebnissen kommuniziert. Neben einer angepassten Aktivierung müssen, um Inklusionshemmnisse aus dem Weg zu räumen, die Veranstaltungen und **Formate** der gewünschten Teilnehmerschaft angepasst werden. Anstatt die Formate ausschließlich an den Ansprüchen und Arbeitsmodi der Veranstaltenden auszuwählen, sollte sich bei der methodischen Gestaltung auf die gewünschten Akteure konzentriert werden. Es wurde betont, dass spezielle Bedarfe unbedingt Berücksichtigung finden müssen. Anstelle von Großgruppenveranstaltungen können zum Beispiel Formate mit ‚Nestcharakter‘ Menschen entgegenkommen, die soziale Ängste haben. Vertrauenspersonen und ein persönliches Ambiente können bei Ängsten und mangelndem Selbstvertrauen unterstützend wirken, um für die eigenen Belange eintreten zu können. Dafür muss auf die Menschen und ihre Lebenswelten eingegangen werden. Sie müssen dort ‚abgeholt‘ werden, wo sie sind. Durch den Einsatz von Dolmetscherinnen, Mediatoren und geschulten Moderatorinnen können Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen unterstützt werden, sich einzubringen. Damit Beteiligungsveranstaltungen nicht als lästige Pflicht angesehen werden, die in der Konkurrenz zu anderen Aktivitäten nicht wahrgenommen werden, wurden die Schlagworte „Eventcharakter“ und „nettes Beisammensein“ genannt. Auch das Einbeziehen von Geschichte, Kultur, Musik und Religion kann helfen, auf einer anderen Ebene zu arbeiten und weitere Menschen anzusprechen. Auf Seiten der Verantwortlichen für zukünftige Verfahren wurde im Hinblick auf bestimmte Methoden erwähnt, dass eine Konzeption stärker Teilnehmendenorientiert entwickelt werden muss. Es wird noch einmal deutlich, dass Verfahren von der Intention aus zu gestalten sind, um dann zu sehen, wer auf welche Weise beteiligt werden kann und für welches Vorhaben und mit was für einer Gruppe sich welche Art von Formaten umsetzen lassen.

Für das Argument „keine Zeit“ zu haben wurde deutlich, dass verfahrensbezogene Möglichkeiten vorgeschobenen Gründen entgegenwirken und diese überwinden können, wenn das Verfahren grundsätzlich auf entsprechende Resonanz bei den gewünschten Akteuren stößt. Das Gefühl, selber tatsächlich etwas bewegen und eine Wirksamkeit erzeugen zu können, kann als zusätzlicher Anreiz dienen, sich einbringen zu wollen, „wenn man sagen würde, es zählt wirklich die Meinung der Person [...] hat jeder seinen eigenen Anreiz da auch wirklich mit anzupacken und mitzumachen“. Anhand der Aussagen der Nicht-Beteiligten wird deutlich, wie wichtig es ist, Sicherheit und Klarheit

beim Willen zur Umsetzung der Ergebnisse zu schaffen. Nur dann kann Vertrauen in die Wirksamkeit des Verfahrens entstehen.

Abbildung 15: Nachbereitung - erhobene Möglichkeiten zur Aktivierung

INDIKATOREN	NICHT-BETEILIGTE	VERANTWORTLICHE
AUFBEREITUNG / EVALUATION	• übersichtliche Aufbereitung • Informationen leicht zugänglich • zusammentragen und präsentieren der Ergebnisse	• langfristige Evaluation der Wirksamkeit
UMSETZUNG + VERSTETIGUNG	• garantierte Umsetzung • Transparenz hinsichtlich Umsetzung • kreative Umsetzungsmöglichkeiten	• Synergieeffekte nutzen • Nachwirkungen ernstnehmen • Umsetzung gehört zum Prozess dazu

Quelle: IPG

Abschließend kann festgehalten werden, dass bei der Aktivierung von Nicht-Beteiligten außer einer erstgemeinten und transparenten Intention eine erfolgreiche Kommunikation auf mehreren Ebenen entscheidend ist. Das betrifft die Verfügbarkeit von Informationen und die Art und Weise der Ansprache. Erst im zweiten Schritt ist die für die Teilnehmendenschaft passende Methode relevant. Das heißt umgekehrt, unzureichende Informationen und Misstrauen in das Verfahren oder deren Initiierende schränken die Wirksamkeit bei der Aktivierung von Teilnehmenden massiv ein.

Es hat sich gezeigt, dass es verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten gibt, die sich auf individuelle Entscheidungen für oder gegen eine Beteiligung positiv auswirken. Wiegt jedoch das Misstrauen gegen eine Beteiligung, wie es sich in den Interviews teilweise gezeigt hat, stärker als der Eindruck, etwas Positives daraus gewinnen zu können, kann auch eine optimale Verfahrensgestaltung nur wenig bewirken. Zum Teil scheinen eine Reihe von Faktoren eine gewichtige Rolle zu spielen, die auf der Metaebene des Gesamtprozesses zu verorten sind. Als direkte verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten definieren wir die Intention, das Ergebnis, die Berücksichtigung der Akteure und ihre jeweilige Ansprache, sowie die Zeiten, Orte und Formate. Als dem Prozess zugeordnete Einflussfaktoren sehen wir die Vorgeschichte, die Grad des Vertrauens im Allgemeinen zu Verwaltung und Politik, frühere Erfahrungen und Konflikte, Haltungen, Rollen und wechselseitige Vorurteile. Diese Faktoren haben einen immensen Einfluss auf die Beteiligungswahrscheinlichkeit und bedürfen mehr als einer instrumentellen Antwort zur Verfahrensgestaltung. Die Auswertung der Interviews hat ergeben, wie strukturelle und ‚weiche‘ Prozesseinflussfaktoren bereits im Vorfeld eine engagierte Beteiligung erschweren können. Hinsichtlich zu entwickelnder Impulse zu mehr Bürgerbeteiligung kann der Schwerpunkt somit nicht ausschließlich auf der Verfahrensausgestaltung und der Wahl der Formate und Methoden liegen, sondern beginnt deutlich früher im Prozessgeschehen. Vertrauen und Wirksamkeitserfahrungen sind dafür prozedurale Grundvoraussetzungen für gelingende inklusive Partizipation, die sich nicht allein durch eine funktionale Optimierung des Verfahrens erreichen lässt.

3.3 Zwischenfazit

3.3.1 Reflexion und offene Fragen

Hinsichtlich der ersten Arbeitsthese, die auf das Intentionsbewusstsein der Verantwortlichen bei der Verfahrensausgestaltung abzielt, hat sich gezeigt, dass den Verantwortlichen das Verhältnis zwischen Intention und Inklusion nicht immer in aller Konsequenz bei der Gestaltung des Verfahrens bewusst ist. Wenn jedoch eine klare Intention oder auch das Zusammenspiel mehrerer Intentionen vorlag, konnte (und wurde) im Sinne dieser Intention beteiligt werden.

Die zweite Arbeitsthese, dass Nicht-Beteiligte spezifische subjektive Gründe für Nicht-Beteiligung haben, die auf soziostrukturelle Dispositionen zurückzuführen sind, kann anhand der Interviewergebnisse bestätigt werden. Es konnten diverse Beteiligungshemmnisse herausgearbeitet werden, die zwar individualistisch begründet waren, aber auf soziostrukturelle Dimensionen verwiesen. Tatsächlich sind die Erklärungsansätze der Interviews eng miteinander verflochten und bilden individuelle Begründungskomplexe aus soziostrukturellen, individualistischen und verfahrensorientierten Aspekten, die in ihrer Gesamtheit die jeweilige Wahrnehmung der eigenen Rolle im politisch-gesellschaftlichen Feld und die daraus resultierende Grundhaltung widerspiegelt.

Dementsprechend kann die dritte und letzte Arbeitsthese, Verantwortliche suchen Beweggründe für Nicht-Beteiligung oft in verfahrensbezogenen Ursachen, während Nicht-Beteiligte geben akteursbezogene Gründe angeben, nicht vorbehaltlos bejaht werden. Zwar fokussieren Verantwortliche sich eher auf das Verfahren, weil dies das Werkzeug ist, mit dem sie operativ Einfluss nehmen können. Und Nicht-Beteiligte gehen von ihren individuellen Gründen aus, weil diese Ihnen am nächsten liegen. Trotzdem scheinen sowohl Verantwortliche als auch Nicht-Beteiligte durchaus in der Lage zu sein, differenziert die Gesamtheit der Begründungen zu reflektieren. Gleichmaßen kann jedoch auch konstatiert werden, dass die Gründe der Nicht-Beteiligten sich weniger stark an der konkreten Verfahrensausgestaltung ausrichten, als vielmehr Hinweise auf eine Metawahrnehmung des gesellschaftlichen und politischen Prozesses geben und Fragen nach Vertrauen oder Misstrauen in verantwortliche Akteure und Institutionen, die eigene Rolle und Wirksamkeit oder gar nach der Sinnhaftigkeit und Ehrlichkeit administrativen und politischen Handelns bewegen.

Aus der Überprüfung der Thesen wird deutlich, dass es zum Abbau individueller Hindernisse durch verfahrensseitige Hemmnisse einer Akteursanalyse bedarf, in der die Nicht-Beteiligten als Individuen mit unterschiedlichen Teilhabebedürfnissen und in ihrer spezifischen gesellschaftlich-politischen Position und Rolle betrachten werden müssen. Dementsprechend ist für eine inklusive Beteiligung ein hohes Akteursbewusstsein im jeweiligen Kontext nötig. Insgesamt braucht es für eine wirksame Beteiligung ein sensibles Verständnis für die relevanten Einflussfaktoren auf den Gesamtprozess, zu dem auch soziostrukturelle Faktoren gehören.

Am Ende dieses Kapitels stellt sich die Frage, wie diese Prozesseinflussfaktoren neben den verfahrensseitigen Faktoren mit in die Planung und Durchführung von Beteiligungsverfahren einfließen können, auch wenn sie nicht direkt von den Verantwortlichen steuerbar sind. Erste Antworten darauf finden sich in der Weiterentwicklung der Beteiligungsleinwand 2.0. Sie soll innerhalb der anschließenden Fachkonferenz als Analyse- und Evaluationswerkzeug sowie zum Kategorisieren der zu erarbeiteten Erfolgsfaktoren für eine inklusive Beteiligung dienen und dabei auf ihre Sinnhaftigkeit und Arbeitstauglichkeit überprüft werden.

3.3.2 Beteiligungsleinwand 2.0

Anhand der vorgestellten Ergebnisse der empirischen Befragung wurde die Beteiligungsleinwand weiterentwickelt. Da für ein inklusiv gestaltetes Verfahren der Fokus nicht lediglich auf die verfahr-

rensbezogenen Einflussfaktoren gelegt werden kann, wurde die Leinwand durch die Prozesseinflussfaktoren erweitert.²² Anhand unterschiedlicher, z.T. umbenannter Kategorien wurde versucht, Prozesseinflussfaktoren so weit wie möglich mit in die Verfahrensplanung einzubeziehen. So wurde die Kategorie Vorgeschichte ergänzt, da sie das Verhältnis zwischen Verantwortlichen und Beteiligten/Nicht-Beteiligten prägt, welches sich auch in der Spalte Akteure durch den Begriff Akteurskonstellation wiederholt. Kommunikation wurde als Spaltenüberschrift ergänzt, da sie über das gesamte Verfahren eine wesentliche Funktion erfüllt, v.a. in Bezug auf die Frage nach Vertrauen und Wirksamkeit. Die neu hinzugefügte Kategorie Rahmenbedingungen soll weitere Prozesseinflussfaktoren mit auf die Leinwand integrieren.

Abbildung 16: Beteiligungsleinwand 2.0

Beteiligungsleinwand 2.0					
VORBEREITUNG		DURCHFÜHRUNG			NACHBEREITUNG
Ausgangslage	Akteure + Akteurskonstellation	Kommunikation + Aktivierung	Logistik + Organisation	Verfahrensdesign	Weiteres Vorgehen
01 Vorgeschichte	06 Initiierende / Beteiligende	08 Auswahl	11 Zeiten	13 Methoden und Formate	14 Aufbereitung und Evaluation
02 Intentionen					
03 Themen		09 Ansprache / Einladung			
04 Rahmenbedingungen	07 Beteiligte		12 Orte		15 Umsetzung und Verstetigung
05 Ergebnistyp		10 Anreize			

Quelle: IPG

²² Entlang unserer Begriffsdefinitionen in Kapitel 1.5.2 verwenden wir „verfahrensseitige Einflussfaktoren“ für alle Einflüsse, die die technisch strukturellen Möglichkeiten der Verfahrensgestaltung betreffen. Prozesseinflussfaktoren verwenden wir zur Beschreibung all der Einflüsse aus der Metaebene, des jeweils übergeordneten gesellschaftlichen und politischen Gesamtzusammenhanges, in dessen Kontext sich das Beteiligungsverfahren bewegt.

Tabelle 10: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungseinwand 2.0

Haupt-kategorie	Spalte	Kategorie	Erklärung
Vorberei- tung	Ausgangs- lage	01 Vorge- schichte	Insgesamt wurde die Spalte umbetitelt in Ausgangslage, da dies dem Fokus der Ergebnisse der Befragung stärker entspricht, als der vorige Spaltentitel Vorbereitung. Die Vorgeschichte nahm in den Interviews sowohl bei den Initiatoren als auch bei den Nicht-Beteiligten einen hohen Stellenwert ein. Es wurde deutlich, wie wichtig es für die Planung eines gelingenden Verfahrens ist, Aspekte aus der Vorgeschichte einzubeziehen: z.B. Konflikte oder Erfolge im Vorfeld in diesem Bereich, Vorerfahrungen, ob eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht, der wievielte Versuch unternommen wird, ein Thema zu lösen etc.
		02 Inten- tion	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		03 Themen	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		04 Rah- menbedin- gungen	Diese Kategorie wurde ergänzt. Sie umfasst jetzt die Einbettung des Verfahrens in den sozialen Kontext. Dieser bezieht sich auf gesamtgesellschaftliche Strukturen und auf die Situation am Ort des Teilnahmeverfahrens – die Sozialstruktur im Quartier, die finanzielle Lage einer Kommune etc.. Zum anderen umfasst sie alle Bedingungen, die zu Beginn des Verfahrens darüber entscheiden, was innerhalb des Verfahrens verhandelt werden kann und was nicht, z.B. personelle Ressourcen, rechtliche Vorschriften, bauliche Gegebenheiten oder Standortfaktoren.
		05 Ergeb- nistyp	Diese Kategorie wurde beibehalten. Die Überschrift konkretisiert jetzt stärker, dass es nicht darum geht, ein Ergebnis vorwegzunehmen (was bei offenen Verfahren nicht möglich ist), sondern den Ergebnistyp zu bestimmen (z.B. Planung, Entwurf, Abstimmungsergebnis, Präsentation, Projekt).
Durchfüh- rung	Akteure und Ak- teurskons- tellation	06 Initiie- rende / Be- teiligende	Diese Kategorie wurde beibehalten. Die Spalte Akteure wurde um den Begriff Akteurskonstellation ergänzt, da aus den Interviews deutlich wurde, dass das Verhältnis zwischen Teilnehmenden und Beteiligten von entscheidender Bedeutung ist.
		07 Beteilig- te	Diese Kategorie wurde beibehalten.
	Kommuni- kation und Aktivie- rung	08 Auswahl	Die Spalte wurde um den Begriff Kommunikation ergänzt, da sich gezeigt hat, dass der kommunikative Aspekt zentral wichtig dabei ist. Die Kategorie Auswahl wurde beibehalten.

		09 Ansprache / Einladung	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		10 Anreize	Diese Kategorie wurde beibehalten.
	Logistik und Organisation	11 Zeiten	Die Spalte wurde umbenannt, die Kategorie wurde beibehalten.
		12 Orte	Diese Kategorie wurde beibehalten.
	Verfahrensdesign	13 Methoden und Formate	Diese Kategorie wurde beibehalten. Die Ebene der Methoden wurde um die Ebene der Formate ergänzt.
Nachbereitung	Weiteres Vorgehen	14 Aufbereitung und Evaluation	Diese Kategorie wurde beibehalten.
		15 Umsetzung und Verstärkung	Diese Kategorie wurde beibehalten.

4 Fachkonferenz

Die Fachkonferenz „Inklusion in Beteiligungsverfahren“ am 30. September 2016 hatte zum Ziel, Beteiligungsexpertinnen und -experten in Form einer dialogischen Auswertung sowie einer kollaborativen Entwicklungsarbeit in das Forschungsprojekt einzubinden. Das Erfahrungswissen und das kreative Potenzial aller Teilnehmenden sollten angeregt und genutzt werden, um

- ▶ die aus den vorangegangenen Arbeitsschritten gewonnenen Ergebnisse zu evaluieren,
- ▶ weitere Möglichkeiten zur Optimierung von Beteiligungsverfahren (Erfolgsfaktoren) aufzudecken sowie
- ▶ konkrete Empfehlungen für eine inklusive Beteiligung (Muster des Gelingens) zu gestalten und festzuhalten.

Zusätzlich sollten Impulse für die Durchführung qualitativer Bürgerbeteiligungen gegeben werden. Dafür wurden auf der Konferenz die bis zu diesem Punkt erarbeiteten Ergebnisse des Forschungsprojektes vorgestellt. Die Ergebnisse der Fachkonferenz bilden zusammen mit den Ergebnissen aus den Interviews die Basis für die Muster des Gelingens, welche als konkrete Handlungsempfehlungen für Verantwortliche von Beteiligungsverfahren in das Webtool aufgenommen werden.

4.1 Methodisches Konzept und Ausgestaltung

Die Fachkonferenz wurde als dialogische Auswertungs- und kollaborative Entwicklungskonferenz konzipiert. Auf externe Vortragende wurde daher verzichtet. Vielmehr standen die eigenen Erfahrungen der teilnehmenden Beteiligungsexpertinnen und -experten im Vordergrund. Sie sollten als Mitgestalterinnen und -gestalter von Lösungen und Empfehlungen eingebunden sein, um anhand unterschiedlicher Blickwinkel und Erfahrungen eine hohe Qualität der Ergebnisse sicherzustellen.

Die Konzeption der Konferenz beruhte auf drei aufeinander aufbauenden Phasen:

Phase 1: Erfahrungsaustausch und dialogische Auswertung

- ▶ Projektausstellung: Vielfalt und Vielzahl an Beteiligungsprojekten aufzeigen
- ▶ Fachvortrag: Stand der Erkenntnisse des Forschungsprojektes und Einschätzungen zu den Gründen für Nicht-Beteiligung aus Literatur und empirischer Forschung
- ▶ Interaktive Projektanalyse: Analyse und Evaluation eigener Beteiligungsprojekte hinsichtlich ihrer Qualität, besonders unter der Berücksichtigung von Inklusionsaspekten, Festhalten von Erfolgsfaktoren (Werkstatt I)

Auf der Konferenz gab es Raum und Zeit, um durchgeführte Beteiligungsverfahren zu analysieren und zu evaluieren. Mithilfe einer gemeinsamen Reflexion – dazu gehörte auch die Selbstreflexion der Verantwortlichen – wurden Erkenntnisse zur Verbesserung festgehalten. Zusätzlich wurden die bis dahin gewonnenen Forschungsergebnisse – anhand der Beteiligungsleinwand als das zentrale Ergebnis – von allen Anwesenden diskutiert, evaluiert und ergänzt.

Phase 2: Kollaborative Entwicklungsarbeit

- ▶ Transfer des Erfahrungswissens in Handlungsempfehlungen: Erarbeitung von Mustern des Gelingens für eine inklusive Beteiligung (Werkstatt II)

Die anschließende kollaborative Entwurfsarbeit verfolgte das Ziel, Erfolgsfaktoren für eine wirksame und inklusive Bürgerbeteiligung gemeinsam zu erarbeiten. Es wurde ein Austausch über Problemlagen und Erfolgsfaktoren sowie „Chancen und Grenzen von Beteiligung“ (Umweltbundesamt, 2015) unter den Teilnehmenden angeregt sowie deren Erfahrungswissen abstrahiert.

Phase 3: Zusammenführung der Ergebnisse

- Visualisierung und Klassifizierung der Gesamtergebnisse
- Konsolidierung der Ergebnisse der Konferenz und der gewonnenen Ergebnisse der vorangegangenen Arbeitsschritte

Die zuvor weiterentwickelte Beteiligungsleinwand diente in allen Phasen der Fachkonferenz als Evaluations- und Entwicklungswerkzeug. Die Ergebnisse der Konferenz gaben Anregungen für ihre Weiterentwicklung.

Das Vorgehen und die Durchführung innerhalb der drei Phasen werden im Kapitel 4.4 eingehend beschrieben. Daran anschließend werden Ergebnisse und Erkenntnisse der einzelnen Phasen in Kapitel 4.5 aufgezeigt.

4.2 Tagesordnung

Die Fachkonferenz fand am Freitag, den 30. September 2016 in Berlin statt. Basierend auf den drei konsekutiven Phasen ergab sich folgende Tagesordnung:

10:00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung
10:15 Uhr	Forschungsprojekt UFOPLAN: Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten (Forschungsdesign und erste Ergebnisse)
11:00 Uhr	Ausstellung: Vielfalt und Vielzahl an Beteiligungsprojekten
11:30 Uhr	Werkstatt I Herausforderungen bei der Inklusion unterschiedlicher Gruppen: Interaktive Projektanalyse
13:00 Uhr	Mittagessen
14:00 Uhr	Inhaltlicher Input: Mustersprache
14:15 Uhr	Werkstatt II Erfolgsfaktoren für Inklusion: Erarbeitung von Mustern des Gelingens
15:30 Uhr	Ergebnisse: Zusammenführung der Werkstattergebnisse auf begehbare Beteiligungsleinwand
16:45 Uhr	Ausblick: Weiterentwicklung der Ergebnisse zu einem Webtool
17:00 Uhr	Ende der Veranstaltung

4.3 Zusammensetzung der Teilnehmenden

Die Fachkonferenz richtete sich an Interessierte aus unterschiedlichen Disziplinen mit verschiedenen Erfahrungen im Bereich Bürgerbeteiligung: Vorhabentragende und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Vertreterinnen und Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen, Menschen aus Verei-

nen und der Zivilgesellschaft, Moderierende und Prozessbegleitende, Inklusionsexpertinnen und -experten, Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Durch die heterogene Teilnehmendenschaft war beabsichtigt, Erfahrungswissen von möglichst vielen Seiten einzubinden und zu einer Vernetzung von beteiligungsinteressierten Personen aus unterschiedlichen Bereichen beizutragen, also transdisziplinäre Kontakte zu fördern. Auch sollten Impulse des Forschungsprojektes für eine qualitative Beteiligung mit verstärkter Inklusion in möglichst viele Richtungen gesendet werden.

Insgesamt nahmen 60 Interessierte an der Fachkonferenz teil. Anhand des IPG-Erhebungsbogens²³ über soziodemographische Merkmale hat sich gezeigt, dass neben der gewünschten Heterogenität bezüglich unterschiedlicher Disziplinen eine homogene Zusammensetzung in Hinblick auf Geschlecht, Altersstruktur und akademischen Hintergrund zu verzeichnen war. Ein großer Teil der Anwesenden waren Frauen zwischen 31 und 50 Jahren und verfügten über eine hohe akademische Bildung.²⁴

4.4 Durchführung

4.4.1 Erfahrungsaustausch und dialogische Auswertung

Die **Projektausstellung** während der Fachkonferenz wurde zur Darstellung unterschiedlicher Beteiligungsprojekte durchgeführt. Die Erfahrungen aus den Beteiligungsprojekten hinsichtlich der Qualität der Ausgestaltung mit dem Schwerpunkt Inklusion sollten zur thematischen Einstimmung in die Konferenz einfließen. Die Teilnehmenden waren eingeladen, mitgebrachte Ausstellungsmaterialien (Flyer, Poster, Fotos etc.) eigener Beteiligungsprojekte zu präsentieren. Darunter wurden auch zehn Projekte ausgestellt, die anschließend vertiefend in der Werkstatt I evaluiert wurden. Diese konnten im Vorfeld der Konferenz angemeldet werden.

Tabelle 11: Auf der Fachkonferenz analysierte Beteiligungsprojekte

Nr.	Projektname	Institution	Thema	Ort
1	Radverkehrsdialog	Landkreis Marburg	Entwicklung eines Radverkehrsplans	Biedenkopf
2	Zukunftsplanung Eidelstedter Zentrum	TOLLERORT entwickeln & beteiligen	Stadtplanung	Hamburg
3	Aktionsplan Inklusion	Breuninger Stiftung GmbH	Abbau von Barrieren für Menschen mit Beeinträchtigung	Stuttgart
4	Bürgerorientiertes Beteiligungskonzept Heidelberg	abgeordneten-watch.de	Institutionalisierung Bürgerbeteiligung	Bonn

²³ Im Zuge der Forschung haben wir begonnen, auf eigenen Veranstaltungen anonymisierte soziodemographische Erhebungsbögen von Teilnehmenden ausfüllen zu lassen, um einen Überblick über die jeweilige Zusammensetzung der Teilnehmendenschaft zu erhalten.

²⁴ 28 Anwesende haben den Erhebungsbogen ausgefüllt. Darunter 22 weibliche Teilnehmerinnen, 20 in der Altersspanne von 31-50 Jahren und 25 mit einem Studienabschluss Bachelor und höher.

5	Regionales Entwicklungs-konzept „Wattenmeer- Ach-ter“	Arbeitsgruppe für re-gionale Struktur- und Umweltforschung GmbH	Regionales Ent-wicklungskon-zept	Stadt Norden und sieben Inselgemein-den
6	Innovation Lab Marburg	Universität Marburg	Forschung und Entwicklung Großgruppen-formate	Marburg
7	Inklusive Stadtplanung	co.city lab	Inklusive Stadt-planung mit Pop-Up Engagement	Mainz und Wiesbaden
8	KEBAP - Kultur Energie Bun-ker Altona Projekt	KEBAP e.V.	Kultur und Ener-gie	Hamburg
9	Begegnungszone Berg-mannstraße	zebralog	Stadtentwick-lung	Berlin
10	Eltern fürs Quartier	Stadtimpulse - Frei-raum, Spielraum, Le-bensraum	Förderung El-ternprojekte	Bremen

Um ein gemeinsames Arbeiten auf einem Wissensstand zu ermöglichen, wurden die Teilnehmenden zunächst durch einen **Fachvortrag** über die bisher gewonnenen Ergebnisse des Forschungsprojektes informiert. Dafür wurde unter anderem das Forschungsdesign erklärt, der Stand der Erkenntnisse aus der Literaturrecherche und den empirischen Befragungen sowie eine kurze Erklärung zum Prozessverständnis des IPG vermittelt. Insbesondere wurden die Erklärungsansätze für Nicht-Beteiligung und deren Verflechtungen sowie das modifizierte Inklusionsverständnis thematisiert und ersten Ergebnissen aus den Interviews gegenübergestellt.

Innerhalb der **Werkstatt I** sollten die ausgewählten Beteiligungsprojekte durch eine interaktive Projektanalyse evaluiert und das gesamte Beteiligungsverfahren unter dem Gesichtspunkt der Inklusion reflektiert werden. Dabei diente die Beteiligungsleinwand 2.0 zur Strukturierung, um eine Vergleichbarkeit der Projekte sichtbar zu machen. Die Teilnehmenden arbeiteten in Kleingruppen von vier bis acht Personen an insgesamt zehn Beteiligungsprojekten. Mithilfe vorgegebener Fragen zu unterschiedlichen Kategorien werteten die Kleingruppen mit dem oder der jeweiligen Projektverantwortlichen das Beteiligungsprojekt aus und notierten die Antworten auf den Leinwänden. Für eine abschließende Diskussion über Faktoren des Misslingens bzw. Gelingens der Inklusion im Rahmen des jeweiligen Projekts erörterten sie die Vor- und Nachteile des Verfahrenswegs und hielten die zentralen Punkte auf den ausliegenden Erkenntniskarten fest.

4.4.2 Kollaborative Entwicklungsarbeit

Ein weiteres Anliegen der Fachkonferenz war die Abstraktion des empirischen Erfahrungswissens durch eine ausführliche Analyse der Projekte, um daraus anschließend konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. Wurden in Werkstatt I Erfolgsfaktoren anhand der Beteiligungsprojekte ermittelt, generierten die Teilnehmenden in der **Werkstatt II** Handlungsempfehlungen in Form von Mustern des Gelingens mit Gültigkeit über die einzelnen Beteiligungsprojekte hinaus. Die Abbildung 17 zeigt eine beispielhaft ausgefüllte Mustermaske. Die Kategorie bezieht sich auf das jeweilige Feld der Beteiligungsleinwand. Die Relevanz zeigt eine subjektive Einschätzung der Bedeutung an; Titel,

Problem und Lösung beschreiben das Muster. Auf die Diskussion des Kontextes wurde in dieser Darstellung im Sinne der vereinfachten Form verzichtet, sie hat jedoch während der Fachkonferenz dialogisch stattgefunden.

Abbildung 17: Werkstatt II - beispielhaft ausgefüllte Musterkarte

INSTITUT FÜR PARTIZIPATIVES GESTALTEN IPG 		MUSTER DES GELINGENS	Kategorie <i>09 Ansprache</i>	Relevanz 
		Titel <i>ANSPRACHE</i>		
Problem <i>Viele Menschen haben keine Kenntnis des Verfahrens, weil die üblichen Kommunikationswege wie Zeitung, Plakate, Flyer, Internetseite oder Kinofilme sie aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht haben.</i> <i>Andere erreicht die Information zwar, aber sie fühlen sich nicht persönlich angesprochen und gemeint.</i>		Lösung <i>Multiplikator*innen sind Menschen mit einem hohen Status innerhalb einer Community. Dazu zählen z.B. Vereinsvorsitzende, Sozialarbeiter*innen, Pastor*innen, Meinungsführer*innen und Vorbilder. Diese verstehen häufig die Notwendigkeit, Menschen zu aktivieren. Sprechen Sie diese Multiplikator*innen in einem persönlichen Gespräch an, bitten Sie sie um Unterstützung und versorgen Sie sie mit den notwendigen Ressourcen.</i>		
		Quelle	Tisch / Gruppe <i>10</i>	

Quelle: IPG

4.4.3 Zusammenführung der Ergebnisse

Im letzten Schritt der Fachkonferenz wurden die Arbeitsergebnisse der Kleingruppen auf einer großen begehbaren Beteiligungsleinwand zusammengeführt und diskutiert. Die ausgefüllten Musterkarten der einzelnen Kleingruppen wurden nach einer kurzen Präsentation der passenden Leinwandkategorie zugeordnet. Diese Vorgehensweise ermöglichte, Doppelungen, Häufungen und wichtige Themen leicht zu erkennen sowie Rückschlüsse in Hinblick auf die entwickelte Beteiligungsleinwand als zentrales Werkzeug des Forschungsprojektes zu ziehen.

4.5 Ergebnisse

4.5.1 Erfolgsfaktoren für Inklusion

Anhand der Ausstellung und innerhalb der Werkstatt I zeigte sich vor allem, dass unterschiedliche Verfahren verschiedene Herangehensweisen erfordern. Konzeption und Ausgestaltung müssen – im Gegensatz zu standardisierten Konzepten – individuell an die Rahmenbedingungen und Anforderungen des konkreten Projektes angepasst werden.

Während der dialogischen Auswertung haben sich folgende Punkte, die Inklusion in Beteiligungsprozesse besonders fördern können, ergeben. Eine vollständige Auflistung der Herangehensweisen aus den Projektanalysen und aller Erkenntnisse der Kleingruppenarbeit aus Werkstatt I ist im Anhang 7.3.2 und 7.3.3 zu finden.

- ▶ Leichte Sprache benutzen, um eine Zugänglichkeit zum Prozess zu gewährleisten. Auf sprachfreie Formen wie Aufstellungsarbeit und eine gemeinsame ‚Sprache des Machens‘ zurückgreifen, z.B. Malen und Bauen.
- ▶ Über einen längeren Zeitraum kontinuierlich arbeiten, da eine Eingewöhnung hilfreich sein kann.
- ▶ Regelmäßige stattfindende Angebote und laufende Veröffentlichung von Ergebnissen gewährleisten.
- ▶ Kombination aus verschiedenen Formaten, die unterschiedliche Personenkreise ansprechen, online und offline.
- ▶ Methoden verwenden, die jeden zu Wort oder ins Gestalten kommen lassen.
- ▶ Erwartungsmanagement aktiv betreiben. Darstellen, was mit den Ergebnissen passiert. Feedbackschleifen einbauen und Umsetzungsmöglichkeiten im Vorfeld klären.
- ▶ Ein Budget für Sofortmaßnahmen zur Verfügung stellen, worüber die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können.
- ▶ Arbeiten vor Ort und gemeinsam mit Partnerinstitutionen.
- ▶ Einbeziehen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die ‚Stallgeruch‘ besitzen.
- ▶ Achtsamer und offener Führungsstil. Geschultes und heterogenes Personal.
- ▶ Offenheit für laufende Anpassungen im Verfahren.

4.5.2 Muster des Gelingens und Evaluation der Beteiligungseinwand

Die Erkenntnisse aus den Projektanalysen zeigen erste Ansätze für inklusivere Beteiligung. In der zweiten Werkstatt wurden einige der Erkenntnisse aufgegriffen und in Form von Mustern des Gelingens konkretisiert. Insgesamt wurden von den Teilnehmenden mehr als 50 dieser Muster auf der Fachkonferenz erarbeitet. Eine Übersicht über alle erarbeiteten Muster befindet sich im Anhang 7.3.4.

Während der Konkretisierung wurde deutlich, dass ein Großteil der Muster auf Themen wie Haltung und Kommunikation abzielen, also über die rein instrumentelle Verfahrensgestaltung hinaus verweisen, um so einem grundsätzlichen Misstrauen entgegenzuwirken. Es finden sich Muster wie „Wertdifferenzen zulassen und aushalten“, „veränderte Arbeitskultur in der Verwaltung“, „institutionelle Öffnung der ‚Entscheidungsträger‘“ und „Vertrauen durch persönliche Bindung und kontinuierliche Prozessbegleitung“.

Manche Muster bauen aufeinander auf oder bedingen einander. Die Muster „Zielgruppen- und Umfeldanalyse“ und „kontinuierliche Akteursanalyse“ z.B. bilden eine Grundlage für das Muster „Voraussetzungen für Teilhabe schaffen“. Diese Muster erhöhen das Feld- und Prozessverständnis der Initiatierenden. Beim Thema Ansprache und Veranstaltungsdurchführung wurden Muster des Gelingens wie z.B. „wertschätzende Kommunikation“, „sinnliche Gemeinschaftserlebnisse schaffen“ und „Emotionen Raum geben“ formuliert.

Bei der Zusammenführung auf der begehbaren Leinwand zeigte sich, dass die Muster des Gelingens nicht gleichmäßig über alle Kategorien der Leinwand verteilt sind. Bei einigen Mustern war die Zuordnung zu den Kategorien nicht einfach, unter anderem deshalb, weil einige Kategorien unterschiedlich interpretiert wurden. Insgesamt gab es keine nennenswerten Doppelungen. In den Kategorien 09 Ansprache/Einladung und der Kategorie 04 Rahmenbedingungen sind die meisten Vorschläge zu finden. Wobei an dieser Stelle festgehalten werden muss, dass die Kategorie Rahmenbedingungen von den Teilnehmenden anders interpretiert wurde, als bei der Entwicklung der Leinwand ange-

dacht. Während ursprünglich damit Kontextfaktoren im Sinne von inhaltlichen und formalen Rahmenbedingungen gemeint waren, wurden bei der Fachkonferenz Akteure und Akteurskonstellationen oft der Kategorie Rahmenbedingungen zugeordnet, also Faktoren, die die Haltung betreffen. Für die Kategorien 02 Intention“ und die Kategorie 14 Aufbereitung und Evaluation wurden hingegen keine Muster des Gelingens benannt.

Sämtliche auf der Fachkonferenz entstandene Muster wurden anschließend überarbeitet und sind zusammen mit den erhobenen Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung aus der empirischen Befragung in das Webtool eingeflossen.

4.6 Zwischenfazit

4.6.1 Reflexion und offene Fragen

Die Fachkonferenz machte es möglich, eine Vielzahl von Beteiligungsexpertinnen und -experten verschiedener Disziplinen zu erreichen und in das Forschungsprojekt einzubinden. Das methodische Vorgehen war sinnvoll, um das vorhandene kreative Potenzial der Anwesenden zu nutzen. Zusätzlich förderte die Kleingruppenarbeit eine interdisziplinäre Vernetzung.

Die Ergebnisse aus empirischer Befragung und Fachkonferenz decken sich darin, dass Erfolgsfaktoren für eine umfassendere Beteiligung vielfach übergeordneten Prozessfaktoren wie Haltung, Rollen, Analysen der Ausgangslage und Kommunikation ermittelt wurden. Um ein Verfahren wirksam planen zu können, ist ein Feld- und Prozessverständnis hilfreich, das dann entsteht, wenn sich Vorhabenträger mit den relevanten Kontextfaktoren auseinandersetzen. Bezüglich der Entwicklung des Webtools stellte sich daher die konzeptionelle Frage, wie erreicht werden kann, dass sich Verantwortliche mit diesem notwendigen prozessualen Kontext ihres Verfahrens stärker als bisher auseinandersetzen können, bevor sie die technische Konzeption eines Verfahrens planen und umsetzen.

Da sich bei der Zusammenführung der Ergebnisse gezeigt hat, dass bei der Einordnung in die Kategorien unterschiedliche Interpretationen der Begriffe zu Unklarheiten führte, war für die Weiterentwicklung der Leinwand eine Umstrukturierung und genauere Spezifizierung der Kategorien wichtig. Vor allem mussten die Kategorien ‚Haltung‘ und ‚Kommunikation‘ klarer erkennbar eingebaut werden. Zusätzlich wurde deutlich, dass es für ein selbständiges Arbeiten mit der Leinwand im Webtool ausführliche Erklärungen der Kategorien braucht, um Unklarheiten zu vermeiden.

Eine Zusammenführung und Aufarbeitung der entwickelten Aktivierungsmöglichkeiten und Erfolgsfaktoren zu einer einheitlichen Mustersprache für das Webtool erfolgte im nächsten Schritt. Die folgende weiterentwickelte Beteiligungsleinwand bildete die Basis für das Webtool.

4.6.2 Beteiligungsleinwand 3.0

Die Evaluation der Beteiligungsleinwand durch die Teilnehmenden der Fachkonferenz führte zu der stärksten Anpassung bzw. Änderung. Durch die unterschiedlichen aus den Beteiligungsprojekten gewonnenen Einsichten konnte die Leinwand neu durchdacht und grundlegend verändert werden. Dies geschah in Bezug auf verwendete Begriffe, auf Kategorien und ihre Sortierung. Viele konkrete Vorschläge und Hinweise wurden auf der Fachkonferenz erarbeitet, andere wurden in der anschließenden Auswertung und Verdichtung der Muster des Gelingens hinzugefügt. Während die erste Version der Verfahrensleinwand als Werkzeug konzipiert wurde, um Beteiligungsverfahren innerhalb eines Workshopformats zu entwickeln, war es jetzt notwendig, die Beteiligungsleinwand für die Nutzung im Webtool neu zu überarbeiten. Das Webtool soll denjenigen, die Beteiligungsverfahren durchführen oder in Auftrag geben, klare Impulse und Empfehlungen liefern, um die Beteiligung in

Hinblick auf Inklusionsaspekte zu optimieren und alle notwendigen und gewünschten Akteure beteiligen zu können. Dabei standen folgende Erkenntnisse und Entwurfsüberlegungen im Vordergrund:

Die drei Hauptkategorien Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung sollten präziser beschrieben werden und heißen jetzt Feldanalyse, Verfahrensgestaltung und Kultivierung.

Wir gehen davon aus, dass erst ein solides Feld- und Prozessverständnis dazu führt, dass zielgenaue und angepasste Maßnahmen ergriffen werden können, um ein gutes Beteiligungsverfahren zu konzipieren und damit auch Fragen der Inklusion zu beantworten. Die Kategorie wurde deshalb in zwei Spalten unterteilt, ‚Ausgangslage‘ und ‚Akteure und Akteurskonstellationen‘. Die Ausgangslage nimmt die drei wichtigsten Bereiche in den Blick, nämlich die Vorgeschichte, die Intention(en) (im Sinne des modifizierten Inklusionsverständnisses) und die Rahmenbedingungen, mit denen die konkreten inhaltlichen und formellen Rahmenbedingungen für das Vorhaben gemeint sind. Die zweite Spalte ‚Akteure und Akteurskonstellationen‘ besteht weiterhin aus den Bereichen ‚Initiierende‘ und ‚Teilnehmende‘. Es kann sich dabei auch um heterogene Gruppierungen handeln, wie beispielsweise Fachbeiräte und Bündnisse aus Bürgerinitiativen.

Es folgt die zweite Hauptkategorie ‚Verfahrensgestaltung‘, in der zahlreiche Muster des Gelingens auf der Fachkonferenz benannt wurden. In dieser Kategorie gab es zentrale Veränderungen. Wir verstehen sie als entscheidend für die Durchführung eines inklusiven Beteiligungsverfahrens und sehen durch die Ergebnisse der Fachkonferenz die Annahme bestätigt, dass Beteiligungsverfahren immer einer Gestaltung durch Expertinnen und Experten bedürfen und niemals kontextunabhängig als fertiges Rezept angewendet werden sollten. Als Basis einer gelingenden Verfahrensgestaltung wurde die Kategorie ‚Kommunikation‘ eingeführt. Mit dem Begriff der ‚Haltung‘, soll die Grundhaltung, mit der verantwortliche Akteure an ein Beteiligungsverfahren herangehen, beschrieben werden. Ein Großteil der auf der Fachkonferenz entwickelten Muster des Gelingens können als allgemeine Prinzipien zu einer guten und gelingenden Kommunikation beschrieben werden, weshalb wir diesen Aspekt neu eingeführt haben. Erst wenn eine offene und transparente Haltung und eine ehrliche Kommunikation vorhanden sind, lässt sich eine gute, erfolgreiche Ansprache und Aktivierung bewerkstelligen, ging als Erkenntnis aus der Fachkonferenz hervor. Unter der Spalte ‚Struktur und Organisation‘ steht nun vor ‚Orten‘ und ‚Zeiten‘ die Kategorie ‚Verfahrensstruktur‘. Auch für diesen Aspekt gab es verschiedene Muster des Gelingens. Die Spalte ‚Veranstaltungskonzeption‘ beginnt in der jetzigen Beteiligungsleiwand mit der Kategorie ‚Veranstaltungscharakter und Durchführungsprinzipien‘. Darunter fallen alle Aspekte, welche die Qualität und Atmosphäre einer Veranstaltung ausmachen.

Geblichen ist die letzte Hauptkategorie, die nun ‚Kultivierung‘ heißt. Es soll gezeigt werden, dass es sich dabei nicht nur um ein aufwendiges Pflichtprogramm nach einer Veranstaltung handelt, sondern um eine verantwortungsvolle Kultur der Verstetigung von Ergebnissen.

Abbildung 18: Beteiligungsleinwand 3.0

Beteiligungsleinwand 3.0					
FEL DANALYSE		VERFAHRENSGESTALTUNG			KULTIVIERUNG
Ausgangslage	Akteure + Akteurskonstellation	Kommunikation	Struktur und Organisation	Veranstaltungskonzeption	Weiteres Vorgehen
01 Vorgeschichte	04 Initiierende / Verantwortliche	06 Haltung	09 Verfahrensstruktur	12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien	14 Nach- und Aufbereitung
02 Intention		07 Kommunikationsprinzipien	10 Orte		
	05 Teilnehmende			13 Formate	15 Umsetzung und Verstetigung
03 inhaltliche und formale Rahmenbedingungen		08 Aktivierung und Ansprache	11 Zeiten		

Quelle: IPG

Tabelle 12: Beschreibung der Leinwandkategorien – Beteiligungsleinwand 3.0

Hauptkategorie	Spalte	Kategorie	Erklärung
Feldanalyse	Ausgangslage	01 Vorgeschichte	Diese Kategorie wurde beibehalten. Ihre Bedeutung sollte nicht unterschätzt werden. Insbesondere prozessorientierte Aspekte, die zu einer spezifischen Konstellation vor der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens führen, haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Beteiligungsbereitschaft aller Akteure.
		02 Intention	Diese Kategorie wurde beibehalten. Sie bezieht sich explizit auf die vier Intentionen der Beteiligung sowie auf den jeweils intendierten Ergebnistyp.
		03 inhaltliche und formale Rahmenbedingungen	Diese Kategorie wurde in ‚inhaltliche und formale Rahmenbedingungen‘ umbenannt. Es geht nicht um allgemeine Rahmenbedingungen zur Beteiligung, sondern ausdrücklich um Einschränkungen, Begrenzungen und Spielräume innerhalb des zu bearbeitenden Themas und schließt dies nun ebenfalls ein.
	Akteure	04 Initiie-	Die Kategorie wurde beibehalten, wurde aber von ‚Betei-

	und Akteurskons- tellation	rende / Ver- antwortliche	ligende' in ,Verantwortliche' umbenannt. Der Begriff ,Be- teiligende' wurde mehrfach auf der Konferenz kritisiert. Durch die Umbenennung zeigt er jetzt eine Haltung in Form einer deutlicheren Rollenverteilung auf.
		05 Teilneh- mende	Die Kategorie wurde beibehalten, wurde aber mit den gleichen Einwänden wie bei der vorherigen Kategorie von ,Beteiligte' in ,Teilnehmende' umbenannt.
Verfah- rensge- staltung	Kommuni- kation und Aktivie- rung	06 Haltung	Die Fachkonferenz hat die Ergebnisse aus den empiri- schen Befragungen bestätigt, indem die Wichtigkeit des Faktors ,Haltung' nochmals herausgestellt wurde. Die Haltungen der zentralen Akteure, insbesondere auf Sei- ten der Verantwortlichen, ist ein massgebliches Kriteri- um dafür, ob Beteiligung im Allgemeinen und Inklusion in der Beteiligung im Besonderen gelingen kann. Teilnehmende scheinen oft ein Sensorium für die Haltun- gen, Intentionen und (versteckten) Agenden der Verant- wortlichen zu haben und darauf zu reagieren – zum Bei- spiel mit Nicht-Beteiligung.
		07 Kommu- nika- tionsprinzi- pien	Die Kommunikationsprinzipien sind ebenfalls neu auf- genommen worden und stehen in direktem Zusammen- hang mit den Haltungen. Sie beschreiben, wie und nach welchen Regeln und Leitgedanken Kommunikation statt- findet. So kann Kommunikation beispielsweise aus- schließlich als Werbung betrachtet werden oder zu ei- nem offenen Diskurs einladen.
		08 Aktivie- rung und Ansprache	Aktivierung und Ansprache ist nun in einer Kategorie zusammengefasst worden, da die Kategorien oft syno- nym oder in direktem Bezug aufeinander in einem Muster des Gelingens benannt wurden.
	Struktur und Orga- nisation	09 Verfah- rensstruktur	Diese Kategorie ist neu entstanden. Sie umfasst alle strukturellen Bereiche, die nicht bei den Orten und Zei- ten abgebildet werden können. Zusätzlich bildet sie den strukturellen Aufbau eines Verfahrens mit allen Forma- ten, Veranstaltungsformen und Verfahrensschritten ab, die vor, während und nach dem Verfahren wichtig sind.
		10 Orte	Die Kategorie wurde beibehalten.
		11 Zeiten	Die Kategorie wurde beibehalten.
	Veranstal- tungskon- zeption	12 Veran- staltungs- charakter / Durchfüh- rungsprin- zipien	Ebenfalls neu hinzugekommen ist diese Kategorie, in der die Impulse dargestellt werden, die sich auf die Qualität und Atmosphäre sowie die zugrunde liegenden Prinzi- pien und Regeln bei der Durchführung beziehen.
		13 Formate	Die Kategorie betrachtet jetzt ausschließlich die Veran- staltungsformate und nicht mehr die Methoden (vgl. Ka- pitel 1.5.2).

Kultivierung	Weiteres Vorgehen und Abschluss	14 Nach- und Aufbereitung	Die Kategorie wurde beibehalten.
		15 Umsetzung und Verstärkung	Die Kategorie wurde beibehalten.

5 Webtool mit Impulsen zur Gestaltung inklusiver Beteiligungsverfahren: www.gut-beteiligt.de

Die aus der Analyse gewonnenen Qualitätskriterien für Beteiligungsverfahren sowie Strategien für Inklusion sollen in Form von Mustern des Gelingens (siehe Kapitel 1.5.4) in einem Webtool so aufbereitet werden, dass sie Empfehlungen für das jeweilige Beteiligungsvorhaben bieten. Diese Empfehlungen stellen für Politik und Verwaltung sowie für weitere Interessengruppen wie beispielsweise Nichtregierungsorganisationen, Prozessbegleitende und andere zivilgesellschaftliche Akteure relevante Anhaltspunkte für die Gestaltung von Verfahren dar und können ebenso eine solide Grundlage für Ausschreibungstexte von Beteiligungsverfahren bieten.

Die Empfehlungen beziehen sich nicht nur auf die Veranstaltungsdurchführung und die dort verwendeten Methoden und Formate, sondern schließen alle Kategorien der Beteiligungsleiterin 3.0 mit ein. Das beinhaltet die vorangestellte Analyse des Feldes, innerhalb dessen sich das Projekt befindet, die Veranstaltungsgestaltung als auch die anschließende Kultivierung. Denn die alleinige Fokussierung auf die verfahrensbezogenen Kriterien und Veranstaltungsformate ist keine ausreichende Bedingung für ein gelingendes Verfahren. Vielmehr ist gerade die Klärung von Intention, Rahmenbedingungen und Haltungen sowie die Art und Weise der Kommunikation ausschlaggebend für wirksame inklusive Prozesse.

Außer passgenauen Empfehlungen sollen die späteren Nutzenden sich zusätzlich über relevanten Themenkomplexe für die Konzeption von Partizipationsverfahren informieren können. Die Auseinandersetzung der nicht immer beteiligungserfahrenen Verantwortlichen mit den gegebenen Rahmenbedingungen, den verfahrens- und prozessbezogenen Einflussfaktoren des eigenen Vorhabens sowie den Möglichkeiten und Grenzen bei der Gestaltung von Bürgerbeteiligungsverfahren soll helfen, die Anforderungen an und Möglichkeiten des eigenen Verfahrens zu erkunden. Berührungspunkte mit dem Thema Bürgerbeteiligung sollen abgebaut, Haltungen und eingespielte Muster überdacht und neue Herangehensweisen gefördert werden. In diesem Sinn regt das Webtool zu einer reflexiven Haltung gegenüber dem eigenen Vorhaben an. Anstelle des Zurückgreifens auf Standardformate sollen Möglichkeitsräume innerhalb der Gestaltung von Beteiligungsverfahren aufgezeigt werden. Die Empfehlungen als Muster sind dazu gedacht, eher individuelle Konzepte als fertige Standardlösungen zu fördern. Die einzelnen Planungsvorschläge sollen von den Prozessverantwortlichen nicht nur befolgt, sondern auch verstanden, hinterfragt und individuell entwickelt werden können. Das gibt die Freiheit, einzelne Schritte tatsächlich auf die eigenen Bedürfnisse abstimmen zu können und dem Gesamtprozess eigene Impulse einzuschreiben.

In diesem Sinne stellt das Tool einen Impulsgeber für qualitative Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten dar.

5.1 Methodisches Vorgehen bei der Entwicklung

Voraussetzung zu Beginn der Konzeption des Webtools war ein Überblick über bereits existierende Plattformen, die sich mit dem Thema Gestaltung von Beteiligungsverfahren auseinandersetzen. Anhand der bestehenden Inhalte und Angebote wurde festgelegt, welche Grundfunktionen das Webtool erfüllen muss, um nicht bereits vorhandene Lösungen zu replizieren, sondern ein ergänzendes Angebot zu schaffen.

In einem nächsten Schritt wurden die potenziellen Nutzergruppen innerhalb eines internen Workshops definiert und vor dem Hintergrund ihrer Nutzungsgründe, ihrer Bedürfnisse und des vorhandenen Vorwissens analysiert. Neben einer an diesen Zielgruppen angepassten inhaltlichen Konzeption wurde ein benutzerfreundliches Design entwickelt.

Alle gewonnenen Ergebnisse aus Literaturrecherche, empirischer Befragung und kollaborativer Auswertungskonferenz wurden verdichtet und als Muster des Gelingens ausformuliert. Die einzelnen Schritte des methodischen Vorgehens zur Erarbeitung und Konzeption des Webtools werden im Folgenden erklärt.

5.2 Erarbeitung und Konzeption

5.2.1 Überblick über existierende Plattformen

Es existieren eine Reihe unterschiedlicher Plattformen, die unterstützende Funktionen im Hinblick auf die Planung von Partizipationsverfahren anbieten. Der Schwerpunkt der meisten Plattformen bezieht sich auf die methodische Veranstaltungsdurchführung. Die Auswahl der Formate und Methoden²⁵ wird als elementares Kriterium für ein gelingendes Beteiligungsverfahren gewertet, während das Verfahren in seiner Ganzheit und die Prozesseinflussfaktoren wenig oder keine Beachtung finden. Unklar bleibt oft, welche Auswahlmechanismen für das eigene Projekt sinnvoll sein können. Teilweise wird erklärt, wovon die Auswahl einer geeigneten Formate und Methoden abhängig ist, beispielsweise die Anzahl der Teilnehmenden, der zur Verfügung stehende Zeitraum, in welcher Phase der Planung und auf welcher Entscheidungsebene die Beteiligung stattfinden soll und die Beteiligungintensität (vgl. BMLFUW - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft & ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, o.D.). Manchmal wird ein Filtern der unterschiedlichen Parameter angeboten. Die Wahl der angebotenen Methoden und Praxisbeispiele bleibt oft entsprechend unvollständig bzw. eine Übertragbarkeit auf eigene Projekte erschließt sich nicht automatisch. Verantwortliche brauchen oft vielfältige Erfahrungen, um die Vorschläge gut umsetzen zu können.

Zur Orientierung gibt es neben Formaten und Methoden Praxisbeispiele anderer Beteiligungsverfahren (vgl. BMLFUW - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft & ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, o.D., Bertelsmann Stiftung, o.D.), die zur Anregung für die eigene Verfahrensgestaltung hinzugezogen werden können.

Ein Beispiel einer soliden und übersichtlichen Grundlage ist der Beteiligungskompass der Bertelsmannstiftung (vgl. Bertelsmann Stiftung, o.D.). Anhand einer Kurzabfrage über die Zielsetzung und weitere Rahmenbedingungen werden die vorgestellten Methoden und Praxisbeispiele gefiltert. Zusätzlich werden Ratschläge und Informationen zu unterschiedlichen Themen gegeben. Die Auswahl wird durch Leitfragen getroffen: „Welche Bedingungen sollten für Beteiligung erfüllt sein? Wann ist eine öffentliche Beteiligung sinnvoll, wann eine Zufallsauswahl? Wann und wie macht es Sinn, das Internet als Beteiligungsmedium einzusetzen?“ (Bertelsmann Stiftung, o.D.).

Für eine umfassende und wirksame Hilfestellung bei der Konzeption von Beteiligungsverfahren müssen jedoch weitere Verfahrens- und Prozesseinflussfaktoren einbezogen werden. In dieser Hinsicht fehlt es trotz der Bandbreite an vorhandenen Webtools an angeleiteten Auseinandersetzungen mit dem eigenen Vorhaben und den dafür zu beachtenden Parametern. Dem soll das anschließend vorgestellte Webtool anhand einer detaillierten Vorabfrage Abhilfe schaffen. Die Vorabfrage stellt einen Auswahlmechanismus für die Empfehlungen zur Verfügung, die sich über alle Kategorien der entwickelten Beteiligungsleinwand erstrecken. Die auch in diesem Webtool enthaltende Toolbox für For-

²⁵ Siehe z.B. „Methodendatenbank“ (Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Technologie- und Innovationsmanagement RWTH Aachen, o.D., Deutsche Umweltstiftung, o.D.); „Methoden-Übersicht“ (BMLFUW - Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft & ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, o.D.) oder „Toolbox“ (Harnisch & Keil, o.D.)

mate und Methoden wird lediglich als ein Punkt unter anderen aufgeführt und neben den verdichteten Mustern des Gelingens in die Beteiligungsleinwand (Kategorie 13 ‚Formate‘) integriert.

5.2.2 Erarbeitung der Zielgruppe

Das Webtool wurde so konzipiert, dass ein möglichst großer Mehrwert für die späteren Nutzerinnen und Nutzer entsteht. Für eine Analyse wurden die potenziellen Nutzergruppen innerhalb eines interner Workshops gesammelt und hinsichtlich ihrer Beweggründe, ihrer Bedürfnisse und ihres vorhandenen Vorwissens analysiert. Daraus wurden Personas entwickelt – idealtypische Nutzerinnen und Nutzern – an deren Bedürfnissen sich die Ausgestaltung des Webtools orientiert. Dabei wurden sowohl die Intention des Prozesses als auch mögliche Ängste, Sorgen und Befürchtungen der Personas im Umgang mit dem Tool beleuchtet. In der Gesamtschau dieser Informationen wurden die wichtigsten Nutzungsfälle (Use Cases) und Funktionen, die das Tool bereitstellen muss, abgeleitet und priorisiert. Im Vorfeld wurden wichtige Informationen zusammengestellt, die die unterschiedlichen Personas brauchen könnten, um auf unterschiedliche Bedürfnisse eingehen zu können und etwaige Hürden im Umgang mit dem Tool möglichst niedrig zu gestalten.

Innerhalb des Workshops wurden insgesamt 11 Personas und mit spezifischen Nutzungsgründen und Bedürfnissen ausgearbeitet. Hier werden exemplarisch zwei Beispiele vorgestellt.

Beispiel 1: Viktor Verwaltung (Verwaltungsangestellter, koordiniert Beteiligungsverfahren von Verwaltungsseite aus)

Nutzungsgründe: Als Konzeptions- und Strukturierungshilfe der Vorbereitung, Ausschreibung und Durchführung will Viktor Verwaltung Anregungen sammeln, einen Verfahrensüberblick erhalten, Tipps zur Ausschreibungsvorbereitung bekommen, Gesprächsvorbereitung mit anderen Stellen und Vorschläge zum Vermitteln von Argumenten gegenüber Vorgesetzten/höheren Ebenen bekommen.

Tool soll erreichen: Viktor Verwaltung kann durch das Tool ein Gefühl von Klarheit und Sicherheit über Verfahrensabläufe und -planungen bekommen, damit sichere Entscheidungen getroffen werden können.

Individuelle Bedürfnisse: Schritt-für-Schritt Anleitung, Vollständigkeit und Unterstützung für die Ausschreibungsvorbereitung, Konzepthilfe und Vorbereitung für interne Präsentationen vor Vorgesetzten und politischen Gremien, die Infodichte und -tiefe soll selbst bestimmbar, das Verfahren verständlich für Laien und dennoch fachlich solide sein.

Etwaige Hürden: Viktor Verwaltung findet Webtools oft nicht seriös genug, denkt sich entweder das Verfahren als zu komplex und unübersichtlich oder aber als simpel gestrickt, wenn es in einfache Schritte zerlegt werden kann und verzichtet auf professionelle Begleitung beim Verfahren, um Geld und Zeit zu sparen. Steht unter hoher Arbeitsbelastung und sucht nach Erleichterung.

Beispiel 2: Nora Nichtregierung (Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation, führt intern Beteiligungsprozesse durch)

Nutzungsgründe: Für Konzeptions- und Strukturierungshilfe der Vorbereitung, Ausschreibung und Durchführung will Frau Nichtregierung Inspirationen sammeln und eigene Anliegen in Beteiligungsverfahren umsetzen. Sie besucht die Seite auch, um andere Beteiligungsbeispiele kennenzulernen.

Tool soll erreichen: Viele Informationen und Input geben, durch regelmäßige Nutzung des Tools und Beteiligung an Austausch, eigenen Kenntnisstand vergrößern.

Individuelle Bedürfnisse: Nora Nichtregierung will anderen Feedback geben und selber Rückmeldungen bekommen. Das Webtool soll Kreativität anregen und die Leinwand möglichst so aufgebaut sein, dass mit ihr zu Verfahren mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten problemlos gearbeitet werden kann.

Etwaige Hürden: Nora Nichtregierung befürchtet, die Ergebnisse des Tools könnten zu oberflächlich sein und empfindet die Sprache an manchen Stellen als zu technisch (Stichwort Amtssprache).

Die Personas wurden unter Berücksichtigung des größten Nutzens und der antizipierten Nutzungshäufigkeit priorisiert. Dazu zählen unter anderem Politik und Verwaltung sowie weitere Interessengruppen, beispielsweise Nichtregierungsorganisationen, Prozessbegleitende, Prozessberatende sowie andere zivilgesellschaftliche Akteure. Außer der inhaltlichen Konzeption wurde ein benutzerfreundliches und ansprechendes Design für unterschiedliche Bedürfnisse gestaltet. Bei der Gestaltung des Tools wurde auf Benutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit und die Möglichkeit zur Nutzung mit verschiedenen Endgeräten (Computer, Tablet, Smartphone) geachtet.

5.2.3 Synthese der gewonnenen Ergebnisse

Die gewonnenen Ergebnisse der vorherigen Arbeitsschritte wurden an dieser Stelle verdichtet und als Muster des Gelingens aufgearbeitet. Für die Verdichtung wurden Hemmnisse und Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung aus den Interviews herausgearbeitet (Nichtbeteiligungssicht) und durch die auf der Fachkonferenz ausgearbeiteten Erfolgsfaktoren ergänzt (Expertenwissen). Alle gewonnenen Informationen wurden den Kategorien der Beteiligungsleinwand zugeordnet. Sich ähnelnde Aussagen wurden unter einem Titel gebündelt und festgehalten. Durch die Verschlagwortung wurden Muster des Gelingens formuliert. Sie wurden mitsamt der gesammelten Informationen und anhand des langjährigen Erfahrungswissens des IPG ausformuliert. Durch diesen Erfahrungsschatz (Arbeit mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure in verschiedenen Kontexten und der Reflexion über Gründe für Nicht-Beteiligung) konnten Empfehlungen der Muster des Gelingens und eine detaillierte Vorabfrage zur Feldanalyse für das Webtool erarbeitet werden, deren Antworten jeweils unterschiedliche Muster bedingen. Anhand der Bedingungen ‚hinreichend‘, ‚notwendig‘ oder ‚ausschließend‘ wurde jedes Muster mit unterschiedlichen Antwortkomplexen gekoppelt.

5.3 Aufbau, Ausgestaltung und Funktion

Folgender Aufbau und Funktionsweisen wurden in Korrelation zwischen inhaltlicher Konzeption und digitaler Umsetzung festgelegt:

- Das Webtool orientiert sich in seinem Aufbau an der finalen Beteiligungsleinwand, um zum einen die Ergebnisse der Forschung sinnvoll abbilden zu können und zum anderen die Handhabung für die spätere Nutzung zu vereinfachen. Dazu bietet sich eine grafische Übersicht anhand der Beteiligungsleinwand an.

Abbildung 19: Beteiligungsleinwand als Webtoolgrundlage (Ausschnitt) - Screenshot

FELDANALYSE		VERFAHRENSDESIGN			KULTIVIERUNG
Ausgangslage	Akteure	Kommunikation	Struktur und Organisation	Veranstaltungskonzeption	Weiteres Vorgehen
01 Vorgeschichte  	04 Initiierende / Verantwortliche <i>Für diese Kategorie wurden keine zu Ihren Antworten passenden Muster gefunden.</i> 	06 Haltung     	09 Verfahrensstruktur   	12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien  	14 Aufbereitung und Evaluation  
02 Intention(en)  	05 Teilnehmende 	07 Kommunikationsprinzipien     	10 Veranstaltungsorte  	13 Formate und Methoden    	15 Umsetzung und Verstärkung 
03 Inhaltliche und strukturelle Rahmenbedingungen		08 Aktivierung und Inklusion	11 Zeiten		

Quelle: IPG

- Zu besseren Übersichtlichkeit wird auf unterschiedlichen Ebenen gearbeitet. Auf der Leinwand werden nur die Titel der Muster des Gelingens angezeigt. Alle Ergebnisse im Detail (Erklärungen zu Kategorien, relevante und ausgeschlossene Muster mit Erklärungen) werden auf einer separaten Übersicht angezeigt. Hier gibt es auch Platz zum Festhalten eigener Notizen. Die Übersicht kann am Ende als PDF-Dokument gespeichert und ausgedruckt werden.
- Zu Beginn erhalten zukünftige Nutzerinnen und Nutzer eine Einführung zu Entstehung, Aufbau und Funktionsweise des Webtools. Es gibt die Möglichkeit, eine eigene Leinwand zu erstellen, die später inklusive aller Zusatzinformationen als PDF-Dokument heruntergeladen, mit anderen Verantwortlichen des eigenen Projektes geteilt und zusätzlich auch für andere Nutzerinnen und Nutzer online veröffentlicht werden kann. (Abbildung 20)

Abbildung 20: Einführung zu Entstehung, Aufbau und Funktionsweise des Webtools - Screenshot

INSTITUT FÜR
PARTIZIPATIVES
GESTALTEN

IPG Online Beteiligungsleinwand

Über die Beteiligungsleinwand

Öffentliche Leinwände

Anmelden

Registrieren

Gut beteiligen mit der Beteiligungsleinwand!

Inspirationen und Empfehlungen für Ihr Beteiligungsvorhaben.



Gestalten Sie ihr Beteiligungsverfahren

Wie gelingt Ihnen ein gutes Beteiligungsverfahren bei dem alle mitmachen, die sie gerne dabei hätten? Die Beteiligungsleinwand hilft Ihnen, gute Ansätze zu finden, um Ihr Vorhaben zum Erfolg zu bringen. Sie ersetzt nicht die konzeptionelle Arbeit an Ihrem Verfahren. Aber es ist ein guter Start, um forschungsbasierte individuelle Empfehlungen zu erhalten, damit Sie gut beteiligen.

Die Beteiligungsleinwand

Die Beteiligungsleinwand wurde vom **Institut für Partizipatives Gestalten** als Planungshilfe für komplexe Beteiligungsverfahren entwickelt. Im Zuge des Forschungsprojekts "Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten" - von **Umweltbundesamt** und **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** gefördert - wurde die Beteiligungsleinwand zu diesem Webtool weiterentwickelt.

Erstellen Sie hier Ihre eigene Beteiligungsleinwand und erhalten Sie Impulse zur Gestaltung Ihres Beteiligungsvorhabens:

Neue Leinwand erstellen

+++ Dies ist eine BETA-Version in der Testphase. Für Anregungen melden Sie sich gerne bei uns: forschung@partizipativ-gestalten.de. +++

Quelle: IPG

Abbildung 21: Ausschnitt aus Vorabfrage - Screenshot

01

Vorgeschichte

5 von 5

Gibt es bereits Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen?

Eine Antwort auswählen

☐

A Ja, vorwiegend gute Erfahrungen.

☐

B Ja, vorwiegend schlechte Erfahrungen.

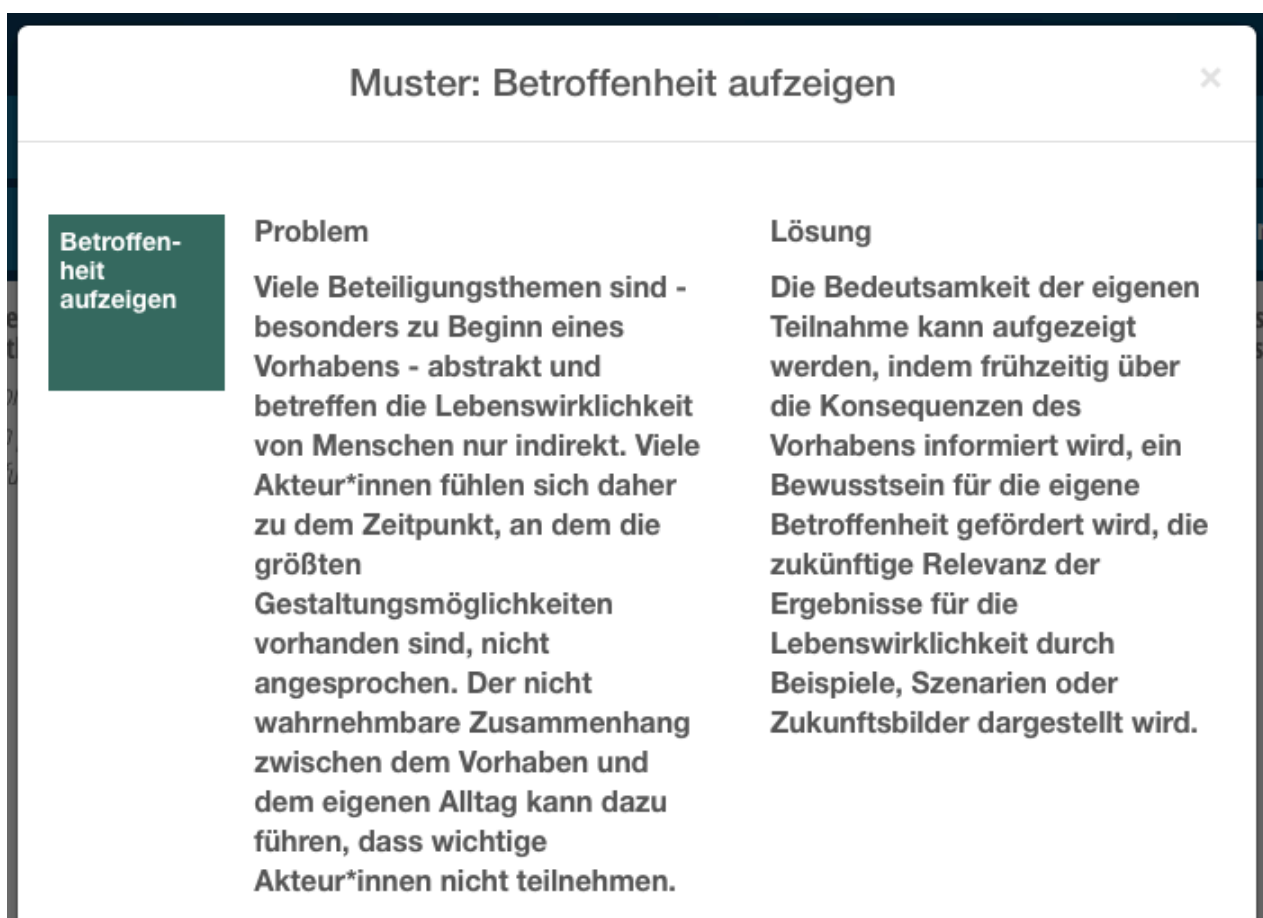
☒

C Nein, keinerlei Erfahrungen.

Quelle: IPG

- ▶ Bei der Erstellung einer eigenen Leinwand wird durch Abfragen wichtiger Parameter eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Beteiligungsvorhaben bereits vor der eigentlichen Durchführung angeregt. Der Aufbau dieser Vorabfrage orientiert sich an den Kategorien der Beteiligungseleinwand. Die Analyse der Ausgangssituation erfolgt durch Fragen an die Nutzenden. Durch die Antworten auf diese Fragen (Anhang 7.4.1) wird eine sinnvolle Verknüpfung mit den Mustern des Gelingens sichergestellt. (Abbildung 21)
- ▶ Im Sinne einer hohen Nutzerfreundlichkeit und dem Ziel, einen Wissenszuwachs zu generieren, wurden für jede Kategorie der Beteiligungseleinwand Erklärungen formuliert. Die einzelnen Gestaltungsschritte sollen für die Nutzerinnen verständlich und nachvollziehbar sein.
- ▶ Die Muster des Gelingens (Anhang 7.4.2) einer qualitativ hochwertigen Beteiligung sind durch die Bedingungen, ‚hinreichend‘, ‚notwendig‘ oder ‚ausschließend‘ mit den Antworten der Vorabfrage verknüpft. So werden nur die für das eigene Projekt relevanten Muster des Gelingens angezeigt. Nach Beendigung der Vorabfrage werden die relevanten Muster auf der eigenen Beteiligungseleinwand angezeigt. Für Detailinformationen zu den einzelnen Mustern können diese in Form stilisierter Post-its ausgewählt werden, worauf ein Pop-up-Fenster weitere Informationen (Problem und Lösung) anzeigt. (Abbildung 22)
Zur besseren Übersichtlichkeit befinden sich in jeder Kategorie der Leinwand maximal vier Muster. Sind insgesamt mehr als vier relevante Muster ausgewählt, kann der oder die Nutzende nach eigener Prioritätensetzung eine Auswahl der angezeigten Muster vornehmen.

Abbildung 22: Muster des Gelingens - Screenshot



Quelle: IPG

- Die ausgearbeiteten Formate²⁶ werden auf die gleiche Weise wie die Muster des Gelingens angezeigt und mit den Antworten der Vorabfrage verknüpft. Sie sind der Kategorie 13 ‚Formate‘ der Beteiligungsleinwand zugeordnet und unterscheiden sich lediglich im Aufbau der Beschreibung von den Mustern des Gelingens.

5.4 Generatives Tool – Möglichkeiten zur Weiterentwicklung

Mit Beendigung des Forschungsprojektes ist eine Betaversion des Webtools entstanden, in die alle vorangegangenen Analyseschritte eingeflossen sind. Es bietet zu diesem Zeitpunkt bereits unterschiedliche Anregungen für alle Planungsstufen, um Beteiligungsverfahren qualitativ und im Sinne einer breiten Inklusion wirksam gestalten zu können.

Wie sich im Laufe des Projektes gezeigt hat, gibt es eine Fülle an Informationen und ein breites Erfahrungswissen zum Thema Qualität und Inklusion in Beteiligungsverfahren. Während des Forschungsprojektes konnte eine solide, aber nur begrenzte Anzahl an Mustern des Gelingens erhoben und ausformuliert werden. Durch die Konzipierung des Tools als erweiterbares Instrument, kann durch die vielfältige Erfahrung von verschiedenen Nutzerinnen und Nutzern zukünftig weiteres Wissen einfließen. So ist es möglich, dass Qualität und Quantität der enthaltenen Informationen kontinuierlich erhöht werden kann. In diesem Sinne ist das Webtool partizipativ lernend und kann neues Erfahrungswissen über inklusive Beteiligungsverfahren aufnehmen.

²⁶ Die Auswahl der Formate greift auf die Vorläuferstudie DELIKAT zurück, die im Anhang eine ausführliche Formatsammlung aufführen (Alcántara et al., 2014b, S. 8-75).

6 Fazit

Zu Beginn startete dieses Forschungsprojekt mit der Vorstellung, dass Inklusion in informellen Beteiligungsverfahren zu einem großen Teil auf eine technisch Weise zu lösen sei, also im Sinne einer methodisch-funktional ausgerichteten Verfahrensgestaltung, die auf spezielle Bedürfnisse von Nicht-Beteiligten adäquate Antworten liefern kann. So war anfangs auch die Vorstellung des zu entwickelnden Webtools davon geprägt, dass dieses Webtool in erster Linie passende Formate und Methoden aufzeigt und Verantwortlichen dabei hilft, die richtigen Formate und Methoden auszuwählen und dadurch eine inklusive Beteiligung zu ermöglichen.

Augenscheinlich war, dass es ein umfangreiches Verständnis von Verfahrensgestaltung braucht, in dem auch die Rahmenbedingungen eines Verfahrens reflektiert und eingeplant werden. Diesem Anspruch wollten wir zunächst mit der Verfahrensleinswand gerecht werden. Es lag ein Ausgangsverständnis zugrunde, nach dem soziostrukturelle Begründungen für Nicht-Beteiligung eine wichtige Rolle spielen, dass diesen aber nur wenig oder nur indirekt über die Gestaltung der Beteiligungsverfahren begegnet werden kann. Es wurde aber angenommen, dass die vorhandenen individualistischen Gründe für Nicht-Beteiligung zu einem großen Teil über eine optimale Verfahrensgestaltung aufgefangen werden könnten. Das könnte geschehen, indem man auf geringe zeitliche Ressourcen der gewünschten Beteiligten mit entsprechenden Freistellungen von Arbeit oder Schule reagiert, indem mit einem professionellen Einladungsmanagement und einer optimalen persönlichen Ansprache und eventuellen Anreizen Unentschlossene motiviert. Oder es geschieht, indem man einen leicht erreichbaren und zugänglichen Ort wählt und sicherstellt, dass Ergebnisse zügig umgesetzt werden. In Kombination mit innovativen und kreativen Veranstaltungsformaten, die gleichermaßen Spaß machen, motivieren und konkrete Ergebnisse liefern, hätte man entsprechend diesen individualistischen Gründen für Nicht-Beteiligung durch eine entsprechende Verfahrensgestaltung erfolgreich begegnen können.

Dieser ursprüngliche Ansatz hat sich als nicht vollständig erwiesen. Tatsächlich gehört eine optimale und auf den Kontext abgestimmte Auswahl der Formate²⁷ und der verwendeten Methodensequenzen zur handwerklichen Basis für ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren. Auch bietet die Verfahrensgestaltung selbst viele Möglichkeiten, auf offene und versteckte Bedürfnisse der gewünschten Beteiligengruppe einzugehen und ihnen damit buchstäblich entgegenzukommen. Transparenz, Anreize und Motivation können durch gute Verfahrensgestaltung geschaffen und viele Hemmschwellen durch eine optimale organisatorische und logistische Vorbereitung abgebaut und vermieden werden.

Offensichtlich kann man jedoch formal, technisch und methodisch Vieles richtig machen und doch keinen oder wenig Erfolg hinsichtlich der Inklusion in Beteiligungen haben. Das liegt zu einem großen Teil an soziostrukturellen Dispositionen, die stark in die individualistischen Gründe der Nicht-Beteiligung hineinwirken und zu wenig über Verfahrensgestaltung verringert werden können. Innerhalb der Untersuchung zeigte sich bezüglich der eingangs formulierten Frage, worin individuelle Gründe für Nicht-Beteiligung liegen, dass sich diese nicht nur auf konkrete alltagsrelevante Faktoren (wie mangelnde Zeit, Lust, Interesse, Ressourcen) einer Person reduzieren lassen. Vielmehr sind diese Gründe Teil eines individuellen Begründungskomplexes, der stark von prozessualen und gesellschaftlich oder kulturell geprägten Wahrnehmungen zur eigenen Rolle und Wirksamkeit innerhalb der Gesellschaft bestimmt ist. Es wurde deutlich, dass insbesondere das Thema Vertrauen, sowohl in Bezug auf das eigentliche Verfahren als auch allgemein als grundsätzliches Vertrauen in Gesell-

²⁷ Wir gehen davon aus, dass kollaborative Formate vielen Nicht-Beteiligten am stärksten entgegen kommen: sie ermöglichen besonders hohe Wirksamkeit und Gestaltungsmacht und sind daher befriedigend für Teilnehmende, sie mobilisieren unterschiedliche, häufig auch non-verbale Kompetenzen, was weniger Sprach- und Bildungshemmnisse erzeugt, und sie ermöglichen konkrete handfeste und realisierbare Ergebnisse.

schaft, Politik und ihre Akteurinnen und Akteure, Institutionen und Prozesse elementar darüber entscheidet, ob sich Menschen beteiligen oder nicht.

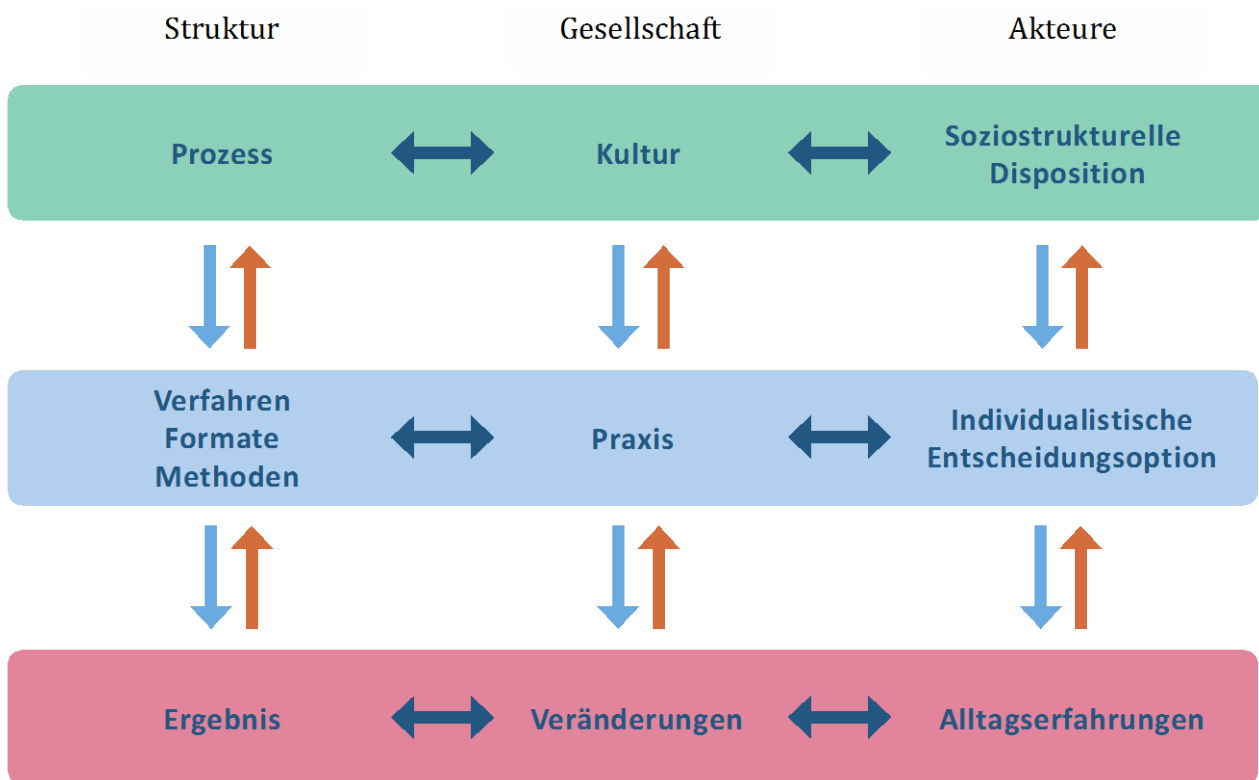
Mit dem Thema Vertrauen sind die Aspekte der Haltungen aller beteiligten Akteure und die auf dieser Haltung basierende Kommunikation von entscheidender Bedeutung. Viele Antworten von Nicht-Beteiligten und auch die Muster des Gelingens, die von Expertinnen und Experten der Fachkonferenz formuliert wurden, weisen in diese Richtung. Es sind Aspekte wie Glaubwürdigkeit, Sinnhaftigkeit, Wertschätzung, Wirkmächtigkeit und die eigene Wahrnehmung, die ausschlaggebend dafür sind, ob sich jemand beteiligt oder nicht. Für die individuelle Entscheidung für oder gegen eine Beteiligung ist es wesentlicher, ob innerhalb einer Gesellschaft grundsätzlich Vertrauen, eine offene Haltung und eine ehrliche, transparente Kommunikation vorhanden ist, durch die sich Menschen als anerkannter Teil dieser Gesellschaft wahrnehmen als die Frage, ob zu einem Beteiligungsverfahren passende Zeiten, gut formulierte Einladungen, schön gestaltete Plakate oder das richtige methodische Format gewählt wurde. Ob Menschen sich als Subjekt oder als Objekt und damit als Spielball politischer Prozesse wahrnehmen, gibt den entscheidenden Ausschlag für oder gegen eine Beteiligung.

Jene Faktoren, die sich nicht alleine aus technischen Aspekten des Verfahrens ergeben, sondern aus einer Metaebene der Haltungen heraus auf das Verfahren wirken, haben wir Prozesseinflussfaktoren genannt. Anders gesagt, kann diese Metaebene wie folgt beschrieben werden: Prozesseinflussfaktoren wie Vertrauen, Haltungen und Kommunikation spiegeln die einem Verfahren zugrunde liegende ‚Kultur der Teilhabe‘ wider, so lautet unsere Interpretation der Ergebnisse. Abbildung 23 zeigt die Wechselwirkungen zwischen der Prozessebene der Teilhabekultur und der Verfahrensebene der Praxis auf und die darauf rekurrierenden soziostrukturellen und individualistischen Begründungsstrukturen.

Akteursbezogenen Begründungsmustern für Nicht-Beteiligung muss auf unterschiedliche Weise begegnet werden. Individualistischen Entscheidungsoptionen für oder gegen eine Teilnahme kann in der Praxis durch die konkrete Verfahrensgestaltung begegnet werden. Die grundsätzliche Bereitschaft von Akteuren, an Verfahren teilzuhaben, ist jedoch stark von soziostrukturellen Realitäten und deren Wahrnehmungen geprägt, denen nur durch eine grundsätzliche, positive Kultur der Teilhabe begegnet werden kann.

Die Ergebnisse der Befragungen geben Anlass zu der Annahme, dass eine weitere Ebene auf die Beteiligungsbereitschaft wirkt. Die sichtbaren und konkreten Ergebnisse von Beteiligungsprojekten, die tatsächlich umgesetzt werden, wirken sich unmittelbar auf die Beteiligungsbereitschaft aus, weil sie im Alltag als wahrnehmbarer Erfolg oder Misserfolg erlebt werden.

Abbildung 23: Wechselwirkungen innerhalb einer Kultur der Teilhabe



Quelle: IPG

Hartmut Rosa hat in seinem neusten Buch den Begriff der Resonanz stark gemacht (Rosa, 2016) um zu beschreiben, wann und warum Menschen bereit sind, sich auf Beziehungen, Auseinandersetzungen, Prozesse und Erfahrungen einzulassen, was sie dabei empfinden und welche Befriedigung daraus resultieren kann. Die Befriedigung stellt sich dann ein, wenn Menschen berührbar sind und sich erreichen oder bewegen lassen (vgl. ebd., 2016, S. 25). Er stellt der Resonanz den Begriff der Entfremdung entgegen, der beschreibt, wenn Menschen keine Beziehungen aufbauen können und sich nicht in Kontakt fühlen, sich zurückziehen und mit Wut oder Depression reagieren. Die Frage danach, ob sich jemand an einem informellen Beteiligungsverfahren als sozio-politischer Praxis seiner unmittelbaren Gemeinschaft beteiligt, scheint diesem Gedanken zu folgen: Wenn Resonanz vorliegt (zum Vorhaben, zu den Akteuren, zu der generellen Idee oder Notwendigkeit) und es erleichtert wird, Beziehung und in Kontakt gehen erleichtert, beteiligen sich Menschen. Wenn Entfremdung vorherrscht, also authentische vertrauensvolle und transparente Beziehungen nicht entstehen oder sogar verhindert werden, beteiligen sich Menschen nicht.

Auf die Frage, welche Möglichkeiten es gibt, vielfach nicht erreichte Gruppen für Beteiligung zu gewinnen, kann man also antworten, dass in erster Linie gilt, eine positive politische Kultur im Sinne allgemeiner Teilhabe zu etablieren. Deren Ziel muss es sein, Vertrauen zwischen allen Akteuren zu etablieren, (kritisches) Engagement und offene Haltungen zueinander zu fördern sowie transparente Auseinandersetzungen und Kommunikation zu ermöglichen. Das alles ist eine Frage der Kultivierung, weniger eine Frage der richtigen Technik. Eine Kultur der Teilhabe umfasst daher weit mehr als die professionelle Durchführung von Beteiligungsverfahren. Sie muss grundsätzlich den Rahmen anbieten, in dem sich eine positiv auswirkende gesellschaftliche und politische Praxis etablieren kann. Das kann einen spürbaren positiven Effekt auf die soziostrukturellen Dispositionen derjenigen Menschen ausüben, die sich momentan exkludiert fühlen und sich nicht als gleichberechtigtes Mit-

glied der Gesellschaft im Sine allgemeiner Teilhabe sehen. Eine Kultur der Teilhabe darf Menschen nicht zu Objekten des politischen Geschehens degradieren (als bloßes ‚Wahlvolk‘, ‚Legitimationsbeschaffer‘ etc.), sondern muss Auseinandersetzungen unter Teilhabenden – also Verantwortlichen und Teilnehmenden einer Beteiligung - auf Augenhöhe zulassen.

Erfolgreiche Beteiligungsverfahren tragen zu einer guten Kultur der Teilhabe bei, aber sie tun dies nicht direkt und sie tun es nicht allein durch eine technisch gute Planung und Durchführung. Andererseits sind die verfahrensseitigen Optionen für Verantwortliche von Beteiligungsverfahren häufig die einzigen zur Verfügung stehenden direkten Einflussmöglichkeiten. Daher sollte der Blick von Verantwortlichen zukünftig neben den Aspekten der konkreten Verfahrensgestaltung auch die kulturellen Aspekte beachten. In diesem Sinne und anhand der Forschungsergebnisse lässt sich festhalten, dass Verantwortliche von Beteiligungsverfahren am besten dafür sorgen können, dass bisher nicht-erreichte Gruppen aktiviert werden, indem sie:

- ▶ entsprechend der Intention und dem intendierten Ergebnistyp die Inklusionsbedarfe definieren,
- ▶ ihre Konzeption auf einer intensiven Akteurs- und Feldanalyse basiert,
- ▶ individuelle, tragfähige Lösungen für die einzelnen Kategorien der Beteiligungsleinwand entwickeln,
- ▶ dafür Sorge tragen, dass die Praxis in Bezug auf die Haltungen der Akteure und die Kommunikation untereinander kontinuierlich reflektiert wird, und
- ▶ grundsätzlich ein vertrauensvoller, offener und transparenter Umgang kultiviert wird, der gesellschaftliche Zusammenarbeit unterstützt und damit auch die kulturelle Basis für folgende Vorhaben verbessert.

Um dies zu erreichen, können die Aspekte, die wir auf der Beteiligungsleinwand 3.0 integriert haben, hilfreich sein. Die Muster des Gelingens sind dabei keine allgemeingültigen Standardantworten. Wohl aber können die Muster des Gelingens als zu reflektierende Impulse eine optimale Planung von Verfahren unterstützen.

7 Ausblick

Partizipation ist eine komplexe gesellschaftliche Praxis, für die man jedes Mal aufs Neue passende Antworten und Lösungen entwickeln muss. Gleichzeitig gibt es einen zunehmend großen Erfahrungsschatz, der zu Rate gezogen werden kann. Mit dem entwickelten Webtool www.gut-beteiligt.de haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung getan, um vorhandenes Erfahrungswissen systematisch zu erfassen und zugänglich zu machen.

Zu einzelnen Formaten und Methoden gibt es mittlerweile unzählige Nachschlagewerke, Seminare und Beratungsmöglichkeiten, sowie Agenturen und Dienstleisterinnen, die sich auf die Durchführung dieser Formate und Methoden spezialisiert haben. Weniger Erfahrungen und daher auch weniger Informationen und Unterstützung gibt es im Bereich der konkreten kontextabhängigen Verfahrensgestaltung, die über die Formate hinaus auch weitere Planungskategorien berücksichtigt. Wenig systematisierte Aufarbeitung gibt es bisher zu den Themen Prozesse und Kultur der Teilhabe.

Diese Studie hat gezeigt, dass gerade hier Einflussfaktoren maßgeblich sind, die in die politische Praxis und die Teilnahmebereitschaft an ihr wirken. Innerhalb eines angespannten politisch-kulturellen Klimas ist es schwierig, Menschen an Beteiligungsverfahren teilhaben zu lassen, die auch nach professioneller Bearbeitung aller verfahrensseitigen Möglichkeiten nicht teilnehmen wollen oder können. Andererseits können positive und gelungene Beteiligungsverfahren neues Vertrauen in politische Akteure und Institutionen entstehen lassen und damit dazu beitragen, dass sich die politische Kultur insgesamt positiv entwickelt und entspannt. Dementsprechend wichtig ist die weitere Auseinandersetzung mit und Untersuchung von diesen Themen. Mit dieser Studie haben wir dazu beigetragen, diese Lücke ein Stück weit zu schließen. An der weiteren Systematik, Technik und Anwendung guter Verfahrensgestaltung kann noch viel geforscht und entwickelt werden. Entscheidend sind aber gerade Fragen danach, wie Teilhabe gesamtgesellschaftlich kultiviert werden kann und wie allgemeine politische und gesellschaftliche Prozesse in Wechselwirkung dazu stehen, wie wir als plurale und offene Gesellschaft unsere Gemeinschaften partizipativ gestalten.

An dieser Thematik schließt sich auch der Bogen zum Vorwort. In Zeiten, in denen eine offene politische Kultur zunehmend unter starken Druck gerät, ist es trotz dieser Situation notwendig, immer wieder durch positive, gelebte politische Praxis neues Vertrauen aufzubauen. Beteiligungsverfahren können dabei ganz konkret eine Mittlerrolle einnehmen als Ausdruck einer offenen politischen Kultur, die zu positiven Alltagsveränderungen führt. In solchen Verfahren können sich idealerweise Individuen und Gemeinschaften als wirkmächtig erleben und die Erfahrung machen, dass sie selbst die Subjekte positiver Veränderung sind. Diese Erfahrung wird die Bereitschaft zur Teilhabe langfristig prägen.

Quellenverzeichnis

- Ahr, Nadine; Blume, Georg; Köckritz, Angela; Krupa, Matthias; Kümmert, Tim; Nejezchleba, Martin; Riedl, Joachim; Sußebach, Henning; Thumann, Michael; Willecke, Stefan & Kalucki, Jaroslaw (25.05.2016): Rechtspopulismus: Die rechte Internationale [Online]. DIE ZEIT Nr. 23/2016; DIE ZEIT Nr. 23/2016. Available: <http://www.zeit.de/2016/23/rechtspopulismus-europa-oesterreich-wahl> [Accessed 10.01.2017].
- Alcántara, Sophia; Kuhn, Rainer; Renn, Ortwin; Bach, Nicolas; Böhm, Birgit; Dienel, Hans-Liudger; Ullrich, Peter; Schröder, Carolin & Walk, Heike (2014): DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt.
- Alcántara, Sophia; Kuhn, Rainer; Renn, Ortwin; Bach, Nicolas; Böhm, Birgit; Dienel, Hans-Liudger; Ullrich, Peter; Schröder, Carolin & Walk, Heike (2014b): DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozesse – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Alexander, Christopher (1995): Eine Muster-Sprache : Städte, Gebäude, Konstruktion, Wien, Wien : Löcker.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. Journal of the American Institute of Planners, 35, 216-224.
- Bertelsmann Stiftung (o.D.): Beteiligungskompas [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompas.org> [Accessed 10.01.2017].
- Bischoff, Ariane; Selle, Klaus & Sinning, Heidi (2007): Informieren, Beteiligen, Kooperieren : Kommunikation in Planungsprozessen ; eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Bmlfuw - Bundesministerium Für Land- Und Forstwirtschaft, Umwelt Und Wasserwirtschaft; & Ögut – Österreichische Gesellschaft Für Umwelt Und Technik (o.D.): Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa [Online]. Available: <http://www.partizipation.at/home.html> [Accessed 10.01.2017].
- Bundesinstitut Für Bau- Stadt- Und Raumforschung Im Bundesamt Für Bauwesen Und Raumordnung (2015): Soziale Stadt [Online]. Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Available: http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html [Accessed 10.01.2017].
- Bürgerbüro Mitwirkung (o.D.): Konzept BÜRGERmitWIRKUNG Wolfsburg [Online]. Stadt Wolfsburg. Available: <http://www.wolfsburg.de/leben/buergermitwirkung> [Accessed 10.01.2017].
- Clement, Ute; Nowak, Jörg; Ruß, Sabine & Scherrer, Christoph (2010): Einleitung: Public Governance und schwache Interessen. In: Clement, Ute, Nowak, Jörg & Scherrer, Christoph (eds.) Public Governance und schwache Interessen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deutsche Umweltstiftung (o.D.): BBLOG - Der Beteiligungsblog [Online]. Available: <http://www.bblogger.de/category/methoden/> [Accessed 10.01.2017].
- Dienel, Hans-Liudger & Furhmann, Raban D. (2014): Editorial: Qualität und Qualitätssicherung der Bürgerbeteiligung. In: Dienel, Hans-Liudger, Franzl, Kerstin, Fuhrmann, Raban D., Lietzmann, Hans J. & Vergne, Antoine (eds.) Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. München: oekom.
- Dienel, Hans-Liudger; Vergne, Antoine; Franzl, Kerstin; Fuhrmann, Raban D. & Lietzmann, Hans J. (eds.) (2014): Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten, München: oekom.
- Dts Nachrichtenagentur (01.01.2017): Verfassungsrichter: Bürger mehr am politischen Prozess beteiligen [Online]. Berlin. Available: <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/9202256-verfassungsrichter-buerger-politischen-prozess-beteiligen> [Accessed 10.01.2017].

- Flick, Uwe (2011): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, Rowohlt.
- Frankenberger, Rolf; Buhr, Daniel & Schmid, Josef (2015): Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg. In: Stiftung, Baden-Württemberg (ed.) Demokratie-Monitoring Baden Württemberg 2013/2014: Studien zu Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Fromm, Erich; Bonß, Wolfgang; Rülke, Cornelia & Thrul, Rosemarie (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches : eine sozialpsychologische Untersuchung. German Workers 1929 - a survey, its methods and results &dt.> Stuttgart, Stuttgart : DVA.
- Gabriel, Oscar W. & Völkl, Kerstin (2008): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W. & Kropp, Sabine (eds.) Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? – Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: Vetter, Angelika (ed.) Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gohde-Ahrens, Rixa (2013): Partizipation und soziale Inklusion aus der Quartierssicht - ein Blick nach Hamburg. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung [Online], 01/2013. Available: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaerage/nwbb_beaerag_gohde_ahrens_130320.pdf [Accessed 08.01.2016].
- Gutknecht, Stefanie; Rohland, Peter; Hallenberg, Bernd; Kuder, Thomas & Beck, Sebastian (2013): Vhw-Kommunikationshandbuch. Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft, Bonn, Vhw Dienstleistung GmbH.
- Haraway, Donna Jeanne; Hammer, Carmen & Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur : Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt/Main [u.a.]
- Frankfurt/Main [u.a., Frankfurt/Main [u.a.] : Campus-Verl.
- Harnisch, Richard & Keil, Florian (o.D.): Partizipativ-Innovativ [Online]. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH. Available: <http://www.partizipativ-innovativ.de> [Accessed 10.01.2017].
- Haß, Rabea; Hielscher, Hanna & Klink, Dennis (2014): Betroffen, aber nicht aktiv - Das Phänomen der Nicht-Beteiligung in Deutschland. Heidelberg: Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI).
- Hebestreit, Ray (2013): Partizipation in der Wissensgesellschaft : Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren, Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Impuls - Agentur Für Angewandte Utopien (2012): Dokumentation Bürgerwerkstatt zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz [Online]. Kyritz: Stadt Kyritz. Available: https://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/dokumentation_buergerwerkstatt_klima_schutzkonzept_kyritz_8._dez.pdf [Accessed 10.01.2017].
- Kaiser, Robert (2014): Qualitative Experteninterviews: konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung, Wiesbaden, Wiesbaden : Springer VS.
- Kersting, Norbert (2008): Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung In: Kersting, Norbert (ed.) Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, Norbert; Schmitter, Philippe & Trechsel, Alexander (2008): Die Zukunft der Demokratie. In: Kersting, Norbert (ed.) Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Klages, Helmut (2014): Anwendungs- und Erfolgsbedingungen von Bürgerbeteiligung am Beispiel der Planungszelle. In: Dienel, Hans-Liudger, Franzl, Kerstin, Fuhrmann, Raban D., Lietzmann, Hans J. &

Vergne, Antoine (eds.) Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. München: oekom.

Kornherr, Stefan (2008): Inklusion als Utopie der Offenen Behindertenarbeit : Wandel von Integration zu Inklusion als Aufgabe des Sozialmanagements, Norderstedt, Books on Demand.

Kronauer, Martin (2010): Inklusion - Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld.

Kuder, Thomas & Ritzi, Claudia (2013): Die Wirkung der Mitwirkung: Dialog im Stresstest. vhw FWS, 4 / Juli-September 2013, S. 215-220.

Kyritz, Stadt (o.D.): Stadt Kyritz Veranstaltungen [Online]. Available:
<https://www.kyritz.de/seite/123505/veranstaltungen.html> [Accessed 10.01.2017].

Lehrstuhl Für Betriebswirtschaftslehre Mit Schwerpunkt Technologie- Und Innovationsmanagement Rwth Aachen (o.D.): Innovationsmethoden [Online]. Available:
<http://www.innovationsmethoden.info/methoden> [Accessed 10.01.2017].

Lietzmann, Hans J. (2014): Repräsentation und Bürgerbeteiligung. Planungszellen als Teil einer „neuen Gewaltenteilung“? In: Dienel, Hans-Liudger, Franzl, Kerstin, Fuhrmann, Raban D., Lietzmann, Hans J. & Vergne, Antoine (eds.) Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. München: oekom.

Mayring, Philipp & Fenzl, Thomas (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS 978-3-531-17809-7.

Miessen, Markus (2012): Albtraum Partizipation, Berlin, Merve Verlag.

Mikuszies, Esther; Nowak, Jörg; Ruß, Sabine & Schwenken, Helen (2010): Die politische Repräsentation von schwachen Interessen am Beispiel von MigrantInnen. In: Clement, Ute, Nowak, Jörg, Scherrer, Christoph & Ruß, Sabine (eds.) Public Governance und schwache Interessen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Moldaschl, Manfred (2000): Reflexivität: Zur Bestimmung und Anwendung der Kategorie in Organisationsforschung, Beratung und Gestaltung. Arbeitspapier Nr. 3 ed. München: Technische Universität München

Lehrstuhl für Soziologie

Munsch, Chantal (2013): Engagement und Ausgrenzung - Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung [Online], 01/2013. Available:
http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaetrag/nwbb_beaetrag_munsch_130320.pdf [Accessed 08.01.2016].

N-Tv.De (17.12.2016): Erst wütend, jetzt milde Trump zu seinen Wählern: "Ihr wart böse!" [Online]. Available:
<http://www.n-tv.de/politik/Trump-zu-seinen-Waehlern-Ihr-wart-boese-article19354421.html> [Accessed].

Nanz, Patrizia & Fritsche, Maria (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.

Osterwalder, Alexander & Pigneur, Yves (2011): Business Model Generation. Frankfurt a.M.: Campus.

Paust, Andreas (2016): Dekorativer Partizipationismus [Online]. Available:
<http://andreaspaust.tumblr.com/post/139843186061/dekorativer-partizipationismus> [Accessed 10.01.2017].

Rohr, Jascha (2013): In unserer Macht, Aufbruch in die kollaborative Demokratie, Klein Jasedow, Drachen Verlag.

Rohrmann, Albrecht; Windisch, Marcus & DuBer, Miriam (2015): Barrierefreie Partizipation - Annäherung an ein Thema. In: DuBer, Miriam, Rohrmann, Albrecht & Windisch, Marcus (eds.) Barrierefreie

Partizipation - Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz : eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin, Berlin : Suhrkamp.

Sarcinelli, Ulrich (2011): Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung*. In: Beck, Kurt & Ziekow, Jan (eds.) Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Selle, Klaus (2005): Planen, Steuern, Entwickeln : über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Selle, Klaus (2011): "Particitainment" oder: Beteiligen wir uns zu Tode? PNDonline.

Stadt Wolfsburg (o.D.): Stadt Wolfsburg - BürgermitWirkung [Online]. Available: <http://www.wolfsburg.de/leben/buergermitwirkung> [Accessed 10.01.2017].

Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden, Nomos.

Strübing, Jörg (2013): Qualitative Sozialforschung : eine komprimierte Einführung für Studierende, München, München : Oldenbourg.

Thewes, Christoph; Saalbach, Claudia & Kohler, Ulrich (2014): Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten. Der Beteiligungs-Bias als methodisches Instrument zur Bewertung von Bürgerbeteiligungsverfahren. Gutachten für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Förderkennzeichen UM1312934).

Tremmel, Jörg & Rutsche, Markus (2016): Politische Beteiligung junger Menschen : Grundlagen - Perspektiven - Fallstudien, Wiesbaden, Wiesbaden : Springer VS.

Umweltbundesamt (2015): Leistungsbeschreibung.

Vetter, Angelika; Geyer, Saskia & Eith, Ulrich (2015): Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung. Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014: Studien zu Demokratie und Partizipation. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Von Winter, Thomas & Willems, Ulrich (2000): Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske+Budrich.

Wolff, Stephan (2009): Wege ins Feld und ihre Varianten. In: Flick, Uwe & Kardorff, Ernst Von (eds.) Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt.

Anhang

7.1 Literaturrecherche

Alle im Zuge des ersten Schrittes der Analyse recherchierte Literatur ist an dieser Stelle aufgeführt, da nicht alle Quellen in der Bibliografie des Berichtes enthalten sind. Sie sind dennoch für einen weitreichenden Überblick über die Thematik hilfreich.

ABELSON, J. & GAUVIN, F.-P. 2006. Assessing the Impacts of Public Participation: Concepts, Evidence and Policy Implications. Ottawa: Canadian Policy Research Networks (CPRN).

ADAMS, C., EIFERT, B., HOFFMANN, D., KÖSTER DR., D., OBERMANN DR., E., SCHOLL, A. & STROHMANN, J. 2011. *Leitgedanke Partizipation in einer solidarischen Gesellschaft*, Köln, Forum Seniorenarbeit NRW.

AHR, N., BLUME, G., KÖCKRITZ, A., KRUPA, M., KÜMMERT, T., NEJEZCHLEBA, M., RIEDL, J., SUSSEBAC, H., THUMANN, M., WILLECKE, S. & KALUCKI, J. 25.05.2016. *Rechtspopulismus: Die rechte Internationale* [Online]. DIE ZEIT Nr. 23/2016: DIE ZEIT Nr. 23/2016. Available: <http://www.zeit.de/2016/23/rechtspopulismus-europa-oesterreich-wahl> [Accessed 10.01.2017].

AICHHOLZER, G. & WESTHOLM, H. 2009. Evaluating eParticipation Projects: Practical examples and Outline of an Evaluating Framework. *European Journal of ePractice*.

ALBRECHT, S., KOHLRAUSCH, N., KUBICEK PROF. DR., H., LIPPA, B., MÄRKER DR., O., TRÉNEL, M., VORWERK, V., WESTHOLM DR. HABIL., H. & WIENWALD, C. 2008. E-Partizipation - Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government - Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Bremen: Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib).

ALCÁNTARA, S., BACH, N., KUHN, R. & ULLRICH, P. 2016. *Demokratietheorie und Partizipationspraxis : Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*, Wiesbaden, Wiesbaden : Springer VS.

ALCÁNTARA, S., KUHN, R., RENN, O., BACH, N., BÖHM, B., DIENEL H.-L., ULLRICH, P., SCHRÖDER, C. & WALK, H. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozesse*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt.

ALENITSKAYA, S. o.J. Was ist ein Bürgerhaushalt? *Bürgerhaushalt* - ~~Die~~ *Informieren Vernetzen*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung (beb) *Bürgerhaushalt.org*.

AMNÅ PROF., E. 2010. *New forms of citizen participation : normative implications*, Baden-Baden, Nomos.

ARBTER, K., HANDLER, M., PURKER, E., TAPPEINER, G. & TRATTNIGG, R. 2005. Das Handbuch Öffentlichkeitsgestaltung - Die Zukunft gemeinsam gestalten. Wien: Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT); Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium).

ARNSTEIN, S. R. 1969. A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35, 216-224.

BAER, S. 2012. Politische Rechte. In: POLLMANN, A. & LOHMANN, G. H. (eds.) *Menschenrechte. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler.

BALDWIN, C. Y. & HIPPEL VON, E. 2009. Modeling a Paradigm Shift: From Producer Innovation to User and Open Collaborative Innovation. Harvard Business School.

BECK, I. 2013. Partizipation. Aspekte der Begründung und Umsetzung im Feld der Behinderung. *Teilhabe*, 52, 4-11.

BECK, K. & ZIEKOW, J. 2011. *Mehr Bürgerbeteiligung wagen : Wege zur Vitalisierung der Demokratie*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

BENZ, A. & DOSE, N. 2010. *Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen : eine Einführung*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

BERLIN, S. F. S. 2011. Handbuch zur Partizipation. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.).

BERTELSMANN STIFTUNG 2007. *Mehr Partizipation wagen*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

BERTELSMANN STIFTUNG 2008. Instrumente zur Selbstevaluation von Partizipationsvorhaben mit Jugendlichen. *Leitfaden zur Projektanalyse*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

BERTELSMANN STIFTUNG 2008. *Mitwirkung (er)leben : Handbuch zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

BERTELSMANN STIFTUNG 2013. *Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung - Prozessschritte und Empfehlungen anhand von Fernstraßen, Industrieanlagen und Kraftwerken*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

BERTELSMANN STIFTUNG 2014. Partizipation im Wandel : unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; Staatsministerium Baden-Württemberg.

BETZ, T., GAISER, W. & PLUTO, L. (eds.) 2011 *Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

BIMESDÖRFER, K., REICHWEIN, M., SCHRÖGEL, P. & ZAHRNT, D. D. I. 2012. DIALOG SCHAFFT ZUKUNFT - WERKZEUGKASTEN DIALOG UND BETEILIGUNG im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk.

BISCHOFF, A., SELLE, K. & SINNING, H. 2007. *Informieren, Beteiligen, Kooperieren : Kommunikation in Planungsprozessen ; eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden*, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

BLACKSTOCK, K., KELLY, G. & HORSEY, B. L. 2007. Developing and applying a framework to evaluate participatory research for sustainability. *Ecological Economics*, 60, 726-742.

BLANCK, H. k. A. Kinder- und Jugendbeteiligung „Zukunft Stadionbad“ - ein übertragbares Modell? Bremen: Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt/Senatskanzlei.

BLANCK, H. & JANTZ, C. k. A. Vom Jugendforum zum Leitbild Partizipation. Bremen: Ortsamt Vegesack, Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt/Senatskanzlei.

BLANCKENBURG VON, C. 2013. Seniorenmitwirkungsgesetze als Beitrag zur Förderung der politischen Partizipation von Seniorinnen und Senioren. *Informationsdienst Altersfragen*, 40, 19-25.

BLÄTTEL-MINK, B. 2013. Kollaboration im (nachhaltigen) Innovationsprozess. Kulturelle und soziale RÜCKERT-JOHN, J. (ed.) *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit : Perspektiven sozialen Wandels*. Wiesbaden: Springer VS.

BÖHLER, A., FRITZ, A. & KÜCHEL, L. 2013. Gemeinsam die Zukunft gestalten - Inklusion und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung am Beispiel des Sozialen Stadt- Gebiets »StuttgartH allschlag« Netzwerk Bürgerbeteiligung (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2013 vom 20.03.2013)

BÖHM, B. 2014. Muss man Planungszellen lernen? In: DIENEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.

BÖHM, B. 2015. Mehr Mut zur Bürgerbeteiligung durch innovative Verfahrenskombinationen - Ein Plädoyer für die Verknüpfung direkter, deliberativer und parlamentarischer Demokratie Bürgerbeteiligung (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2015 vom 31.03.2015).

BÖHM, B. & BÜSCHING, C. 2013. Wie kann Bürgerbeteiligung inklusiv sein? Antworten am Beispiel des Verfahrens Planungszelle / Bürgergutachten. Available: <http://www.weiterdenken.de/de/2013/02/21/wie-kann-buergerbeteiligung-inklusive-sein-antworten-am-beispiel-des-verfahrens> [Accessed 07.01.2016].

BREMEN, I. F. I. 2011. Leitfaden Bürgerbeteiligung barrierefrei gestalten. Stiftung Digitale Chancen.

BUHL, H. U. 2011. Von der Revolution zur Partizipation: Social Media und der demokratische Willensbildungsprozess. *Wirtschaftsinformatik*, 53, 183-186.

BUKOW, W.-D., NIKODEM, C., SCHULZE, E. & YILDIZ, E. 2007. *Was heißt hier Parallelgesellschaft?: Zum Umgang mit Differenzen*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

BUKOW, W.-D., OTTERSACH, M., PREISSING, S. & LÖSCH, B. 2013. *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden, Springer Fachmedien.

BUKOW, W.-D. & SPINDLER, S. (eds.) 2000. *Die Demokratie entdeckt ihre Kinder : politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen*, Opladen: Leske + Budrich.

BUNDESKANZLERAMT & BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, U. U. W. L. 2011. Standards für die Öffentlichkeitsbeteiligung - Praxisleitfaden und Empfehlungen für die gute Praxis. Wien: Bundeskanzleramt Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium).

BUNDESKOMPETENZZENTRUM BARRIEREFREIHEIT. o.D. *Barrierefreiheit* [Online]. Available: http://www.barrierefreiheit.de/bgg_barrierefreiheit.html [Accessed 10.01.2017].

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, N., BAU UND REAKTORSICHERHEIT (BMUB) 2015. Umweltbewusstsein in Deutschland 2014 - Ergebnisse einer Repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

BÜTTNER, C. & MEYER, B. 2001. Integration durch Partizipation : "Ausländische Mitbürger" in demokratischen Gesellschaften. Frankfurt/Main: Campus.

CARSON, L., HENDRIKS, C., PALMER, J., WHITE, S. & BLACKADDER, J. 2003. Consult your community - A handbook A guide to using citizens' juries. Prepared for Planning NSW. Sydney, NSW, Australia 2000: Department of Planning.

CHRISTY, E. 2015. *Developing a Framework for Designing "Resilient Citylands" through Community Participation*, University of Guelph.

CLEMENT, U., NOWAK, J. & SCHERRER, C. 2010. *Public Governance und schwache Interessen*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

COMMITTEE ON THE RIGHTS OF PERSONS WITH DISABILITIES. 2009. *Die UN-Behindertenrechtskonvention: Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* [Online]. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Available:

https://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschuere_UNKonvention_KK.pdf?__blob=publicationFile [Accessed 10.01.2017].

COOPER, E. 2014. Die demokratische Wirksamkeit von Planungszellen und Citizens' Juries: Ein deutsch-britischer Vergleich aus der Sicht von Praktikern. In: DIENEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.

DEVELOPMENT, O. F. E. C.-O. A. 2005. Evaluating Public Participation in Policy Making. Paris: *Organisation for Economic Co-operation and Development*.

DIENEL, H.-L. 2009. Planungszelle - Bürgergutachten. Berlin: Nexus Institut.

DIENEL, H.-L., VERGNE, A., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D. & LIETZMANN, H. J. (eds.) 2014. *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*, München: oekom.

DIMITROV, M. 2012. Im Spannungsfeld zwischen staatlicher und lokaler Integrationspolitik: Politische Partizipation von Migranten in den Einwanderungsstädten Berlin und Wien. *Acta Universitatis Carolinae Studia Territorialia*, 9-41.

DTS NACHRICHTENAGENTUR. 01.01.2017. *Verfassungsrichter: Bürger mehr am politischen Prozess beteiligen* [Online]. Berlin. Available: <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/9202256-verfassungsrichter-buerger-politischen-prozess-beteiligen> [Accessed 10.01.2017].

DÜBER, M., ROHRMANN, A. & WINDISCH, M. (eds.) 2015. *Barrierefreie Partizipation : Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

EDER, K. 2000. *Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie : soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse*, Frankfurt/Main, Campus-Verlag.

ELLIOTT, J., HEESTERBEEK, S., LUKENSMEYER, C. J. & SLOCUM, N. 2006. Leitfaden Partizipativer Verfahren. Brüssel/Wien: Institut für Technikfolgenabschätzung; König Baudouin Stiftung.

FRANKENBERGER, R., BUHR, D. & SCHMID, J. 2015. Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg. In: STIFTUNG, B.-W. (ed.) *Demokratie-Monitoring Baden Württemberg 2013/2014: Studien zu Demokratie und Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

FROMMHOLZ, G. T. & EICHHORN, J. 2015. Politische Partizipation - der Stand der Forschung. In: DÜBER, M., ROHRMANN, A. & WINDISCH, M. (eds.) *Barrierefreie Partizipation - Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

GABRIEL, O. W. & VÖLKL, K. 2008. Politische und soziale Partizipation. In: GABRIEL, O. W. & KROPP, S. (eds.) *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

GEISSE, B. 2004. *Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick*, Berlin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

GEISSE, B. 2008. Wozu Demokratisierung der Demokratie? — Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. In: VETTER, A. (ed.) *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

GEISSE, B. 2011. *Kritische Bürger : Gefahr oder Ressource für die Demokratie?*, Frankfurt, Campus-Verl.

GEISSE, B., HEINELT, H. H. & VETTER, A. H. 2008. Zur Evaluation demokratischer Innovationen - die lokale Ebene. *Lokale Politikforschung heute*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

GESELLSCHAFT, M. J. U. 2011. *Inklusion vor Ort – Der Kommunale Index für Inklusion - ein Praxishandbuch*, Bonn, Montagstiftung Jugend und Gesellschaft.

GOHDE-AHRENS, R. 2013. Partizipation und soziale Inklusion aus der Quartierssicht - ein Blick nach Hamburg. *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung* [Online], 01/2013. Available: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaetrage/nwbb_beitrag_gohde_ahrens_130320.pdf [Accessed 08.01.2016].

GOHL DR., C. Kollaborative Demokratie – vom Beteiligungsprojekt zur Mitwirkungskultur; Politische Beteiligung: statt Deliberation. Netzwerk 21 Kongress 2012, 2012 Erfurt.

GUTKNECHT, S., ROHLAND, P., HALLENBERG, B., KUDER, T. & BECK, S. 2013. *Vhw-Kommunikationshandbuch. Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft*, Bonn, Vhw Dienstleistung GmbH.

HAAREN VON, C., OPPERMAN, B., FRIESE, K. I., HACHMANN, R., MEIFORTH, J., NEUMANN, A., TIEDKE, S., WARREN-KRETZSCHMAR, B. & WOLTER, F. E. 2006. Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm: Ergebnisse aus dem E+E-

K o llaboration

Vorhaben "Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm" des Bundesamtes für Naturschutz. Bonn, Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.

HABERMANN, P. D. M. & STAGGE, M. K. A. Schlussbericht zum Projekt Kulturen der sozialen Teilhabe im Stadtteil (KUSTIS) – Integration, Prävention, Partizipation – niedrigschwellige Angebotsentwicklung für Migrantinnen und Migranten. Bremen: Zentrum für Pflegeforschung und Beratung (ZePB), Hochschule Bremen Bundesministerium für Bildung und Forschung

HAMMER, K. H. 2013. BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung? Tagungsband der AK-Wien Fachtagung Wien: Hammer, Katharina Kammer für Arbeiter und Angestellte

HÄRTEL, A. & EMBACHER, S. 2011. Internet und Digitale Bürgergesellschaft - Neue Chancen für Beteiligung. Berlin: CCCD-Centrum for Corporate Citizenship Deutschland.

HAS, R., HIELSCHER, H. & KLINK, D. 2014. Germany – a Movement Society? An Investigation of Non-Activism. *Journal of Civil Society*, 10, 353-372.

HAS, R., HIELSCHER, H. & KLINK, D. 2014. Betroffen, aber nicht aktiv - Das Phänomen der Nicht-Beteiligung in Deutschland. Heidelberg: Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI).

HEBESTREIT, R. 2013. *Partizipation in der Wissensgesellschaft : Funktion und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*, Wiesbaden, Springer Fachmedien.

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG 2015. *Inklusion: Wege in die Teilhabergesellschaft*, Frankfurt am Main, Campus Verlag.

HEINRICHS PROF. DR. , H., KUHN, K. & NEWIG, J. (eds.) 2011. *Nachhaltige Gesellschaft - Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

HEITE, E. 2012. *Bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen im Stadtteil: Gleiche Beteiligungschancen und Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle?*, Freiburg, Centaurus Verlag & Media.

HIERLEMANN, D., VEHRKAMP, R. B. & WOHLFARTH, A. 2014. *Inspiring Democracy: New Forms of Public Participation*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

HÖCKER, B. 2013. *Frauen und das institutionelle Europa : Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich*, Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden.

HOFMANN, S. 2014. *Partizipation macht Architektur die Baupiloten - Methode und Projekte*, Berlin, Jovis.

HOPPE, M. 2014. *Wertewelt Bürgerbeteiligung - Eine Studie zu den Einstellungen von Politik, Verwaltung und Bürger/innen*, Bonn, Verlag Stiftung Mitarbeit.

HUSTER, E.-U., BOECKH, J. & MOGGE-GROTJAHN, H. 2012. *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, Wiesbaden, Wiesbaden : Springer VS.

INNES, J. E. & BOOHER, D. E. 2004. Reframing Public Participation: Strategies for the 21st Century. *Planning Theory & Practice*, 5, 419–436.

KABIS-STAUBACH, T. & HERMANN, R. 2011. Politisch mitwirken in der lokalen Demokratie: Rollen und Herausforderungen für Bürger – insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund. *PNDOnline*.

KAZEMI-VEISARI, E. 1998. *Partizipation - hier entscheiden Kinder mit*, Freiburg im Breisgau, Herder.

KERSTING, N. 2008. Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung In: KERSTING, N. (ed.) *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

KERSTING, N., SCHMITTER, P. & TRECHSEL, A. 2008. Die Zukunft der Demokratie. In: KERSTING, N. (ed.) *Politische Beteiligung: Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

KLAGES, H. 2007. *Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen*, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.

KLAGES, H. 2014. Anwendungs- und Erfolgsbedingungen von Bürgerbeteiligung am Beispiel der Planungszelle. In: DIENEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.

KLAGES, H. & DARAMUS, C. 2007. *Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg : partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin ; begleitende Evaluation des ersten Durchlaufs ; Abschlussbericht*, Speyer, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

KNAUER, R., FRIEDRICH, B., HERMANN, T. & LIEBLER, B. 2004. *Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune: Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

KÖDELPETER, T. & NITSCHKE, U. 2008. *Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten: Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

KOOP, A. 2010. *Leitfaden Online-Konsultation - Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.

- KORNHERR, S. 2008. *Inklusion als Utopie der Offenen Behindertenarbeit : Wandel von Integration zu Inklusion als Aufgabe des Sozialmanagements*, Norderstedt, Books on Demand.
- KRAUSE, J., PANNKE, D. & WAGNER, D. 2013. *Praxisleitfaden Bürgerbeteiligung*, Berlin, Impuls-Agentur für angewandte Utopien e.V.
- KREIBICH, R. & TRAPP, C. 2002. *Bürgergesellschaft : Floskel oder Programm*, Baden-Baden, Nomos-Verlag.
- KRONAUER, M. 2010. *Inklusion und Weiterbildung : Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart*, Bielefeld.
- KUBICEK, H., LIPPA, B. & KOOP, A. 2011. *Erfolgreich beteiligt? : Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung ; eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung.
- KUBICEK, H., LIPPA, B. & WESTHOLM, H. 2009. *Medienmix in der Bürgerbeteiligung : die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*, Berlin, Ed. Sigma.
- KUDER, T. & RITZI, C. 2013. Die Wirkung der Mitwirkung: Dialog im Stresstest. *vhv FWS*, 4 / Juli-September 2013, S. 215-220.
- LATHROP, D. & RUMA, L. (eds.) 2010. *Open Government: Collaboration, Transparency, and Participation in Practice*
- LEGGEWIE, C. & NANZ, P. 2016. *Die Konsultative - Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin, Verlag Klaus Wagenbach.
- LEY, A. 2003. *Praxis Bürgerbeteiligung : ein Methodenhandbuch*, Bonn, Bonn : Stiftung Mitarbeit [u.a.].
- LIETZMANN, H. J. 2014. Repräsentation und Bürgerbeteiligung. Planungszellen als Teil einer „neuen Gewaltenteilung“? In: DIE-NEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.
- LINDNER, R., BÖHLE, K. & RIEHM, U. 2011. Elektronische Petitionen und Modernisierung des Petitionswesens in Europa. Berlin: Büro für Technikfolge-Abschätzung beim Bundestag.
- MAREIS, C., HELD, M. & JOOST, G. (eds.) 2013. *Wer gestaltet die Gestaltung? : Praxis, Theorie und Geschichte des partizipatorischen Designs*, Berlin: De Gruyter.
- MARTENS, H. 2010. Beteiligung als soziale Innovation. In: HOWALDT, J. R. & JACOBSEN, H. (eds.) *Soziale Innovation - Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- MASSL, J. 2010. *Jugendliche in der Politik: Chancen und Probleme einer institutionalisierten Jugendbeteiligung am Beispiel des Kinder- und Jugendbeirats der Stadt Reinbek*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- MIESSEN, M. 2012. *Albtraum Partizipation*, Berlin, Merve Verlag.
- MIKUSZIES, E., NOWAK, J., RUS, S. & SCHWENKEN, H. 2010. Die politische Repräsentation von schwachen Interessen am Beispiel von MigrantInnen. In: CLEMENT, U., NOWAK, J., SCHERRER, C. & RUS, S. (eds.) *Public Governance und schwache Interessen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- MOSER, S. 2010. *Beteiligt sein : Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- MUNSCH, C. 2013. Engagement und Ausgrenzung - Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung* [Online], 01/2013. Available: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nwbb_beitrag_munsch_130320.pdf [Accessed 08.01.2016].
- NANZ, P. & FRITSCH, M. 2012. *Handbuch Bürgerbeteiligung*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- NEVE DE, D. 2013. *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*, Leverkusen, Verlag Barbara Budrich.
- NEWIG, J. & FRITSCH, O. 2006. Effektivität von Beteiligungsprozessen. Osnabrück: Institut für Umweltsystemforschung, Universität Osnabrück, Prof. Dr. Michael Matthies.
- NEWIG, J., KUHN, K. & HEINRICHS, H. 2011. Nachhaltige Entwicklung durch gesellschaftliche Partizipation und Kooperation? eine kritische Revision zentraler Theorien und Konzepte. *Nachhaltige Gesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- NULLMEIER, F. 2000. Argumentationsmacht und Rechtfertigungsfähigkeit schwacher Interessen. *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen: Leske + Budrich.
- PANKOW, M., ALBERS, P. & FRIEBE, H. Designing Creative Collaboration: Dokumentation des Digital Bauhaus Summit 2014. Digital Bauhaus Summit 2014, 2014 Weimar.
- PATZIG, F. 2007. Was ist eigentlich BarCamp? *Die Entstehung und (noch kurze) Geschichte der BarCamp Bewegung*.
- PETER, F. 2013. The human right to political participation. *Journal of Ethics & Social Philosophy*, 7(2), 1(16).
- RAUMORDNUNG, B. F. R. B. U. 2003. Öffentlichkeitsbeteiligung bei Programmen und Plänen der Raumordnung. Berlin: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- REICHERT-GARSCHHAMMER, E., KIEFERLE, C., WERTFEIN, M. & BECKER-STOLL, F. (eds.) 2015. *Inklusion und Partizipation : Vielfalt als Chance und Anspruch*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- RIESSE VAN, A., BLECK, C. & KNOPP, R. 2015. *Sozialer Raum und Alter(n) : Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung*, Wiesbaden, Springer VS.
- ROHR, J. 2013. *In unserer Macht, Aufbruch in die kollaborative Demokratie*, Klein Jasedow, Drachen Verlag.
- ROHRMANN, A., WINDISCH, M. & DÜBER, M. 2015. Barrierefreie Partizipation - Annäherung an ein Thema. In: DÜBER, M., ROHRMANN, A. & WINDISCH, M. (eds.) *Barrierefreie Partizipation - Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- RÖSCHEISEN DR., H. 2009. Biodiversität - (Er)Leben und Gestalten in Vielfalt. Interkulturelle Sensibilisierung für Biodiversität unter Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund im Natur-Umweltschutz. Essen: Deutscher Naturschutzring; Stiftung Zentrum für Türkeistudien.
- ROTH, R. 2014. Zur Einführung: Potentiale und Grenzen der Qualitätssicherung und Institutionalisierung von Partizipationsmodellen am Beispiel der Planungszelle. In: DIENEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.
- ROWE, G. & FREWER, L. J. 2004. Evaluating Public-Participation Exercises: A Research Agenda. *Science, Technology, & Human Values*, 29, 512-557.
- RÜSSELE, H., KÖSTER, D., HEITE, E. & STIEL, J. 2013. Soziale Ungleichheit und Partizipation in alternden Stadtgesellschaften. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 46, 306-311.
- SARCINELLI, U. 2011. Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung*. In: BECK, K. & ZIEKOW, J. (eds.) *Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SCHADER-STIFTUNG 2014. Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Darmstadt: Schader-Stiftung.
- SCHELLHAMMER, P. 2012. Zwischenbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“. Landtag Rheinland-Pfalz 16. Wahlperiode.
- SCHELLHAMMER, P. 2013. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“. Landtag Rheinland-Pfalz 16. Wahlperiode.
- SCHELLHAMMER, P. 2014. Dritter Zwischenbericht und Zwischenbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“. Landtag Rheinland-Pfalz 16. Wahlperiode.
- SCHMIDT, T. 2011. *Einheimische und Zugereiste*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- SCHNEIDER, I., NIEDERBERGER, M., KEIERLEBER, V. & KOHLER, N. 2013. Evaluation des Bügeldialogs Zukunftsthemen - Evaluationsergebnisse zu den Bürgerdialogen "Energietechnologie für die Zukunft", "Hightech-Medizin" und "Demographischer Wandel". Stuttgart: Institut für Sozialwissenschaften, Universität Stuttgart; DIALOGIK gemeinnützige GmbH; ZIRIUS - Zentrum für interdisziplinäre; Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart.
- SCHRÖDER, C. 2014. Strategische Beteiligung an der Stadtteilentwicklung: Mittelfristige Wirkungen von Planungszellen im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. In: DIENEL, H.-L., FRANZL, K., FUHRMANN, R. D., LIETZMANN, H. J. & VERGNE, A. (eds.) *Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten*. München: oekom.
- SCHÜTTE, J. 2012. Soziale Inklusion und Exklusion: Norm, Zustandsbeschreibung und Handlungsoptionen. *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: Springer VS.
- SCHWANENFLÜGEL VON, L. 2015. *Partizipationsbiographien Jugendlicher : zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext sozialer Ungleichheit*. Universität Tübingen.
- SELLE, K. 2000. *Was? Wer? Wie? Warum? : Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation ; Arbeitsmaterialien für Studium und Praxis*, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- SELLE, K. 2005. *Planen, Steuern, Entwickeln : über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmund, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- SELLE, K. 2011. "Participation" oder: Beteiligen wir uns zu Tode? *PNDonline*.
- SELLE, K. 2012. Abschied von der Bürgerbeteiligung - Geschichte vom Wandel eines alten Bildes. *PNDonline*.
- SELLE, K. 2013. *Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? : Analysen und Konzepte*, Detmold, Rohn.
- SMETTAN, J. D. & PATZE, P. D. o.J. Diskursive Bürgerversammlung. Wegweiser Bürgergesellschaft.de.
- SOZIALES, B. F. A. U. 2013. Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- STEINBRECHER, M. 2009. *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden, Nomos.

STICHWEH, R. o.D. *Inklusion und Exklusion in der Weltgesellschaft – Am Beispiel der Schule und des Erziehungssystem*. Bonn: Universität Bonn. Available: https://www.fiw.uni-bonn.de/demokratieforschung/personen/stichweh/pdfs/97_stw_inklusion-und-exklusion-in-der-weltgesellschaft-schule-und-erziehungssystem.pdf [Accessed 10.01.2017].

[Schule und des Erziehungssystem]

STOCK, M. 2011. *Die Zukunft der Bürgerbeteiligung : Herausforderungen, Trends, Projekte*, Bonn, Stiftung Mitarbeit.

THAA, W. 2007. *Inklusion durch Repräsentation*, Baden-Baden, Nomos.

THEWES, C., SAALBACH, C. & KOHLER, U. 2014. Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten. Der Beteiligungs-Bias als methodisches Instrument zur Bewertung von Bürgerbeteiligungsverfahren. Gutachten für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Förderkennzeichen UM1312934).

TRAINING, M. T. L. M. T. A. L. o.J. Charette Procedure

Brainstorming Techniques

UHLENDHAL, T. C. 2015. Bürgerbeteiligung zur Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum - Möglichkeiten der Methodenkombination am Beispiel von Steinach im Kinzigtal. *Raumforschung und Raumordnung*, 73, 133-143.

VETTER, A. 2008. *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

VETTER, A., GEYER, S. & EITH, U. 2015. Die wahrgenommenen Wirkungen von Bürgerbeteiligung. *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014: Studien zu Demokratie und Partizipation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

VON WINTER, T. & WILLEMS, U. 2000. Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. *Politische Repräsentation schwacher Interessen*. Opladen: Leske+Budrich.

VOSS, K. 2014. *Internet und Partizipation : Bottom-up oder Top-down? : politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden, Springer Fachmedien.

WAGNER, T. 2013. *Die Mitmachfalle : Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*. Köln: PapyRossa Verlag.

WEGENER, L. 2013. *Design your Community! Wie sich mit Design Thinking Partizipation neu gestalten lässt*. Bachelor, Hochschule Bremen.

WEISE, S. 2007. *Bürgerhaushalt in Berlin : das Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirkes Lichtenberg*, Münster, LIT Verlag.

WESSELMANN, C. 2002. *Internet und Partizipation in Kommunen : Strategien des optimalen Kommunikations-Mix*, Wiesbaden, Deutscher Universitäts-Verlag.

WIESE VON OFEN, I. 2001. *Kultur der Partizipation : Beiträge zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung bei der räumlichen Planung*, Berlin, Gesellschaft des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mbH -DV-GmbH-.

WITTKKE, V. & HANEKOP, H. (eds.) 2011. *New Forms of Collaborative Innovation and Production on the Internet - An Interdisciplinary Perspective*, Göttingen: Universitätsverlag.

7.2 Empirische Befragung

7.2.1 Interviewleitfaden – Verantwortliche

Folgender Interviewleitfaden wurde für die Interviews mit den Verfahrensverantwortlichen (initiiende und durchführende Verantwortliche sowie externe Prozessbegleitende) entwickelt.

1. **Bürgerbeteiligung generell:** Kenntnisstand und Erfahrungen, Einschätzung zu Vor- und Nachteilen, Haltung
 - ▶ Was verstehen Sie unter Bürgerbeteiligung?
 - ▶ Was kann Beteiligung Ihrer Meinung nach erreichen?
 - ▶ Welche Vor- und welche Nachteile sehen Sie in einer Beteiligung von Bürgern?
 - ▶ Wie viel Erfahrung haben Sie in der Durchführung / Konzeption / etc. mit Bürgerbeteiligung?
2. **Reflexion über das durchgeführte Beteiligungsverfahren:** Intention und Intentionsbewusstsein, Auswertung der einzelnen Konzeptions- und Durchführungsschritte
 - ▶ Warum wurden in diesem Fall die Bürger mit einbezogen?

- Was war in diesem Fall die Intention der Bürgerbeteiligung?
- Welche Art von Ergebnissen hatten Sie im Sinn?
- ▶ Waren Sie sich von Beginn an über die Intention des Verfahrens bewusst? / Wurde Ihnen die Intention des Prozesses mitgeteilt?
 - Haben Sie die Intentionen den Durchführenden Prozessbegleitenden mitgeteilt?
 - Inwieweit haben Sie die Anforderungen (Ausschreibung!) der Prozessdurchführung an die Intention angepasst?
 - Welche Anforderungen und Aufgaben von Seiten des Auftraggebers hatten Sie zu erfüllen?
- ▶ Wie war die Teilnehmendenzusammensetzung?
 - Gab es in ihren Augen eine bestimmte Betroffenheits-/ Zielgruppe?
 - Was wäre die optimale Zusammensetzung gewesen? Warum?
 - Sollten bestimmte Gruppen speziell mit einbezogen werden? Welche? Warum?
- ▶ Auswahl und Ansprache: Wie wurden die Teilnehmenden ausgewählt und angesprochen?
 - Welche Gedanken haben Sie sich über Ansprache und Auswahl der unterschiedlichen Akteure gemacht?
 - Wurden bestimmte Auswahlkriterien festgelegt?
 - Wurden zusätzlich spezielle Anreize zur Teilnahme geschaffen?
- ▶ Wie sind Sie bei der Konzeption der Veranstaltung vorgegangen?
 - Welche Gedanken haben Sie sich über Zeit, Dauer und Ort der Veranstaltung gemacht? Warum haben Sie sich für die ausgewählten Zeiten, Dauer und Veranstaltungsorte entschieden?
 - Wie und warum haben Sie sich für die angewendeten Formate und Methoden während der Veranstaltungen entschieden?

3. **Einschätzung zum Feld Nicht-Beteiligung im Verfahren:** Inklusionsverständnis, gewünschte, aber nicht beteiligte Gruppen, vermutete Gründe für Nicht-Beteiligung

- ▶ Wie war die Zusammensetzung der Teilnehmenden?
 - Haben bestimmte TN-Gruppen gefehlt?
 - Inwieweit entsprach die Teilnehmerschaft der soziodemographischen Struktur der Betroffenheits-/ Zielgruppe?
 - Was glauben Sie, warum sind einige Gruppen nicht erschienen?
- ▶ Haben Sie die Teilnehmenden erreicht, die erreicht werden sollten?
- ▶ Wurden demographische Daten erhoben? Falls ja, mit welcher Intention?
- ▶ Wie beurteilen Sie das Auftreten der unterschiedlichen Teilnehmenden?
 - Sind Ihnen bestimmte TN-Typen aufgefallen? Wer hat sich besonders aktiv beteiligt, wer hat sich weniger beteiligt? Wer ist zu kurz gekommen?
- ▶ Denken Sie, dass eine andere Zusammensetzung der Teilnehmenden zu anderen Ergebnissen geführt hätte?
 - Wenn ja, wie hätte sich das in den Ergebnissen gezeigt?

4. **Verbesserungsvorschläge bzw. Kreation eines eigenen Idealprozesses** anhand der Kategorien der Beteiligungsleinwand 1.0: Motivationssteigernde Faktoren zur Teilnahme

7.2.2 Interviewleitfaden – Nicht-Beteiligte

Folgender Interviewleitfaden wurde für die Interviews mit den Nicht-Beteiligten entwickelt.

1. **Profil des Interviewpartners:** Politisches Interesse und Einstellung zur Politik, Ausübung eines ehrenamtlichen Engagements, soziales Umfeld, Position im sozialen Gefüge
 - ▶ Kommen Sie ursprünglich von hier / aus der Region? Wie lange leben Sie schon in der Region?
 - Wie gut kennen Sie sich in der Region aus?
 - Sind Sie an Entwicklungen in der Region interessiert?
 - ▶ Interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik?
 - In wieweit vertrauen Sie der Politik vor Ort?
 - Wie stehen Sie zu dem Regierenden/der Regierenden der Region?
 - Wie ist Ihre generelle Einstellung zu Staat und Demokratie?
 - ▶ Gehen Sie wählen?
 - Ggf.: Warum gehen Sie nicht wählen?
 - ▶ Engagieren Sie sich irgendwo ehrenamtlich?
 - Wo und wie lange schon? Oder: Warum nicht?
 - ▶ Mitgliedschaft in Vereinen (oder Anderweitig eingebunden)?
2. **Bürgerbeteiligung generell:** Kenntnis und Verständnis des Begriffs, Vorstellungen über Beteiligungsveranstaltungen, gegebenenfalls persönliche Erfahrungen, Einschätzung zu Vor- und Nachteilen hinsichtlich der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern
 - ▶ Haben Sie schon mal was von Bürgerbeteiligung gehört?
 - ▶ Was verstehen Sie unter Bürgerbeteiligung?
 - ▶ Haben Sie schonmal an einem Beteiligungsverfahren teilgenommen?
 - Ja: Wie war Ihre Erfahrung mit dem Prozess? Wer war da? Was ist dort passiert?
 - Nein: Wie stellen Sie sich einen Beteiligungsprozess vor? Was passiert dort? Wer ist da?
 - ▶ An welchen Entscheidungen werden Bürger ihrer Meinung nach beteiligt?
 - ▶ Wozu werden Bürger Ihrer Meinung nach beteiligt? Was soll mit Beteiligungsprojekten erzielt werden?
 - ▶ Halten Sie solche Prozesse für sinnvoll?
3. **Nicht-Beteiligung am durchgeführten Verfahren:** Kenntnis des Projektes, eigene Gründe für Nicht-Teilnahme

- ▶ Haben Sie gewusst, dass ein Bürgerbeteiligungsprozess stattgefunden hat?
 - Ja: Wenn Sie davon wussten, warum haben Sie dann nicht teilgenommen?
 - Haben Sie darüber nachgedacht, teilzunehmen?
 - Kennen Sie jemanden, der an dem Prozess teilgenommen hat?
 - Wie haben Sie von dem Prozess erfahren? Wodurch wurden Sie auf den Prozess aufmerksam?
 - Haben Sie den Prozess verfolgt? Kennen Sie die Ergebnisse des Prozesses?
 - Nein: Hätten Sie teilgenommen, wenn Sie davon gewusst hätten? Warum oder warum nicht?

4. Verbesserungsvorschläge bzw. Kreation eines eigenen Idealprozesses anhand der Kategorien der Beteiligungseinwand 1.0: Motivationssteigernde Faktoren zur Teilnahme

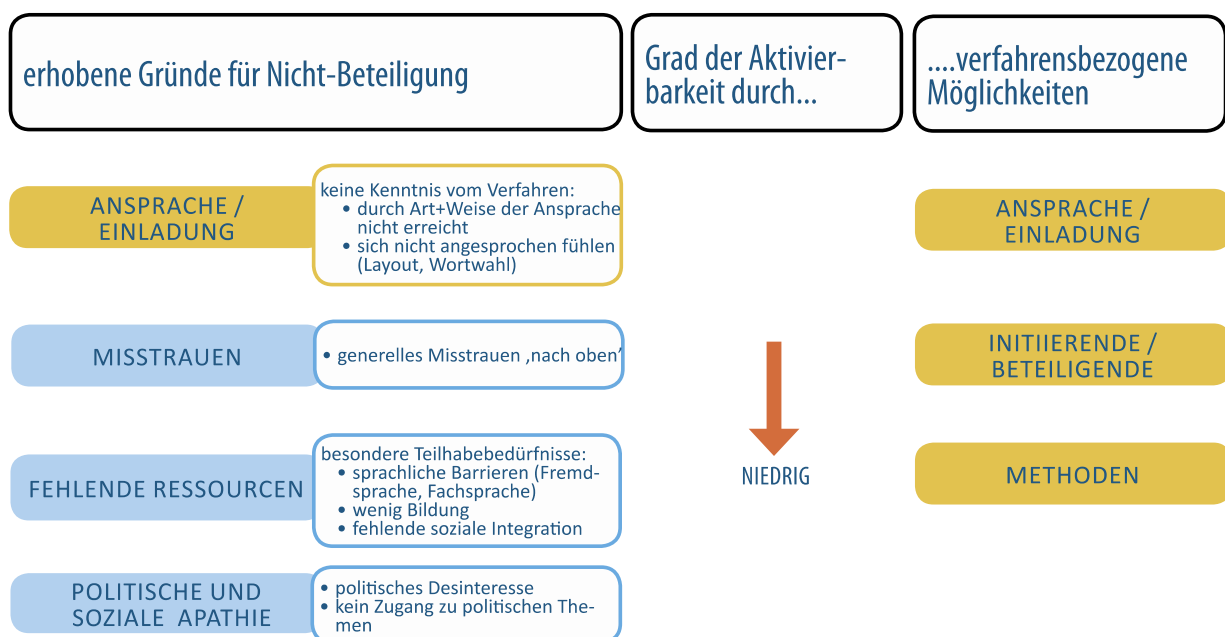
7.2.3 Einzelfalldarstellung Nicht-Beteiligung

In den Einzelfalldarstellungen sind die individuellen Gründe für Nicht-Beteiligung einer Person dargestellt, ausgewertet nach den Indikatoren (farblich nach den Auswertungskategorie gekennzeichnet) und durch individuelle Begründungen ergänzt. Daraus abgeleitet folgt eine Einschätzung zur Aktivierbarkeit durch verfahrensseitige Einflussmöglichkeiten – in den Abbildungen anhand der Pfeile (niedrig, mittel, hoch) veranschaulicht. In der Spalte ganz rechts werden die jeweiligen Kategorien der Beteiligungseinwand aufgezeigt, innerhalb derer sich für den konkreten Grund Möglichkeiten zur Optimierung anbieten. Im Folgenden werden exemplarisch einige Einzelfalldarstellungen der Auswertung aufgezeigt.

MISSTRAUEN, WUT, SICH ALLEINE GELASSEN FÜHLEN, SICH SELBER ZU HELFEN WISSEN, EIGENE PARALLELWELT (OF1-3)

soziodemographische Daten: 32 Jahre, männlich, Migrant, niedriger Bildungsabschluss, verheiratet, keine Kinder

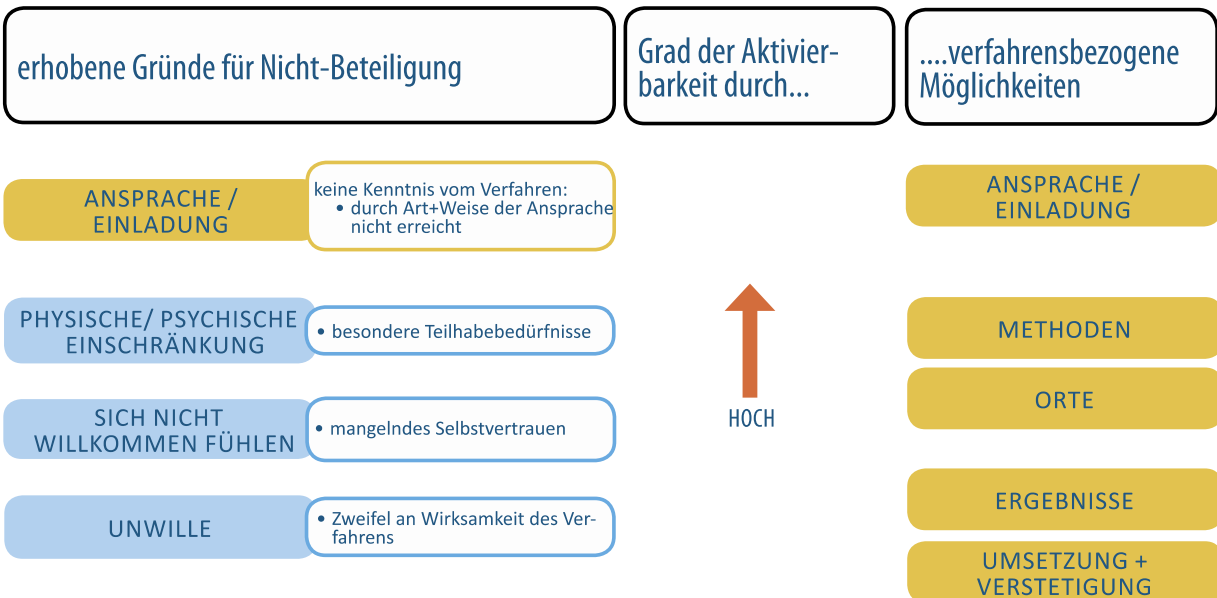
Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: wirkt sehr lebendig, lebendiger Ausdruck der durch Gestikulieren beim Gespräch unterstrichen wurde



POLITISCHES INTERESSE, GUTE INFORMIERTHEIT, GROSSES INTERESSE, ABER SOZIAL ABGERUTSCHT UND TEILWEISE ABGEHÄNGT (WOB1-1)

soziodemographische Daten (3 Personen): zwischen 28-57 Jahren, männlich, mittlerer Bildungsabschluss, nicht verheiratet, keine Kinder

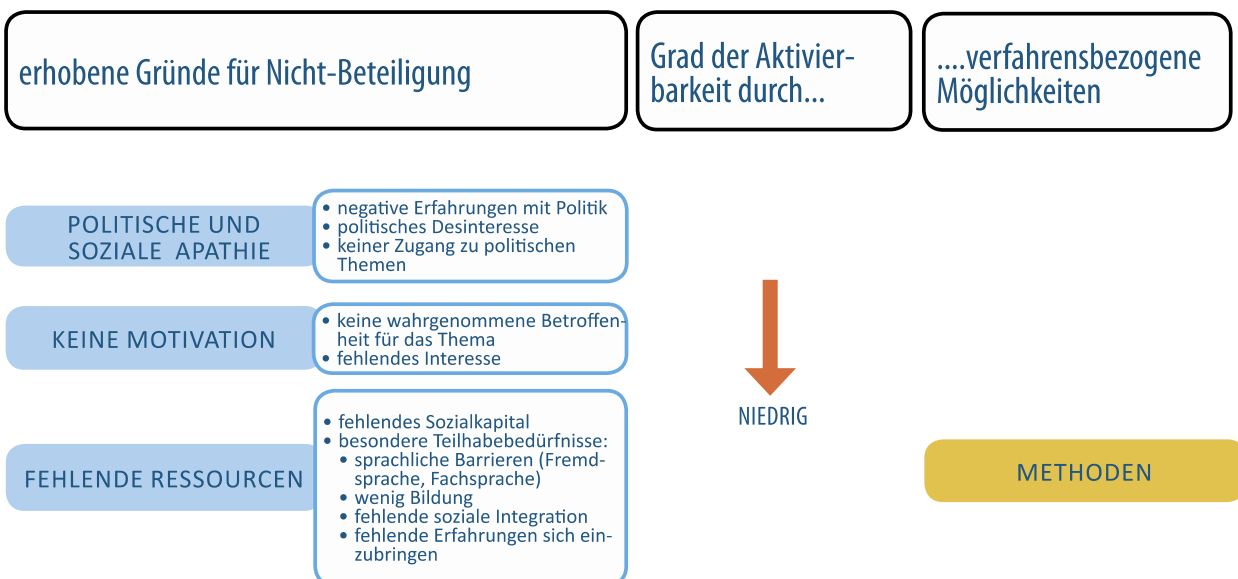
Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: aktiv bei Gestaltung eines Idealprozesses, gute Artikulation und Ausdruck, sehr interessiert



POLITIK NICHT TEIL DER EIGENEN LEBENSWELT (WOB1-2)

soziodemographische Daten: 50 Jahre, männlich, Migrant, niedriger Bildungsabschluss, verheiratet, Kinder

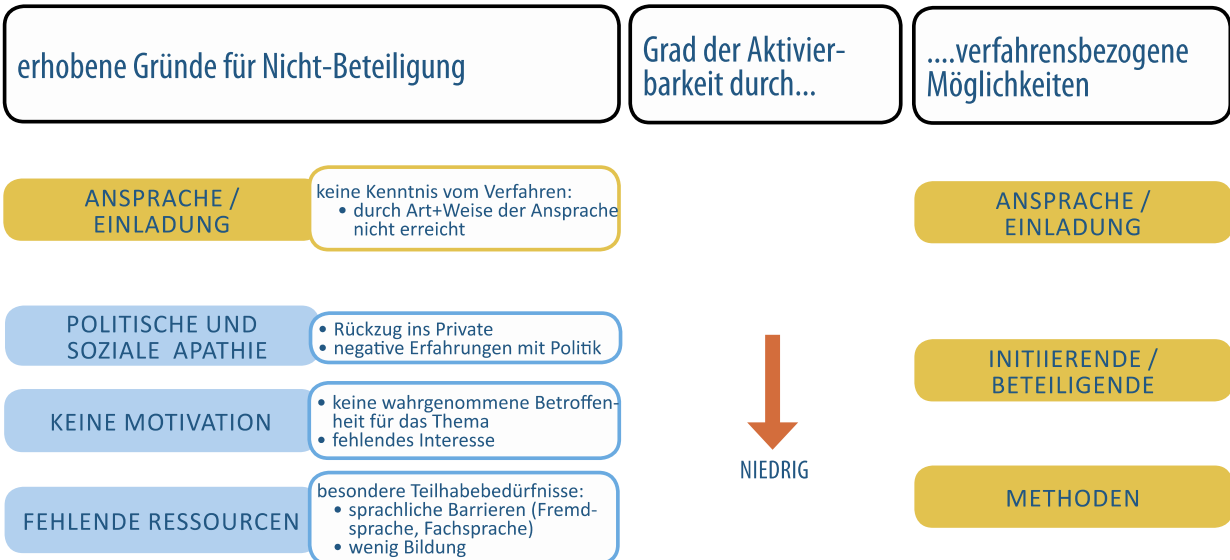
Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: keine Konzipierung eines Idealprozesses bzw. Festhalten von Möglichkeiten zu verbesserten Inklusion möglich, sehr starke Verständigungsprobleme im Interview



RÜCKZUG INS PRIVATE (WOB1-3)

soziodemographische Daten: 80 Jahre, männlich, Migrant, mittlerer Bildungsabschluss, verheiratet, Kinder

Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: keine Konzipierung eines Idealprozesses bzw. Festhalten von Möglichkeiten zu verbesserten Inklusion möglich, sehr starke Verständigungsprobleme im Interview



STARKES POLITISCHES INTERESSE, AUFGRUND EINES UNSICHEREN AUFGENTHALTSSTATUS MANGELNDE POLITISCHE WIRKSAMKEIT, TRITT FÜR SEINE BELANGE EIN (WOB1-4)

soziodemographische Daten: 42 Jahre, männlich, Migrant, mittlerer Bildungsabschluss, nicht verheiratet, keine Kinder

Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: keine Konzipierung eines Idealprozesses bzw. Festhalten von Möglichkeiten zu verbesserten Inklusion möglich, sehr starke Verständigungsprobleme im Interview



POLITISCHES INTERESSE UND BILDUNG, TEILHABE EINSCHRÄNKUNG AUFGRUND PSYCHISCHER ERKRANKUNG (WOB1-5)

soziodemographische Daten (2 Personen): 25 und 68 Jahre, weiblich, hoher Bildungsabschluss

Auszüge aus Kontextprotokoll - Eindrücke zur interviewten Person: trotz Teilhabe Einschränkung aufgrund psychischer Erkrankung interessiert an der Thematik



7.2.4 Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung (Nicht-Beteiligte)

Tabellarische Übersicht der extrahierten Informationen aus den Interviews, eingeordnet anhand der Kategorien der Beteiligungsleitwand 1.0 (Entwicklungsstand nach Literatursichtung).

Kategorie	Möglichkeiten zur Aktivierung und Anbindung	Quelle
01 Intention	hohe Qualität von Ergebnissen	KR1-4B KR1-4A
	gemeinsam gute Ideen entwickeln	OF1-3
	geringere schlechte Nebeneffekte durch Beteiligung	KR1-1
	finanziell günstig aufgrund hoher Qualität der Ergebnisse	KR1-1
	durch Identifizierung Anwohner und Anwohnerinnen als Finanzierer, ggf. auch als Umsetzer*innen	KR1-1
	höhere Zufriedenheit mit den Ergebnissen; positive Wirkung nach Außen	WOB1-5
	Zufriedenheit der Bürger*innen durch Einbindung	OF1-7 KR1-1
	Zusammenhalt in der Stadt	OF1-7
02 Ergebnis	garantierte Umsetzung des Bürger*innenwillens bspw. durch Stadt-/Gemeinderat	WOB1-1
	Beteiligung ab Planungsphase 0 - Bürger von Anfang an Einbeziehen	WOB1-1
03 Themen	direkte Betroffenheit: zum Thema Jugendliche	KR1-2
	direkte Betroffenheit	KR1-1

	z.B. durch eigene Kinder	OF1-1
	direkte Betroffenheit (eigenes Kulturzentrum/Treffpunkt und Anerkennungs-/Aufenthaltsstatus)	WOB1-4
	Integrationsmängel beheben Jugendliche, Freizeitmöglichkeiten, Aktivitäten	OF1-5
	berufliche Betroffenheit oder Interesse (z.B. Fördergelder/-programme; wirtschaftliche Entwicklung der Stadt)	KR1-4B OF1-3
	persönliches Interesse (z.B. Altbausubstanz im Stadtkern erhalten)	KR1-4A
	lokale Betroffenheit (eher quartiersbezogene Themen als stadtweit)	KR1-1 OF1-1
	Relevanz für die Individuen (direkte und indirekte Betroffenheit)	WOB1-1
	(indirekte) Betroffenheit	KR1-1
	Leicht greifbar (z.B. IKEA ansiedeln)	OF1-3
04 Verantwortliche	„ruhige“ Verantwortliche	KR1-1
	Gremien für Beschwerden	OF1-2
	Stadt („die da oben“) müssen zuhören	OF1-3
05 Beteiligte	direkt Betroffene, aus Eigeninteresse beteiligen (z.B. Anwohner, Gewerbetreibende)	KR1-4B OF1-3
	lokal Betroffene (bei Spielplatz unmittelbare Umgebung)	KR1-1
	spätere Nutzende (bei Spielplatz auch die Kinder selbst)	KR1-1
	alle Seiten hören	KR1-1
	Querschnitt	KR1-1 WOB1-1
	Einbindung/Einladung aller, auch wütender unbequemer Menschen und Meinungen	KR1-1
	durch Betroffenheit Multiplikatoren und Stellvertreter für Anliegen	WOB1-4
	alle Betroffenen (bspw. Fachangestellte, direkt Betroffene, Angehörige) als Interessengruppe ansprechen, nicht allein (Leitung mit ansprechen, unterstützend und stellvertretend)	WOB1-5
06 Auswahl	Ausmachen, wen man wie und wo ansprechen muss anhand einer Sozialraumanalyse	KR1-4B
	Selbstselektion nach Interesse	OF1-7
07 Ansprache / Einladung	über Vereine (viel Engagement in Vereinen vorhanden) ansprechen die Leute da abholen, wo sie sind, Ansprache dementsprechend gestalten	KR1-4B
	Multiplikator*innen (als Gutes Beispiel vorangehen, eigenes Engagement und Kampfgeist propagieren)	KR1-4B
	über Multiplikator*innen (Freunde und Community informieren)	WOB1-4
	persönliche Ansprache	KR1-1
	direktes Gespräch suchen	WOB1-1

	persönliches Aufsuchen im Privaten (z.B. bei Nachbarn klingeln)	OF1-1
	direkte und persönliche Ansprache in sozialer Einrichtung	WOB1-5
	Aufsuchen an unterschiedlichen Orten	KR1-1
	Präsenz zeigen und öffentlich informieren	WOB1-1
	animierende Ansprache - positiv animieren	KR1-1
	Annonce in kostenloser Wochenzeitung	KR1-1
	Internet statt Aushänge	KR1-1
	Aushang im Quartiersbüro	OF1-1
	Whatsapp-Gruppe	OF1-7
	Mund-zu-Mund-Propaganda, Flyer, Telefon	WOB1-5
	verständliche Aufbereitung von Informationsmaterialien - klare Informationen in der Einladung	WOB1-1
	mehrsprachige Einladung	OF1-1
	konkrete und verständliche Angaben bei Werbung	OF1-1
08 Anreize	Kinderbetreuung / - unterhaltung	KR1-1
	Verpflegung	OF1-1
	Selbstwirksamkeitserfahrung - Selber tatsächlich etwas bewegen können	OF1-7
09 Zeiten	beachten der Arbeitszeiten	KR1-4A
	abendliche Veranstaltung	KR1-1
	früher Abend (gegen 17h) mit Kinderbetreuung	OF1-1
	rechtzeitige Ankündigung	KR1-1
	schwierig, alles unter einen Hut zu bekommen (Langschläfer, Kinder, Arbeit etc.); an unterschiedliche Bedürfnisse und Möglichkeiten anpassen → unterschiedliche Veranstaltungen zu verschiedenen Zeiten	WOB1-5
	Zeiten der ÖPNV beachten	WOB1-5
10 Orte	leicht zugängliche Orte	KR1-1
	gute Erreichbarkeit: kurze Wege kein ÖPNV („Zusatzkosten“)	OF1-1
	Veranstaltungen in unterschiedlichen Ortsteilen	WOB1-1
11 Metho- den	persönliches Gespräch mit Verantwortlichen	KR1-2
	zuhören und gehört werden	OF1-3
	auf Menschen und ihre Lebenswelten eingehen die Leute da abholen, wo sie sind Beispiel. „Selbstorganisation im Dorf“ → Einbindung aller in unterschiedliche Kon- texte	KR1-4B
	Einsatz von Moderatorinnen und Mediatoren	KR1-1
	Dolmetscher	KR1-1
	Hilfestellung bei Übersetzung anbieten	WOB1-4

	Übersetzung	OF1-1
	Verbindung von thematischer Diskussion mit nettem Beisammensein	OF1-1
	Eventcharakter	OF1-1
	Geschichte, Kultur, Musik, Religion mit einbeziehen	OF1-5
	angepasste Formate an Gruppen mit besonderen Bedarfen speziell berücksichtigen (psychisch erkrankte) → anstatt Großgruppen, (ggf. später weiter öffnen) nicht zu viele Infos in zu kurzer Zeit (Überforderung) Bewegung/Flexibilität gewährleisten (geschlossene Räume und unflexible Formate sind schwierig) Pausen, Getränke	WOB1-5
12 Aufbereitung / Evaluation	übersichtliche und leicht zugängliche Aufbereitung	OF1-1
	zusammentragen und präsentieren der Ergebnisse in Ratsversammlung	WOB1-1
13 Umsetzung / Ver- stetigung	ernstgemeinte Umsetzung	KR1-4B
	Umsetzung muss garantiert sein	OF1-3
	Umsetzung muss stattfinden	KR1-1
	Transparenz hinsichtlich Umsetzung, Feedback über Stand der Umsetzung und generelle Umsetzbarkeit	WOB1-5
	kreative Umsetzungsmöglichkeiten - kreative Möglichkeiten / Wege der Umsetzung	KR1-1

7.2.5 Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung (Verantwortliche)

Tabellarische Übersicht der extrahierten Informationen aus den Interviews, eingeordnet anhand der Kategorien der Beteiligungsleitwand 1.0 (Entwicklungsstand nach Literatursichtung).

Kategorie	Erfolgsfaktor	Quelle
01 Intentionen	gute Lösungen & Qualität der Ergebnisse	KR2-1 KR2-2 WOB2-1
	kollektive Gestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit / Engagement	KR2-1 KR2-2
	Begriffsproblem: Beteiligt werden, an etwas, wo man eigentlich nicht dazu gehört	KR2-1
	Umbaumaßnahmen finanziell möglich machen (z.B. Anliegerfinanziert, da durch Beteiligung Betroffenheit geschaffen wurde)	KR2-2
	Mitnehmen	KR2-2
	Perspektivenvielfalt / Horizonterweiterung	KR2-2
	Verständnis, Akzeptanz	KR2-2 WOB2-2
	kollektive Selbstwirksamkeit, Selbstempowerment	KR2-1

		KR2-2 WOB2-2
	Legitimation	WOB2-1
	Haltungsänderung	WOB2-1
	lebendige Demokratie	WOB2-1 WOB2-2
	Verbesserung des Verhältnisses von Verwaltung und Bürgern	WOB2-1
	Konsultation und Information	WOB2-1 WOB2-2
	demokratisches Selbstverständnis	WOB2-2
02 Ergebnis	offener Prozess: gemeinsames Gestalten und Entwickeln	KR2-1 KR2-2
	bürgernah	WOB2-2
	nicht zum individuellen Vorteil	WOB2-2
	Kompromissbereitschaft	WOB2-2
	wirksame Ergebnisse	WOB2-2
	Haltungsänderung in der Verwaltung genauso wichtig (fast bedeutsamer) als Ergebnisse	WOB2-1
03 Themen	Betroffenheit → lokale Themen; das direkte Lebensumfeld betreffend	KR2-1 KR2-2 OF2-1 WOB2-1
	kleines, abgegrenztes Thema/Raum (z. B. Kommune, Quartier)	OF2-1 WOB2-1
	Bürgerbeteiligung nur, wo nötig und möglich	WOB2-2
04 Initiierende / Beteiligende	Transparenz & Ehrlichkeit	KR2-2 WOB2-1
	Zugeständnisse & Eigeninitiative zulassen	KR2-2
	Grenzen deutlich machen, Spielräume aufzeigen	OF2-1 WOB2-1
	Kultur des „Wollens“	WOB2-1
	Verankerung von Professionalität in der Verwaltung	WOB2-1
	Dialogfähigkeit zwischen Beteiligten und Beteiligten	WOB2-1
	unabhängige Institution für Durchführung	WOB2-2
	Transparenz hinsichtlich Ressourcenverfügbarkeit	WOB2-2
	oft ist das OB wichtiger als das WIE	WOB2-2
05 Beteiligte	Bewusstsein für Betroffenheit schaffen	KR2-1 KR2-2 WOB2-1
	auch Menschen bewegen, die nicht zu klassischen Beteiligungsangeboten gehen	OF2-1
	Belange möglichst vieler Gruppen einbeziehen	OF2-1
	Wer zu beteiligen ist, hängt vom Thema ab (keine Repräsentativität auf Teufel	OF2-1

	komm 'raus)	WOB2-1
	Dialogfähigkeit zwischen Beteiligten und Beteiligten	WOB2-1
06 Auswahl	durch Zufallsauswahl Vielfalt zulassen	WOB2-2
	intensive Felderkundungen im Voraus	KR2-1
07 Ansprache / Einladung	persönliche Ansprache (Beziehung aufbauen)	KR2-2
	Multiplikatorinnen und Mittler vor Ort	KR2-2 WOB2-2
	Aktivierung durch frühzeitige Schaffung eines Bewusstseins eigener Betroffenheit	WOB2-1 WOB2-2
	kleinräumig: unmittelbare Betroffenheit / großräumig: aktivierende Einbeziehung indirekt Betroffener	WOB2-2
08 Anreize	persönlicher Wissensgewinn	KR2-2
	Gastgebermentalität	OF2-1
	Kinderbetreuung	OF2-1
	Aufwandsentschädigung als Anerkennung und Ermöglichung	WOB2-2
09 Zeiten	-	
10 Orte	ausgefallene Orte	KR2-2
	praktische, lebensnahe Lokalitäten (z. B. Gaststätte)	KR2-2
	Gespräche, Planung, Diskussion am Ort des Geschehens → Raumbezug	OF2-1
11 Methoden	Konzeption einer passenden Veranstaltung auf Basis der Kenntnis der Milieus	KR2-1
	Distanz reduzieren	KR2-1
	Erwartungshaltung der Teilnehmenden beachten (Menschen bei dem abholen, was sie erwarten)	KR2-1
	Vielfalt	KR2-1
	Anordnung der Bestuhlung	KR2-2
	Interaktion	KR2-2
	externe Moderation (Prozessqualität)	KR2-2
	Verständnis schaffen (für Prozesse und Praktiken)	KR2-2
	Sofa, Kaffeetafeln	OF2-1
	Szenarien entwickeln	OF2-1
	Partikularinteressen besser in den Griff bekommen	WOB2-1
	sicherstellen, dass alle Gehör finden	WOB2-1
	Qualitätsstandards (professionelle Beteiligung)	WOB2-2
	Planungszelle	WOB2-2
	Kleingruppenarbeit: inklusiver, gleichmäßigere Sprechanteile	WOB2-2
	stärker aufsuchende Formate	WOB2-2
	mehr grafisch und haptisch (konventionelle Formate oft zu verbalisiert/textlastig)	WOB2-2
	Kunst integrieren	OF2-1
12 Aufbereitung / Evaluation	langfristige Evaluation der Wirksamkeit	WOB2-2

tion		
13 Umsetzung / Verstetigung	Synergieeffekte nutzen	KR2-2
	Nachwirkungen ernstnehmen	WOB2-1
	schwieriger, nachträgliche Enttäuschung aufzufangen als anfänglich zu aktivieren	WOB2-1
	Umsetzung nach dem Verfahren, aber zum Prozess dazugehörig	WOB2-1

7.3 Fachkonferenz

Anmerkung: Alle anschließenden Tabellen entsprechen den verfassten Inhalten der Teilnehmenden der Fachkonferenz. Es wurden lediglich Rechtschreibfehler ausgebessert. Die Inhalte werden unverändert wiedergegeben.

7.3.1 Werkstatt I – Auswertungsfragen

Innerhalb der Werkstatt I wurden ausgewählte Beteiligungsprojekte durch eine interaktive Projektanalyse evaluiert und das gesamte Beteiligungsverfahren wurde unter dem Gesichtspunkt der Inklusion reflektiert. Folgende Auswertungsfragen lagen als Grundlage für die Analyse der vorgestellten Beteiligungsprojekte aus und wurden innerhalb der Werkstatt I dem jeweiligen Verantwortlichen des Projektes gestellt.

Kategorie	Fragen
01 Vorgeschichte	▶ Bezogen auf das Vorhaben, was ist im Vorfeld schon geschehen (Bürgerinitiativen, Baumaßnahmen, Misserfolge etc.)? ▶ Wie hat dies den Prozess geprägt?
02 Intention	▶ Mit welcher Intention wurde das Beteiligungsverfahren initiiert?
03 Themen	▶ Was war das Hauptthema des Verfahrens? ▶ Welche weiteren Themen haben eine Rolle gespielt?
04 Rahmenbedingungen	▶ Welche strukturellen Rahmenbedingungen gab es für das Verfahren?
05 Ergebnistyp	▶ Welche Art von Ergebnissen sollten erzielt werden?
06 Initiierende / Beteiligende	▶ Wer hat das Beteiligungsverfahren initiiert? ▶ Wer hat es durchgeführt? Welche Rollen gab es im Verfahren auf durchführender Seite?
07 Beteiligte	▶ Gab es eine bestimmte Betroffenheits-/Zielgruppe? ▶ Sollten bestimmte Akteure explizit beteiligt werden? ▶ Welche Akteure haben sich an dem Verfahren beteiligt? ▶ Hat sich eine bestimmte Gruppe überdurchschnittlich zahlreich beteiligt? ▶ Gab es Gruppierungen, deren Einbindung wichtig gewesen wäre und die im Verfahren gefehlt haben?
08 Auswahl	▶ Woran hat sich die Auswahl der Teilnehmenden orientiert und wie wurden diese ausgewählt?
09 Ansprache / Einladung	▶ Wie wurden die Teilnehmenden angesprochen/eingeladen? ▶ Welche Kommunikationswege wurden gewählt und welche ausgeschlossen? ▶ Warum wurden diese Anspracheformen gewählt?
10 Anreize	▶ Wurden spezielle Anreize zur Teilnahme geschaffen? ▶ Gab es Anreize, die besonders gut oder schlecht angenommen wurden?
11 Zeiten	▶ Auf welche Dauer war das Verfahren ausgelegt? ▶ In welchem/n Zeitfenster/n wurde/n die Veranstaltung/en durchgeführt? Aus welchen Gründen?
12 Orte	▶ An welchem/n Veranstaltungsort/en fand/en die Veranstaltung/en statt? Warum wurden diese Orte ausgewählt?

13 Methoden / Formate	▶ Welche methodischen Entscheidungen wurden bei der Gestaltung des Verfahrens getroffen und warum?	
14 Aufbereitung und Evaluation	▶ Wurden die Ergebnisse im Nachhinein aufbereitet? ▶ Wurde der Prozess evaluiert und warum (nicht)? ▶ Wie wurden die Teilnehmenden über die Ergebnisse informiert?	
15 Umsetzung und Verstetigung	▶ Wie wurde mit den Ergebnissen der Veranstaltungen umgegangen? Ergebnisse implementiert und verfestigt werden? ▶ Ist eine Fortführung / Neuauflage des Verfahrens vorgesehen? ▶ Welche Auswirkung hatte das Verfahren auf den Prozess?	Wie

7.3.2 Ergebnis Werkstatt I – Projektanalysen anhand der Beteiligungsleinwände

Aus den Projektanalysen der ausgewählten Beteiligungsprojekte haben sich folgende zusammengefassten Inhalte ergeben. Es folgt eine tabellarische Darstellung der Inhalte anhand der Kategorien der Beteiligungsleinwand in gekürzter Form:

Kategorie	zusammengefasste Inhalte aus den Projektanalysen (Nummer des Beteiligungsprojektes - siehe nummerierte Auflistung Tabelle 11 im Bericht)
01 Vorgesichte	▶ informeller Beteiligungsprozess wird angestrebt (1) ▶ Bürgerentscheid hat stattgefunden, Vorhaben wurde gestoppt, politische Sackgasse (2) ▶ Beschluss von höherer Ebene, UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (3) ▶ Unzufriedenheit mit bestehendem Vorschlag für Bürgerbeteiligungsleitlinien (4) ▶ regionales Entwicklungskonzept, LEADER (5) ▶ Raum für Debatten geben (6) ▶ Modellkonzept aus einem anderen Bereich ist Vorbild (7) ▶ breite Protestbewegung, politischer Widerstand, problemlösungs- und standortbezogene Initiative (8) ▶ verkehrsbedingte Problemlage (9) ▶ Großwohnsiedlung mit „klassischen“ Problemen (10)
02 Intention	▶ ausgearbeiteter Entwurf, soll angepasst werden (1) ▶ Gesprächsbereitschaft herstellen, einen Ausweg suchen (2) ▶ aufgrund von politischem Beschluss Maßnahmen zur konkreten Umsetzung entwickeln (3) ▶ neue Spielregeln der Bürgerbeteiligung entwickeln (4) ▶ Effizienzsteigerung und Professionalisierung in einer Region (5) ▶ Interesse an Formatentwicklung, Lerneffekt für Studierende (6) ▶ Ideen für Räume entwickeln mit den Nutzern und Nutzerinnen (7) ▶ Beteiligungsstruktur schaffen, Bürgeraktivierung, etwas entgegensetzen, Orte der Zusammenkunft schaffen für unterschiedliche Kulturen (8) ▶ Planung mit lokalem Kontext (9) ▶ Selbstbefähigung/Selbstwirksamkeit fördern (10)
03 Themen	▶ Radverkehrsplanung (1) ▶ Stadtplanung (2) ▶ bauliche und gesellschaftliche Konzeption (3) ▶ Institutionalisierung Bürgerbeteiligung (4) ▶ regionales Entwicklungskonzept (5) ▶ Forschung und Entwicklung Großgruppenformate (6)

04 Rahmenbedingungen	▶ Stadtplanung (7) ▶ Kultur und Energie (8) ▶ Stadtentwicklung (9) ▶ Förderung Elternprojekte (10) ▶ Zuständigkeiten begrenzt (1) ▶ Flexibilität im Verfahren abhängig vom Budget (2) ▶ zeitliche Terminierung (4) ▶ innerhalb bestehender Struktur – Uniseminar (6) ▶ Kooperationen, Finanzierung durch EU-Gelder, räumliche Rahmenbedingungen, wie z.B. Pachtverträge (7) ▶ bestehende Nutzung, z.B. Müllablageplatz (8)
05 Ergebnistyp	▶ Empfehlungen (1,2,3,4,5,9) ▶ kein Ergebnis (6) ▶ Vernetzung und Ideen (7) ▶ Nutzungsarten erfassen, Machbarkeitsstudie (8) ▶ selbst umsetzbare Projekte generieren (10)
06 Initiierende / Verantwortliche	▶ Landkreis, Landrätin wollte Prozess, Fachabteilung (1) ▶ Politik Initiative (2) ▶ Gemeinderat (3) ▶ NGOs und Bürger (4) ▶ Kommunen (5) ▶ Studierende aus Seminar heraus und Regionale Akteure (6) ▶ Initiativen Verbund (7) ▶ Bürgerinnen und Bürger mit Architekturbüro (8) ▶ Bezirksamt und Büro (9) ▶ Akteure vor Ort mit Beteiligungsfachkraft (10)
07 Teilnehmende	▶ männlicher Mittelstand über 60, Programmzuständige, Bürgerinitiativen, Bürgermeister (1) ▶ direkte Anwohner, Gewerbe, Institute, Schulen (2) ▶ Menschen mit Behinderung mit ihren Angehörigen, freie Träger und Experten, Verwaltung und Politik (3) ▶ Interessierte aus Parteien, NGOs, Bürgerinnen und Bürger (4) ▶ Verwaltung und Ämter, Lokalpolitik, Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler, Vertreterinnen und Vertreter aus Jugendparlament (5) ▶ Studierende, Universität, Studentenwerk, engagierte Bürgerschaft (6) ▶ „Anlieger“ Nachbarschaft (8) ▶ Steuerungsrunde aus Verwaltung, Politik, Bürgerinitiativen und Vereinen, Beirat für Menschen mit Behinderung, Gewerbetreibende, Kinder- und Jugendliche, Einwohnerinnen und Einwohner durch Zufallsauswahl und öffentlich (9) ▶ Eltern in der Einrichtung (10)
08 Auswahl	▶ offen (1) ▶ Aktionsgruppenanalyse, Delegiertengruppen (2) ▶ über Fachnetzwerke und Verteiler, Einladung nach Themen der Arbeitsgruppen (3) ▶ über Organisierte NGOs - Selbstselektion (4) ▶ öffentliche Bekanntmachung, Behörden und Schüler (5) ▶ engagierte Studierende – Selbstselektion (6) ▶ geografischer Bezug, Einzugsradius (8) ▶ Zufallsauswahl in Kombination mit öffentlichen Veranstaltungen (9) ▶ nur Menschen mit Kindern in der Einrichtung (10)
09 Anspra-	▶ Schlüsselgruppengespräch mit Akteursspirale – Zwiebelanalyse (2)

che und Einladung	▶ Verbände, Vereine, Träger, Presse (3) ▶ mündlich, Flyer, online (4) ▶ Website, Vorbereitung von Visionen, Ideen, und Maßnahmen (5) ▶ Flyer, Studierendenverwaltung, direkte Ansprache durch Gespräch/ Telefon, Überzeugungsarbeit (6) ▶ spontan vor Ort, thematische Einladung, Social Media, Netzwerke (7) ▶ Gruppen vor Ort, Flyer, Ankündigung in Hauseingängen, direkte Ansprache (8) ▶ Plakate im öffentlichen Raum, Flyer, Newsletter, Zufallsauswahl, Presse, Multiplikatoren (9) ▶ persönliche Ansprache, Vorstellung auf Elternabenden, Flyer und Infomaterialien (10)
10 Anreize	▶ 10.000 Euro Budget für Sofortmaßnahme, Bekundung Politik zum ergebnisoffenen Verfahren, öffentlicher Auftakt (2) ▶ Assistenzleistung bezahlt von der Stadt, Dolmetscher und Dolmetscherinnen (3) ▶ Kneipe (4) ▶ Lösung ihrer Probleme (6) ▶ niedrigschwellig, aktive Situation, spielerisch, ohne Erwartungen (7) ▶ Teilhabe, regelmäßiges Kochen, Backen, individuelle Wertschätzung (8) ▶ Aufwandsentschädigung 30 Euro (9) ▶ bezahltes Frühstück, Zertifikate (10)
11 Zeiten	▶ Gesamtdauer ein Jahr, jeweils fünf bis sechs Wochen zwischen den Veranstaltungen, Veranstaltungen immer um 17.30 Uhr (1) ▶ sonntags (2) ▶ gesamt ca. ein Jahr (3) ▶ laufender Prozess seit zwei Jahren, ohne Ende (4) ▶ erste Phase zehn Monate (5) ▶ einmaliger Workshop, sechs stündiges Format (6) ▶ zwei min. bis drei Std. (7) ▶ ca. ein Jahr (8) ▶ sieben Monate (9) ▶ ein Jahr, regelmäßige Zeiten (10)
12 Orte	▶ Gemeindehalle und in den Regionen des Landkreises (1) ▶ im Zentrum, freier Träger, akzeptierter Ort, barrierefreie Räume (2) ▶ Kneipe (4) ▶ erste Phase in der Stadt, zweite Phase auf den Inseln vor Ort (5) ▶ repräsentativer Saal in der Verwaltung des Kreises (6) ▶ öffentlicher Raum, mobil (7) ▶ vor Ort (8) ▶ Kieznähe, barrierefrei, z.B. Grundschule, Gesundheitszentrum (9) ▶ in der Einrichtung (10)
13 Methoden/ Formate	▶ Internetplattform – Onlineumfrage vorab, Auftakt- und Abschlussveranstaltungen- Workshops, Arbeitsgruppe vor Ort (1) ▶ sieben Arbeitsgruppen tagen 3-4 mal, Veröffentlichung der Ergebnisse auf Homepage, Zwischenbericht im Rathaus mit allen Beteiligten, Abschlussveranstaltung (3) ▶ offener Arbeitskreis (4) ▶ online Website zur Dokumentation, Umfrage, 30/30/30 Methode, extra Tisch für Präsentation der Jugendlichen, Doppelstunden in Schulen durch Studierende, erster Workshop Erstellung von Leitsätzen, zweiter Workshop Konkretisierung der Leitsätze (5) ▶ Design-Thinking, experimentelle Übungen zum Hierarchieabbau (6) ▶ proaktive Befragung durch geschultes Personal, Workshops und sinnliche Anlässe, herzliche Ansprache und einladende Atmosphäre, Fragebögen interaktiv entwickeln, Moderation

	einfach, klar, wertschätzend (8) ▶ Bürgerwerkstatt offen kombiniert mit Bürgerwerkstatt geschlossen mit Zufallsauswahl, Dialog im Netz – Crowdmapping (9) ▶ aufsuchend, niedrigschwellig, heranziehend, Werkstätten zur Projekt- und Ideenfindung (10)
14 Aufbereitung und Evaluation	▶ Priorisierung von Maßnahmen – Auswertung in Fachabteilung (1) ▶ Zufriedenheitsabfrage zum Prozess und Verstärkung (2) ▶ Abschlussbericht mit Empfehlungen werden übergeben (3) ▶ Konzeptpapier veröffentlichen, Website, Flyer (4) ▶ abhängig von Individuen in Kommunen und Schule, Nachjustierung muss möglich sein (5) ▶ Film über Format und Dokumentation (6) ▶ laufende Aufbereitung, Konzept Bürgerausstellung (8) ▶ Feedback auf Veranstaltungen, Online Lob und Kritik- Forum (9)
15 Umsetzung und Verstärkung	▶ Arbeitskreis treibt Thema voran, direkte Kontakte Landkreis und Gemeinde gebildet (1) ▶ Vertrauenszuwachs durch politische Verbindlichkeit, Politik beauftragt Verwaltung Machbarkeit der Umsetzung von Ideen/Wünschen zu prüfen, Beantragung Fördergelder zur Umsetzung (2) ▶ Beirat für Belange von Menschen mit Behinderung (3) ▶ Satzung für Bürgerbeteiligung durch den Rat (4) ▶ lernen aus erster Phase für die zweite Phase (5) ▶ fehlende Ressourcen für Umsetzung, Aktionen und Bildungserfolg/ Lernerfahrungen bei Studierenden (6) ▶ Eigenwert, Wissen über Bürgerbeteiligungsverfahren erhöhen (7) ▶ sich selbst überflüssig machen (8) ▶ Testphase mit mobilen Modulen auf dem Platz (9) ▶ jedes Projekt ist eine eigene selbstorganisierte Gruppe (10)

7.3.3 Erkenntnisse Werkstatt I

Für eine abschließende Diskussion über Faktoren des Misslingens bzw. Gelingens der Inklusion im Rahmen des jeweiligen Projekts wurden am Ende der Werkstatt I Vor- und Nachteile des Verfahrenswegs erörtert. Zentralen Punkte wurden auf Erkenntniskarten festgehalten.

Tabellarische Übersicht über alle festgehaltenen Erkenntnisse am Ende der Werkstatt I:

Erkenntnisse
Einrichtung Fachdienst „Bürgerbeteiligung“ ausschlaggebend
Kontinuität / Eingewöhnung notwendig
Transparenz / Laufende Veröffentlichung der Ergebnisse
Anreiz: von Beginn an Klarheit über Wirksamkeit ▶ kleines Sofortbudget ▶ offene Empfehlungen
aufsuchende Zielgruppenansprache bringt breite Zustimmung für Delegiertenformat
„Mikro-Beteiligung“ sinnvoll zusammenführen
Grundlage: Zugänglichkeit im Prozess gewährleisten (z. B. leichte Sprache, Assistenz)
realistische Einschätzung geben (an Teilnehmende), was mit Ergebnissen passiert → ERWARTUNGSMANAGEMENT
Feedback-Schleife über Ergebnisse und Zufriedenheit / Kritik des Verfahrens

Modell erarbeitet, „bottom up“ Umsetzung

„Macher“ miteinbeziehen

Konkretisieren, z.B.

- PLANSPIEL
- ERZÄHLUNGEN entwickeln

Mut machen für generationsübergreifende Prozesse (und weitgehend inklusiv)

Sensibilisierung für Zukunftsfragen (langfristiges Denken, heute Entscheidungen treffen)

Unterschiedliche Verfahren kombinieren (online – offline)

! Aufwand bei online nicht unterschätzen

Vorbereitungen gem. Praxispartnerinnen und Praxispartner

Erwartungen klären / Reichweite kommunizieren

Träger und Trägerinnen der Umsetzungsverantwortung sichten → im Vorfeld

Ziele:

- Austausch der verschiedenen Welten
- (Prozess) Verfahren insgesamt erfolgreich

Selbstwirksamkeit erleben durch gemeinsames Tun

Selbstbestimmung und keine Erwartungshaltung erhöhen Inklusion

leichter Zugang durch gemeinsame Sprache des Machens

Zufrieden mit dem bisherigen Prozessverlauf

- achtsamer, offener Führungsstil
- aktivierende Einbindung der Anwohner und Anwohnerinnen in die Prozessgestaltung
- Offenheit für laufende Anpassungen im Verfahren; geschultes + heterogenes Personal
- mangelnde Ressourcen (Zeit + Geld)
- Trägheit der Verwaltungsstrukturen

Zufallsauswahl bei Bürgerwerkstatt

- lokale Betroffenheit
- konstruktiv, nicht geleitet von Interessengruppen
- Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte
- höhere Inklusion als bei paralleler offener Bürgerwerkstatt

Inklusive Beteiligung → inklusive Methoden

- jede und jeder kommt zu Wort (z. B. „reih um“)
- nicht nur mit Schrift / gesprochener Sprache arbeiten → Körperarbeit, Ausstellungen
- Exkludierendes verhindern (z. B. Sprachgebrauch, andere Barrieren)

VORBEREITUNG: Geld?!

VERFAHRENSDESIGN: Verfahrensdurchführung

Viele Ressourcen für Beteiligung

Aufsuchend, niedrigschwellig, mit Zeit → schafft Empowerment

Partner und Partnerinnen – aktive Unterstützung durch Leitungsebene

7.3.4 Ergebnis Werkstatt II – Muster des Gelingens

In Werkstatt II der Fachkonferenz, generierten die Teilnehmenden Handlungsempfehlungen in Form von Mustern des Gelingens mit Gültigkeit über die einzelnen zuvor analysierten Beteiligungsprojekte hinaus.

Tabellarische Übersicht über die innerhalb der Werkstatt II erarbeiteten Muster des Gelingens:

Kategorie	Titel	Problem	Lösung
01 Vorge-schichte	Qualifizierung von Politik & Verwaltung	Es gibt oft kein authentisches Interesse von Seiten der Politik und Verwaltung an Bürgerbeteiligung. Es gibt Vorbehalte, Ängste, Befürchtungen von Macht- und Kompetenzverlust. Es fehlen eigene positive Erfahrungen mit Beteiligung, insbesondere in Verwaltungsstrukturen.	Nehmen Sie die Ängste und Befürchtungen in Politik & Verwaltung ernst. Bieten Sie (interne) Weiterbildungen zum Thema an. Sorgen Sie für Transparenz, Rollenklarheit und Wissenszuwachs. Eigene positive Erfahrungen mit Beteiligung ermöglichen, um den Mehrwert deutlich und erlebbar zu machen.
03 Themen	Erzählung entwickeln	Es gibt abstrakte Themen, deren Relevanz vielen nicht deutlich ist.	▶ Das Thema muss anschaulich beschrieben und mit der Lebenswelt verbunden werden. ▶ Im Anschluss müssen geeignete Kommunikationskanäle für die Vermittlung gefunden werden.
04 Rahmenbedingungen	Flexibilität im Prozess	Flexibilität ist notwendig, da sonst gar keine Wirksamkeit der Beteiligung gewährleistet ist.	▶ Methoden im Prozess verändern ▶ Bereitschaft als Facilitator die eigenen Methoden/Verfahren anzupassen ▶ Offenheit von Auftraggebern für neue/ andere Ergebnisse ▶ Finanzposten für unvorhergesehene Prozessüberraschungen
04 Rahmenbedingungen	Wertdifferenzen zulassen und aushalten	Partizipatorische Methoden suggerieren oft Lösungen zu finden, die einem Konsens nachkommen oder „die beste“ Lösung zu finden.	Es muss von Anfang an kommuniziert werden, dass es für das Gelingen von Partizipation unumgänglich ist, Wertdifferenzen auszuhalten und zu akzeptieren. Wertdifferenzen sind vor, während und nach dem Prozess vorhanden und in einer pluralistischen Gesellschaft kein Problem, sondern eine Stärke.
04 Rahmenbedingungen	demokratische Niederlagen aushalten	Der in partizipatorischen Verfahren geöffnete -/Ver-Übergangs-) Raum muss wieder geschlossen werden. Ein Verfahren hierzu ist eine Abstimmung, die immer unterlegene Parteien hervorbringt. Diese sind wahrscheinlich unzufrieden bis frustriert.	Den demokratischen Geist stärken „Demokrat*in sein, heißt Niederlagen leben zu können.“
04 Rahmenbedingungen	Ressourcen vorab klären (für Beteiligende & Beteiligte)	▶ Zeit- / Budgetüberschreitungen durch Veränderungen im Prozess ▶ Menschen, die beteiligt werden sollen, benötigen jeweils unterschiedliche Ressourcen	▶ vorab klären, wer beteiligt werden soll & welche Ressourcen dafür zur Verfügung stehen ▶ transparent kommunizieren
04 Rahmenbedingungen	Handlungsspielraum öffnen	Eine Zielgruppe, feststehendes Ziel, sehr unterschiedliche Be-	▶ Transparenz ▶ Ausschlüsse klar kommunizie-

		dürfnisse & Meinungen. Extreme Haltungen, Perspektiven müssen in ein Ergebnis integriert werden. Widersprüche zwischen Ziel & Intention.	▶ ren ▶ Spielraum betonen ▶ Ergebnisoffenheit ▶ Rückkoppelung an Auftraggebende ▶ Anpassung ▶ Hinterfragen von Rahmenbedingungen ▶ eigene Haltung ▶ Flexibilität im Prozess
04 Rahmenbedingungen / Haltung	Von „überwertigem Realismus“ zur (Mit-) Gestaltungsperspektive	Den habituellen / durch Sozialisation angeeigneten „Grenzen des Hirns“ in institutionellen Settings und gesellschaftlichen Milieus begegnen - der „überwertige Realismus“, „bessere Lösungen“ gar nicht erst denken zu können - und „davor“ liegende Selbstselektion und Exklusion.	▶ habitusreflexive Beratung als Teil partizipativer Gestaltungsprozesse ▶ Arbeiten mit dem Raum und der „Aneignung des Raumes“ als Erfahrung der Selbstwirksamkeit ▶ Übungen zum „Zuhören“ nach Otto Scharmer → „Hören aus der Zukunft“
04 Rahmenbedingungen; 06 Initiierende / Beteiligende	veränderte Arbeitskultur in der Verwaltung	zweifaches Problem der Beteiligung → entspricht nicht der „Verwaltungslogik“	▶ „Verwaltung ein Gesicht geben“ ▶ „Projektverfügung“ (für große Projekte) a. Sonderrechte für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen b. Freistellung c. Entscheidungsrechte ▶ „Lenkungsgruppen“ einrichten über verschiedene Hierarchieebenen
05 Ergebnistyp	Ergebnistyp definieren	Wenn unklar ist, worauf ein Prozess konkret zusteuert, ist dies schlecht für die Motivation und die Umsetzung der Ergebnisse.	Den Typ des Ergebnisses (Plan, Satzung, Ratsvorschlag, Handlungsprogramm) im Vorfeld eindeutig beschreiben und die Weiterverarbeitung absichern.
06 Initiierende / Beteiligende	kollegiale Fallberatung	▶ alles im Blick haben müssen ▶ im Prozess stecken	▶ Austausch mit anderen Beteiligten ▶ Zeit / Raum für Eigenevaluation im Prozess
07 Beteiligte	arbeitsfähige Gruppen	▶ Verzetteln, Verlieren in der Vielfalt der Möglichkeiten und Bedürfnisse ▶ Leute springen (früh) wieder ab und fühlen sich nicht wohl / nicht gut integriert	▶ Bei allen Projekt- und Prozessorganisatoren – und -organisatorinnen ein Bewusstsein schaffen für einen achtsamen Prozess und eine gute Atmosphäre.
07 Beteiligte	Entscheidende / Machende miteinbeziehen	▶ Was ist der richtige Zeitpunkt, um die Entscheider und Entscheiderinnen in das Projekt einzubeziehen? ▶ Richten wir unser Vorgehen	▶ frühzeitige Klärung der Einbindung bei verschiedenen Zielgruppen ▶ Netzwerke bilden ▶ Handlungszwang bei Entschei-

		an der Verfügbarkeit des Entscheiders/ der Entscheiderin aus?	denden erzeugen z. B. durch Kampagnen
07 Beteiligte	kontinuierliche Akteursanalyse	Oft werden Akteure und Akteurinnen vergessen.	Nach der Akteursanalyse weiterüberlegen (auch öffentlich), ob noch weitere Akteure und Akteurinnen fehlen. Die Akteursanalyse erfolgt somit durchgehend.
07 Beteiligte	Voraussetzungen für Teilhabe schaffen	Alle Beteiligten / zu Beteiligten haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten der Beteiligung, Fähigkeiten und Ressourcen. Alle beteiligen sich auf ihre je eigene Art und Weise.	▶ im Vorfeld: system. Ressourcen und Potentiale; aufsuchende Wohnzimmergespräche; Perspektiven repräsentieren ▶ Anerkennung, dass die Geltungsansprüche und Perspektiven singular/ partikular sind ▶ Zeit und Raum geben für neue Erfahrungen ▶ Demokratisierungserfahrung im Prozess
07 Beteiligte	Zielgruppen- und Umfeldsanalyse	Oft fehlt der ganzheitliche Überblick. Es werden wichtige Akteure und Akteurinnen nicht als Beteiligte wahrgenommen. Die Dynamiken zwischen Altersgruppen werden oft unterschätzt.	Finden Sie im Vorfeld heraus: Welche relevanten Akteure und Akteurinnen sollen/wollen/können beteiligt werden? Wer nimmt welche Rolle an? In welcher Beziehung stehen die Akteure und Akteurinnen? Was sind indirekte und direkte Betroffenheit der Akteurinnen und Akteure? Welche Interessen verfolgen die unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen? Welche Machtverhältnisse bestehen?
08 Auswahl	hybride Auswahl: offen & geschlossen	▶ nur offene Auswahl der Teilnehmenden bringt die Gefahr von „Übeteiligung“ von Lobbyisten und Lobbyistinnen, es kommen immer „die Gleichen“ und „die Gleichen“ fehlen immer + nicht immer konstruktiv ▶ nur Zufallsauswahl schließt aus, die begründetes Interesse an Teilnahme haben.	▶ beide Verfahren kombinieren und parallel anbieten ▶ Ergebnisse vergleichen
09 Ansprache / Einladung	Ansprache der Beteiligten	Die Ansprache der betroffenen Zielgruppe ist oft schwierig.	Mehrere Wege gehen: ▶ persönliche Mails, Post im Briefkasten ▶ lockeres Treffen im Kiez zum Kiez-Fest ▶ unterschiedliche Formate
09 Ansprache / Einladung	Vertrauen durch persönliche Bindung / kontinuierliche Pro-	▶ Misstrauen gegenüber Institutionen/Politik/ Verwaltung ▶ Vorbehalte wegen Vorge-	▶ (neutraler) Mittler oder Mittlerin ▶ Ansprechpartner oder Ansprechpartnerin ▶ Zuhören

	zessbegleitung	schichte	▸ persönlicher Bezug ▸ als Ansprechpartner /Ansprechpartnerin verantwortlich & sichtbar / greifbar /erreichbar ▸ ein Gesicht geben
09 Ansprache / Einladung	breite Streuung der Bekanntmachung	Das Verfahren wird in Frage gestellt, weil sich nicht alle Zielgruppen informiert fühlen.	Direct Mailing erhöht die Ansprache von Akteurinnen und Akteuren. (Dies ist jedoch auch keine Garantie, dass alle sich beteiligen.) (Postsendung/Wurfsendung) → mehr Legitimation für das Verfahren
09 Ansprache / Einladung	Zielgruppengerechte Kommunikation	▸ nicht ausreichend große Teilnehmendenzahl ▸ überhaupt sehr geringes Spektrum der Meinungen ▸ bestimmte Bevölkerungssegmente bleiben weg von Veranstaltungen	▸ Haustür / direkter Kontakt ▸ Schulung/Expertise bei speziellem Thema ▸ milieuspezifische Ansprache / „Stallgeruch“ ▸ Betroffenheit berücksichtigen
09 Ansprache/ Einladung	Aktivierung in einem Teilgebiet	In einem abgegrenzten Gebiet sollen alle Einwohnenden über die Möglichkeit der Teilnahme an einer Partizipation informiert werden.	Versenden Sie an alle Haushalte im entsprechenden Gebiet ein Einladungsschreiben.
09 Ansprache/ Einladung	konstruktive Mitwirkung von „Frustrierten“ / „Skeptischen“	Konfrontative Haltung von Betroffenen, Skepsis, Misstrauen, Angst gegenüber dem Prozess	▸ empathisches Zuhören und Suche nach dem Punkt für eine konstruktive Mitwirkung im Prozess ▸ Wertschätzende Haltung bewahren → als Kultur für das ganze Projekt etablieren, Trainings (GFK)
10 Anreize	kontinuierliche Teilnahme	Die Teilnehmenden sind nicht kontinuierlich dabei, steigen aus.	▸ Einzelkritiken Raum geben und wertschätzen ▸ authentische Antworten geben ▸ Beteiligungsmöglichkeiten anschaulich und realistisch darstellen - auch zeigen: Was ist hier nicht möglich? ▸ gut formulierte Fragen stellen; interessante Diskussionen ermöglichen, Austausch!
10 Anreize / 13 Verfahren	sinnliche Gemeinschafts-erlebnisse schaffen	▸ Arbeitsatmosphäre: steif, unpersönlich, verspannend ▸ blockiert Mitarbeit und schöpferisches Tun	▸ Energie freisetzen, räumliche Nähe ermöglichen ▸ Begegnung/ Auseinandersetzung ▸ Lockerheit, Freiheit, Kreativität befördern ▸ sich füreinander öffnen ▸ und Beteiligungsgegenstand gegenüber z. B. Salz & Suppe, Brot backen, conflict kitchen
11 Zeit	Zeit der Veranstaltung(en)	Man lädt ein, keiner kommt. (Einladung erfolgt zu einer ungünsti-	Laden Sie so ein, dass sowohl Arbeitszeiten als auch Freizeitgewohn-

		gen Zeit, z. B. Samstagnachmittag im Sommer)	heiten (z.B. Fußball-WM o.ä.) einer Teilnahme nicht im Wege stehen.
11 Zeit / 12 Orte	Schnittmen- genanalyse für Zeit & Ort	Es gelingt schwer, die richtige Zeit und den richtigen Ort für alle Beteiligten zu finden bzw. für die Zielgruppen, die zu erreichen sind.	Am Anfang müssen wir die Restriktionen der verschiedenen Gruppen herausfinden, um die größtmögliche Schnittmenge bezüglich Zeit und Raum zu finden und zu merken. Ergänzend sind alternative Zeiten und Räume anzubieten bzw. aufsuchende Angebote.
12 Orte	Ort der Veranstaltung	Man lädt ein und die Leute kommen nicht, weil sie den Ort nicht erreichen (mangelnde Barrierefreiheit) oder der Ort dem Ziel nicht angemessen ist.	Passen Sie den Ort der Veranstaltung an die Zielgruppe an.
12 Orte	Veranstaltungs- ort	Verschiedene Orte sind mit bestimmten Hürden, Barrieren & Vorbehalten belegt. Manche Orte sind physisch nicht erreichbar, manche Orte sind mental negativ assoziiert. Die Raumwahl bedeutet unter Umständen einen Vor- bzw. Nachteil für gewisse Gruppen.	Legen Sie besonderen Wert auf die Auswahl des Orts. Betrachten und bewerten Sie den Ort aus Perspektive der unterschiedlichen Akteurszielgruppen. Wählen Sie ggf. Verschiedene Veranstaltungsorte aus.
13 Methoden/ Formate	Modularisierung	Häufig werden komplexe Problemstellungen bearbeitet, die aus Bürger und Bürgerinnensicht keine Relevanz für ihre aktuelle Lebenswelt besitzen.	Ein großes Thema in verstehbare und beeinflussbare Einzelfragen herunterbrechen. Stellschrauben und Spielräume klar und sichtbar machen.
13 Methoden/ Formate	passendes Beteiligungsformat, verfahrensbezogen	Einzelne Beteiligungsformate sind nicht für alle Zielgruppen / Akteursgruppen gleichermaßen geeignet (z. T. abschreckend, nicht zu bewältigen).	Kontext- und zielgruppenspezifische Formate kombinieren. z.B. auch ein lockeres Treffen im Kiez.
13 Methoden/ Formate	Emotionen Raum geben	Diskussionen sind vom Interesse geprägt, rationale Standpunkte durch Argumente und Beispiele auszutauschen. Gleichzeitig sind oftmals (starke) Emotionen Teil der Debatte. Es ist kaum möglich, emotionale Äußerungen in eine sachliche Debatte zu integrieren, ohne die Debatte zu emotionalisieren. Daher werden nicht selten emotionale Beiträge nicht berücksichtigt und wertgeschätzt sondern maximal hingenommen.	▶ offene Kommunikationsformen, in denen Emotionen wertgeschätzt werden und Resonanz erfahren. ▶ Moderation, die Übersetzungsarbeit leistet und die eine etwaige Hierarchie zwischen Ratio und Emotionen (zeitweise) aufhebt ▶ Debattenkultur, die emotionales Erleben als Standpunktäußerung annimmt und in die Entscheidungsfindung einbezieht.
13 Methoden/ Formate	Transparenz von Entscheidungsergebnissen	Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, wie es zu bestimmten Entscheidungen gekommen ist.	„Beteiligung“ in Verwaltung selbst anwenden moderne/ zeitgemäße Moderations-/ Mediationsmethoden anwenden

15 Umsetzung und Verstetigung	Transparenz zur Ergebnisverwertung u/o Ergebnisoffenheit	Große Enttäuschung, wenn die Erwartungen (z. B. der Lösungsumsetzung) nicht erfüllt werden.	▸ Von Anfang an offen kommunizieren, was mit den Ergebnissen passiert. ▸ Neue Prozesse/ Netzwerke, Interaktionsformen als Ziel formulieren ▸ „Der Weg, der beim Gehen entsteht, der Einzige dem Freiheit innewohnt.“ (Toquille)
15 Umsetzung und Verstetigung	Beschluss auf Zeit	Manchmal steht man in einem Prozess kurz vor einem Beschluss, einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben aber Befürchtungen, dass hierdurch unerwünschte Konsequenzen entstehen und können deshalb nicht zustimmen.	Ein Beschluss wird quasi als Experiment oder Testphase gefasst, d.h. er gilt für eine festgelegte Zeit. Danach kann evaluiert werden und z. B. der Beschluss aufgehoben, weitergeführt oder neu diskutiert werden.
15 Umsetzung und Verstetigung	Verbindlichkeit	▸ die Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung kommen nicht in die Umsetzung → Glaubwürdigkeitsproblem	▸ Einladung der Projektverantwortlichen (Stadtverwaltung) und Präsentation der Ergebnisse der Beteiligung / Adressierung an Schnittstellenakteure und -aktuerinnen ▸ frühzeitige Absicherung der Art & Weise der Umsetzung ▸ gemeinte Ziele identifizieren ▸ Verbindlichkeiten schaffen

Andere Kategorien als in der Beteiligungsleinwand enthalten bzw. nicht zuordbar:

betrifft viele Kategorien	Atmosphäre in der Veranstaltung	Die Leute kommen, um sich zu beteiligen, aber bleiben zurückhaltend und bringen ihre Wünsche nicht ein.	Schaffen Sie eine Atmosphäre, die zum Mitarbeiten einlädt und Vertrauen schafft. → Arbeitsformen angemessen auswählen → auf Sprache achten (leichte Sprache, ggf. Fachdiskussion abschreckend → Hilfsmittel: Dolmetscher) → angenehmer Raum
Verfahrensdurchführung	ausgleichende Moderation	▸ ungleiche Redeanteile ▸ mitunter ausfällige Kommunikation ▸ Dominanz Einzelner in Gruppendiskussionen → Polarisierung & Motivationsverlust	▸ professionelle Moderation ▸ gemeinsame Entwicklung von Kommunikationsregeln
Kommunikation	Erwartungsmanagement / Projektklärung	▸ wenn das nicht klar ist, kann Demotivation entstehen, Frust, etc. ▸ „einmal und nie wieder“ ▸ Verlust der Glaubwürdigkeit	▸ Grenzen darlegen ▸ Handlungszwänge a. zeitl. Ressourcen b. Zeitdruck c. gesetzl. Vorgaben d. finanzielle Ressourcen ▸ Gestaltungsspielräume
Vorbereitung	Kernteam mit	▸ den Prozess „aushalten“	▸ Verschiedene Kompetenzen im

	Rückhalt & Netzwerk	können, einen langen Atem behalten können ► Widerstände (intern & extern) aushalten	Kernteam ► Mitstreitende/ Unterstützende oder auch „internes Backup“ in der eigenen Organisation ► Kreise finden, die dir von Beginn an den Rücken stärken und an den Prozess glauben
Ausgangslage	Notwendigkeit Beteiligung (Beteiligungsprioritäten)	Entscheidung treffen, ob Beteiligung notwendig ist und wozu. Nicht zu jeder Entscheidung kann und sollte beteiligt werden.	► Umfeldanalyse ► Ressourcen klären ► ggf. bilaterale Gespräche führen → offene Räume schaffen
Vorbereitung	Bereitschaft der Entscheidungstragenden, Bürgerbeteiligung durchzuführen	(Kommunale) Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen wollen keine Bürgerbeteiligung einsetzen.	► Entscheider und Entscheiderinnen kontaktieren und Gründe für Verweigerung von Bürgerbeteiligung erfahren. → „Aufklärung/ Bildungsarbeit“ Themen: a. Mehrwert b. Bürgerbeteiligung c. Finanzierungsmodelle für Bürgerbeteiligung d. Netzwerke aufbauen e. Best Practice vorstellen f. Machbarkeit darstellen
	institutionelle Öffnung der „Entscheidenden“	Der Mangel an „Vertrauen“ der Bürgerinnen und Bürgern ist oftmals leider berechtigt, da „Machterhalt“ und nicht immer „Sach- und Lösungsorientierung“ im Zentrum politischen / administrativen Entscheidens steht.	► Institutionelle Öffnung der Entscheidenden durch insbesondere intergenerationale Tandems „Junior-/ ZukunftsberaterInnen“, die den institutionellen Vertreterinnen und Vertretern begleitend an die Seite gestellt sind, um Veränderungsmöglichkeiten produktiv und konstruktiv zu begleiten. ► Rechenschaftsablegung institutioneller Entscheider und Entscheiderinnen zum Umgang mit den Lösungsvorschlägen aus der Bevölkerung
	wertschätzende Kommunikation	► verhärtete Kommunikation ► Intransparenz ► mangelnde Kommunikation	► Zuhören ► Zeit haben und begrenzen ► Offenheit ► Transparenz ► Verständnis
	laufende Projektanpassung / „Kurs-korrektur“	► hohe Fluktuation ► geringe Kontinuität im Prozess ► ineffizientes Arbeiten	► „Selbstvergewisserung“ ► permanente Einladung an die Gruppe, sich einzubringen ► klare Strukturierung der Tagesordnung ► Entwicklung einer Kommunikationskultur ► Kultur der Achtsamkeit ► Trainings / Schulung / Befindlichkeitsrunden ► gemeinsam definierte Agenda

Verfahrens- design	alle mitnehmen	Wie schaffe ich es, wenn ich eine heterogene Gruppe habe (in Bezug auf Sprache, Bildungsstand, ...), dass ich alle Personen gleichermaßen anspreche und „mitnehme“ und keiner im Prozess „verloren“ geht?	▸ Wertschätzende Kommunikation ▸ Binnendifferenzierung: Aufteilung der Großgruppe in kleinen Gruppen, die ähnliche Sprache sprechen / ähnliche Ansprache brauchen. ▸ diverse Methoden (künstlerische Aufstellung, nicht nur sprachliche), zeitlich und räumlich
-----------------------	----------------	---	---

7.4 Webtool

Die Inhalte des Webtools haben sich aus den gewonnenen Ergebnissen der vorangegangenen Arbeitsschritte ergeben. Sie wurden systematisiert, verdichtet und aufgearbeitet. Die folgenden Tabellen zeigen das Ergebnis dieses Aufarbeitungsprozesses und bilden die inhaltliche Grundlage für das Webtool.

7.4.1 Fragen- und Antwortmöglichkeiten der Vorabfrage

Zu Erstellung einer eigenen Beteiligungsleinwand wird durch Abfragen wichtiger Parameter eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Beteiligungsvorhaben bereits vor der eigentlichen Durchführung angeregt. Der Aufbau dieser Vorabfrage orientiert sich an den Kategorien der Beteiligungsleinwand. Durch die Antworten auf diese Fragen wird eine sinnvolle Verknüpfung mit den Mustern des Gelingens sichergestellt.

Tabellarische Übersicht über die Fragen- und Antwortmöglichkeiten der Vorabfrage:

Kategorie	Fragen	Antwort	Fragentyp
01 Vorge-schichte	Handelt es sich um ein neues Vorhaben oder einen wiederholten Anlauf zu diesem Thema?	Neues Vorhaben	single choice
01 Vorge-schichte	Handelt es sich um ein neues Vorhaben oder einen wiederholten Anlauf zu diesem Thema?	Wiederholter Anlauf	single choice
01 Vorge-schichte	Wie hoch ist die öffentliche Kenntnis des Vorhabens?	Hoch	single choice
01 Vorge-schichte	Wie hoch ist die öffentliche Kenntnis des Vorhabens?	Gering	single choice
01 Vorge-schichte	Gab es im Vorfeld einen Konflikt?	Ja, kalter Konflikt (Blockaden und Kommunikationsabbrüche)	single choice
01 Vorge-schichte	Gab es im Vorfeld einen Konflikt?	Ja, heißer Konflikt (intensive, nahezu aggressive Auseinandersetzungen)	single choice
01 Vorge-schichte	Gab es im Vorfeld einen Konflikt?	Nein	single choice
01 Vorge-schichte	Wird das Thema bereits von jemanden bearbeitet (z.B. Bürgerinitiativen)?	Ja	single choice
01 Vorge-schichte	Wird das Thema bereits von jemanden bearbeitet?	Nein	single

schichte	tet (z.B. Bürgerinitiativen)?		choice
01 Vorge- schichte	Gibt es bereits Erfahrungen mit Beteiligungs- prozessen?	Ja, gute Erfahrungen.	single choice
01 Vorge- schichte	Gibt es bereits Erfahrungen mit Beteiligungs- prozessen?	Ja, schlechte Erfahrungen.	single choice
01 Vorge- schichte	Gibt es bereits Erfahrungen mit Beteiligungs- prozessen?	Nein, keinerlei Erfahrungen.	single choice
Intention	In welcher Tiefe sollen die Teilnehmenden eingebunden werden?	Informativ (informieren und erklären)	multiple choice
02 Intention	In welcher Tiefe sollen die Teilnehmenden eingebunden werden?	Deliberativ (Meinungsbild einholen und Lösungen dis- kutieren)	multiple choice
02 Intention	In welcher Tiefe sollen die Teilnehmenden eingebunden werden?	Kollaborativ (Gemeinsam Lösungen erarbeiten und etwas Neues entwickeln)	multiple choice
02 Intention	In welcher Tiefe sollen die Teilnehmenden eingebunden werden?	Noch unklar	single choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Planung	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Empfehlungen	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Konzept	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Leitlinien	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Maßnahmen	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Meinungsbild	multiple choice
02 Intention	Welcher Ergebnistyp soll erzielt werden?	Kultur- und Haltungsände- rung (Transformation)	multiple choice
02 Intention	Warum, mit welcher Intention, soll ein Beteili- gungsverfahren durchgeführt werden?	Legitimität der Ergebnisse	multiple choice
02 Intention	Warum, mit welcher Intention, soll ein Beteili- gungsverfahren durchgeführt werden?	Demokratisches Selbstver- ständnis	multiple choice
02 Intention	Warum, mit welcher Intention, soll ein Beteili- gungsverfahren durchgeführt werden?	Qualität der Ergebnisse	multiple choice
02 Intention	Warum, mit welcher Intention, soll ein Beteili- gungsverfahren durchgeführt werden?	Empowerment der Teilneh- menden	multiple choice
02 Intention	Warum, mit welcher Intention, soll ein Beteili- gungsverfahren durchgeführt werden?	Nicht deutlich	multiple choice
02 Intention	Welcher Zusatznutzen wird darüber hinaus angestrebt?	Vernetzung der Teilnehmen- den	multiple choice
02 Intention	Welcher Zusatznutzen wird darüber hinaus angestrebt?	Identifikation mit dem Pro- jekt	multiple choice
02 Intention	Welcher Zusatznutzen wird darüber hinaus	Verhältnis zu den Bür-	multiple

	angestrebt?	ger*innen verbessern	choice
02 Intention	Welcher Zusatznutzen wird darüber hinaus angestrebt?	Neue Interaktionsformen	multiple choice
02 Intention	Welcher Zusatznutzen wird darüber hinaus angestrebt?	Nicht deutlich	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	In welchen Themenbereich fällt Ihr Vorhaben?	Bau und Planung	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	In welchen Themenbereich fällt Ihr Vorhaben?	Themenorientierte Entwicklung	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	In welchen Themenbereich fällt Ihr Vorhaben?	Strukturentwicklung	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	In welchen Themenbereich fällt Ihr Vorhaben?	Organisationsentwicklung	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	In welchen Themenbereich fällt Ihr Vorhaben?	Projektentwicklung	multiple choice
03 Rahmenbedingungen	Wie greifbar ist das Vorhaben für die potentiellen Teilnehmer*innen?	Konkret und leicht greifbar	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie greifbar ist das Vorhaben für die potentiellen Teilnehmer*innen?	Eher abstrakt und unspezifisch	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie greifbar ist das Vorhaben für die potentiellen Teilnehmer*innen?	Sehr schwer greifbar	single choice
03 Rahmenbedingungen	Welche Größenordnung betrifft das Vorhaben?	Quartier	single choice
03 Rahmenbedingungen	Welche Größenordnung betrifft das Vorhaben?	Stadt	single choice
03 Rahmenbedingungen	Welche Größenordnung betrifft das Vorhaben?	Region	single choice
03 Rahmenbedingungen	Welche Größenordnung betrifft das Vorhaben?	National	single choice
03 Rahmenbedingungen	Welche Größenordnung betrifft das Vorhaben?	International	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie groß ist der Handlungsspielraum?	Gering	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie groß ist der Handlungsspielraum?	Mittel	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie groß ist der Handlungsspielraum?	Groß	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie hoch sind die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen für das Vorhaben?	Gering	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie hoch sind die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen für das Vorhaben?	Mittel	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie hoch sind die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen für das Vorhaben?	Hoch	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie viel Zeit steht für die Durchführung des Projektes zur Verfügung?	1 - 3 Monate	single choice
03 Rahmenbedingungen	Wie viel Zeit steht für die Durchführung des	6 Monate - 1 Jahr	single

bedingungen	Projekt zur Verfügung?		choice
03 Rahmenbedingungen	Wie viel Zeit steht für die Durchführung des Projektes zur Verfügung?	Länger als 1 Jahr	single choice
04 Verantwortliche	Wer ist für das Projekt verantwortlich?	Verwaltung	single choice
04 Verantwortliche	Wer ist für das Projekt verantwortlich?	Politik	single choice
04 Verantwortliche	Wer ist für das Projekt verantwortlich?	Andere institutionelle Akteur*innen	single choice
04 Verantwortliche	Wer ist für das Projekt verantwortlich?	Zivilgesellschaftliche Akteur*innen	single choice
04 Verantwortliche	Wie hoch ist der Kenntnisstand der Verantwortlichen zum Thema Bürger*innenbeteiligung?	Gering	single choice
04 Verantwortliche	Wie hoch ist der Kenntnisstand der Verantwortlichen zum Thema Bürger*innenbeteiligung?	Mittel	single choice
04 Verantwortliche	Wie hoch ist der Kenntnisstand der Verantwortlichen zum Thema Bürger*innenbeteiligung?	Hoch	single choice
04 Verantwortliche	Wer soll den Prozess durchführen und begleiten?	Interne Durchführung	multiple choice
04 Verantwortliche	Wer soll den Prozess durchführen und begleiten?	Externe Durchführung	multiple choice
04 Verantwortliche	Wer soll den Prozess durchführen und begleiten?	Externe Begleitung	multiple choice
04 Verantwortliche	Wer soll den Prozess durchführen und begleiten?	Keine externe Begleitung	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie viele Personen sollen ungefähr beteiligt werden?	Kleingruppe (<12 Teilnehmende)	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie viele Personen sollen ungefähr beteiligt werden?	Mittelgroße Gruppe (13 - 80 Teilnehmende)	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie viele Personen sollen ungefähr beteiligt werden?	Großgruppe (>80 Teilnehmende)	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie wird die Haltung der Teilnehmenden eingeschätzt, die erreicht werden sollen?	Motiviert und interessiert	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie wird die Haltung der Teilnehmenden eingeschätzt, die erreicht werden sollen?	Demotiviert und desinteressiert	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie wird die Haltung der Teilnehmenden eingeschätzt, die erreicht werden sollen?	Ablehnend und blockierend	multiple choice
05 Teilnehmende	Wie wird die Haltung der Teilnehmenden eingeschätzt, die erreicht werden sollen?	Wütend und enttäuscht	multiple choice
06 Haltung	In welcher Rolle sehen sich die Verantwortlichen im Beteiligungsprozess?	Beobachtend	single choice
06 Haltung	In welcher Rolle sehen sich die Verantwortlichen im Beteiligungsprozess?	Koordinierend und organisierend	single choice

06 Haltung	In welcher Rolle sehen sich die Verantwortlichen im Beteiligungsprozess?	Kontrollierend und führend	single choice
06 Haltung	In welcher Rolle sehen sich die Verantwortlichen im Beteiligungsprozess?	Mitarbeitend in Teilnehmendengruppe	single choice
06 Haltung	In welcher Rolle sehen sich die Verantwortlichen im Beteiligungsprozess?	Noch unklar	single choice
09 Verfahrensstruktur	Besteht Klarheit darüber, wer am Ende über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet?	Ja	single choice
09 Verfahrensstruktur	Besteht Klarheit darüber, wer am Ende über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet?	Nein	single choice
15 Umsetzung und Verstetigung	Wie soll die Umsetzung der Ergebnisse stattfinden?	Umsetzung durch Bürger*innen	multiple choice
15 Umsetzung und Verstetigung	Wie soll die Umsetzung der Ergebnisse stattfinden?	Umsetzung von offizieller Seite	multiple choice
15 Umsetzung und Verstetigung	Wie soll die Umsetzung der Ergebnisse stattfinden?	Umsetzung durch externe Finanzierung (z.B. Fördergelder)	multiple choice

7.4.2 Muster des Gelingens

Die folgenden Muster des Gelingens einer qualitativ hochwertigen Beteiligung sind durch die Bedingungen, ‚hinreichend‘, ‚notwendig‘ oder ‚ausschließend‘ mit den Antworten der Vorabfrage verknüpft. Für die Verdichtung wurden Hemmnisse und Möglichkeiten zur Aktivierung und Einbindung aus den Interviews herausgearbeitet (Nichtbeteiligtersicht) und um die auf der Fachkonferenz ausgearbeiteten Erfolgsfaktoren ergänzt (Expertenwissen). Alle gewonnenen und anschließend aufgearbeiteten Muster des Gelingens wurden den Kategorien der Beteiligungsleinwand zugeordnet.

Tabellarische Übersicht über die erarbeiteten Muster des Gelingens:

Kategorie	Titel	Problem	Lösung
01 Vorgesichte	klarer Neustart	Konflikte eskalieren, Planungs- und Kommunikationsfehler häufen sich, Fronten sind verhärtet, Interessenlagen sind komplex, Kosten explodieren etc.	Manchmal ist ein deutlich erkennbarer Neustart wichtig und hilfreich für alle Beteiligten, um ▸ sich neu positionieren zu können, ▸ sich von vergangenen Fehlentwicklungen abzugrenzen, ▸ sich mit erneuerter Bereitschaft und veränderter Perspektive grundsätzlich neu auf ein Vorhaben einzulassen.
01 Vorgesichte	Kontextanalyse	Bei der Planung eines neuen Projekts wurde der Kontext nicht oder nicht ausreichend beachtet. Das führt dazu, dass mit falschen Voraussetzungen und Annahmen operiert wird, die Missverständnisse und Fehlentwicklungen be-	Ein Vorhaben ist immer in einem thematischen und räumlichen Kontext eingebunden. Eine Kontextanalyse hilft, ▸ ein passgenaues Verfahren für das Vorhaben zu entwickeln sowie

		günstigen.	▶ Akteure und Faktoren zu identifizieren und ihre Beziehung zueinander zu verstehen.
01 Vorgesichte	frühzeitig anfangen	Häufig wird Beteiligung erst initiiert, wenn sich bereits Bürgerinitiativen gründen oder Konflikte auftreten. Wenn ein Vorhaben schon fortgeschritten ist, sind meist auch die Veränderungsspielräume sehr gering. Eine konstruktive Zusammenarbeit wird erschwert.	Beteiligung möglichst frühzeitig beginnen. Eine Kultur der transparenten Kommunikation und Beteiligung von Anfang an als selbstverständlich etablieren, indem ▶ Vorhaben frühzeitig veröffentlicht werden, ▶ schon in der Planung von Vorhaben und Beteiligungsmöglichkeiten ausgemacht werden.
01 Vorgesichte	Beteiligung über alle Prozessphasen ≠ Phase 0	Es gibt häufig die Vorstellung, Beteiligung sei ausschließlich dafür da, die Wünsche der Beteiligten zu sammeln und dann den normalen Planungsweg zu bestreiten. Häufig entstehen aber Konflikte erst inmitten des Planungsprozesses oder das Wissen der Beteiligten wird in Entwurf, technischer Planung oder Umsetzung benötigt.	Partizipation ist keine Phase 0 vor der Planung, sondern hilft in allen Planungsphasen. Es macht für den gesamten Verlauf Sinn, die enge Zusammenarbeit mit allen Akteur*innen zum Standard für das gesamte Verfahren zu machen und dabei sinnvolle Beteiligungsansätze zu wählen.
02 Intention	Coaching/Beratung	Wenn die Intention eines Vorhabens diffus und nicht deutlich formuliert ist, bestehen unter den Initiiierenden unklare oder divergierende Ansichten zu Anliegen, Rollen und Durchführung. Das kann daraus folgen, dass eine nicht zielführende Form der Beteiligung gewählt wird.	Ein Beteiligungscoaching hilft den Initiiierenden eines Projektes ihre eigenen Lösungen zu entwickeln; in Bezug auf: ▶ Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Aufgabenverständnis ▶ Position und Rolle, die sie im weiteren Verfahren einnehmen können bzw. wollen ▶ Initiierung des Beteiligungsverfahrens.
02 Intention	Beratung	Ein Beteiligungsverfahren ist ein sehr komplexer Vorgang, bei dem es viele Aspekte zu beachten und zu entscheiden gilt. Die Planung eines Verfahrens ohne spezifische Kenntnisse kann dazu führen, dass die Beteiligung misslingt.	Eine Beratung zum Thema Beteiligung kann die Initiiierenden eines Projektes dabei unterstützen ▶ einen Überblick über unterschiedliche Beteiligungsoptionen und Formate zu erhalten, ▶ eine qualifizierte Entscheidung zum weiteren Vorgehen und Verfahren zu treffen.
02 Intention	Eigene Intention klären	Nicht immer sind sich die Initiiierenden eines Beteiligungsverfahrens im Klaren oder einig darüber, zu welchem Zweck sie es durchführen. Im Laufe eines Verfahrens kann das zu Schwierigkeiten in der Kommunikation mit den Beteiligten führen. Es besteht die Gefahr,	Um die Ausrichtung eines Beteiligungsverfahrens intern zu klären und formulieren zu können, ist es wichtig, ▶ dass die verantwortlichen Akteur*innen sich über die Intention des Projektes austauschen können, ▶ festzulegen, welche Beteiligungs-

		dass Entscheidungen als intransparent wahrgenommen werden. Verunsicherungen bei anderen Akteur*innen können daraus resultieren.	intention verfolgt werden soll und ▸ dass die qualitative Zielsetzung des Vorhabens in Stichworten herausgearbeitet wird.
02 Intention	Notwendigkeit für Bürger*innenbeteiligung überprüfen	Bürger*innenbeteiligung ist nicht das Mittel zu jedem Zweck. Wenn Beteiligung in Situationen organisiert wird, in denen es eigentlich keinen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum gibt, kann dies eher kontraproduktiv sein. Dazu gehören z.B. Fälle, in denen es eher um die Kommunikation schon getroffener Entschlüsse geht.	Es gilt, die eigenen Intentionen und Beweggründe, Agenden und verborgenen Ziele für das jeweilige Thema genau und ehrlich zu überprüfen. Eine Bürger*innenbeteiligung sollte nur dann initiiert werden, wenn es tatsächliche Spielräume gibt und die Verantwortlichen ein genuines Interesse an der Meinung und / oder Mitarbeit anderer Akteur*innen haben. Andernfalls wird der Beteiligungsprozess zu einer Farce und hinterlässt meist nur verbrannte Erde.
03 Rahmenbedingungen	Verständliche Aufbereitung	Beteiligungsverfahren scheitern häufig daran, dass die Akteur*innen, meist Fachleuten, wichtige Zusammenhänge nicht verstehen, weil sie gar nicht oder kaum verständlich aufgearbeitet sind.	Gute Beteiligungsverfahren müssen alle relevanten Informationen, Rahmenbedingungen und Positionen gut verständlich aufbereiten, damit jede*r Teilnehmende sie verstehen und sich aneignen kann. Das bedeutet häufig, mit Visualisierungen und Übersetzungen in fremde Sprachen, aber auch von Fach- und Amtsdeutsch in Alltagsdeutsch, zu arbeiten.
03 Rahmenbedingungen	lokale Einheit (kleines Thema)	Das Thema und Ziel eines Beteiligungsprojekts wird zu unkonkret beschrieben. Akteur*innen nehmen nicht teil, da sie keinen direkten Bezug zu ihrer Lebenswirklichkeit herstellen können.	Die Relevanz der eigenen Teilnahme kann sichtbar gemacht werden, indem ▸ der Bezug des Themas zur lokalen Lebenswelt deutlich herausgestellt wird, ▸ der konkrete Nutzen benannt wird, ▸ Multiplikator*innen vor Ort als Personen des Vertrauens zur Teilnahme einladen.
03 Rahmenbedingungen	Ressourcen klären und kommunizieren	Jedes Verfahren hängt in Umfang und Tiefe von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Diese bestimmen häufig auch Dauer des Verfahrens, Anzahl der Teilnehmenden und Einsatz von Material sowie von technischen Hilfsmitteln. Hier können leicht Enttäuschungen oder Missverständnisse entstehen.	Zu Beginn eines Verfahrens sollte geklärt und transparent kommuniziert werden, welche Ressourcen für das Verfahren bzw. das gesamte Projekt zur Verfügung stehen. So können Enttäuschungen sowie falsche Erwartungen vermieden werden. Im besten Fall kann Unterstützung (für bestehende, transparent kommunizierte Ziele?) generiert werden.
04 Verantwortliche	Gemischte Kernteams	Teams, die nur eine Fachdisziplin abdecken, sind oftmals blind für ihre eigene Sprache und spezifische Herangehensweise.	Um Diversität als wichtiges Element eines inklusiven Beteiligungsverfahrens zu erreichen, ist es hilfreich, wenn das Kernteam

		Das kann dazu führen, dass Menschen ausgeschlossen werden, denen die gewählte Fachsprache des Kernteams und die Art ihres Vorgehens nicht vertraut ist / fremd sind. Es kann daher passieren, dass Personen aus Befremdung fern bleiben.	▶ sich durch Perspektivenvielfalt auszeichnet, ▶ über verschiedene Kompetenzen verfügt, ▶ unterschiedliche Vorgehensweisen aus den jeweiligen Professionen einbringt.
04 Verantwortliche	Selbst teilnehmen	Oftmals nehmen Verantwortliche nicht selber an der Beteiligungsveranstaltung teil. Dadurch entsteht bei vielen Akteur*innen der Eindruck, dass ihr Engagement nicht wertgeschätzt wird. Zusätzlich fördert es das Misstrauen, es handele sich nur um eine „Alibi-Beteiligung“, deren Ergebnis von den Verantwortlichen nicht ernst genommen wird.	Um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass das Verfahren von den Verantwortlichen ernst genommen wird, ist es notwendig, dass ▶ die eigene Teilnehmerrolle definiert ist, ▶ Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung entsprechend ihrer Rolle aktiv teilnehmen und, dass ▶ diese während des gesamten Verfahrens teilhaben und sichtbar bleiben.
05 Teilnehmende	Zufallsauswahl	Oft ist die Teilnehmendenschaft nicht repräsentativ für die Bürgerschaft in Hinblick auf ihre soziodemographischen Merkmale. Dies kann dazu führen, dass bestimmte Gruppierungen überdurchschnittlich hoch vertreten sind und den Prozess dominieren.	Durch die Zufallsauswahl kann sichergestellt werden, dass eine für die Gesamtheit repräsentative Gruppe an Bürger*innen angesprochen und auf den Prozess aufmerksam gemacht wird. Jedoch folgen nicht alle einer Einladung gleichermaßen. Deswegen kann es bei einer Zufallsauswahl sinnvoll sein, bestimmte Gruppierungen häufiger in die Zufallsauswahl aufzunehmen (z.B. doppelt so viele Personen unter 30 Jahren), damit die gewünschte Perspektivenvielfalt erreicht wird.
05 Teilnehmende	Wirkung aufzeigen	Oft fehlt möglichen Akteur*innen eine konkrete Vorstellung davon, was sie durch ihre Teilnahme an einem Beteiligungsverfahren bewirken können. Sie können ihre eigene Gestaltungsmacht nicht erkennen. Die fehlende Erfahrung der eigenen Wirkmacht führt dazu, dass die eigene Teilnahme als unwichtig und belanglos bewertet wird.	Die Bedeutung der Gestaltungsmacht durch eigene Teilnahme kann aufgezeigt werden, indem ▶ der Mehrwert der Beteiligung deutlich gemacht wird. ▶ anhand von Best-Practice-Beispielen erklärt wird, welchen Unterschied die eigene Teilnahme machen kann. ▶ anhand von Best-Practice-Beispielen positiv belegt wird, was Beteiligung bewirken kann.
05 Teilnehmende	Akteur*innenanalyse	Oftmals wird zu Beginn einer Beteiligung nicht analysiert, welche Akteur*innen passend zum Beteiligungsanlass angesprochen werden sollen. Das Einladungsmanagement ist	Um Akteur*innengruppen identifizieren zu können, die für das jeweilige Vorhaben zur Beteiligung eingeladen werden sollen, ist es wichtig ▶ zu klären, welche Beteiligungssintention verfolgt wird: Soll das

		dann nicht so angelegt, dass sich die, für das Verfahren bedeutenden Akteur*innen angesprochen fühlen. Jene, die eigentlich zur Beteiligung motiviert werden sollen, nehmen dementsprechend nicht teil.	Vorhaben durch Beteiligung legitimiert werden? Soll die Qualität des Ergebnisses erhöht werden? Sollen speziellen Gruppen ermächtigt werden? Oder ist das Projekt angelegt, um unser demokratisches System abzubilden? ▶ mit Kenner*innen des Projektfelds wichtige Akteur*innengruppen und entsprechende Multiplikator*innen zu lokalisieren. ▶ geeignete Ansprachewege festzulegen.
06 Haltung	Reflexivität der Haltung	Projektverantwortliche haben manchmal bei vorherigen Vorhaben schlechte Erfahrungen mit Beteiligung gemacht oder sind Beteiligung gegenüber grundsätzlich skeptisch eingestellt. Diese Skepsis wird von anderen Akteur*innen wahrgenommen. Das fördert eine Atmosphäre des Misstrauens. Denn wenn die Verantwortlichen, Beteiligungsverfahren nicht befürworten, wieso sollten sie dann deren Ergebnisse ernst nehmen?	Verantwortliche Akteur*innen können sich ihrer eigenen Haltung in Bezug auf das Thema Beteiligung bewusst werden, indem sie ▶ ihre Bereitschaft, Beteiligungsverfahren ernst zu nehmen, hinterfragen, ▶ ihre eigene Haltung reflektieren, ▶ ggf. die eigene Sicht auf Beteiligung weiten.
06 Haltung	Standpunkt beziehen	Aus Sorge davor, manipulativ zu wirken, beziehen viele Verantwortliche keinen klaren Standpunkt zu Themen des Beteiligungsprojekts. Das kann dazu führen, dass andere Akteur*innen verunsichert reagieren und den Eindruck bekommen, ihnen werden wichtige Informationen vorenthalten.	Damit eine sichtbare Auseinandersetzung mit allen Perspektiven zum Vorhaben stattfinden kann, ist es notwendig, dass auch die Verantwortlichen ▶ den eigenen Standpunkt verständlich artikulieren und Argumente benennen, ▶ die Bereitschaft mitbringen, den eigenen Standpunkt zu diskutieren, ▶ gewillt sind, den eigenen Standpunkt zu überdenken und ggf. zu ändern.
06 Haltung	Fehlerkultur entwickeln	Vielen Menschen, so auch den für ein Beteiligungsprojekt verantwortlichen Personen, fällt es möglicherweise schwer, Fehler einzugestehen. Andere Akteur*innen können so den Eindruck gewinnen, dass kein transparenter Dialog auf Augenhöhe möglich ist. Eine mangelnde Fehlerkultur mag viele potentiell Interessierte dazu	Verantwortliche können die Entwicklung einer positiven Fehlerkultur unterstützen, indem sie ▶ selbst mit gutem Beispiel vorangehen und Bereitschaft zeigen, eigene Fehler zu benennen, ▶ zu einer Arbeitsatmosphäre beitragen, in der Fehler als Lernschleifen der Projektentwicklung verstanden werden, ▶ das Verständnis fördern, aus Feh-

		veranlassen, den Organisator*innen zu misstrauen - ein gewichtiger Grund, nicht teilzunehmen.	lern gemeinsam lernen zu können.
06 Haltung	Beteiligung intern vorleben	Mehrstufige Hierarchie- und Entscheidungsstrukturen entsprechen nicht den Formen der Zusammenarbeit. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Logiken führt oft zu Widersprüchen und Konfliktpotential in Ablauf und Lösungsfindung während der Beteiligung.	Um die Etablierung einer Beteiligungshaltung zu unterstützen, ist es für das Organisationsteam hilfreich, auch intern ▶ eine kollaborative und ergebnisoffene Zusammenarbeit zu pflegen und ▶ prozessual zu arbeiten, so wie es auch innerhalb eines Beteiligungsprozesses notwendig ist.
06 Haltung	Wertschätzung	„Nicht gemeckert ist gelobt genug“ ist eine weit verbreitete Verhaltensweise. Die Teilnahme an Beteiligungsverfahren erfolgt freiwillig. Wird Engagement nicht sichtbar wertgeschätzt, werden Akteur*innen demotiviert und bleiben in der Folge dem Verfahren fern.	Während eines Beteiligungsverfahrens kann Wertschätzung in Form von Anerkennung ausgedrückt werden, indem ▶ den Teilnehmer*innen für ihr Engagement öffentlich gedankt wird. ▶ ihnen vermittelt wird, dass sie durch ihre Mitwirkung wesentlich und sinnvoll zum Vorhaben beitragen. ▶ gute Beiträge und positives Verhalten im Verfahren direkt gelobt werden.
06 Haltung	Eigeninitiative fördern und nutzen	Verantwortliche sind aufgrund fehlender Kapazitäten und Ressourcen oft überfordert, Vorhaben in der für einen vollen Erfolg notwendigen Ergebnistiefe zeitnah umzusetzen. Wird Eigeninitiative weiterer Akteur*innen nicht zugelassen, verbleibt die ganze Arbeit bei den Verantwortlichen. Wichtige Projekte geraten ins Stocken oder werden nicht umgesetzt.	Verantwortliche können die Eigeninitiative weiterer Beteiligter fördern, indem sie ▶ die Bereitschaft Anderer, sich zu engagieren, ernst nehmen und nutzen, um Projekte voranzubringen. ▶ überprüfen, wo sie Kontrolle zu Gunsten der Mitwirkung weiterer Akteur*innen abgeben können. ▶ Projektbereiche schaffen, in denen neue Formen des Zusammenwirkens von professionellen und zivilgesellschaftlichen Strukturen erprobt werden können.
07 Kommunikationsprinzipien	Transparenz	Aus Sorge davor, den Spielraum einer Beteiligung zu sehr einzuschränken oder zu beeinflussen, werden Rahmenbedingungen bzw. Standpunkte nicht deutlich artikuliert. Andere Akteur*innen gewinnen dadurch den Eindruck, dass kein transparenter Dialog stattfindet. Ein Klima der Intransparenz kann	Ein transparenter Dialog, der Vertrauen und gute Lösungen fördert, kann entstehen, indem ▶ ein öffentliches Bekenntnis der Verantwortlichen zu einem transparenten Verfahren erfolgt, ▶ alle Informationen zu Rahmenbedingungen, einschränkenden Faktoren und Spielräumen öffentlich bereitgestellt werden,

		destruktives Verhalten fördern, bei dem der Fokus darauf liegt, sich strategisch in Position zu bringen und eigene Agenden durchzusetzen.	► Positionen sämtlicher Akteur*innen zur Sprache gebracht werden ► ein kontinuierlicher Informationsfluss gewährleistet wird, ► Entscheidungswege und Ergebnisverwertung von Beginn an kommuniziert werden.
07 Kommunikationsprinzipien	Betroffenheit aufzeigen	Viele Beteiligungsthemen sind - besonders zu Beginn eines Vorhabens - abstrakt und betreffen die Lebenswirklichkeit von Menschen nur indirekt. Viele Akteur*innen fühlen sich daher zu dem Zeitpunkt, an dem die größten Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden sind, nicht angesprochen. Der nicht wahrnehmbare Zusammenhang zwischen dem Vorhaben und dem eigenen Alltag kann dazu führen, dass die als wichtig erachteten Akteur*innen nicht teilnehmen.	Die Bedeutsamkeit der eigenen Teilnahme kann aufgezeigt werden, indem ► frühzeitig über die Konsequenzen des Vorhabens informiert wird, ► ein Bewusstsein für die eigene Betroffenheit gefördert wird, ► die zukünftige Relevanz der Ergebnisse für die Lebenswirklichkeit durch Beispiele, Szenarien oder Zukunftsbilder dargestellt wird.
07 Kommunikationsprinzipien	Vertrauensbasis	Viele Menschen haben den Eindruck, dass ihre Stimme nicht zählt oder bei bestimmten Vorhaben nicht von Interesse ist. Es besteht ein weit verbreitetes Misstrauen, dass ‚die da oben letzten Endes ja doch machen, was sie wollen.‘ Der Eindruck, dass Beteiligung nur zum Schein durchgeführt wird und erarbeitete Empfehlungen keinen Einfluss haben, ist ein gewichtiger Grund für Nicht-Teilnahme.	Vertrauen in den Beteiligungsprozess kann geschaffen werden, indem ► genau artikuliert wird, wie mit den Ergebnissen verfahren wird, ► gegebene Versprechen verlässlich eingehalten werden, ► Vertrauen durch Beziehungen und persönliche Bindung geschaffen wird.
07 Kommunikationsprinzipien	Multiplikator*innen	Viele potenzielle Teilnehmende haben entweder keinerlei Kenntnis über die Teilnahmemöglichkeit an einem Beteiligungsverfahren, da sie aus unterschiedlichen Gründen nicht darauf aufmerksam gemacht werden konnten. Zu den Gründen kann gehören, dass sie über konventionelle Kommunikationswege, wie z. B. Ankündigungen in der Zeitung, auf Plakaten oder einer speziellen Internetseite, nicht erreicht wurden. Es kann auch passieren, dass wahrgenommene Veranstaltungsankündigungen aus unterschiedlichen Beweggründen	Es ist hilfreich, Multiplikator*innen einzubinden, die sich in dem jeweiligen Feld gut auskennen („Stallgeruch“) und als direkte Mittler*innen von Informationen dienen können. Als „Türöffner“ können sie außerdem erste Kontakte ermöglichen. Oft entsteht so eine Vertrauensbasis, die genutzt werden kann, um vorschnelle Bedenken aus dem Weg zu räumen und zur Teilnahme zu motivieren. Zusätzlich kann über die Multiplikator*innen auch ermittelt werden, wie Informationsmaterialien beschaffen

		trotzdem keine Teilnahme an Verfahren bewirken (z. B. kein Interesse an Teilnahme aufgrund Misstrauens gegenüber Veranstalter*innen, kein Zutrauen in eigene Kompetenz).	sein müssen, damit die jeweilige Zielgruppe erreichen.
08 Aktivierung und Inklusion	multiple Einladungswege	In vielen Beteiligungsverfahren wird während der Vorbereitung der Fokus auf die Planung der Beteiligungsveranstaltungen gelegt. Das führt dazu, dass das Einladungsmanagement in den Hintergrund rutscht. Da bestimmte Einladungsformen, z. B. über die Zeitung oder über Plakatwerbung, nur bestimmte Personengruppen erreichen, ist dann auch der Teilnehmer*innenquerschnitt unausgewogen.	Die Chance, alle Interessierten zum Beteiligungsverfahren einladen zu können, erhöht sich, indem die Einladung über verschiedenste Kanäle erfolgt, wie z. B. ▶ Multiplikator*innen vor Ort, ▶ niederschwellige Einladungsgespräche auf der Straße, ▶ Einladungsschreiben an alle Haushalte, ▶ Emailverteiler, ▶ Zufallsauswahl.
08 Aktivierung und Inklusion	bedürfnisorientierte Ansprache	Einladungstexte und Informationen zu Beteiligungsverfahren werden oftmals nicht von Medienexperten, sondern von den Verantwortlichen selber verfasst. Das führt dazu, dass die eigene Sprache verwendet wird. Diese ist jedoch häufig nicht geeignet, um die erwünschte Zielgruppe anzusprechen oder wird oftmals erst gar nicht verstanden. Dies hat wiederum die Nicht-Teilnahme der entsprechenden Zielgruppen zur Folge.	Eine bedürfnisorientierte Ansprache wird erreicht, indem ▶ der Sprachgebrauch der Zielgruppe angepasst wird, z. B. cool, konservativ, fachlich, jung. ▶ grundsätzlich eine leicht verständliche Sprache verwendet wird. ▶ bei Printprodukten auch das Layout ansprechend gestaltet ist.
08 Aktivierung und Inklusion	gastfreundliche Haltung	Unwirtliche Räume, keine Bewirtung sowie abweisend wirkendes Verhalten der Veranstalter*innen erzeugen den Eindruck fehlender Wertschätzung. Die Teilnahme an Beteiligungsverfahren erfolgt in der Regel ehrenamtlich. Der Eindruck, die eigene Mitwirkung werde geachtet, ist eine wichtige Motivationsgrundlage. Fehlt diese Form von Anerkennung, kann dies zu Enttäuschung und Desinteresse am weiteren Verfahren führen.	Wertschätzung der Teilnehmenden durch ihnen entgegengebrachte Gastfreundschaft zeigt sich unter anderem, indem ▶ der Veranstaltungsraum passend eingerichtet ist, ▶ sie freundlich und individuell mit Händedruck begrüßt werden, ▶ für Bewirtung gesorgt ist, ▶ man sich um eine Atmosphäre der Dankbarkeit und Wertschätzung bemüht.
09 Verfahrensstruktur	Regeln	Die Art des Umgangs unter den Beteiligten entscheidet maßgeblich über den Erfolg von Beteiligungsverfahren.	Ein gutes und faires Miteinander während eines Beteiligungsverfahrens kann erreicht werden, indem ▶ Verfahrensregeln aufgestellt und

		Werden Verfahrensregeln nicht deutlich kommuniziert, herrscht diesbezüglich Unklarheit in der Teilnehmendenschaft. Das kann dazu führen, dass manche Akteur*innen der Ansicht sind, diskriminierendes Verhalten oder auch Beleidigungen anderer seien geduldet.	deutlich kommuniziert werden, ▶ Anti-Diskriminierungsregeln festgelegt werden, ▶ Kommunikationsregeln gemeinsam entwickelt werden.
09 Verfahrensstruktur	Organisationsstrukturen	Vorhaben, die mit Beteiligung entwickelt werden, benötigen eine Organisationskultur, die die Komplexität des Vorhabens abbildet. Entspricht die Organisationsstruktur nicht dem Vorhaben, so passen Form und Inhalt nicht zusammen. Das erschwert die Durchführung des Projekts.	Die Komplexität eines Vorhabens kann in der Organisationsstruktur dadurch abgebildet werden, dass ▶ eine Mischung aus formellen und informellen Gremien zugelassen wird, ▶ eine Lenkungsgruppe über verschiedene Hierarchieebenen hinweg eingerichtet wird, ▶ intergenerationale Tandems etabliert werden.
09 Verfahrensstruktur	Flexibilität im Verfahren	Beteiligungsverfahren umfassen oftmals einen längeren Zeitraum. Die Formate und Methoden, die zu Beginn des Verfahrens sinnvoll erschienen, können sich durch die Projektentwicklung im Laufe des Verfahrens als nicht mehr geeignet erweisen. Dürfen sie nicht angepasst werden, so wird eine sinnvolle Entwicklung aufgrund unpassender Formate behindert.	Eine flexible Anpassung eines Beteiligungsverfahrens erfordert, dass ▶ die Verantwortlichen ein prozesshaftes Vorgehen unterstützen, ▶ Formate und Methoden während des Verfahrens den Gegebenheiten entsprechend gestaltet und verwendet werden (dürfen), ▶ ein interaktives Handeln gefördert wird.
10 Veranstaltungsorte	Raumbezug zum Thema	Die inneren - räumlichen und emotionalen - Landkarten, die Akteur*innen in Bezug auf ein Projekt im Kopf haben, unterscheiden sich in aller Regel von der Realität. Wird kein Bezug zum konkreten Projektort oder Projektgegenstand hergestellt, kann auch kein passendes Ergebnis des Beteiligungsverfahrens entwickelt werden.	Der räumliche Bezug eines Vorhabens kann innerhalb einer Beteiligung hergestellt werden, indem ▶ Veranstaltungen am Ort oder in der Nähe des Geschehens stattfinden, ▶ der Lebensweltbezug zwischen Thema und Akteur*innen verständlich dargestellt wird.
10 Veranstaltungsorte	Ortsqualität und Assoziierung	Räume haben eine eigene Atmosphäre, sie werden mit bestimmten Ereignissen oder Milieus assoziiert. Werden diese Bezüge nicht beachtet, so kann eine Raumwahl dazu führen, dass bestimmte Zielgruppen sich nicht angesprochen oder ausgeschlossen fühlen und daher nicht teilnehmen.	Die Wahl eines geeigneten Raumes für eine Beteiligungsveranstaltung ist möglich, indem ▶ die gängige Assoziierung mit dem Ort bewusst gemacht und reflektiert wird, ▶ ein öffentlicher Raum genutzt wird, ▶ ein allgemein akzeptierter Ort ausgewählt wird,

			▶ eine Verbindung zwischen Projektthema und Raum hergestellt wird.
10 Veranstaltungsorte	Erreichbarkeit	Manchmal ist es mit viel Zeit und Aufwand verbunden, gut erreichbare, geeignete Räumlichkeiten für das Beteiligungsverfahren zu finden. Gelingt das nicht, so stellt die Raumwahl ein großes Teilnahmehindernis dar. Personen nehmen nicht teil, da der Weg zu beschwerlich ist.	Die Erreichbarkeit eines Veranstaltungsorts kann gewährleistet werden, indem ▶ der Raum barrierefrei ist, ▶ er an die öffentlichen Verkehrsmittel angebunden ist, ▶ ausreichend Parkplätze vorhanden sind.
12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien	Raum für Emotionen	Häufig fokussieren Beteiligungsverfahren sachliche Themen oder es herrscht die Haltung vor, die sachliche Ebene könne alleine dazu beitragen, Probleme zu lösen. Dabei bestehen im Hintergrund häufig viele Emotionen, die das Verfahren prägen und beeinflussen. Dazu können Verletzungen, Ängste, Befürchtungen, Wut, aber auch Freude, Begeisterung und Hoffnung gehören. Werden diese Emotionen nicht adressiert, kann das Verfahren scheitern.	Es braucht Raum für Emotionen und die Transformation, insbesondere negativer Emotionen. Der Austausch über Gefühle sollte mithilfe einer geschulten Begleitung möglich sein, die darauf achtet, dass sich die Teilnehmenden ausreichend geschützt fühlen, um auf ihre Emotionen zu achten, über sie zu sprechen und mit ihnen zu arbeiten.
12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien	kollaborativ	Viele Partizipationsprozesse erreichen nur eine geringe Beteiligungstiefe, was aufgrund fehlender Identifikation zu Demotivation bei den Teilnehmenden führen kann. Ebenso können die teilnehmenden Personen nicht ihre gesamten Ideenvielfalt und ihr Wissen einbringen, da sie oft nicht aktiv eingebunden werden.	Durch die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung können die Teilnehmenden ihr kreatives Potential entfalten. In Prozessen der Zusammenarbeit, in denen nicht nur Meinungen und Gedanken, sondern auch Fähigkeiten und vielfältige Potentiale aller Beteiligten zueinander finden und in einen produktiven Entwicklungsprozess einfließen, können konkrete und realisierbare Ergebnissen erreicht werden.
12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien	Visionen, Innovationen und Emergenz	Die Entwicklung eines Projekts kann unter der Prämisse ‚mehr des Gleichen, nur besser‘ stattfinden oder den Anspruch verfolgen, innovativ zu sein. Es können sich keine neuen Ideen in Beteiligungsverfahren entfalten, die jeden Vorschlag sofort mit dem Argument der Finanzierbarkeit, mit einem Verweis auf Realismus oder mit Zweifeln an der Umsetzbarkeit im Keim ersticken.	Die Förderung innovativer Ideen kann unterstützt werden, indem ▶ die Formulierung von Visionen ermöglicht wird, ▶ ein Umgang mit Blockierer*innen und Pessimist*innen gefunden wird, ▶ Transformationsprozesse zugelassen werden.
12 Veranstaltungs-	zielgruppen-gerechte For-	Oft werden die angebotenen Formate nicht speziell an eine Ziel-	Es ist von großer Bedeutung, die Formate und Methoden an die jeweiligen

charakter / Durchführungsprinzipien	mate	gruppe angepasst, da eine Auseinandersetzung mit dieser nicht stattfindet. Vielmehr werden die Teilnehmenden als eine relativ homogene Gruppe angesehen, spezielle Bedürfnisse finden hierin keine Berücksichtigung. Zusätzlich orientieren sich die Formate oft an dem Wissen der Konzipierenden bzw. Durchführenden und sind für die Teilnehmer*innenschaft nicht geeignet. Das Potential der Teilnehmenden kann so nicht vollständig bis gar nicht ausgeschöpft werden.	Zielgruppen anzupassen, um allen Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Dazu ist eine Zielgruppenanalyse notwendig. Zur weiteren Auseinandersetzung sollten Mittler*innen dieser Zielgruppe bei der Verfahrenskonzeption eingebunden werden, um sicherzugehen, dass die Formate passend gewählt sind und ausgestaltet werden können. Sollte die Zielgruppe nicht bekannt sein, gibt es Methoden- und Formatkombinationen, mit denen eine Binnendifferenzierung (Möglichkeit, den Partizipationsprozess für unterschiedliche Partizipierende verschieden zu gestalten) während der Veranstaltung leichter zu realisieren ist.
12 Veranstaltungscharakter / Durchführungsprinzipien	neutrale, professionelle Moderation	Viele Verfahren werden von Moderator*innen durchgeführt, die wenig Erfahrung mit Beteiligungsprozessen und deren Dynamik haben. Das führt dazu, dass Veranstaltungen kontraproduktiv verlaufen und wenig den Akteur*innen wenig Spielraum bieten, in denen Teilnehmende ergebnisorientiert an Lösungen arbeiten können. Auch können emotionale Situationen eskalieren.	Ein*e professionelle*r Moderator*in ▸ ist eine externe Person, ▸ wahrt gegenüber allen Parteien Neutralität, ▸ wendet moderne Moderations- und Mediationsmethoden an, ▸ kann Emotionen und Ratio vermittelnd übersetzen.
14 Nachbereitung / Evaluation	Ergebnisse kommunizieren	Häufig kommt es vor, dass Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens zu spät, zu spärlich oder gar nicht kommuniziert werden. Akteur*innen erhalten so den Eindruck, dass ihre Teilnahme am Beteiligungsverfahren nichts bewirkt habe und daher Zeitverschwendung war. Auch nimmt das Misstrauen zu, es handele sich um eine Alibi-Veranstaltung und die Entscheider*innen täten im Nachgang sowieso das, was sie beabsichtigten - das, was sie auch ohne einen Beteiligungsprozess durchgesetzt hätten.	Eine transparente Kommunikation der Ergebnisse eines Beteiligungsverfahrens besteht darin, dass ▸ schon zu Beginn des Verfahrens erläutert wird, wie Ergebnisse veröffentlicht werden, ▸ die Ergebnisse auf einer Abschlussveranstaltung vorgestellt werden, ▸ diese in Form einer öffentlich zugänglichen Dokumentation (nach max. 12 Wochen) allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden.
14 Nachbereitung / Evaluation	Entscheidungen kommunizieren und erklären	Entscheidungen, die auf Grundlage der Empfehlungen eines Beteiligungsverfahrens von den Verantwortlichen getroffen werden, sind häufig nicht transparent kommuniziert.	Entscheidungen können erklärt werden, indem ▸ Rechenschaft für institutionelle Entscheidungen abgelegt wird, ▸ Entscheidungsergebnisse transparent und verständlich kommuniziert werden.

		Akteur*innen können dadurch nicht nachvollziehen und nur schwer verstehen, dass es Abweichungen zwischen Beteiligungsergebnissen und Entscheidungen gibt. Leicht entsteht der Eindruck, dass die eigene Mitwirkung Zeitverschwendung gewesen sei, es sich um eine Alibi-Veranstaltung gehandelt habe und Entscheider*innen im Nachgang sowieso das täten, was sie machen möchten.	niziert werden, ▶ Entscheidungswege erläutert werden, ▶ ab Beginn des Beteiligungsverfahrens immer wieder zur Sprache gebracht wird, wie mit den Beteiligungsergebnissen umgegangen wird und das vereinbarte Vorgehen verlässlich eingehalten wird.
15 Umsetzung und Verstetigung	Eigeninitiative	Verantwortliche sind aufgrund fehlender Kapazitäten und Ressourcen oft überfordert, Vorhaben in der für einen vollen Erfolg notwendiger Ergebnistiefe zeitnah umzusetzen. Wird Eigeninitiative weiterer Akteur*innen nicht zugelassen, verbleibt die ganze Arbeit bei den Verantwortlichen. Wichtige Projekte können ins Stocken geraten oder werden nicht umgesetzt. Die Befürchtung vieler Akteur*innen, dass die erarbeiteten Ergebnisse in einer Schublade verschwinden, wird dadurch bestätigt. Sie werden in Zukunft wohl nicht mehr an Beteiligungsverfahren teilnehmen.	Eigeninitiative von Akteur*innen kann gefördert werden, indem ▶ sie wertgeschätzt und als positiv wahrgenommen wird, ▶ bottom-up Strukturen aufgebaut werden, ▶ Akteur*innen in die Umsetzung von Projekten aktiv eingebunden werden, ▶ Bürger*innen projekte finanziell unterstützt werden.
15 Umsetzung und Verstetigung	Verbindliche Umsetzung	Zwischen der Durchführung von Beteiligungsverfahren und der Umsetzung eines Projektes verstreicht oftmals viel Zeit. Auch wird auf Seiten der Verantwortlichen Beteiligung häufig als ein in sich geschlossener Teilbereich eines Vorhabens wahrgenommen, der nicht mit der Umsetzung verbunden ist. Das führt dazu, dass Akteur*innen den Eindruck gewinnen, ihre Beteiligung ziehe keinen Effekt nach sich. Sie werden demotiviert und verlieren oftmals ihr Interesse an Beteiligung.	Das Vertrauen in die Umsetzung von Beteiligungsprojekten kann gefördert werden, indem ▶ das Verständnis gepflegt wird, dass auch die Projektumsetzung Teil des partizipativen Prozesses ist, ▶ Kontinuität in der Fortführung sichtbar gemacht wird, ▶ zeitnah mit der Umsetzung begonnen wird, ▶ Verbindlichkeit geschaffen wird, ▶ Umsetzungsversprechen eingehalten werden.

7.4.3 Formate

Innerhalb des Webtools werden für den jeweiligen Anwendungszweck passende Formate angezeigt. Die ausgearbeiteten Formate werden auf die gleiche Weise wie die Muster des Gelingens angezeigt und sind ebenfalls mit den Antworten der Vorabfrage verknüpft. Sie sind der Kategorie 13 ‚Formate‘ der Beteiligungsleinwand zugeordnet.

Die aufgearbeiteten Formate sind nachfolgend in Einzeltabellen gelistet. Für ein besseres Verständnis der Formattabellen findet sich an dieser Stelle zunächst eine Erklärungstabelle:

Titel des Formates

Feld	Unterkategorie	Erklärung
Daten	Veranstaltungsdauer	Kurz = unter 1 Tag
		Mittel = 1 – 3 Tage
		Lang = über 3 Tage
	Gruppengröße	Klein = bis 12 Personen
		Mittelgroß = 13 bis 80 Personen
		Groß = über 80 Personen
Anlass	Partizipationsmodus	Informativ = Formate, in denen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern durch die Information über Sachverhalte definiert wird. In einigen Fällen gibt es dann die Möglichkeit auf diese Informationen zu reagieren (Abstimmungen, Eingaben, Antworten). Die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Beteiligten ist gering. Deliberativ = Der deliberative Modus beschreibt eine vertiefende Kommunikation unter allen Beteiligten. Diskussionen, Redeveranstaltungen und Meinungsbildung prägen diese Form von Beteiligung. Dem kommunikativen Austausch der Beteiligten wird aber eine entscheidende Bedeutung beigemessen und die Beteiligten verfügen über mehr Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als in rein informativen Beteiligungsverfahren. Kollaborativ = Der kollaborative Modus zeichnet sich durch eine aktive Zusammenarbeit aller Teilnehmenden aus. Sie gehen über den Austausch von Informationen, Meinungsäußerungen und eine ausschließlich gesprächsorientierte Auseinandersetzung hinaus. Stattdessen führen die Teilnehmenden methodische Arbeitsschritte analog zu den Tätigkeiten professioneller Entwickler und Gestalter durch.
		Mit welcher Zielsetzung wird dieses Format eingesetzt?
		Es geht darum zu klären, für welche Beweggründe, für welche Gelegenheiten das jeweilige Format geeignet ist.
Beschreibung		Worum handelt es sich genau (Ursprung, Vorgehensweise, Ablauf etc.)?
Durchführung	Kurzerklärung	Es werden die Eckdaten des Formats dargestellt, d.h. Teilnehmendenzahl und Veranstaltungsdauer.
	Vorbereitung	Wie aufwendig ist die Vorbereitung? Was muss vorbereitet werden?

	Phasen	Wie läuft die Durchführung ab?
	Zu beachten	Worauf muss bei diesem Format geachtet werden?
	Ergebnis	Was entsteht durch die Anwendung des Formats?
Quellen und Beispiele		Es werden relevante Quellen genannt, die für die Zusammenstellung der Informationen verwendet wurden.

21st Century Town Hall Meeting

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: mittel Gruppengröße: mittelgroß bis groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▸ zielgerichtete Mitarbeit an Veränderungs- und Gestaltungsprozessen ▸ Entscheidungsfindung für lokale, regionale oder nationale Themen ▸ Themenvermittlung und Anregungen für Politikerinnen und Politiker ▸ nachhaltige systemische Veränderungen eines Entscheidungsprozesses
Beschreibung:	Beim ‚21st Century Town Hall Meeting‘ handelt es sich um eine ortsungebundene Versammlung von Bürgern und Bürgerinnen, bei der elektronisch über ein bestimmtes Thema abgestimmt wird. Das Format wurde 1997 von der in Washington, D.C., ansässigen und bis 2014 bestehenden US-amerikanischen NGO „America Speaks“ entwickelt. ‚21st Century Town Hall Meeting‘ dient dazu, verbindliche Entscheidungen zu meist lokalen oder regionalen Fragen zu treffen. Besonders geeignet für das Format sind öffentliche Anliegen, die den Bereichen Politikdurchführung und -planung sowie Ressourcenallokation zugeordnet werden können. (Ressourcenallokation bedeutet die Verteilung knapper Ressourcen, die zur Herstellung von Gütern und Waren benötigt werden, z.B. Arbeit, Rohstoffe, Boden und Kapital.)
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Format wird durch die Politik oder die Verwaltung initiiert und bietet eine hohe Transparenz über die Verfahrensziele. Die Präsenzveranstaltung dauert einen Tag und kann für einen Personenkreis von 50 bis zu 5.000 Personen organisiert werden. Bei einer großen Gruppe kann die Präsenzveranstaltung auch an mehreren Orten gleichzeitig stattfinden. Die Teilnehmenden sind dabei untereinander elektronisch vernetzt. Vorbereitung: Die Öffentlichkeit muss bereits im Vorfeld durch Medienberichte über das ‚21st Century Town Hall Meeting‘ (die Versammlung der Bürgerinnen und Bürger) informiert werden, um die Legitimität und eine entsprechend große Zahl von Teilnehmenden sicherzustellen. Ebenfalls können Onlineumfragen zur Themenfindung geschaltet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden auf Basis soziodemographischer Kriterien ausgewählt, womit ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung abgebildet werden soll. Die ausgewählten Teilnehmenden erhalten Informationsmaterial für die Vorbereitung auf die Veranstaltung. Phasen:

1. An Tischen mit 10 bis 12 Personen diskutieren die Teilnehmenden über das entsprechende Thema, und werden dabei von der Moderation angeleitet.
2. Anschließend werden die einzelnen Ergebnisse in einem zentralen Computersystem eingegeben. Durch eine Live-Übertragung werden die Ergebnisse an allen Veranstaltungsorten angezeigt.
3. Die letzten 30 Minuten werden für Stellungnahmen zu den Ergebnissen und für eine Evaluation genutzt. Am Ende besprechen alle das weitere Vorgehen.

Zu beachten:

Da sich das Thema auf die aktuelle Politik und reale Ressourcen bei gleichzeitig hohem Kosten- und Zeitaufwand bezieht, bedarf es einer gründlichen Vorbereitung (s. oben).

Ergebnis:

Nach Beendigung der Großveranstaltung wird ein Abschlussbericht öffentlich zugänglich gemacht. Es gibt darüber hinaus diverse Möglichkeiten, den Prozess fortzuschreiben, z. B. durch Informationen über den Stand der Umsetzung, das Angebot vertiefender Umfragen etc.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 8f.

BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. *Beteiligungskompass – 21st Century Town Hall Meeting* [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/132> [Accessed 10.01.2017].

Adhocracy

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Debatten ► öffentliche, transparente Diskussion gesellschaftlicher Themen ► Plattform für Dialog auf Augenhöhe zwischen Bürgern, Bürgerinnen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Beschreibung:	Die Internetplattform ‚Adhocracy‘ dient dem transparenten Meinungsaustausch zwischen der Bevölkerung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung. adhocracy.de wurde von dem Verein Liquid Democracy e.V. entwickelt. Eine Person oder eine Institution (NGO, Unternehmen, Politik etc.) gründet eine Gruppe auf der Plattform und kann anschließend Teilnehmende einladen. Die Teilnehmenden formulieren ihre Meinung zum Thema. Die Diskussion dabei ist für alle sichtbar, d.h. sowohl für die Schreibenden als auch für alle Besucherinnen und Besucher der Internetseite.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die Dauer ist nicht im Vorhinein festgelegt, sie kann von jeder Gruppe individuell festgelegt werden. Üblich sind mehrere Wochen. Auch die Anzahl der

Teilnehmenden kann flexibel und individuell gehandhabt werden.

Vorbereitung:

Es wird keine Vorbereitung benötigt, außer der Bereitstellung der Plattform bzw. der Gründung einer entsprechenden Gruppe auf adhocracy.de.

Phasen:

„Adhocracy“ hat keinen vorgeschriebenen Ablauf. Sobald eine Gruppe zu einem Thema eingerichtet ist, können die Teilnehmenden öffentlich sichtbar Ideen einbringen, Vorschläge anderer bewerten und Standpunkte beziehen.

Zu beachten:

Bei „Adhocracy“ handelt es sich lediglich um eine Plattform. Alles weitere hängt von der jeweiligen Gruppenmoderation ab. Alle Aktivitäten auf der Plattform können auch ohne Registrierung nachvollzogen werden, da es nicht möglich ist, Beiträge zu löschen.

Ergebnis:

Das Ziel von „Adhocracy“ ist der reine Meinungsaustausch.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 76ff.

BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. *Beteiligungskompass – Adhocracy* [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/239> [Accessed 10.01.2017].

LIQUID DEMOCRACY E.V., o.D. *Adhocracy* [Online]. Available: <https://www.adhocracy.de/> [Accessed 10.01.2017].

Appreciative Inquiry

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: mittel bis lang Gruppengröße: für alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ und kollaborativ
Anlass:	▶ Stärkung des „Wir-Gefühls“ ▶ Weiterentwicklung gesellschaftlicher Aktivitäten ▶ Erarbeitung konkreter Aufgabenstellungen ▶ strategische Neuausrichtung
Beschreibung:	Es handelt sich um eine moderierte Versammlung, in der mithilfe positiven Denkens Veränderungsprozesse geplant werden, um sie gemeinsam in der Zukunft zu verwirklichen. Das Format „Appreciative Inquiry“ entstand 1980, als sich die Doktoranden David Cooperrider und Suresh Srivastva an der Case Western Reserve University, Cleveland, Ohio (USA), mit „organisational behaviour“ beschäftigten. Die Beteiligten tauschen sich über erfolgreiche Erfahrungen aus, die sie zu dem jeweiligen Thema gemacht haben. Daraufhin entwickeln sie auf Basis dieser Erfahrungen Visionen für Verbesserungen sowie Möglichkeiten, diese umzusetzen, z. B. durch die Übertragung von Mustern des Gelingens aus der Vergangenheit. Das Ziel ist es, einen langfristigen und anhaltenden Veränderungsprozess anzustoßen.

Durchführung:	Kurzerklärung: Das Format ist variabel einsetzbar: Es eignet sich für eine einzelne Tagesveranstaltung bis hin zu einer langjährigen Maßnahme. Man kann es für einzelne Personen, Kleingruppen oder Großgruppen nutzen. Teil des Formats sind Einzelbefragungen der Teilnehmenden und Phasen im Plenum oder Kleingruppen. Das Format wird für Themen eingesetzt, welche die Gruppen oder Einzelpersonen direkt betreffen. Vorbereitung: Die wertschätzende Befragung erfordert eine Moderation, die mit Einzelnen und verschiedenen Gruppengrößen arbeiten kann. Abhängig vom Konzept und Umfang des Themas sieht das Format flexible und großzügige Räumlichkeiten vor. Phasen: Die Durchführung besteht aus vier Schritten: 1. Die wertschätzende Befragung der Teilnehmenden zu persönlichen Erfahrungen steht am Anfang des Prozesses und gibt dem Format seinen Namen. Die Fragen können lauten: „Was schätzen Sie besonders an ...?“ oder „Was kann in der Zukunft aus diesen positiven Erkenntnissen entwickelt werden?“. 2. Im nächsten Schritt werden persönliche Erfolgsbeispiele aus der Vergangenheit benannt. 3. Im Anschluss geht es darum, die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Die Teilnehmenden entwickeln durch die erzählten positiven Eindrücke eine gemeinsame Zukunftsvision und einen Maßnahmenkatalog für deren Umsetzung. Eine andere Variante ist die Erarbeitung von entsprechenden Maßnahmen durch ein externes Team. Dieser Plan wird durch die Teilnehmenden überarbeitet, bis sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. 4. Im letzten Schritt wird ein Aktionsplan erstellt, der beschreibt, wie die Maßnahmen umgesetzt werden. Zu beachten: Ergebnisoffenheit ist von großer Bedeutung für ‚Appreciative Inquiry‘. Ergebnis: Das Ergebnis ist ein Aktionsplan mit langfristigen Zielen.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S.10ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Appreciative Inquiry</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/129 [Accessed 10.01.2017]. MOHR, B., WATKINS, J., M. o.D. <i>AI History and Timeline</i> [Online]. Available: http://www.appreciativeinquiry.case.edu/intro/timeline.cfm [Accessed 10.01.2017].

Bar Camp

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: mittel bis lang

	Gruppengröße: mittelgroß bis groß Partizipationsmodus: informativ bis deliberativ
Anlass:	▸ Entwicklung kreativer Vorschläge und Ideen ▸ offene und transparente Diskussionen ▸ Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und Vernetzung der Teilnehmenden
Beschreibung:	Bar Camps sind moderierte Veranstaltungen, die sich in ihrer Durchführung an der Open Space-Methodik orientieren. Das ‚Bar Camp‘ hat seinen Ursprung in den USA und ist ein relativ neues Format, welches 2005 zum ersten Mal in Palo Alto, Kalifornien, zur Anwendung kam. Es besteht aus, von Teilnehmenden initiierten Vorträgen und Diskussionsrunden, zu denen alle Interessierte willkommen sind und an denen sie sich beteiligen können.
Durchführung:	Kurzerklärung: Bar Camps sind ein- bis mehrtägige Veranstaltungen für mittelgroße Gruppen, mit durchschnittlich 12 - 20 Teilnehmenden. Die Gruppengröße kann auch bis zu 100 Personen betragen. Innerhalb des Bar Camps finden parallel mehrere Sessions statt. Vorbereitung: Zur Teilnahme an Bar Camps wird im Vorfeld über elektronische Medien eingeladen. Der Ort der Veranstaltung sollte genügend Raum für die Großgruppe bieten. Auch sollten mehrere Tagungs- und Seminarräume verschiedener Größen vorhanden sein, in welchen die einzelnen Sessions abgehalten werden können. Phasen: 1. Zu Beginn der Tagung werden im Plenum die Themen der Veranstaltung diskutiert und gemeinschaftlich festgelegt. Alle Teilnehmenden, die ein spezifisches Thema behandeln möchten, stellen dieses während der Eröffnungsveranstaltung vor. Das Plenum stimmt per Handzeichen ab, ob und wieviel Interesse an dem vorgestellten Thema besteht. Nachfolgend werden die Seminarräume den Themen und der entsprechenden Gruppengröße zugeordnet. 2. Je nach Menge der Themen finden im Tagesverlauf mehrere Blöcke an Sessions, mit einer durchschnittlichen Dauer von jeweils 60 Minuten, statt. In der Regel werden drei bis vier Sessions parallel durchgeführt. Diese bestehen meist aus Vorträgen oder Diskussionen. 3. Nach Veranstaltungsende wird eine Dokumentation aller Ergebnisse zusammengetragen. Hierbei sind alle Mitwirkenden angehalten, ihre Meinungen, Eindrücke und Ergebnisse der einzelnen Sessions auf einer entsprechenden elektronischen Plattform zu dokumentieren und somit für alle Teilnehmenden zur Verfügung zu stellen. Zu beachten: Für ein positives Gesamtergebnis und um die Zufriedenheit der Teilnehmenden zu fördern, ist es seitens der Veranstaltungsorganisation wichtig, Vertrauen in die Eigendynamik der Veranstaltung und die Teilnehmenden zu haben, d.h. in die Sessions und die Arbeitsabläufe der einzelnen Gruppen so wenig wie möglich einzugreifen.

Quellen und Beispiele:	Ergebnis: Während eines Bar Camps können neue Ideen entstehen und die Umsetzung ebenjener ermöglicht werden. ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 13ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Bar Camp</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/295 [Accessed 10.01.2017]. PATZIG, F. 2007, <i>Was ist eigentlich Bar Camp</i> [Online]. Available: http://www.franztoo.de/?p=113 [Accessed 10.01.2017]
------------------------	---

Bürgergutachten/Planungszelle

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Meinungsbilder sowie Lösungsansätze zu einem bestimmten Thema aus der Bevölkerung erhalten ▶ Empowerment der Bürgerinnen und Bürger ▶ Einbindung von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischem Interesse
Beschreibung:	Zufällig ausgewählte Bürger und Bürgerinnen bearbeiten eine Woche lang das festgelegte Thema, an dessen Ende ein Gutachten vorgelegt wird. Das Format wurde von Prof. Dr. Peter C. Dienel als planungsorientiertes Verfahren Anfang der 1970er Jahre in Berlin entwickelt. Nach einer Anhörung von Expertinnen und Experten im Plenum arbeiten die Teilnehmenden in Kleingruppen. In immer wieder neu zusammengesetzten Gruppen werden thematische Vorschläge entwickelt, die am Ende in ein Gutachten münden.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die ‚Planungszelle‘ besteht aus 25 Personen, welche nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Dadurch soll ein breiter und zufälliger Querschnitt der Gesellschaft abgedeckt werden. Eine ‚Planungszelle‘ nimmt ca. fünf Tage in Anspruch. Vorbereitung: Die Expertinnen und Experten sowie Vertreter und Vertreterinnen von Interessengruppen werden gemeinsam von einem Organisationsteam und der lokalen Bevölkerung ausgewählt. Die Moderation lädt die ausgewählten Mitglieder der Interessengruppen ein und bereitet das Informationsmaterial für die Teilnehmenden vor. Phasen: Phasen 1. Zu Beginn der Veranstaltung legen Interessenvertretungen, Expertinnen, Experten und Betroffene ihre jeweilige Sichtweise auf die Thematik dar. 2. Die Teilnehmenden setzen sich in wechselnden Kleingruppen über ihre

- Sichtweisen auseinander und entwickeln Lösungsansätze.
- Die Ideen der einzelnen Gruppen werden im Plenum präsentiert, um anschließend in einem Gutachten zusammengefasst zu werden. Hier gibt es die zusätzliche Möglichkeit, von der Mehrheitsmeinung abweichende Meinungen bezüglich der Beurteilung der Empfehlungen schriftlich auszuführen.

Zu beachten:

Die Teilnehmenden werden in der Regel für die Dauer der Veranstaltung von allen beruflichen und sonstigen Verpflichtungen entbunden.

Ergebnis:

Es entsteht ein Gutachten mit Empfehlungen aus der Bevölkerung an die Politik und Verwaltung. Die Vorschläge sind bereits durch die Gruppe hinsichtlich ihrer Relevanz beurteilt.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 15ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Planungszelle</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/194 [Accessed 10.01.2017]. REINERT, A., 1998. <i>Mobilisierung der Kompetenz von Laien – Die Methode Planungszelle/Bürgergutachten</i> In: APEL, H., DERNBACH, D., KÖDERPETER, T., WEINBRENNER P. (ed.), <i>Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch</i>, Bonn, Stiftung MITARBEIT, S. 115-126.
------------------------	--

Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	- Integration von Ideen aus der Bevölkerung in den Haushaltsplan - Optimierung der wirtschaftlichen Bedarfsplanung - größeres Vertrauen in die lokale Politik und Verwaltung ermöglichen
Beschreibung:	Den Bürgerinnen und Bürgern wird die Möglichkeit gegeben, zu einem festgelegten Bereich des kommunalen Haushalts oder zum Gesamthaushalt Vorschläge einzubringen. Der Ursprung des Formats liegt in Porto Alegre, Brasilien, wo es 1989 erstmalig als kommunale Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung initiiert wurde. Gleichzeitig entstand eine ähnliche Form des Bürgerinnen- und Bürgerhaushalts auch in Christchurch, Neuseeland. Das Prinzip hat sich seitdem länderspezifisch weiterentwickelt und findet weltweit Anwendung in unterschiedlichen Ausprägungen. Bürgerinnen und Bürger bekommen ausführliche Informationen über die kommunalen Einnahmen, Ausgaben sowie Verpflichtungen des kommunalen Haushalts und können anschließend Vorschläge für den nächsten Haushalt einreichen. Je nach Fokus des Bürgerinnen- und Bürgerhaushalts geht es entweder darum, Ideen und Varianten für eine Haushaltskonsolidierung zu sammeln oder Vorschläge für potentiell neue Ausgaben einzureichen. Der Kom-

Durchführung:	munalrat entscheidet am Ende, welche Empfehlungen davon umgesetzt werden. Anschließend wird die Bevölkerung über die umzusetzenden Empfehlungen informiert. Kurzerklärung: Die Dauer des gesamten Verfahrens hängt vom Umfang des Bürger- und Bürgerinnenhaushalts ab. Es kann über Wochen oder über Monate durchgeführt werden. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind eingeladen, sich zu beteiligen. Vorbereitung: Ein ‚Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt‘ erfordert eine umfangreiche Vorbereitung: Die Bereitstellung einer Plattform für das Einreichen und Bewerten von Vorschlägen, die Zusammenstellung von Informationen über den aktuellen Haushalt, die Öffentlichkeitsarbeit, um auf den Bürger- und Bürgerinnenhaushalt aufmerksam zu machen usw. Phasen: 1. Zunächst wird den Bürgern und Bürgerinnen Material an die Hand gegeben, damit sie sich über den bisherigen Stand des Haushalts informieren können. 2. In der anschließenden Konsultationsphase werden die Ideen der Beteiligten gesammelt, diskutiert und durch die gesamte Gruppe nach Priorität bewertet. 3. Die Verwaltung prüft daraufhin die Empfehlungen, unter anderem auf die Relevanz und legt die für geeignet befundenen Vorschläge dem Rat zur Beschlussfassung vor. 4. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, nach Abschluss des Formats zu erfahren, nach welchen Kriterien ausgewählt wurde und welche Ideen schließlich umgesetzt werden. Zu beachten: Eine klare Kommunikation und ausreichende Informationen sind eine Grundvoraussetzung für den ‚Bürgerinnen- und Bürgerhaushalt‘, um bei der Bevölkerung keine falschen Erwartungen zu wecken und zu gewährleisten, dass Vorschläge realistisch formuliert werden können. Ergebnis: Das Ergebnis eines Bürgerinnen- und Bürgerhaushalts ist die Integration von Vorschlägen aus der Bevölkerung in den nächsten kommunalen Haushalt.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 17ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Planungszelle</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/155 [Accessed 10.01.2017]. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, ENGAGEMENT GLOBAL GGMBH, BBE GESCHÄFTSSTELLE GGMBH o.D. <i>Bürgerhaushalt</i> [Online]. Available: http://www.buergerhaushalt.org/de/faq_bhh#n63 [Accessed 10.01.2017].

Bürgerrat (engl. Wisdom Council)

Feld	Informationen
------	---------------

Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: klein Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Heraus kristallisieren eines Lösungsansatzes ▶ Herausbildung eines gemeinsamen Standpunktes zu einem wichtigen Thema
Beschreibung:	In einem Bürger- und Bürgerinnenrat arbeiten 12 zufällig ausgewählte Personen an einem selbstgewählten - in der Regel lokalen - Thema mit dem Ziel, einen konsensfähigen Beschluss zu fassen. Der ‚Wisdom Council‘, der ‚Rat der Weisen‘ oder auch ‚Bürgerrat‘ genannt, basiert auf den Traditionen nordamerikanischer Indigener und wurde von Jim Rough, US-amerikanischer Berater für Organisationsentwicklung, zu einer neuen Methode weiterentwickelt. Bürgerräte beschäftigen sich mit Angelegenheiten, die sich auf das Wohlergehen der lokalen oder auch regionalen Gemeinschaft beziehen. In den Beratungen sollen durch den Austausch Lösungen für konfliktreiche Themen oder inhaltlich gegensätzliche Positionen gefunden werden. Am Ende stehen zu meist einstimmig verabschiedete Empfehlungen, die dementsprechend gut angenommen werden.
Durchführung:	Kurzerklärung: Eine einzelne Veranstaltung dauert in der Regel zwei Tage. Diese Veranstaltung kann alle vier Monate zu einem neuen Thema wiederholt werden. Für jede Veranstaltung wird ein neuer Bürger- und Bürgerinnenrat gebildet. Mitglieder eines Bürgerrates sind 12 per Zufallsauswahl bestimmte Personen aus der entsprechenden Organisation oder Kommune, die ein Problem lösen will. Vorbereitung: Es bedarf einer Moderation mittels der Methode „Dynamic Facilitation“. Das bedeutet, die Beiträge der Teilnehmenden werden in vier Kategorien eingeordnet: Probleme, Lösungen, Bedenken zur Lösung, Daten und Fakten. Phasen: 1. Am ersten Tag wird das Thema der Veranstaltung beschlossen. 2. Am nächsten Tag tauschen sich die Teilnehmenden über das Thema aus und sammeln Ideen, die nach Abschluss der Veranstaltung öffentlich präsentiert werden. Es ist hierbei ausdrücklich erwünscht, dass die Außenstehenden den scheidenden Bürgerräten Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge mitgeben. 3. Der letzte Schritt ist eine Diskussion und die Weiterentwicklung der Empfehlungen im Rahmen eines World Cafés. Zu beachten: Durch die Moderationsmethode soll ein fairer Umgang der Teilnehmenden untereinander gewährleistet werden. Ergebnis: Als Ergebnis des Prozesses stehen Empfehlungen und Lösungsansätze, die von einer breiten Basis getragen werden.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang:</i>

Verfahren in der Partizipationsmatrix, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 20ff.

AGONDA – AGENTUR FÜR DIALOG UND ZUKUNFTSPROZESSE, o.D. *Wisdom Council – Rat der Weisen* [Online]. Available: http://www.agonda.de/methoden/wisdom_council/wisdom_council.html [Accessed 10.01.2017].

PAULA, M. o.D. *Das Wisdom Council - 8 Perspektiven zur ganzheitlichen Problemlösung* [Online]. Available: <http://www.walkyourtalk.at/das-wisdom-council-8-perspektiven-zur-ganzheitlichen-problemloesung/leadership/>. [Accessed 10.01.2017].

Charette

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: kollaborativ
Anlass:	▶ Erarbeitung von planerischen Lösungen unter Einbeziehung der Anwohnenden und interessierten Bürgerinnen und Bürger ▶ Erstellung von mehreren Planungsalternativen ▶ Entstehung von Ideen hoher Qualität aufgrund der interdisziplinären Entwicklung
Beschreibung:	Es handelt sich um einen öffentlichen Workshop, in dem Bürger, Bürgerinnen, Menschen aus der Projektplanung und Politik gemeinsam alternative Ideen für die Planung eines bestimmten Bezirks entwickeln. Das Format der Charrette entstand in den 1980er Jahren vor dem Hintergrund der Architekturströmung „New Urbanism“ in den USA. Es geht auf das National Charrette Institute in Portland, Oregon, zurück. In einer öffentlichen Planungswerkstatt erarbeiten Expertinnen, Bürger, Planerinnen usw. vor Ort einen Masterplan für das betreffende Planungsvorhaben. Das Verfahren bietet über seine ganze Dauer der Bevölkerung die Möglichkeit, sich mit eigenen Ideen zu beteiligen.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Hauptverfahren dauert mindestens vier aufeinanderfolgende Tage. Die Zahl der Teilnehmenden kann flexibel gehandhabt werden: Je mehr unterschiedliche Interessen eingebunden werden können, desto größere Erfolgsaussichten hat die Charrette. Vorbereitung: Zunächst muss das Planungsteam aus Architektinnen und Planern konstituiert werden. Die Vorbereitung beinhaltet die Klärung der organisatorischen und logistischen Details (Einladung der Expertinnen und Experten, der betroffenen Bevölkerung, Auswahl von Zeitraum und Ort, Vorbereitung von Materialien - u.a. Modell des Gebiets -, etc.). Phasen: 1. Zu Beginn der ‚Charrette‘ gibt es eine sogenannte Mini-Charrette einige Wochen vor dem eigentlichen Beginn. Hier werden alle in die Methodik sowie in das Thema (Bestandsaufnahme) eingewiesen. 2. Nach der „Mini-Charrette“ findet die eigentliche Charrette statt. Das Pla-

nungsteam entwickelt nun auf Basis der ersten Bestandsaufnahme planungstechnische Empfehlungen unter Mitwirkung interessierter Bürger, Bürgerinnen, Experten und Expertinnen sowie von Vertretern aus der Politik. Diese werden durch das Planungsteam professionell aufbereitet.

3. In einer Abschlussveranstaltung ein paar Wochen später präsentiert das Planungsteam der Öffentlichkeit, wie mit den Ideen umgegangen wird.

Zu beachten:

Von großer Bedeutung ist die Einbindung von Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen in das Verfahren, um z. B. den Bürgern und Bürgerinnen die tatsächlichen Entscheidungsspielräume aufzuzeigen. Auf dieser Basis können gemeinsam realistische Empfehlungen entwickelt werden.

Ergebnis:

Während der Charrette entsteht mittels der Zusammenarbeit von Experten und Expertinnen, Bevölkerung und Politikern sowie Politikerinnen ein von allen Beteiligten getragener Planungsentwurf für einen bestimmten Bezirk.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 24ff.

BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. *Beteiligungskompass – Charette-Verfahren* [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/158> [Accessed 10.01.2017].

Citizens Jury

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: Kleingruppe Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Bearbeitung von Interessenkonflikten ▶ Entscheidungsfindung mit Bürgern und Bürgerinnen ▶ Konsensfindung
Beschreibung:	Unter der Anleitung von Moderatorinnen und Moderatoren werden in einer Jury Entscheidungen über verschiedene Themen gefällt. Die Methode stammt aus den USA und wird bereits seit langer Zeit genutzt. Die ‚Citizens Jury‘ kann für eine Vielzahl unterschiedlicher Themen eingesetzt werden. Die Teilnehmenden beschäftigen sich im Laufe der Veranstaltung eingehend mit den vorgelegten Themen, um hierzu eine einheitliche Position zu finden. Auf diese Weise erhalten Politik und Verwaltung ein aussagekräftiges Meinungsbild und Empfehlungen für das weitere Vorgehen.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die Veranstaltung dauert etwa vier bis fünf Tage, kann aber auch über einen längeren Zeitraum (mehrere Wochen oder Monate) durchgeführt werden. 12 bis 24 per Zufallsauswahl bestimmte Personen bilden die Jury. Vorbereitung: Ein Teil der Vorbereitung ist die Werbung für die ‚Citizens Jury‘. Der zu bildende Projektbeirat beruft die Sachverständigen. Gemeinsam mit dem Pro-

zessbegleiter oder der Prozessbegleiterin stellt der Beirat die benötigten Informationen zum jeweiligen Thema sowie zum Ablauf vorab zur Verfügung. Hinsichtlich der Auswahl der Teilnehmenden erfolgt zunächst eine Analyse der relevanten Zielgruppen. Es werden soziodemographische Kriterien bestimmt, z. B. Alter, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, die eine Ausgewogenheit der Jury garantieren sollen. Danach erfolgt eine Umfrage auf Basis einer zufälligen Stichprobe, welche die Auswahl der Teilnehmenden festlegt.

Phasen:

1. Informationsphase: Die Teilnehmenden bereiten sich mithilfe des bereitgestellten Materials auf das Thema vor.
2. Diskussionsphase: Die unterschiedlichen Positionen und Meinungen werden innerhalb der Jury diskutiert.
3. Formulierungsphase: Jetzt werden Entscheidungen getroffen und anschließend veröffentlicht.
4. Am Ende jeden Tages sollte ein Treffen der Projektmitarbeitenden sowie Moderatoren und Moderatorinnen stattfinden, um das Geschehene zu reflektieren.
5. Schlussendlich werden die einzelnen Phasen durch die Jurymitglieder evaluiert.

Zu beachten:

Die Moderation soll vor allem argumentativ schwächere Jurymitglieder unterstützen.

Ergebnis:

Nach Veranstaltungsende wird eine Pressekonferenz veranstaltet und ein Abschlussbericht veröffentlicht.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 22ff. CARSON, L., HENDRIKS, C., PALMER, J., WHITE, S., BLACKADDER, J., 2003. <i>Consult your community. A handbook. A guide to using citizens'</i> [Online]. Available: http://www.activedemocracy.net/articles/cj_handbook.pdf [Accessed 10.01.2017].
------------------------	--

Deliberative Polling

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► öffentliches Interesse und Verständnis für ein Thema wecken ► Verbesserung des öffentlichen Demokratieverständnisses ► Transformation von Meinungsbildern und Erkenntnissen über diesen Prozess
Beschreibung:	Das Format des ‚Deliberative Polling‘ ist eine Befragung in zwei Phasen zu einem bestimmten Thema. Zwischen den Befragungsphasen findet eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt. Die Idee des ‚Deliberative Polling‘ geht auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler James L. Fishkin zurück, der das Verfahren Anfang der 1990er

	Jahre entwickelt und umgesetzt hat. Im Zuge dessen gründete Fishkin das „Center of Deliberative Democracy“ in Stanford, Kalifornien. Dort findet der Vertrieb und die Weiterentwicklung des Formats statt. Die Abfrage von Kenntnissen und Meinungen zu einem Thema wird jeweils vor und nach einer diesbezüglichen Informationsphase durchgeführt. Die Informationsphase beinhaltet eine Studienphase und eine mehrtägige Veranstaltung mit Diskussionen, Beratung und Wissensaustausch.
Durchführung:	Kurzerklärung: Ein Deliberative Poll umfasst 300 - 500 zufällig ausgewählte Personen und dauert in der Regel zwischen mehreren Monaten bis zu einem Jahr. Vorbereitung: Zunächst wird ein zur Debatte stehendes Thema gewählt, das im Idealfall mit einer politischen Entscheidung oder einem aktuellen politischen Ereignis in Verbindung steht. Auf Grundlage dessen sind Umfang und Ziele des Formates zu bestimmen. Darüber hinaus ist eine geeignete Ansprachemethode und ein Anreizsystem für die möglichen Teilnehmenden zu bestimmen. Eine oder mehrere mediale Plattformen - z. B. Internet, Funk- und Fernsehanstalten - werden festgelegt, um über den Prozess und die Ergebnisse zu berichten und zu informieren. Wichtig für das Format ist die Übertragung der Veranstaltung in verschiedenen Medien. Phasen: 1. In der ersten Phase gibt es eine Befragung einer zufällig ausgewählten und repräsentativen Zahl an Bürgern und Bürgerinnen zu einem Fachthema. Dabei wird a) Faktenwissen zum jeweiligen Thema abgefragt, sowie b) ein Meinungsbild anhand einer weiteren Befragung erstellt. 2. Aus der Gruppe der Befragten wird wiederum ein zufällig ausgewählter repräsentativer Teil zu einer zwei- bis dreitägigen Veranstaltung eingeladen. 3. In der Vorbereitung auf das Poll wird den Teilnehmenden ein verständliches Fachwissen zur Verfügung gestellt, das unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen soll. 4. Auf der Grundlage der Vorabinformationen und unter professioneller Moderation wird dann in Kleingruppen diskutiert. 5. Am Ende der Diskussion und gegenseitigen Information wird von jeder Gruppe ein Fragenkatalog erstellt. Dieser dient als Grundlage für die Plenarsitzung, während der die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, ihre Diskussionsergebnisse mit Expertinnen und Experten und Politikern und Politikerinnen zu beraten. 6. Nach der zweiten Phase kommt es erneut zu einer Befragung mit dem identischen Fragenkatalog zu a) Faktenwissen und b) Meinungsbild. 7. In einem letzten Schritt wird der gesamte Prozess ausgewertet und die Ergebnisse werden veröffentlicht. Zu beachten: Das Format ist markenrechtlich geschützt. Bei allen Veranstaltungen unter dem Namen „Deliberative Polling“ behält sich das Gründungsteam vor, sich unter Berechnung von Honorarkosten zu beteiligen. Ergebnis: Das Format des ‚Deliberative Polling‘ erzeugt einen repräsentativen Umfang

Quellen und Beispiele:	an Forschungsmaterial zu Meinungsbildern und öffentlichem Diskussionsverhalten. Nachweislich wird ein fundierteres Wissen der Teilnehmenden zu bestimmten Themen und politischen Prozessen generiert. ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 24ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Deliberative Polling</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/136 [Accessed 10.01.2017]. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 55f.
------------------------	---

Demokratiewerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: klein bis mittelgroß Partizipationsmodus: informativ
Anlass:	▶ Steigerung des Interesses für Demokratie und Parlamentarismus bei Kindern und Jugendlichen ▶ Vermittlung eines demokratischen Basiswissens ▶ Schaffung von Anreizen zu politischem Engagement
Beschreibung:	Das Format der ‚Demokratiewerkstatt‘ vermittelt Kindern und Jugendlichen die Inhalte von Demokratie und Parlamentarismus. Die Agentur Müllers Freunde GmbH entwickelte 2007 im Auftrag der Parlamentsdirektion der Republik Österreich das Konzept der ‚Demokratiewerkstatt‘. Kinder und Jugendliche können zwischen verschiedenen Workshops wählen, in denen es um Mitgestaltung, Demokratie und die Arbeit mit verschiedenen Medien geht. Die Workshops werden in verschiedenen themenbezogenen Werkstätten der ‚Demokratiewerkstatt‘ entwickelt und angeboten. Demokratisches Basiswissen wird nicht nur durch die eigentlichen Workshopinhalte sondern auch bereits in der Konzeption der Workshops vermittelt.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die ‚Demokratiewerkstatt‘ ist langfristig angelegt. Die genaue Länge hängt vom Engagement der Schülerinnen und Schüler, der Betreuenden sowie von verfügbaren Räumen ab. Die einzelnen Workshops innerhalb der Demokratiewerkstätten variieren in der Dauer je nach Ausgestaltung von mehreren Tagen bis zu mehreren Monaten und können in unterschiedlichen Gruppengrößen durchgeführt werden. Die ideale Gruppengröße beträgt bis zu 25 Teilnehmende. Die Kinder und Jugendlichen sind dabei zwischen 8 und 15 Jahren alt. Vorbereitung: Um die verschiedenen Werkstätten zu realisieren, müssen die Themenkomplexe bestimmt und geeignete Räumlichkeiten gefunden werden. Die Räume sollten verschiedenen Altersklassen zugänglich und dementsprechend mit einem altersdifferenzierten Angebot ausgestattet sein.

Phasen:

1. Die Teilnehmenden wählen eine der sechs angebotenen Werkstätten aus. Den Workshop können sie nach ihren Interessen altersgerecht mitgestalten. Sie begeben sich dabei auf die Spur der Gesetzgebung (Themenbereich 1), erkunden, was Gesetze überhaupt sind (Themenbereich 2), schauen sich an, wie und wo politische Entscheidungen getroffen werden (Themenbereich 3), sind in der Medienarbeit tätig und lernen, diese kritisch zu hinterfragen (Themenbereich 4), erfahren etwas über Verfassungen und wozu es sie gibt (Themenbereich 5) oder setzen sich mit der Europäischen Union auseinander (Themenbereich 6).
2. Am Ende des Workshops wird dessen Durchführung und inhaltlicher Erkenntnisgewinn evaluiert.
3. Die Teilnehmenden können sich im Anschluss an den Workshop weiter mit dem Thema der jeweiligen Werkstatt auseinandersetzen und weitere Workshops nach ihren Interessen realisieren.
4. Darüber hinaus können die Kinder und Jugendlichen auch jederzeit die Workshops anderer Werkstätten wahrnehmen oder organisatorische Aufgaben innerhalb der ‚Demokratiewerkstatt‘ übernehmen.

Ergebnis:

Hauptsächlich wird im Format der ‚Demokratiewerkstatt‘ ein Wissenszuwachs der Kinder und Jugendlichen auf freiwilliger Basis generiert. Es ist aber auch möglich, dass aus bestimmten Workshops informelle Empfehlungen entstehen oder ein Meinungsaustausch zwischen den Schülerinnen und Schülern, den politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung stattfindet.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 32ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Demokratiewerkstatt</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/136 [Accessed 10.01.2017]. REPUBLIK ÖSTERREICH PARLAMENTSDIREKTION, o.D. <i>Was ist die Demokratiewerkstatt</i> [Online]. Available: https://www.parlament.gv.at/SERV/KJ/DEMWERK/DEMOKRATIEWERKSTATT/ [Accessed 10.01.2017].
------------------------	---

Diskursive Bürgerversammlung

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: kurz Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► regelmäßige Dialoge zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Lokalverwaltungen ► Erhöhung der Bereitschaft zu politischem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern ► Steigerung der Akzeptanz für getroffene Entscheidungen
Beschreibung:	In einer öffentlichen Diskussion werden durch Verwaltung sowie Bürgerinnen

und Bürger gemeinsam Lösungsansätze entwickelt und gegebenenfalls Empfehlungen formuliert.

Der Ursprung dieser Methode wird auf das antike Griechenland zurückgeführt, wo Angelegenheiten der Bürger in der Polis öffentlich diskutiert wurden. International bestehen große Unterschiede hinsichtlich der Abläufe und Prinzipien.

Mit diesem Format kann der Austausch zwischen örtlicher Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern in Form von regelmäßigen Dialogveranstaltungen gestaltet werden. Die Bevölkerung kann während der Veranstaltungen Fragen stellen, über lokale Angelegenheiten diskutieren und ihre Empfehlungen formulieren. Die Dialogforen entwickeln ihre positive Wirkung dadurch, dass der regelmäßige Austausch und Informationsfluss das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Politik und Verwaltung stärkt. Das politische Engagement von Bürgerinnen und Bürgern kann dadurch wachsen, politische Entscheidungen in der Verwaltung werden nachvollziehbarer und Konflikte können vermieden werden.

Durchführung:

Kurzerklärung:

Mit 20 bis 30 Personen lässt sich eine Bürgerversammlung am besten durchführen, maximal sollten es 50 Personen sein. Der Zeitaufwand ist mit einer Veranstaltungsdauer von ca. vier Stunden gering.

Vorbereitung:

Regelmäßig werden die Bürger und Bürgerinnen durch die Verwaltung öffentlich zur Teilnahme an den Bürgerversammlungen eingeladen. Es besteht die Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger Themen für die Sitzung vorgeben. Den Teilnehmenden steht es frei, Fragen und Vorschläge zu äußern, die dann während des Verfahrens bearbeitet werden.

Die Spielregeln für die Versammlung werden durch alle Beteiligten in einer Geschäftsordnung festgelegt. Diese soll alle nötigen Abläufe regeln.

Phasen:

Die Versammlung gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Eröffnung der Bürgerversammlung durch die Bürgermeisterin oder einen Abgeordneten
2. Bestätigung des Protokolls und weitergehende Informationen der Verwaltung (z. B. Mitteilungen zu aktuell anliegenden Themen und relevanten Vorgängen in der Verwaltung)
3. Debatte zu dem festgelegten Thema und Austausch von Argumenten
4. Formulierung von Empfehlungen und Positionierung durch die Teilnehmenden
5. Frage- und Antwortzeit: Die Teilnehmenden können der Verwaltung vertiefende Fragen stellen. Thematisch sind sie hierbei frei: Es muss weder nur das auf dieser Versammlung bearbeitete Thema, noch die von der Verwaltung angesprochenen Punkte betreffen. Die Verwaltung ist verpflichtet, Auskunft zu geben.
6. Verabschiedung aller Teilnehmenden inklusive einer Ergebniszusammenfassung und neuer Einladungen

Zentrale Prinzipien

- Recht auf freie Meinungsäußerung

- die Teilnahme ist freiwillig
- keine Aufteilung in Untergruppen
- Prinzip der Mehrheitsentscheidung
- ohne Moderation
- Lokalverwaltungen haben die Pflicht, Auskunft zu geben

Es gibt eine regelmäßige Informationsphase, in welcher Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung Fragen stellen können. Darüber hinaus ist die Verwaltung verpflichtet, über die Umsetzung der aus den Diskussionen resultierenden Empfehlungen Rechenschaft abzulegen.

Zu beachten:

Von allen Beteiligten wird erwartet, die per Mehrheitsentscheid getroffenen Entscheidungen zu respektieren. Anstatt Konflikte entstehen zu lassen, sollten unterschiedliche Perspektiven konstruktiv genutzt werden, indem sie als neue Anregungen aufgenommen werden.

Ergebnis:

Am Ende des Verfahrens gibt es Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger, die im direkten Austausch zwischen Kommunalverwaltung und Bevölkerung entstanden sind.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 32ff.

BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. *Beteiligungskompass – Diskursive Bürgerversammlung* [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/136> [Accessed 10.01.2017].

SMETTAN, J., PATZE, P., o.D. *Diskursive Bürgerversammlung* [Online]. Available: <https://www.buergergesellschaft.de/?id=109186> [Accessed 10.01.2017].

Fix my Street

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▸ Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Meldung von Problemen im öffentlichen Raum ▸ Herstellen von Transparenz zu öffentlichen Anliegen und deren Bearbeitungsstand
Beschreibung:	Das Format ‚Fix my Street‘ ist ein Internetportal, bei dem Bürgerinnen und Bürger lokale Missstände oder Beschwerden direkt melden können. Es stammt aus England und ist dort seit 2012 über die gleichnamige Internetseite verfügbar. In Deutschland gibt es das Pendant ‚Mark a Spot‘. Bei dem deutschen Format können Straßenschäden fotografiert und anhand von GPS-Daten genau und zielgerichtet zugeordnet und gemeldet werden. Über eine Internetseite und einem zugehörigen mobilen Service (App) können lokale Probleme gemeldet werden, die dann an die zuständige Behörde weitergeleitet werden. ‚Fix my Street‘ berücksichtigt hauptsächlich Schäden und

	Vorkommnisse in Verbindung mit dem öffentlichen Straßen- und Verkehrsnetz, aber auch öffentliche Orte und Verhaltensweisen in öffentlichen Räumen sind Inhalte der Beschwerden und Meldungen. Durchführung: Kurzerklärung: Bei ‚Fix my Street‘ handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess, der allen Nutzerinnen und Nutzern über das Internet zugänglich ist. Vorbereitung: Grundsätzlich ist eine Internetplattform bereitzustellen mit einer Eingabemöglichkeit für Ortsangaben bzw. Verknüpfungen zu GPS-basierten Programmen und einem Dialogfeld, in dem der Sachverhalt geschildert werden kann. Im Vorfeld muss geklärt werden, wer für welches Problem zuständig ist, um die Meldungen für die Bearbeitung und die Lösung des Problems an alle wichtigen Stellen weiterleiten zu können. Dafür ist es sinnvoll, die Möglichkeiten zur Eingabe des Problems vorzustrukturieren. Phasen: 1. Über die bereitgestellte Internetplattform oder den mobilen Service gibt man die Postleitzahl, den Straßennamen und das Stadtgebiet an, in dem das Problem aufgetreten ist und schildert den jeweiligen Sachverhalt. 2. Mithilfe der Ortsangabe und der Einordnung der Sachlage in ein Problemfeld wird die zuständige Behörde ermittelt. 3. Das Anliegen wird an die zuständige Behörde weitergeleitet und anhand der Rückmeldung derselben wird der Sachstand dokumentiert. 4. Über das gewählte Webtool können sich die Bürgerinnen und Bürger über konkrete Probleme und den jeweiligen Bearbeitungsstand informieren. Die Internetplattform kann ebenfalls dazu genutzt werden, sich über eine Kommentarfunktion zu einem Problem auszutauschen und sich gemeinsam zu organisieren, um Lösungswege zu finden oder sich mit lokalen Verbänden in Verbindung zu setzen, die sich mit dem jeweiligen Thema beschäftigen. Zu beachten: Durch das Format wird Bürgerinnen und Bürgern keine Lösungs- oder Entscheidungsmacht übertragen, sondern nur die Möglichkeit gegeben ein Problem zu melden. Dies kann zu Frustrationen führen, wenn Probleme nicht oder erst nach einer langen Bearbeitungszeit gelöst werden. Zudem kann es Schwierigkeiten geben zu ermitteln, wer auf welche Weise zuständig ist, beispielsweise in komplexen Verwaltungsapparaten, in denen Transparenz nicht leicht herzustellen ist. Die größte Effektivität dieses Formats wird daher bei einer Konzentration auf bestimmte Schwerpunkte erreicht, z. B. bei Ordnungsbeschwerden und Schadensmeldungen. Ergebnis: Handlungsbedarf wird von Bürgerinnen und Bürgern an Verantwortliche übermittelt. Dies geschieht rein informativ, ohne einen direkten Einfluss auf die Problemlösung bzw. die Entscheidung, wie akut Probleme zu behandeln sind. In einem weiteren Schritt entsteht eine Informationsplattform zu lokalen Anliegen und ein transparenter Service über den Bearbeitungsstand bestimmter Anliegen.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang:</i>

Verfahren in der Partizipationsmatrix, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 38ff.

BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. *Beteiligungskompass – Deliberative Polling* [Online]. Available: <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/136> [Accessed 10.01.2017].

TRENTMANN, N. 2012. *Mit diesen schlaun Apps überleben Sie die Großstadt* [Online]. Available: <https://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article106201742/Mit-diesen-schlaun-Apps-ueberleben-Sie-die-Grossstadt.html> [Accessed 10.01.2017].

FIX MY STREET, o.D., o.T. [Online]. Available: <http://www.fixmystreet.com> [Accessed 10.01.2017].

Gemeinsinnwerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Förderung freiwilligen Engagements für öffentliche Problemlösungen ▶ konkrete Lösungsvorschläge der Öffentlichkeit ▶ nachhaltige gemeinnützige Netzwerkbildung
Beschreibung:	Das Forum der ‚Gemeinsinnwerkstatt‘ vernetzt Menschen, die gemeinsam eine Lösung zu einem komplexen Thema finden wollen. Das Konzept des „Gemeinsinn“ wird seit 2000 auf eine Initiative der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Centrum für angewandte Politikforschung untersucht. Im Zuge der Forschungsarbeit konzipierte Wolfgang Feder 2001 das Format. Die ‚Gemeinsinnwerkstatt‘ besteht aus mehreren, in Gestaltung und Zusammensetzung offenen, Projektteams mit jeweils unterschiedlichen Aufgabenfeldern. Zum Abschluss werden alle Ergebnisse lösungsorientiert zusammengeführt.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Format erstreckt sich über einen längeren Zeitraum von sechs Monaten bis zu zwei oder drei Jahren. Die Gruppengröße ist veränderbar und kann zu Beginn oder während der Durchführung des Formats variieren. Vorbereitung: Es bildet sich ein Initiativkreis, der sämtliche Interessierte sammelt, die gemeinsam ein alle betreffendes Thema bearbeiten möchten. Phasen: 1. Während der Projektphasen werden aus dem Interessenkreis heraus Organisationskreise und Arbeitskreise gebildet. Die Organisationskreise sind für die Wahrung der Ziele, den Prozessablauf und die benötigten Mittel zuständig. In den Arbeitskreisen wird nach Lösungen für das Thema geforscht, die Teilnehmenden tauschen sich hierfür netzwerkartig aus. 2. Aktivierungsphase: Interessenten eines Themas finden sich zusammen und beschließen einen Titel und erste Ziele (Initiativkreis). Der daraufhin entstehende Beteiligungskreis fasst alle zusammen, die am Projekt aktiv werden wollen und skizziert den Ablauf des Gesamtprojekts. Im Projektkreis wird ein Basisplan erstellt, der den gesamten Prozessverlauf beschreibt und in der Folge

auf organisatorischer Ebene unterstützt. Der Veranstaltungskreis organisiert Veranstaltungen für alle Teilnehmenden und bildet zusätzliche Aktivierungsforen, zu denen weitere Interessierte eingeladen werden. Dort werden Aktionskreise gebildet, in denen die besprochenen Ideen umgesetzt werden.

3. Realisierungsphase: Abgeleitet aus dem Projektplan werden einzelne Inhalte bearbeitet und erforscht. Hierzu gehören regelmäßige Treffen und gegebenenfalls die Erweiterung durch weitere Interessierte, sowie Expertinnen und Experten.
4. Integrationsphase: Nun werden die Ergebnisse präsentiert und der Prozess als Ganzes reflektiert. Alle entstandenen Lösungen werden festgehalten und ein Netzwerk bildet sich, das weiterhin zu dem Thema forschen kann und Informationen sowie Erkenntnisse für alle bereitstellt.

Zu beachten:

Die Arbeit in den einzelnen Kreisen muss kontinuierlich und nachvollziehbar sein, sowohl in Bezug auf die Arbeitsschritte als auch auf die produzierten Ergebnisse. Für das gesamte Netzwerk ist es während aller Prozessschritte wichtig, die eigenen Schritte zu reflektieren und gegebenenfalls zu verändern.

Ergebnis:

Es entstehen Ideen zur Lösung von komplexen Problemen und konkrete Handlungsempfehlungen.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 41ff.

FÄDERL, W., 2005. *Beteiligung übers Reden hinaus – Gemeinsinn-Werkstatt* [Online]. Available: <https://www.buergergesellschaft.de/?id=109302> [Accessed 10.01.2017].

Kommunaler Planungsworkshop

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: kurz Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: kollaborativ
Anlass:	► konkrete Planung von Änderungsmaßnahmen durch eine bereits bestehende Gruppierung ► Initiierung eines nachhaltigen und strukturierten Veränderungsprozesses
Beschreibung:	An einem ‚kommunalen Planungsworkshop‘ nimmt eine Gruppe von Menschen teil, die sich idealerweise kennt und ähnliche Ansichten teilt, um gemeinsam die einzelnen Arbeitsschritte für die Bearbeitung anliegender Themen zu planen. Die Methode des ‚Kommunalen Planungsworkshops‘ basiert auf dem kanadischen „Community in Action Workshop“ der Harmony Foundation of Canada. Die aktuelle Form ist allerdings stark abgeändert, um in der knapp bemessenen Zeit die Ziele dieses Formats erreichen zu können. In der Vorbereitung auf den Workshop werden durch die Organisation präzise Ziele erarbeitet, deren Umsetzung dann während der Veranstaltung von den Teilnehmenden geplant wird. Die Moderation bzw. Organisation bestärkt die

	Teilnehmenden in der Planungsphase, nachhaltige und realistische Maßnahmen zu entwickeln.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die Veranstaltung dauert aufgrund der gründlichen Vorbereitung lediglich wenige Stunden. Ideal ist eine mittelgroße Gruppe, deren Mitglieder eine ähnliche Meinung zum betreffenden Thema haben oder vergleichbare Interessen vertreten, um so die Ausarbeitung des Aktionsplans zügig anzugehen. Vorbereitung: Zu der Vorbereitung gehört die sorgfältige Auswahl der Teilnehmenden. Diese soll sicherstellen, dass alle betroffenen Akteurinnen und Akteure beteiligt werden. Die Ziele für das Verfahren müssen vor Beginn der Veranstaltung festgelegt werden. Während des Workshops werden nur noch kleinere Anpassungen vorgenommen, um die Ziele mit allen genau abzustimmen. Phasen: 1. In der Einführungsphase werden die Regeln vorgestellt und letzte Verbesserungen an den festgelegten Zielen vorgebracht. 2. Im Anschluss geht es um die konkrete Planung. Die Teilnehmenden arbeiten in Kleingruppen an der Ausgestaltung vereinbarter Teilziele, u.a. in Hinblick auf konkrete Handlungen, Verantwortliche, nötige Ressourcen und die Zeitplanung für die Umsetzung. 3. Die Ergebnisse werden im Plenum vorgetragen. Aus den einzelnen Beiträgen der Gruppen entsteht ein Aktionsplan. 4. Im nächsten Schritt werden die zu erwartenden Herausforderungen erarbeitet. Diese werden im Plenum gesammelt und nach Wichtigkeit eingeteilt. 5. In Kleingruppen werden die von allen als die am wichtigsten empfundenen Herausforderungen gründlich analysiert und Lösungen dafür entwickelt. 6. Die Lösungsansätze werden von jeder Gruppe im Plenum abschließend präsentiert und die gefundenen Lösungen werden in den Aktionsplan aufgenommen. Die Öffentlichkeit wird über den Aktionsplan informiert, um den Kreis der Unterstützer und Unterstützerinnen zu vergrößern. 7. Während der Umsetzungsphase werden in einem zweiten Workshop die bis dahin realisierten Vorhaben und der Aktionsplan noch einmal überprüft und eventuell angepasst. Zu beachten: Wichtig für diese Veranstaltung ist es, rasch handeln zu können, d.h. möglichst wenig grundsätzliche Dinge am Anfang klären zu müssen und direkt in die Planungen einzusteigen. Ergebnis: Das Ergebnis des ‚kommunalen Planungsworkshops‘ ist ein klarer Aktionsplan, der im Laufe des Prozesses kontinuierlich an die realen Gegebenheiten angepasst werden kann.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 44ff. SMETTAN, J., PATZE, P., o.D. <i>Kommunaler Planungsworkshop</i> [Online]. Available:

<https://www.buergergesellschaft.de/?id=109221> [Accessed 10.01.2017].

Kompetenzwerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: kurz Gruppengröße: klein Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Bedürfnisanalyse von Kindern und Jugendlichen in einem bestimmten räumlichen Gebiet ► Selbstreflexion der jungen Menschen hinsichtlich ihrer Bedürfnisse wie auch ihrer Kompetenzen und damit einhergehendes Empowerment ► Entwicklung und Initiierung von lokalen Angeboten für Kinder und Jugendliche
Beschreibung:	Die teilnehmenden Kinder und Jugendliche reflektieren mit Unterstützung verschiedener Akteurinnen und Akteure ihre Bedürfnisse und überlegen, wie sie ihre Kompetenzen weiterentwickeln können. In mehreren Phasen werden junge Menschen darin bestärkt, darüber zu sprechen, was sie interessiert und wie sie sich weiterentwickeln wollen. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteurinnen, z. B. soziale Träger, vor Ort ansässige Vereine usw., werden entsprechende Angebote entwickelt.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Format teilt sich in drei Phasen à 45 Minuten auf. Ideal ist eine Gruppengröße bis zu 12 Personen. Vorbereitung: Für das Format braucht es eine Moderation aus zwei Personen sowie mehrerer „Kompetenzrepräsentantinnen“ (d.h. Vertreter u.a. aus Institutionen, Vereinen, sozialen Einrichtungen,...). Phasen: 1. In der Kennenlernphase reflektieren die Teilnehmenden ihre Bedürfnisse. 2. Im zweiten Schritt wird individuell zwischen einem Kind/Jugendlichen und einer Person aus einer Institution/Verein,... abgesprochen, wie der oder die Teilnehmende hier zielgenau gefördert werden kann. Das Gespräch soll auf Augenhöhe stattfinden: Beide Partnerinnen sind gleichberechtigt. 3. Im letzten Schritt werden mit allen Beteiligten Maßnahmen für die Umsetzung passender Förderangebote vereinbart (inklusive Zeit-/ Budgetplanung etc.). Zu beachten: Manche Teilnehmende benötigen möglicherweise Unterstützung bei der Formulierung ihrer Bedürfnisse und Wünsche, z. B. weil sie noch nicht schreiben können oder damit Schwierigkeiten haben bzw. der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Ergebnis: Das Ergebnis einer solchen ‚Kompetenzwerkstatt‘ sind konkrete Maßnahmen, wie Kinder und Jugendlichen individuell in ihren Fähigkeiten gefördert werden

	können. Die anschließende Umsetzung, welche im Voraus vereinbart wird, kann z. B. durch eine Koordinierungsstelle geleitet werden.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 46ff. SCHUBERT, H., NÜß, S., SPIECKERMANN, H., 2003. <i>Kompetenzwerkstatt</i> [Online]. Available: https://www.buergergesellschaft.de/?id=109304 [Accessed 10.01.2017].

Konfliktlösungskonferenz

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Entstehung einer öffentlichen Diskussion zu konfliktreichen Themen ► Eröffnung eines Dialogs inmitten eines Konflikts ► Einbindung aller betroffenen Interessengruppen in die Lösungsfindung
Beschreibung:	Bis zu 50 Vertreterinnen und Vertreter der wichtigsten Konfliktparteien erarbeiten unter Anleitung einer Moderation gemeinsam Lösungsansätze für die kontroverse Situation. Die ‚Konfliktlösungskonferenz‘ ist ein Format, das auf zahlreichen Einflüssen beruht und somit Ähnlichkeiten zu anderen Formaten aufweist, wie z.B. zur Konsensuskonferenz oder zur Planungszelle. Das Format bietet Konfliktparteien die Möglichkeit, konstruktiv in einen lösungsorientierten Dialog zu treten. Die andere wichtige Aufgabe des Dialogs liegt darin, transparent einer breiteren Öffentlichkeit Wege zu der gefundenen Lösung aufzuzeigen, damit sie die Lösungen mitträgt und unterstützt. Aus diesem Grund entsteht im Laufe der Veranstaltung ein Gutachten, das als Empfehlung an die Politik übergeben wird.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Format dauert insgesamt dreieinhalb Tage. Zwischen den einzelnen Treffen sollte genügend Zeit eingeplant werden, damit die Teilnehmenden die erhaltenen Informationen verarbeiten und einordnen können. Das Format kommt zur Anwendung, wenn mehr als zwei Konfliktparteien beteiligt sind. An einer ‚Konfliktlösungskonferenz‘ nehmen 15 bis 50 Vertreter und Vertreterinnen aus den Konflikt betroffenen Interessengruppen teil. Von jeder größeren Konfliktpartei werden jeweils fünf Personen entsandt. Diese sollten nach Möglichkeit verschiedene soziodemographische Merkmale - z. B. Alter, Geschlecht, Bildungsniveau - abbilden. Vorbereitung: Die Vorbereitung der Konferenz ist von hoher Bedeutung. Je nach Anzahl der Konfliktparteien muss im Vorfeld entschieden werden, welche Interessengruppen teilnehmen sollen. Es gilt außerdem, Expertinnen und Experten für die Beratung der Teilnehmenden einzuladen. Ebenso wichtig ist es, bereits im Vorhinein eine Strategie für eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit festzulegen.

Phasen:

1. Am ersten Konferenztag klären die Teilnehmenden zunächst das konkrete Vorgehen und die Arbeitsweise, um dann in die inhaltliche Arbeit einzusteigen. In einem zweiten Schritt geht es darum, die verschiedenen Sichtweisen und wichtigsten Aspekte aus Sicht der verschiedenen Parteien zu sammeln. Es soll hieraus hervorgehen, welche Konfliktlinien bestehen und welche Bedürfnisse die einzelnen Interessengruppen in der aktuellen Situation haben.
2. Der zweite Tag dient der Erweiterung des Fachwissens aller Beteiligten, woran auch alle interessierten Bürger und Bürgerinnen teilnehmen können. Die Expertinnen und Experten beleuchten bei diesem Treffen das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln, um aufzuzeigen, welche Lösungsmöglichkeiten es gibt.
3. Ausgehend von den Ergebnissen der ersten zwei Konferenztage, d.h. dem Gesamtbild aller unterschiedlichen Bedürfnisse und der Erkenntnis des Realisierbaren aus objektiver Sicht, werden am dritten Tag in kleinteiligen Verhandlungen zwischen den einzelnen Interessengruppen Lösungen gesucht.
4. Am letzten Tag erfolgt die Pressekonferenz anlässlich der Präsentation des Gutachtens.

Zu beachten:

Mitglieder von Organisation und Moderation müssen unbedingt unparteiisch sein.

Um die Chance zu wahren, den aktuellen Konflikt tatsächlich zu befrieden, darf von Seiten der Auftraggebenden bzw. des Organisationsteams kein Einfluss auf die Erarbeitung von Lösungen durch die Vertreter und Vertreterinnen genommen werden. Der Erfolg des Verfahrens hängt wesentlich davon ab, ob die am Ende vorgeschlagenen Ansätze von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Gelingen kann eine ‚Konfliktlösungskonferenz‘ außerdem nur, wenn sich alle Parteien freiwillig an dem Verfahren und einer gemeinsamen Lösungsfindung durch Dialog beteiligen.

Ergebnis:

Am Ende des Verfahrens steht ein Gutachten, welches verschiedene Lösungsvorschläge enthält, die mindestens von einem Großteil bis hin zu allen Beteiligten und einer breiten Öffentlichkeit getragen werden.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 49ff.

PATZE-DIORDIYCHUK, P., 2014. *Konfliktlösungskonferenz* [Online]. Available: <http://www.lokale-demokratie.de/methode/konfliktloesungskonferenz/> [Accessed 10.01.2017].

Konsensuskonferenz/Bürgerkonferenz

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß

	Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern zu komplexen Fragen einholen ▶ Diskussion kontroverser Themen durch die Öffentlichkeit ▶ öffentlichkeitstaugliche Aufbereitung eines schwierigen Themas
Beschreibung:	Die 10 bis 20 ausgewählten Bürger und Bürgerinnen erarbeiten sich im Verlauf der moderierten Konferenz durch die Konsultation von Experten und Expertinnen einen Standpunkt zu dem betreffenden Thema und veröffentlichen diesen in einem Gutachten. Die ‚Konsensuskonferenz‘ in ihrer heutigen Form geht auf die Behörde für Technikfolgenabschätzung in Dänemark zurück, welche diese Methode ab den 1980er Jahren für technische Fragen einsetzte. Seitdem hat sich sowohl der Anwendungsbereich über die Landesgrenzen als auch über den ursprünglichen Themenbereich hinaus weiterentwickelt. Die zufällig ausgewählten Laien haben die Möglichkeit, selbst die Bearbeitung des Themas zu gestalten, u. a. mittels der Auswahl von Expertinnen oder Experten. Das Gutachten stellt die Meinung der Teilnehmenden dar, basierend auf den vorab zur Verfügung gestellten Informationen sowie der Befragung von Experten und Expertinnen.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die Konferenz dauert ca. drei Tage. An ihr nehmen 10 bis 20 zufällig ausgewählte Menschen teil. Die Teilnehmenden sollten einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, aber insbesondere eine Meinungsvielfalt zum betreffenden Thema abbilden. Vorbereitung: Die Vorbereitung auf eine solche ‚Konsensuskonferenz‘ ist relativ aufwändig. Die Informationen müssen aufbereitet und die Teilnehmenden ausgewählt werden. Die Informationen werden den Teilnehmenden vorab zur Verfügung gestellt. Daraufhin werden vor der eigentlichen Konferenz zwei Vorbereitungswochenenden veranstaltet, welche eine Einführung in die Methode bieten und die Möglichkeit offerieren, sich bereits mit der Ausgestaltung der Konferenz, d.h. mit der Auswahl der Experten und Expertinnen und den von ihnen zu beantwortenden Fragen zu beschäftigen. Phasen: 1. Am ersten Konferenztag präsentieren die Experten und Expertinnen ihre Stellungnahmen, d.h. ihre Antworten auf die Fragen der Teilnehmenden. Diese werden am Abend evaluiert, um gegebenenfalls weitere Fragen zu formulieren. 2. Am nächsten Tag werden die neuen Fragen beantwortet, bevor sich die Vertretenden aus der Bürgerschaft für die Beratung zurückziehen und gemeinsam eine Stellungnahme zum Thema entwickeln - wenn möglich, soll das im Konsens geschehen. 3. Der daraus entstandene Abschlussbericht wird am dritten und letzten Tag zunächst den Experten und Expertinnen präsentiert, die daraufhin fachliche Fehler korrigieren können. Im Anschluss wird der Abschlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu beachten: Eine Konsensentscheidung der Konferenzteilnehmenden ist gewünscht. Als Ausnahme sind auch Mehrheitsentscheidungen möglich.

Quellen und Beispiele:	Ergebnis: Aus der Konferenz resultiert eine informierte Stellungnahme von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern zu sehr komplexen Themen. ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 51ff. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Konsensuskonferenz</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/139 [Accessed 10.01.2017]. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S.59ff. REINERT, A., o.D. <i>Konsensuskonferenz</i> [Online]. Available: https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/konflikte-bearbeiten-standpunkte-integrieren/konsensuskonferenz/?tx_smpagebrowser_pi1%5Bpage%5D=109175&tx_smpagebrowser_pi1%5Baction%5D=index&tx_smpagebrowser_pi1%5Bcontroller%5D=Teaser&chash=fabab564744b770f3d5c4b64bba8ee98 [Accessed 10.01.2017].
------------------------	---

Local Issue Forum

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Austausch über wichtige Themen anstoßen ▶ Standpunkte / Informationen seitens der Bevölkerung oder seitens Politik und Verwaltung erhalten ▶ Stärkung der Beziehungen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Gebiets
Beschreibung:	Bei einem ‚Local Issue Forum‘ tauschen sich die Beteiligten elektronisch über drängende Themen aus und/oder erhalten Informationen von anderen Teilnehmenden des Netzwerks. Die Local Issue Foren gehen auf die NGO „E-Democracy.Org“ zurück, welche sie inzwischen in verschiedenen englischsprachigen Ländern wie den USA, Großbritannien und Neuseeland durchführt. Die Menschen eines vorher definierten Gebiets haben die Möglichkeit, sich an der elektronischen Diskussion von Themen ihrer Gemeinschaft zu beteiligen, die durch die Teilnehmenden frei gestaltet werden. Mittels eines E-Mail-Verteilers werden die Informationen mit allen Angemeldeten geteilt. So können Neuigkeiten rasch verbreitet, Veranstaltungen angekündigt oder auch Antworten zu Fragen eingeholt werden.
Durchführung:	Kurzerklärung: Ein ‚Local Issue Forum‘ hat keine vordefinierte Dauer. Solange jemand Informationen an den Verteiler schickt, dauert das Forum an. Das Netzwerk kann beliebig klein oder groß organisiert werden. Einzige Voraussetzung ist, dass alle Beteiligten in einem gemeinsamen Gebiet wohnen, welches nicht zu groß sein sollte.

Vorbereitung:

Eine Internet-Plattform muss zur Verfügung gestellt werden.

Phasen:

Für ein ‚Local Issue Forum‘ gibt es keinen vorgeschriebenen Ablauf, gewisse Verhaltensregeln müssen jedoch im Kontakt mit den anderen Nutzerinnen und Nutzern gewahrt werden. Alle Teilnehmenden können den Verteiler so nutzen, wie es ihnen am meisten nutzt: Sie können Fragen stellen, auf Veranstaltungen hinweisen, Informationen oder Meinungen austauschen o.ä. Die ausgetauschten Neuigkeiten und Informationen sollten zumeist einen lokalen Bezug haben.

Zu beachten:

Die Wirkung eines ‚Local Issue Forums‘ geht weit über den Kreis der direkt für den Verteiler Angemeldeten hinaus. Denn die erhaltenen E-Mails können durch alle Teilnehmenden an Freundinnen und Freunde, Bekannte etc. weitergesendet werden.

Ergebnis:

Dieses Format hat den Austausch unter den Teilnehmenden zum Ziel: Sie stellen bestimmte Themen heraus und bleiben über das Geschehen in der Gemeinschaft informiert.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 54ff. E-DEMOCRACY, 2005. <i>Local Issues Forum Guidebook</i> [Online]. Available: http://e-democracy.org/if/guide.pdf [Accessed 10.01.2017]. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 67.
------------------------	---

Mediation

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Klärung eines Konflikts ► Ermöglichung von konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Konfliktparteien
Beschreibung:	Die ‚Mediation‘ hilft bei der Beilegung von Konflikten, indem die Konfliktparteien mithilfe einer unparteiischen dritten Person einen Kompromiss aushandeln bzw. eine Lösung finden. Das Format der ‚Mediation‘ entstand in den 1970er Jahren in den USA und hat sich von dort aus weiterverbreitet. Seit den 1990er Jahren wird es auch zunehmend in Deutschland angewendet. Die Beteiligten einer ‚Mediation‘ werden Schritt für Schritt einer Lösung der Streitigkeit näher gebracht, indem die Spielräume, die unterschiedlichen Konfliktpunkte und Interessen analysiert werden. Daraus können dann Lösungsoptionen abgeleitet werden, deren Vereinbarung und Umsetzung am

	Ende schriftlich festgehalten wird.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die Dauer einer ‚Mediation‘ ist abhängig von der Intensität des Konflikts. Die Zahl der Teilnehmenden kann ebenso variieren, von Zweiergruppen bis hin zu Großgruppen. Vorbereitung: keine Phasen: Eine ‚Mediation‘ gliedert sich in drei Phasen. 1. In der Vorbereitungsphase macht der Mediator oder die Mediatorin sich mit allen relevanten Fakten des Konflikts bekannt, weist auf die Spielregeln hin und stellt den Zugang zu allen wichtigen Informationen für alle Beteiligten sicher. Gegebenenfalls werden zusätzlich Expertinnen und Experten hinzugezogen. In diesem ersten Schritt muss bereits geklärt werden, wie groß der Spielraum für einen Kompromiss ist und wie dann mit dem zu erwartenden Ergebnis umgegangen werden soll. 2. In der Durchführungsphase werden Kriterien hinsichtlich des Mediationsergebnisses festgelegt sowie die Interessen der einzelnen Parteien und die damit einhergehenden Meinungsverschiedenheiten analysiert. Auf dieser Basis können an diesem Punkt erste Lösungsoptionen entstehen. 3. Die Entscheidungs- und Umsetzungsphase beinhaltet die gemeinsame Entscheidung aller Konfliktparteien für eine Lösung. Außerdem werden Kontrollvereinbarungen für die Einhaltung und Umsetzung des Übereinkommens getroffen. Zu beachten: Eine ‚Mediation‘ kann nur gelingen, wenn die Konfliktparteien an einer Lösung interessiert und zu Kompromissen bereit sind. Deshalb basiert dieser Ansatz auch auf Freiwilligkeit. Darüber hinaus muss der Mediator oder die Mediatorin unparteiisch und unabhängig sein. Ergebnis: Das Ergebnis einer ‚Mediation‘ ist ein Lösungsansatz, dem alle Beteiligten zugestimmt haben und der von ebenjenen in die Tat umgesetzt werden muss.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 57ff. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 63ff.

National Issue Forum

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: mittel Gruppengröße: klein bis mittelgroß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Empowerment der Teilnehmenden

	▶ Herausbildung eines gemeinsamen Standpunktes durch Diskussionen innerhalb eines divers zusammengesetzten Kreises von Teilnehmenden ▶ Verständnis für Themen und Handlungszwänge erzeugen
Beschreibung:	In der Gruppe wird in einer moderierten Veranstaltung ein aktuelles und wichtiges Thema diskutiert, inklusive einer Bewertung von potentiellen Lösungsansätzen. National Issue Foren stammen aus den USA, wo sie in den 1990er Jahren von der NGO „National Issues Forums Institute“ entwickelt wurden. Ein ‚National Issue Forum‘ dient der Diskussion eines zuvor ausgewählten, bedeutenden Themas durch eine Gruppe von interessierten Bürgern und Bürgerinnen.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das ‚National Issue Forum‘ kann lediglich wenige Stunden bis hin zu zwei Tagen dauern. Die Gruppengröße liegt zwischen zehn und 20 Teilnehmenden. Vorbereitung: Für konstruktive Debatten während des ‚National Issue Forums‘ werden im Vorfeld thematische Dossiers für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengestellt. Phasen: 1. Die Teilnehmenden erhalten umfangreiches Informationsmaterial, um sich untereinander über das Thema auszutauschen. Zur Unterstützung gibt es eine Moderation. 2. Im Laufe der Veranstaltung werden den Teilnehmenden verschiedene Lösungsoptionen vorgestellt, die diese mit all ihren Verflechtungen (Kosten, Auswirkungen, Schwierigkeiten) besprechen. Zu beachten: Das Ergebnis des Forums kann an politisch Verantwortliche weitergeleitet werden. Das Format sieht jedoch nicht prinzipiell vor, dass in der Folge eine bestimmte Lösung umgesetzt werden muss. Ergebnis: Das Ziel eines ‚National Issue Forums‘ ist ein Austausch verschiedener Standpunkte unter den Teilnehmenden.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 59ff. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 66ff.

Open Space

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: alle Gruppengrößen Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Möglichkeit, neue und kreative Ideen zu entwickeln ▶ Bildung einer lernenden Gemeinschaft auf Zeit

	► Veränderung der Kultur innerhalb einer Gruppe oder Organisation (z. B. hinsichtlich der Kommunikation)
Beschreibung:	Die Teilnehmenden bearbeiten in Kleingruppen, in einem vorgegebenen Zeitrahmen und ohne Anleitung, eine für sie wichtige Thematik. Am Ende des Formates steht die Dokumentation der Ergebnisse für alle. Harrison Owen, in Washington, D.C. ansässiger Organisationsberater, entwickelte die Methode 1983 angesichts der Beobachtung, dass die besten Ideen und Kontakte während der Kaffeepausen von Konferenzen entstehen. Die Qualität einer Kaffeepause wird bei Harrison Owen zum wesentlichen Element der Konferenzgestaltung, indem die Teilnehmenden einer Open Space-Konferenz zu selbstgewählten Themen in spontan zusammengesetzten Gruppen so lange arbeiten, wie sie etwas dazu beitragen können, um dann gegebenenfalls die Gruppe zu wechseln. In den vergangenen 20 Jahren ist ‚Open Space‘ zu einem international bekannten und beliebten Workshopformat herangewachsen.
Durchführung:	Kurzerklärung: Das Ziel von Open Space-Veranstaltungen ist es, durch die Zusammenarbeit aller Anwesenden zügig Lösungen und Veränderungsmöglichkeiten für ein komplexes oder konfliktbeladenes Thema zu entwickeln. Die Länge der Veranstaltung hängt vom jeweiligen Kontext ab, üblich ist eine Länge von einem Tag bis zu drei Tagen. An einer Open-Space-Veranstaltung können mindestens acht und bis zu 2.000 Personen teilnehmen. Vorbereitung: Es bedarf eines gut überlegten Rahmenthemas, innerhalb dessen die Teilnehmenden ihre Themen frei formulieren können. Das Rahmenthema hat einen Einfluss sowohl auf die Motivation der Interessierten, als auch auf die Ergebnisse, die am Ende herauskommen. Phasen: Für die Zusammenarbeit im Rahmen von ‚Open Space‘ gelten folgende Regeln: ► Wer immer kommt, ist gerade die richtige Person. ► Was auch immer geschehen mag, es ist das Einzige, was geschehen kann. ► Wann immer es beginnt, es ist die richtige Zeit. ► Vorbei ist vorbei. 1. Jeder Tag beginnt mit einem Plenum, in dessen Verlauf die Spielregeln erläutert und die zu bearbeitenden Themen festgelegt werden. 2. Im Anschluss daran teilen sich die Teilnehmenden in Kleingruppen auf und arbeiten in freier Rollenaufteilung (Initiatorin, Moderatorin, Teilnehmer) zu dem Thema, welches sie interessiert. Sobald sie den Eindruck gewinnen, nichts mehr beitragen zu können, steht es ihnen frei zu gehen und sich eine andere Gruppe zu suchen. Es gilt das „Gesetz der zwei Füße“: Der oder die Teilnehmende ist genau dort am richtigen Ort, wo sie oder er sich befindet, um von den anderen Gruppenmitgliedern zu lernen und selber konstruktiv zum Thema beizutragen. 3. Am Abend versammeln sich alle erneut zum Plenum, um sich über den Tag auszutauschen. 4. Im Abschlussplenum, nach Ende der letzten Arbeitsphase, werden die zuvor protokollierten Ergebnisse aller Arbeitsgruppen zusammengetragen und allen Teilnehmenden als Dokumentation zur Verfügung gestellt.

Zu beachten:

„Open Space“ lebt von der Selbstorganisation der Teilnehmenden, Kontrollversuche durch einzelne können die kreative Atmosphäre zerstören. Dementsprechend sind auch die Ergebnisse nicht vorhersehbar.

Wichtig für den „Open Space“ ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Kein Teilnehmer und keine Teilnehmerin wird gezwungen, an einem bestimmten Thema zu arbeiten, sondern alle entscheiden selbst, wo, mit wem, woran und wie lange sie arbeiten möchten.

Ergebnis:

Einerseits gibt es am Ende einer Open Space-Konferenz viele neue Ideen und Vorschläge für den Umgang mit dem jeweiligen Thema. Andererseits haben sich qualitative Veränderungen durch die Art der Zusammenarbeit ergeben: Sowohl die Erfahrung von Empowerment für die Teilnehmenden als auch die Entwicklung einer konstruktiven Kommunikation innerhalb der Gruppe gehören dazu.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 61ff.

NANZ, P. & FRITSCH, M. 2012. *Handbuch Bürgerbeteiligung*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 68ff.

Perspektivenwerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß bis groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ eine gemeinsame Vision schaffen ▶ lang bestehende Konflikte ausräumen ▶ Gemeinschaftserlebnis als Motivationsfaktor für die Umsetzung
Beschreibung:	In einer Planungswerkstatt arbeiten verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammen an einer gemeinsamen Vision für die zukünftige Gebietsentwicklung. Im englischsprachigen Raum wird das „Community Planning Weekend“, so ein anderer Begriff für die „Perspektivenwerkstatt“, bereits seit mehreren Jahrzehnten genutzt. Sämtliche ortsansässige Akteurinnen und Akteure diskutieren öffentlich über planerische Möglichkeiten für ihr Gebiet. In der Zusammenarbeit entsteht so eine Vision für die Zukunft, die eine Lösung für vorher bestehende, themenbezogene Interessenkonflikte sein kann, da sie nach einer gemeinsamen Planung von allen Beteiligten getragen wird.
Durchführung:	Kurzerklärung: Für die Durchführung einer Planungswerkstatt wird ein verlängertes Wochenende benötigt. Die Zahl der Teilnehmenden kann zwischen 50 und mehreren hundert Menschen variieren. Vorbereitung: Die Vorbereitung beginnt mehrere Monate vor der eigentlichen Veranstaltung. Ei-

nerseits müssen die organisatorischen Details geklärt werden. Andererseits geht es in der Zeit um Vertrauensaufbau: Es sollen möglichst viele Personen motiviert werden, bei der ‚Perspektivenwerkstatt‘ mitzumachen. Gemeinsam wird dann das Programm geplant.

Phasen:

1. Die Planungswerkstatt besteht aus der konstruktiven und offenen Zusammenarbeit aller Beteiligten in unterschiedlichen öffentlichen thematischen Arbeitsgruppen. Die Arbeitsformen können auf die Zahl und Bedürfnisse der Teilnehmenden angepasst werden (z. B. Arbeit mit Modellen, Ortsbegehung etc.). Sie analysieren den aktuellen Zustand und entwickeln davon ausgehend Lösungsideen.
2. Das Moderationsteam erarbeitet auf Basis der Ansätze aller Gruppen eine Vision, einen sinnvollen Vorschlag für die zukünftige Planung des betreffenden Gebiets.
3. Eine Visualisierung der gefundenen Wege wird im Anschluss präsentiert.

Zu beachten:

Eine grundlegende Voraussetzung für eine Planungswerkstatt ist die Ergebnisoffenheit.

Die kleinteilige Planung der Umsetzung kann erst im Anschluss an das Format erfolgen.

Ergebnis:

Aus einer Planungswerkstatt resultiert noch kein detaillierter Aktionsplan, sondern zunächst eine allgemein akzeptierte Vision für die zukünftigen Planungsaktivitäten.

Quellen und Beispiele:

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 64ff.

VON ZANDOW, A. o.D. *Perspektivenwerkstatt* [Online]. Available: https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/perspektivenwerkstatt/?tx_smpagebrowser_pi1%5Bpage%5D=109325&tx_smpagebrowser_pi1%5Baction%5D=index&tx_smpagebrowser_pi1%5Bcontroller%5D=Teaser&cHash=d4833fd870d110891a654c7e0d9742fd [Accessed 10.01.2017].

Planning for Real

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß bis groß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	► Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung einholen ► Menschen befähigen und bestärken, an der Veränderung ihres Lebensumfelds aktiv teilzuhaben (Empowerment) ► konkrete Verbesserungsmaßnahmen mit allen Interessierten planen (und umsetzen)
Beschreibung:	Alle interessierte Bürgerinnen und Bürger entwickeln mithilfe eines 3D-Modells der Nachbarschaft einen Aktionsplan für anstehende Veränderungen. Der Ursprung des Formats ‚Planning for Real‘ liegt im Programm „Education for Neighbourhood Change“, welches in den 1970er Jahren in Großbritannien entstand.

	Den Anwohnerinnen und Anwohnern wird die Möglichkeit gegeben, während einer moderierten Veranstaltungsreihe über konkrete Maßnahmen nachzudenken, die ihr Lebensumfeld verbessern würden. Diese visualisieren sie auf einem Modell. Mithilfe einer Prioritätenliste wird als nächstes über die anstehenden Aktionen entschieden.
Durchführung:	Kurzerklärung: Je nach Aufteilung der einzelnen Arbeitsschritte kann sich die ganze Veranstaltungsreihe über mehrere Wochen oder Monate erstrecken. Es gibt keine vorgesehene Mindestzahl an Teilnehmenden. Es sollte bedacht werden, dass möglichst viele betroffene Anwohner und Anwohnerinnen mit einbezogen werden. Vorbereitung: Die Vorbereitung für dieses Format ist umfangreich. Für alle Interessierten gibt es das Angebot einer Einführung in die Arbeitsweise von ‚Planning for Real‘. Darüber hinaus wird unter Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung geplant, wie Menschen vor Ort am besten erreicht werden (z. B. durch welche Veranstaltungsorte, welche Art von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit). Bereits in der Vorbereitungsphase wird diskutiert, ob es spezielle Themenbereiche gibt, die unbedingt angesprochen werden müssen. Phasen: 1. Im ersten Schritt wird das Modell der Nachbarschaft erstellt, mit dem in der Folge gearbeitet wird. 2. Im Anschluss daran sammeln alle Beteiligten auf Vorschlagskarten ihre Ideen für nötige Veränderungen. Diese werden thematisch sortiert. 3. In der nächsten Veranstaltung werden die Vorschläge durch die Teilnehmenden nach Priorität geordnet. 4. Entweder wird direkt im Anschluss oder bei dem nächsten Aufeinandertreffen über die konkrete Umsetzung gesprochen. Hier geht es darum, zu schauen, welche Maßnahmen mit welchem Zeitrahmen entweder durch die Bürgerinnen und Bürger oder durch die assoziierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung realisiert werden können. Diese werden dann in einem Aktionsplan zusammengefasst. Zu beachten: Menschen aus Politik und Verwaltung werden nicht als aktive Teilnehmende miteinbezogen. Ihre Anwesenheit ist insbesondere für die dritte Phase erwünscht, wenn es um die realistische Planung der nächsten Schritte geht. Ergebnis: Am Ende dieses Zeitraums existiert ein detaillierter Aktionsplan, welcher zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung abgesprochen ist. Durch die Aneignung der Ideen entsteht unter den Teilnehmenden viel Motivation, die Umsetzung zu unterstützen.
Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 69ff. THE ACCORD GROUP, o.D. <i>Interactive Community Planning – Planning for Real</i> [Online]. Available: http://web.mit.edu/urbanupgrading/upgrading/issues-tools/tools/Planning-for-Real.html [Accessed 10.01.2017].

Planungswerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: kollaborativ
Anlass:	▶ Erarbeitung von Planungsvarianten als Grundlage für den Fortgang des Planungsprozesses ▶ Nutzung von Ortskenntnis und Alltagsexpertise der Öffentlichkeit im Planungsprozess ▶ Stärkung des Verständnisses für Planung und deren Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung
Beschreibung:	Bewohnerinnen und Bewohner entwickeln unter Anleitung von Planerinnen und Planern Entwürfe für die Weiterentwicklung des betreffenden Ortes. Die Ideen fließen in die weitere Planung mit ein. Es gibt unterschiedliche Varianten der Planungswerkstätten. Das hier vorgestellte Format wurde in der Firma „Die Planungswerkstatt“ der Landschaftsarchitektin Sonja Hörster entwickelt und durch das Institut für Partizipatives Gestalten weiterentwickelt. Es handelt sich um einen räumlichen Planungsprozess unter Einbeziehung von Planungslaien. Eine ‚Planungswerkstatt‘ ermöglicht es durch die gemeinsame Entwurfsarbeit von beteiligten Akteuren und Akteurinnen, Kenntnisse konstruktiv zu nutzen und gleichzeitig Gestaltungswünsche auf die gegebenen Rahmenbedingungen abzustimmen. Die Bürgerinnen und Bürger entwerfen mithilfe einer Besichtigung des Ortes und der Arbeit mit Karten und Modellen neue Planungsvarianten.
Durchführung:	Kurzerklärung: Die ‚Planungswerkstatt‘ dauert zwei bis fünf Tage. Vorbereitung: Für eine ‚Planungswerkstatt‘ müssen die planerischen Grundlagen gründlich aufgearbeitet werden: Rahmenbedingungen, kritische Punkte und Spielräume müssen ebenso geklärt werden wie Intentionen und eventuell bereits geleistete Vorarbeiten. Zudem werden saubere Plangrundlagen gebraucht, d.h. Pläne, die auch für Laien leicht lesbar sind. Phasen: Die ‚Planungswerkstatt‘ besteht aus drei Phasen: 1. „Eintauchen ins Feld“: Es wird ein gemeinsames Verständnis für die Aufgabe, den Kontext und die Rahmenbedingungen entwickelt. 2. Inhaltliche Ausrichtung: Die Teilnehmenden formulieren gemeinsam ein Motto, Thema, Ziel. 3. In der dritten Phase werden die Ideen konkretisiert und als Pläne und Konzepte ausgearbeitet. Zu beachten: Das Format muss von erfahrenen Planerinnen und Planern durchgeführt werden, die Erfahrungen mitbringen, mit Gruppen moderativ zu arbeiten. Ergebnis: Der gemeinsam erarbeitete Entwurf kann als Grundlage für die weitere Planung genutzt werden.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 66ff. BENDISCH, B., o.D. <i>Planungswerkstatt</i> [Online]. Available: https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/planungswerkstatt/?tx_smpagebrowser_pi1%5Bpage%5D=109339&tx_smpagebrowser_pi1%5Baction%5D=index&tx_smpagebrowser_pi1%5Bcontroller%5D=Teaser&cHash=8ed3dbef42845ef468e076c7de2a0e94 [Accessed 10.01.2017]. BERTELSMANN STIFTUNG. o.D. <i>Beteiligungskompass – Planungswerkstatt</i> [Online]. Available: http://www.beteiligungskompass.org/article/show/515 [Accessed 10.01.2017].
------------------------	--

Zukunftskonferenz

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß Partizipationsmodus: deliberativ
Anlass:	▶ Ermöglichen einer besseren konstruktiven Zusammenarbeit von Vertretern und Vertreterinnen unterschiedlicher - zum Teil konträrer – Interessengruppen ▶ konkrete Handlungsplanung für eine Verbesserung des Status Quo ▶ Gemeinschaftsgefühl durch eine gemeinsame Zukunftsvision
Beschreibung:	60 bis 80 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen erarbeiten zunächst gemeinsam eine Vision für die Zukunft eines Kollektivs (Unternehmen, Organisation etc.) und im Anschluss auch die dafür notwendigen Schritte. Das Verfahren wurde in den USA von Marvin R. Weisbord entwickelt, ausgehend von der britischen Future Search Conference. Auf Basis einer bereits bestehenden Gemeinsamkeit entwickeln die Teilnehmenden Ideen und leiten daraus eine Zukunftsvision inklusive eines Maßnahmenkataloges für deren Umsetzung ab. Das so gestärkte Gemeinschaftsgefühl hilft bei der Realisierung der einzelnen Projekte.
Durchführung:	Kurzerklärung: Ca. 60 bis 80 Personen - möglichst divers zusammengesetzt (Alter, Geschlecht, Bildungsniveau etc.) - arbeiten während einer ‚Zukunftskonferenz‘ über die Dauer von drei Tagen zusammen. Vorbereitung: Die Veranstaltung bedarf einer mehrmonatigen Vorbereitung, u. a. für eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmenden. Das Vorbereitungsteam sollte, ebenso wie die Teilnehmenden, in Hinblick auf die unterschiedlichen sozialen Kriterien repräsentativ zusammengesetzt sein. Phasen: Der erste Tag besteht aus zwei Phasen: 1. Die Teilnehmenden lernen sich untereinander kennen, um ein Gemeinschaftsgefühl entstehen zu lassen. 2. Die Gruppe entwirft einen Ausblick in die Zukunft, indem sie anstehende Herausforderungen sammelt und nach Bedeutung entsprechend gewichtet. Der zweite Tag umfasst die nächsten zwei Phasen:

3. Die Gruppe analysiert die gegenwärtige Situation.
4. Aus dieser Analyse werden in Kleingruppen Ideen für die Zukunft entwickelt. Am dritten Tag schließt der Prozess mit den letzten zwei Phasen:
5. Aus den Beiträgen des vorherigen Tages wird eine gemeinsame Vision erarbeitet.
6. Die konkrete Umsetzung der Vision wird geplant.

Zu beachten:

Erfolgreich kann die ‚Zukunftskonferenz‘ nur dann sein, wenn alle Beteiligten Interesse an der Zusammenarbeit, der Auffindung von Gemeinsamkeiten in der Gruppe und der gemeinsamen Entwicklung einer Zukunftsvision haben.

Ergebnis:

Am Schluss steht eine Zusammenstellung konkreter Maßnahmen und Projekte, die notwendig sind, um die Zukunftsvision in die Realität umzusetzen.

Quellen und Beispiele:	ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. <i>DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix</i>, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 71ff. AGONDA – AGENTUR FÜR DIALOG UND ZUKUNFTSPROZESSE, o.D. <i>Was ist eine Zukunftskonferenz?</i> [Online]. Available: http://www.agonda.de/zukunftskonferenz/zukunftskonferenz.html [Accessed 10.01.2017]. BUROW, O. A. 2000. <i>Ich bin gut – wir sind besser. Erfolgsmodelle kreativer Gruppen</i>, Stuttgart, Klett-Cotta, S. 167-185. NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. <i>Handbuch Bürgerbeteiligung</i>, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 79ff.
------------------------	--

Zukunftswerkstatt

Feld	Informationen
Daten:	Veranstaltungsdauer: lang Gruppengröße: mittelgroß bis groß Partizipationsmodus: deliberativ, kollaborativ
Anlass:	▶ Entwicklung kreativer, neuer Ideen für ein anliegendes Problem ▶ Gemeinschaftsgefühl stärken ▶ Stärkung der Selbstorganisation und der Handlungsfähigkeit aller Beteiligten
Beschreibung:	Die Teilnehmenden entwickeln mithilfe einer Moderation kreative, visionäre Lösungen für aktuelle Probleme der Gemeinschaft. Die ‚Zukunftswerkstatt‘ geht auf Robert Jungk zurück, der diese in den 1960er Jahren erfand. Beeinflusst wurde der Erfinder des Formats durch die amerikanische Kreativitätsforschung, u. a. durch das dialektisch gestaltete Brainstorming Osbornes. In mehreren Schritten, von der Kritik über das Phantasieren bis hin zum Verwirklichen, werden mittels des Visionierens in der Gruppe gemeinsam Lösungen für das betreffende Thema gefunden. Die Moderation hat hierbei ein Auge auf einen achtsamen Umgang untereinander und fördert das freie Denken der Teilnehmenden.
Durchführung:	Kurzerklärung: An einer ‚Zukunftswerkstatt‘, die in der Regel zwei bis drei Tage dauert, können 15

bis 200 Personen teilnehmen. Diese stammen zumeist aus derselben Gemeinschaft (z. B. Verein, Gemeinde, Schule etc.).

Vorbereitung:

Die Vorbereitung dient unter anderem dem Finden geeigneter Räumlichkeiten, des Termins etc.

Phasen:

1. Am Anfang gibt es zunächst eine Vorstellungsrunde. Zudem stellt die Moderation die Spielregeln vor.
2. Dann beginnt die Kritikphase: die Teilnehmenden können jegliche Kritik zum betreffenden Thema äußern. Die als am wichtigsten empfundenen Kritikpunkte werden in der Phantasiephase aufgegriffen.
3. Phantasiephase: Es werden positive Ziele und Wunschvorstellungen formuliert, aus denen Lösungsansätze entwickelt werden. Einwände oder Zweifel werden in dieser Runde nicht ausgesprochen.
4. Die Wünsche und Ziele werden in der Verwirklichungsphase auf ihre Realisierbarkeit geprüft und entsprechend angepasst.
5. Im Anschluss an die theoretische ‚Zukunftswerkstatt‘ kann eine nachbereitende Phase folgen, welche die praktische Umsetzung der Ideen begleitet.

Zu beachten:

Besonders in den ersten beiden Phasen ist keine negative Kommentierung des Gesagten erlaubt, um die Kreativität der Gruppe nicht zu beeinträchtigen.

Ergebnis:

Das Ergebnis sind Ideen für konkrete Schritte, wie in der Gemeinschaft mit dem Thema umgegangen werden soll. Die Verbindlichkeit der Ergebnisse kann dabei je nach Absprache mit dem Auftraggeber oder der Auftraggeberin stark variieren.

**Quellen
und Bei-
spiele:**

ALCANTARA, S., KUHN, R. & RENN, O. 2014. *DELIKAT - Fachdialoge Deliberative Demokratie - Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess – Anhang: Verfahren in der Partizipationsmatrix*, Dessau-Roßlau, Umweltbundesamt, S. 73.

NANZ, P. & FRITSCHKE, M. 2012. *Handbuch Bürgerbeteiligung*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 81ff.

REICH, K. 2003. *Methodenpool – Zukunftswerkstatt* [Online]. Available: <http://methodenpool.uni-koeln.de/download/zukunftswerkstatt.pdf> [Accessed 10.01.2017].